

STADTARCHIV
BRAUNSCHWEIG

Stadtarchiv Braunschweig

DII 2a:

50

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen der
Stadtverordneten zu Braunschweig in der
Sitzung am Donnerstag, den 10. April 1924,
4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten ohne
Dr. Jasper, Frl. Wolters (ent-
schuldigt) sowie Frau Boehm und
Herrn Eßner (anscheinend unent-
schuldigt).

Stadtverordneter Schmerbach als
Alterspräsident eröffnete die Sitzung und
es wurde sofort

- 1) die Wahl des Vorsitzenden und seiner Stell-
vertreter

vorgenommen. Das Ergebnis war, daß die bis-
herigen Herren hierfür /Stadtv. Stegmann
als Vorsitzender, Stadtv. Frode und Stadtv.

Munte

Munte als 1. bzw. 2. Stellvertreter) wiedergewählt wurden.

Stadtv. Stegmann übernahm darauf den Vorsitz, indem er der Versammlung für das ihm wiederum geschenkte Vertrauen seinen Dank aussprach.

Oberbürgermeister Retemeyer stellte sodann den Erschienenen den zum juristischen Hilfsarbeiter gewählten Gerichtsassessor Dr. Strube vor.

Der Vorsitzende gab dann die Eingänge bekannt:

a) Gesuch der Wurstfabrikanten Gebr. Bethmann um Erlaß der Gebühr für Müllabfuhr (dem Rechtsausschuß überwiesen!)

b) Gesuch des Verbandes der elektrotechnischen Installationsfirmen in Deutschland e.V. betr. Aufhebung der Installationsabteilung des hiesigen Elektrizitätswerkes (dem Rechtsausschuß überwiesen)

2) Die Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters

unterblieb, da die beiden städtischen Beamten, die dieses Amt versehen, als dauernd gewählt gelten.

3) Nahl der Ausschüsse.

Die Ausschüsse wurden nahezu unverändert gelassen, nur empfahl Stadtv. Marth, man möchte in dem Finanzausschuß für ihn den Stadtv. Sievers (als Vertreter von Dr. Jasper), in den Bauausschuß an seiner Stelle den Stadtv. Schmerbach und in den Ausschuß für das Stadtbauamt anstelle des Stadtv. Stegmann den Stadtv. Pieper wählen.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

4) Aufhebung der Hermannstraße zwischen Wittekind- und Diesterwegstraße.

Fällt aus.

5) Antrag des Stadtv. Gräf wegen Anerkennung der Mietervertretung in den städtischen Häusern an der Korfesstraße.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle besch^{lie}ßen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die für die städtischen Häuser an der Korfesstraße gewählte Mietervertretung gemäß den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes anerkennen zu wollen.“

Nach

Nach Vortrag des Stadtv. Sauerbier wurde dieser Antrag von der Versammlung angenommen.

6) Antrag des Stadtv. Gräf wegen der Instand-
setzung von Spielplätzen.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen,

1. die städtischen Spielplätze durch geeignete Maßnahmen wieder spielfähig zu machen,
2. auf dem neu angelegten Spielplatz an der Eisenbüttlerstraße geeignete Umkleideräume herzurichten.“

Stadtv. Gartung, der für den Bauausschuß sprach, erklärte, der Antrag müsse zurückgestellt werden, da der Rat der Stadt in nächster Zeit über die gesamte Spielplatzangelegenheit eine Vorlage machen werde.

7) Antrag des Stadtv. Dr. Schultze wegen Einrich-
tung einer Wald- bzw. Freiland- Erholungs-
stätte.

Der

- „ Der Rat der Stadt wird ersucht, dem Plan zur Einrichtung einer Wald- bzw. Freiland-Erholungsstätte für erholungsbedürftige Kinder näherzutreten und den Stadtverordneten eine entsprechende Vorlage zu machen.“

Der Antrag wurde angenommen. Aus den Worten des Stadtv. Dr. Bock, der hierüber referierte, erfuhr man, daß die Sache schon eingehend beraten war. Da der Stadt Waldgelände nicht zur Verfügung steht, soll das Doveseegrundstück für diesen Zweck mit in Benutzung genommen werden. Es wird angestrebt, die Sache so zu beschleunigen, daß schon in diesem Sommer erholungsbedürftige Kinder hinausgeführt werden können.

8) Verkauf einer Fläche an der Juliusstraße.

Es handelt sich um eine ungefähr 5 qm große städtische Teilfläche, die der Gärtner Karl Heinemann, Juliusstraße 41, erwerben will. Der Rat gibt anheim, Zustimmung zu erteilen, der Verkaufspreis beträgt 40 GM. Die Versammlung
be-

beschloß demgemäß.

9) Abbau des Oberlyzeums.

In Übereinstimmung mit dem Schulvorstand des Herzogin Elisabeth-Lyzeums gibt der Rat anheim, zuzustimmen, daß das Oberlyzeum mit Beginn des Schuljahres 1924/25 derart abgebaut wird, daß zunächst die unterste Klasse eingeht.

Der Abbau in der vorgeschlagenen Weise kann, wie Stadtv.Dr.Bock für den Schulausschuß ausführt, unbedenklich erfolgen, da der Schulbesuch seit einigen Jahren auffallend zurückgegangen ist. Der Grund hierfür darf in den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen gesucht werden; denn in anderen Städten sind in dieser Beziehung gleiche und ähnliche Beobachtungen gemacht.

Die Versammlung beschließt dem Ratsantrage gemäß.

10) Erhöhung der Stammeinlage der Stadt bei der Kraftverkehrsgesellschaft.

Antrag ist zurückgezogen.

- 11/ Verlegung eines zweiten Gleises der Straßenbahn auf der Frankfurterstraße.

Der Rat gibt Zustimmung anheim, die auch erteilt wurde.

- 12/ Verlegung eines zweiten Gleises der Straßenbahn der Linie 3 zwischen Hagenmarkt und Theaterwall sowie zwischen Humboldtstraße und Bindestraße.

Auch hierzu wurde die vom Rat beantragte Zustimmung erteilt.

- 13/ Verlegung eines 200 mm weiten Wasserrohrs auf der Wolfenbüttelerstraße zwischen Riedestraße und Eisenbahn.

Der Rat gibt anheim, die dadurch entstehenden Kosten zu 9 200 GM zu bewilligen. Die Versammlung beschloß demgemäß.

- 14/ Verlegung eines 150 mm weiten Wasserrohrs auf der Hildesheimerstraße.

Als Berichterstatter des Finanzausschusses führte Stadtv. Marth aus, daß der Konservenfabrikant Ernst Malinski in Lehdorf den Antrag gestellt habe, seiner an der nordwestlichen Ecke von Lehn-
dorf

dorf belegenen Konservenfabrik Wasser zuzuführen. Die zu 11 700 GM veranschlagten Kosten sind vom Antragsteller zu tragen, die ganze Anlage geht sofort in das freie Eigentum der Stadt über. Der Rat gibt Genehmigung anheim, die auch erteilt wurde.

15/ Anschluß der Stadtbibliothek an den Leihverkehr der deutschen Bibliotheken.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Stadtbibliothek dem Leihverkehr der deutschen Bibliotheken angeschlossen wird.

Die Zustimmung wurde ausgesprochen.

16/ Einteilung der Stadt in Stimmbezirke zur Reichstagswahl.

Für die Abgrenzung der Stimmbezirke ist nach der Reichsstimmordnung die Stadtverordnetenversammlung zuständig. Es ist weiter vorgeschrieben, daß kein Stimmbezirk mehr als 2 500 Einwohner umfassen soll. Bei früheren Wahlen war die Stadt Braunschweig in 48 Stimmbezirke eingeteilt, diese mußten nunmehr um 12 vermehrt werden.

werden, sodaß jetzt 60 Bezirke vorhanden sind. Der Rat legte eine entsprechende Übersicht vor und ersuchte, die Abgrenzung zu genehmigen. Namens des Rechtsausschusses berichtete Stadtv. Gräf. Er empfahl Annahme und berichtete noch über die großen Schwierigkeiten, die sich besonders in technischer Beziehung bei der nächsten Reichstagswahl ergeben würden. Zur Erledigung der umfangreichen Vorarbeiten wurde auf Vorschlag des Rechtsausschusses ein Wahlausschuß gewählt. Bestimmt dazu wurden durch Zuruf die Stadtv. Melzer, Sauerbier, Gräf und Maaß.

17) Aufstellung von Aschenkühlplatten in der Feuerbestattungshalle.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß es zweckmäßig sei, zur Kühlung der Aschenreste Tische mit Steinplatten im Krematorium aufzustellen. Die Kosten seien auf 158 GM geschätzt. Stadtv. Lehnert empfahl, statt der Steinplatten Tische mit Rotgußplatten aufzustellen, da diese

diese in Bezug auf Dauerhaftigkeit usw. den Vorzug verdienten. Die Versammlung schloß sich der Ansicht des Redners an. Die Kosten werden sich dadurch vermutlich höher stellen, vielleicht 200 bis 300 GM; sie wurden bewilligt.

18) Anderweite Festsetzung der Verfügungssumme des Rates der Stadt.

Oberbürgermeister Retemeyer ersuchte, einen Beschluß hierüber zu fassen, nachdem die Geldverhältnisse wieder stabiler geworden sind. Vor dem Kriege war dieser Verfügungsfonds auf 200 M festgesetzt, vielleicht sei es angebracht, den gleichen Betrag in Goldmark zu bewilligen. Stadv. Burgdorff hält die Summe in Anbetracht der heutigen Verhältnisse und Gestaltung der Preise für zu niedrig und beantragt, dem Rate bis zu 500 bzw. 1000 GM Verfügungsrecht zu erteilen. Stadv. Lehnert warnt indessen, in dieser Hinsicht zu weitgehende Vollmacht zu erteilen, 500 GM sei doch schon ein nennenswerter Betrag.

Das

Das erkannte auch die Mehrheit der Versammlung an und setzte schließlich die Verfügungssumme auf 500 GM fest.

191 Verkauf von Baustellen auf dem Ärkeröderfelde.

Der Rat der Stadt ersucht um Zustimmung, daß die Baustellen I bis IV auf dem Ärkeröderfelde an die Siedlungskameradschaft der Baugewerkschaft zum Preise von 3 M pro qm unter den üblichen Bedingungen verkauft werden.

Nach kurzer Erläuterung durch den Stadtbaurat Gebensleben stimmten die Stadtverordneten zu. Weitere Beratungsgegenstände lagen nicht vor; man schließt deshalb zur Besprechung der eingegangenen Anträge.

a) Antrag des Stadtverordneten Meltzer:

"Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß im Bürgerpark von der Hennebergstraße bis zu den städtischen Badeanstalten ein Radfahrweg hergerichtet wird; desgleichen daß in der städtischen

Bade-

Badeanstalt ein Springturm wieder aufgebaut wird."

Nachdem Herr Meltzer die Notwendigkeit des Antrages kurz begründet hatte, wurde derselbe dem Bauausschuß überwiesen.

b) Antrag des Stadtv. Stukenberg:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, bei der Direktion der Straßenbahngesellschaft die Herausgabe von Monatskarten zu erwirken.“

Der Antragsteller gab in kurzen Worten eine Begründung: für viele Arbeiter, Angestellte, Beamte, deren Arbeitsstätten von der Wohnung weit entfernt liegen, sei es vorteilhaft, wenn sie im Besitze von Monatskarten seien, nicht zuletzt aber auch für die großen Betriebe selbst, die zahlreiches Botenpersonal beschäftigen. Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

c) Antrag des Stadtv. Höll:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen,
der

der Frage eines Schwimmhallenbaues noch einmal näher zu treten.

Als Platz schlage ich eine Stelle im Eisenbahnpark vor, der dazu geeignet ist."

In der Begründung hob Herr Möll hervor, daß die beiden Wasserbassins am Eingange der Damenschwimm-
anstalt im Bürgerpark sich gut eignen würden.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Die öffentliche Sitzung wurde darauf gegen 5 1/2
Uhr geschlossen.

gez: C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez: Hans Lies,
stellv. Schriftführer.

=====

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Mittwoch, den 30. April 1924 nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,
es fehlen entschuldigt die
Stadtv. Dr. Jasper, Gräf,
Sievers, Regener, Fay,
Papenberg und Frau Graf.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann eröffnete
4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Stadtv. Burgdorff (zur Geschäftsordnung) wünschte, daß in Zukunft sämtliche Punkte (Anträge), die eilig und nicht auf der Tagesordnung verzeichnet wären, vorher (vor Eintritt in die Tagesordnung) vom Vorsitzenden verlesen würden.

M.
Sal. Burgdorff *für*

Der

Der Vorsitzende sagte zu, dem Wunsche des Stadtv. Burgdorff nachzukommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurden zunächst folgende Eingänge bekanntgegeben:

- 1). Gesuch des Elektrikers Fritz Breier um Erlaß der Hundesteuer. (Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)
- 2). Schreiben des Rats der Stadt über die Höhe der jetzt gezahlten Unterstützungen.
- 3). Schreiben der Konzert- und Ausstellungsdirection Hans Diekmann betr. Gründung seiner Firma und Unterstützung seiner Bestrebungen.

Nachdem vom Vorsitzenden die gestellten Anfragen und Anträge zur Kenntnis der Versammlung gebracht waren, wurde in die Beratung der Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

pnkt 1: Schreiben der Ortsgruppe Braunschweig des Verbandes der elektr.techn.Installationsfirmen Deutschlands wegen Aufhebung der Installations-

ab-

abteilung des hiesigen Elektrizitätswerkes.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kehlert. Er teilte mit, daß im Ausschusse die Angelegenheit sehr eingehend durchberaten wäre, und daß der Rechtsausschuß beschlossen habe, die Eingabe abzulehnen. Der Bericht-erstatte führte dann noch aus, daß nach seinem Dafürhalten die Ortsgruppe einen anderen Weg beschreiten müßte, um zu dem gewünschten Erfolge zu gelangen.

Stadtv. Frede gab anheim, die Angelegenheit nochmals im Ausschusse zu beraten, er stellte den Antrag, auf Zurückverweisung an den Rechtsausschuß, die Stadt habe die Pflicht, auch die Interessen der Bürgerschaft - die Steuerkraft - zu wahren bzw. zu erhalten.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß nach dem zeitigen Verträge mit dem Eltwerk keine Möglichkeit bestünde, die Aufhebung der Installationsabteilung zu fordern.

Stadtv. Marth hielt die Beibehaltung der Installations-

tionsabteilung im Interesse des Eltwerkes für erforderlich; außerdem habe er die Erfahrung gemacht, daß man im Eltwerk besser und preiswerter kaufe, als bei manchen Privatgeschäftsmann.

Stadtv. Pilz trat für die Auflösung der Installationsabteilung ein, Stadtv. Dr. Röpke dagegen empfahl, den Antrag des Stadtv. Frede auf Zurückverweisung an den Ausschuß abzulehnen, desgl. die Eingabe der Ortsgruppe.

Stadtv. Burgdorff trat den Ausführungen des Stadtv. Marth entgegen und nahm die Geschäftsleute in Schutz. Wenn heutzutage ein Geschäftsmann nicht beste Ware anböte bzw. feilhielte, denn würde schon die Konkurrenz das Nötige tun und ihn ohne weiteres ausschließen.

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Frede wurde abgelehnt, desgleichen die Eingabe der Ortsgruppe Braunschweig.

Punkt 2: Änderung des Konzessionsvertrages der ^{nicht} Elektrizitätswerk und Straßenbahn A.G."

Stadtv. Sauerbier berichtete für den Rechtsausschuß und empfahl

empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Trautmann wünschte Auskunft darüber, wie die dem Rat der Stadt zustehenden Freifahrkarten der Straßenbahn verteilt wären.

Stadtbaurat Gebensleben sagte zu, demnächst ein Verzeichnis hierüber vorzulegen.

Stadtv. Marth fragte an, ob die in Vorschlag gebrachten 8% ausreichen würden, und stellte, da ihm die Vorlage nicht genügend bekannt wäre, den Antrag auf Zurückverweisung an den Ausschuß.

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Marth wurde angenommen die Vorlage an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Punkt 3: Benennung des Spielplatzes an der Eisenbüt-
lerstraße.

Die Beratung wurde zurückgestellt.

Punkt 4: Errichtung eines Kolonialdenksteines.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß auf Kosten des Ver-
eins

eins der ehemaligen Ostasiaten und Afrikaner am Eingange zum Stadtpark - in der verlängerten Mittelachse der Kaiser Wilhelmstraße - ein Kolonialdenkmalstein aufgestellt wird.

Stadtv. Pilz, als Berichterstatter des Bau-Ausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

Punkt 5: Genehmigung eines Erbbau-Pachtvertrages.

Der Rat ersucht, dem Entwurfe eines Erbbau-Pachtvertrages zwischen der Stadt Braunschweig und der Firma Sauerstoffwerk Braunschweig A.G. wegen der Pacht einer ca. 500 qm großen Fläche auf der Fliegerstation an der Broitzemerstraße zuzustimmen. Der Entwurf ist der k.H.-Vorlage vom 11. April 1924 ~~Nr. 9518~~ Nr. 9518 beigelegt. Namens des Rechtsausschusses empfahl Stadtv. Dr. Röpke, der Ratsvorlage und dem Entwurfe des Erbbau-Pachtvertrages zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt

nkt 6: Verlegung eines Wasserrohres auf der Broitz-
zemerstraße.

Der Rat gibt anheim, der Verlegung des Wasserrohres auf
der Broitzemerstraße und im Lehmwege zuzustimmen, und die
erforderlichen Mittel - 36 700M - zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv.
überbier empfahl der Vorlage zuzustimmen und die Mittel
bewilligen.

schluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, die Mittel
36 700M bewilligt.

nkt 7. Rechnungsabschluß der Kammereikasse für 1922/23.

Die Beratung wurde zurückgestellt.

nkt 8. Antrag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß im
Rangerpark von der Hennebergstraße bis zu den städtischen
Badeanstalten ein Radfahrweg hergerichtet wird; desglei-
chen daß in der städtischen Badeanstalt ein Springbrunnen
wieder aufgebaut wird.

Für

für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Gartung, er empfahl der Versammlung namens des Ausschusses, den ersten Teil des Antrages, den Radfahrweg betr. abzulehnen, wegen des Springturmes in der Badeanstalt habe der Rat zugesagt eine Vorlage demnächst einzubringen.

Stadtv. Burgdorff unterstützte den Antrag, die Stadtv. Barth, Lehnert, Frede und Dr. Bock dagegen den Beschluß des Bauausschusses.

Bürgermeister Ketemeyer empfahl ebenfalls, den Antrag abzulehnen.

Beschluß: Dem Antrage des Bauausschusses - Ablehnung des ersten Teiles des Antrages des Stadtv. Melzer - wurde zugestimmt.

Punkt 9: Antrag des Stadtv. Stukenberg:

Der Rat der Stadt wird ersucht, bei der Direktion der Straßenbahngesellschaft die Herausgabe von Monatskarten zu erwirken.

Namens des Rechtsausschusses empfahl Stadtv. Dr. Kahlert
als

als Berichterstatter, dem Antrage zuzustimmen.

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen.

Punkt 10: Antrag des Stadtv. Mölle

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ^{der} die Frage eines Schwimmhallenbaues noch einmal näher zu treten. Als Platz schlage ich eine Stelle im Eisenbahnpark vor, der dazu geeignet ist.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Schmerbach. Er führte aus, daß nachdem sich die vom Antragsteller in Vorschlag gebrachten Stellen als nicht geeignet erwiesen hätten, der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen hätte.

Punkt 11: Festsetzung der Aufwandsentschädigung für die Mitglieder des Wahlvorstandes und Wahlausschusses zur Reichstagswahl.

Der Rat gibt anheim, jedem Mitgliede eine Aufwandsentschädigung von 5 G.M. zu gewähren.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert, er empfahl

empfehl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß, jedem Mitgliede 5M zu gewähren.

Punkt 12: Festsetzung der Pachten für die Männer- und Frauenbadeanstalt im Bürgerpark.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß an Pacht erhoben werden

für die Männerbadeanstalt 4 500GM

„ das Luftbad 200GM

„ die Frauenbadeanstalt 2 000GM

(die Preise für Benutzung der Badeanstalt sind aus der Anlage zu dieser Niederschrift ersichtlich.)

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtd. Burg-

Loeff empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 13: Erweiterung der Platzanlagen vor dem Stadtpark- und Bürgerparkrestaurant.

Der Rat teilt mit, daß die Pächter des Stadtparks- und Bürgerparkrestaurants den Antrag gestellt haben, die Platzanlagen vor den gent. Restaurationen zu erweitern.

Der

Der Rat ersucht, sich mit den Anträgen einverstanden zu erklären und gibt anheim, zu den entstehenden Kosten bezügl. des Stadtparkrestaurants, den 500M übersteigenden Betrag zu tragen;

bezüglich der Kosten des Bürgerparkrestaurants zu beschließen, daß sämtliche Kosten, mit Ausnahme derjenigen für die Erdbewegungen, von der Stadt getragen werden, der Antragsteller jedoch während der Dauer des Pachtverhältnisses die entstandenen Kosten mit 5% zu verzinsen hat.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv.

Tautmann empfahl der Vorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 14: Änderung der Fremdensteuer-Satzung.

Der § 9 der Satzung vom 10. April 1922 muß folgenden Wortlaut erhalten: „Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen dieser Satzung werden mit Geldstrafe bis zu 150 G.M. oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft“,

in

§ 10 ist statt §§ 60 ff. zu setzen: „§§ 26 ff“.

Der Rat gibt anheim, diesen Änderungen zuzustimmen. Der Richterstatler des Rechtsausschusses Stadtv. Sauerbier pfahl der Vorlage zuzustimmen.

Schluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.
Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der Stadt, zwecks Behebung der Wohnungsnot baldigst Hilfsmaßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit zu treffen.

Als solche kommen in Betracht die Gewährung von Darlehen, Erlaß oder Herabsetzung von Real- und Grunderwerbssteuern und Baubegünstigung inbezug auf Erwerb von Baugründen und Leistung von Straßenbaukosten usw.

Der Antrag war genügend unterstützt, er wurde dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Steinert:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat der Stadt die Wiedereinführung der Aufwandsentschädigung vor-

zu-

nehmen. Der Antragsteller begründete seinen Antrag, nachdem er von der Versammlung genügend unterstützt war, wurde er zur Vorberatung dem Finanzausschusse überwiesen.

Hierauf schloß der Vorsitzende 6 Uhr nachmittags die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

Niederschrift

Über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
22. Mai 1924 nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten ohne
die entschuldigten Herren
Diers, Stukenberg, Dr. Schultze
und Dr. Jasper.

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete
420 Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst wurden folgende Eingänge bekanntgegeben:

a) Schreiben des Verkehrsvereins Braunschweig e.V.

um Gewährung einer namhaften Zuwendung

(20 000 M.). - Die Eingabe wurde dem Finanz-Aus-
schuß zur Vorberatung überwiesen-.

b) Der Vorsitzende gab bekannt, daß von der Ge-
schäftsleitung der Sport- und Spielansstellung
eine Anzahl Berichte eingegangen wären, die den

Stadt-

Stadtverordneten inzwischen zugestellt waren.

- c) Schreiben der Freiland Siedlungsgenossenschaft m.b.H. Braunschweig wegen Gewährung von Darlehen von der Deutschen Wohnstättenbank Berlin gegen Eintragung auf die in Frage kommenden Grundstücke als Reallast.
- Die Eingabe wurde dem Finanz-Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.-

- d) Gesuch des Invaliden Konrad Habermann, Autorstraße 7II um Weiterzahlung seiner Rente aus der Jüdelstiftung.
-Die Eingabe wurde dem Finanz-Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

- e) Gesuch des Gustav Meyer, Ägidienmarkt 4 um Erlaß der Hundesteuer.
- Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen-.

Nachdem vom Vorsitzenden die eingereichten Anträge der Versammlung zur Kenntnis gebracht worden waren, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tages-

Tagesordnung:

Punkt 1: Änderung des Konzessionsvertrages mit der
„Elektrizitätswerk und Straßenbahn A.G.“

Der Rat gibt anheim, den in Vorschlag gebrachten Änderungen des § 10 des Vertrages mit der „Elektrizitätswerk und Straßenbahn A.G.“ (Abgaben an die Stadt) zustimmen zu wollen.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier. Er führte aus, daß diese Vorlage die Versammlung in der letzten Sitzung schon einmal beschäftigt habe. Im Rechtsausschuß sei die Angelegenheit noch einmal durchberaten und er gab anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 2: Benennung des Spielplatzes an der Eisen-
büttelerstraße.

Der Rat ersucht die Versammlung, sich zu seinem Antrage gutachtlich zu äußern.
Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Drews.

Er

Er empfahl der Versammlung, dem Spielplatze den Namen „Jahnplatz“ beizulegen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 3: Rechnungsabschluß der Kämmereikasse für 1922/23.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß

- a) der in der Rechnung für 1922/23 beim Ordinarium der Kämmereikasse erzielte Kassenbestand von 465 387 366,81 M dem Extra-Ordinarium der Kämmereikasse zugeführt wird.
- b) die Fehlbeträge der Kanalbaukasse zu 146 033 358 782 687,62 M auf neue Rechnung übertragen und beim Neubaufonds in Ausgabe gestellt werden,
- c) der Kassenbestand der Einnahme aus der alten Warenhaussteuer zu 49 778,84 M in der Rechnung für 1923/24 bei Kap. XXIV in Einnahme gestellt und die aus derselben Einnahme herrührende Hypothek zu 20 000 M am Grundstück stücke

stücke Altstadttring aß.2388 dem Kämmerervermögen einverleibt wird.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses - Stadtv.Frede - empfahl der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 4: Antrag des Stadtv.Frede:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat der Stadt zwecks Behebung der Wohnungsnot baldigst Hilfsmaßnahmen zur Belebung der Bautätigkeit zu treffen.

Als solche kommen in Betracht die Gewährung von Darlehen, Erlaß oder Herabsetzung von Rent- und Grunderwerbssteuern und Baubegünstigungen inbezug auf Erwerb von Bauplätzen und Leistung von Straßenbankkosten usw.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses -Stadtv.Sauerbier- teilte mit, daß man sich im

Aus-

Ausschüsse sehr eingehend mit dem Antrage beschäftigt habe. Über den Antrag selbst sei nicht viel zu sagen, er decke sich mit dem Punkte 11 der Tagesordnung. Es wurde sofort in die Beratung des Punktes 11 eingetreten.

Punkt 11. Aufstellung von Grundsätzen zwecks Hebung der
Bautätigkeit.

(Die Vorlage ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.) Die Vorlage wurde vom Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Frede sehr eingehend besprochen. Die Hauptsache sei die Beschaffung des Kapitals, denn ohne Geld könne nicht gebaut werden; ebenso wenig könnten die Grundsätze nützen. Hier zeige sich eben nur der gute Wille des Rats, die Bautätigkeit zu beheben.

Namens des Finanzausschusses empfahl er
der

der Versammlung, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Marth trat dafür ein, daß der Rat zur Behebung der Wohnungsnot zum Bau neuer Wohnungen Geldmittel zur Verfügung stellte. Diese Ausführungen wurden von den Stadtv. Lehnert und Nöll unterstützt.

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Frede und diese Ratsvorlage wurden angenommen.

Funkt 5: Antrag des Stadtv. Steinert:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der Stadt, die Wiedereinführung der Aufwandsentschädigung vorzunehmen.

Namens des Finanzausschusses empfahl der Berichterstatter Stadtv. Dietermann der Versammlung, zuzustimmen, daß gezahlt werden und zwar vom 1. April d.J. ab,

a) an Stadtverordnete und Deputationsmitglieder:

1)

1) für jede Planarsitzung der Stadtv. 3,00 M

2) „ „ Kommissions-oder Deputations-
sitzung 1,50 „

b) für unbesoldete Ratsmitglieder:

1) für Rats- und Planarsitzungen der
Stadtverordneten je 3,00 M

2) „ Kommissions-oder Deputations-
sitzungen(sofern die unbesol-
deten Ratsmitglieder als Vertre-
ter des Rats erscheinen) je 1,50 „.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Antrage
zu.

Punkt 6: Errichtung einer Benzinzapfstelle auf dem
Steinweg.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß die Zapf-
stelle vor dem Grundstück Steinweg 11 errich-
tet wird. In der Sitzung vom 12. Februar 1924
hatten

hatten die Stadtverordneten genehmigt, daß die Zapfstelle vor dem Grundstück Steinweg 35/36 hergerichtet wird.

Stadtv.Trautmann als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Versammlung, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

unkt 7: Errichtung eines Spielplatzhäuschens auf dem
Spielplatze an der Eisenbüttelerstraße.

Der Rat gibt anheim, der Errichtung eines Spielplatzhäuschen nach den von ihm gemachten Vorschlägen zuzustimmen und die dazu erforderlichen Mittel - 12 500 M - zu verwilligen.

Stadtv.Effner als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen. Er wies dann darauf hin, daß verschiedene Vereine, denen stadtseitig Spielplätze zugewiesen wären, Eintrittsgelder erhoben hätten, dieses
wäre

wäre unzulässig und der Rat müßte den Vereinen dieses untersagen.

Stadtv. Lehnert sprach gegen den Antrag. Mit der Barackenwirtschaft müßte endlich mal Schluß gemacht werden. Wenn in dem Spielplatzhäuschen eine Wohnung für einen Wärter eingerichtet werden sollte, dann müßte auf jeden Fall auch ein Keller vorhanden sein. Er beantragte Zurückverweisung der Vorlage an den Bauausschuß zur nochmaligen Durchberatung. Stadtv. Munte unterstützte die Ausführungen seines Vorredners, hielt jedoch die Zurückverweisung an den Bauausschuß nicht für nötig. Es genüge, den Rat zu ersuchen, das Wohnhaus zu unterkellern.

Nachdem dann noch die Stadtv. Marth, Melzer sowie Stadtbaurat Gebensleben zu dem Antrage gesprochen hatten, ließ der Vorsitzende über den Antrag Lehnert abstimmen.

Beschluß: Die Vorlage wurde an den Bauausschuß zurückverwiesen.

Punkt

Punkt 8: Errichtung von Schulschwimm-Einrichtungen.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß in der Männerbadeanstalt und im Lünischteich Schulschwimmanlagen errichtet werden, mit dem Schwimmverein 1902 e.V. wegen Errichtung und Benutzung der Anlage ein Vertrag abgeschlossen wird, die Mittel zur Errichtung der Anlage in Höhe von 2 800 GM sowie 300 M zur Auszahlung an den Schwimmverein zu bewilligen.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Schmerbach der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 9: Bauliche Änderungen im Konzerthause.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß

- 1.) im Wintergarten eine Pfälzer Weinstube eingerichtet und zu dem Zwecke der Fußboden mit Stoff oder Linoleum überzogen wird;
- 2.) zur Verbesserung der Akustik im großen Saale die Wandfläche mit Stoff bespannt wird;

- 3.)die Veranda vergrößert wird,
- 4.)der kleine Saal instandgesetzt wird,
- 5.)der kleine Saal und die Toiletten an die Zentralheizung angeschlossen werden,
- 6.)die Bedürfnisanstalten aus dem Keller in den Garderobenraum des kleinen Saales verlegt werden.

Die Pacht ab 1.Mai d.J. beträgt $\frac{10\ 000\ \text{M}}{12}$ monatlich; falls die Veränderungen zu 3-6 bis zum 1.Oktober d.J. ausgeführt sind, soll die Pacht ab 1.Oktober 1924 betragen $\frac{12\ 000\ \text{M}}{12} + 1\ 000\ \text{M}$ monatlich. Pachtzeit läuft 1.Juli bis 30.Juni. Die Kosten der Änderungen betragen 20 000 M.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv.Drews. Er gab anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel - 20 000 M - zu bewilligen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, die Mittel bewilligt und der Rat ermächtigt, noch weitere Änderungen vornehmen zu lassen.

Punkt

Punkt 10: Herrichtung eines Springturmes in der Bade-
anstalt im Bürgerpark.

Der Rat gibt anheim, der Errichtung eines Springturmes zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 1 500 M - zu bewilligen. Stadtv. Drews als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Melzer wies daraufhin, daß die Oker verschlammt wäre und die Einfriedigung der Frauenbadeanstalt instandgesetzt werden müßte. Die weibliche Jugend durchschwämme die Oker und tummelte sich jenseits der Badeanstalt am Ufer.

Bürgermeister Meyer wies darauf hin, daß die Einfriedigung nur dann instandgesetzt werden könnte, wenn die Oker abgelassen würde,

dieses

dieses wäre aber z.Z. nicht möglich.

Stadtv.Steinert stimmte den Ausführungen des Stadtv.Melzer bezüglich der Okerverschlammlung zu. Was jedoch die Durchbrechung der Einfriedigung durch die weibliche Jugend betraf, so sollt man nicht zu spießbürgerlich sein; es würden niemand „die Augen ausfallen“, wenn er am Okerstrande „ein junges Mädchen mit einem jungen Manne liegen sehe“.

Stadtv.Pilz unterstützte die Ausführungen des Stadtv.Steinert, man sollte sich an der Schönheit der Natur und seiner Mitmenschen freuen, wenn da nun wirklich mal ein „junges Pärchen“ zusammen am Ufer der Oker läge, so wäre das wirklich nicht so schlimm, „es passierte doch nicht immer gleich etwas“.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt

Punkt 12: Erwerb von Flächen der Gemeinde Bienrode zur
Errichtung eines Exerzierplatzes.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß im Wege der Zwangsenteignung von der Gemeinde Bienrode zur Errichtung eines Exerzierplatzes eine Fläche von ca 51 ha erworben werden und daß diese Fläche auf eine Reihe von Jahren gegen eine 6%ige Verzinsung des Kaufpreises an die Heeresverwaltung verpachtet würde.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Burgdorff. Er führte aus, daß im Ausschusse diese Vorlage eingehend beraten wäre. Die Mehrheit der Ausschußmitglieder hätte der Vorlage grundsätzlich zugestimmt.

Stadtv. Sievers führte aus, daß seine Fraktion
stets

stets den Vorlagen und Anträgen auf Erwerb von Grundstücken zugestimmt hätte, soweit, die Stadtgemeinde aus dem Erwerbe einen Nutzen oder Vorteil gehabt hätte. Diesen Nutzen, der nicht sofort sichtbar zu sein brauchte, vermißte er bei dieser Vorlage ganz und gar. Die Stadt könnte mit diesem Gelände späterhin überhaupt nichts anfangen. Wenn die Heeresverwaltung Gelände zur Errichtung eines Exerzierplatzes brauche, so dürfte es dem Reiche im Wege der Enteignung nicht schwer fallen, sich das Gelände zu verschaffen. Seine Fraktion würde der Vorlage nicht zustimmen.

Stadtv. Sauerbier unterstützte die Ratsvorlage. Er führte aus, daß man es als eine "Unterlassungssünde" bezeichnen müßte, wenn man dieser Vorlage nicht zustimmte, eine solche Gelegenheit, soviel Grundbesitz erwerben, dürfte sich der Stadtgemeinde so leicht nicht wieder bieten.

Stadtv.

Stadtv. Frede meinte, die „Herren von der Linken“ würden ebenfalls für den Erwerb des Grundstücks sein, wenn es sich nicht gerade um Militär handelte. Dem Erwerbe des Grundstücks müßte zugestimmt werden.

Stadtbaurat Gebensleben wunderte sich darüber, daß dieser Vorlage nicht ohne weiteres zugestimmt würde. In diesem Falle müßte man ein bißchen weitschauend sein. Wenn dieses Gelände als Exerzierplatz nicht mehr gebraucht würde, so könnte sich dort, da die Eisenbahn dicht daran vorbeiführe, eine gute Industrie entwickeln.

Stadtv. Lehnert war darüber erstaunt, daß die Demokraten dieser Vorlage zustimmen würden, zumal der demokratische Landtagsabgeordnete Kaie dagegen gesprochen hätte. Wenn das Militär verschwinden würde, so meinte Stadtv. Lehnert, dann würde er ihm keine Träne nachweinen. [(Zuruf Stadtv. Nöll: Aber Sie haben doch Töchter!)] Diesen Zwischenruf beantwortete Stadtv. Lehnert mit den Worten: „Meine

Töchter

Töchter sind für einen Reichswehrsoldaten viel zu schade."] Die Reichswehr hätte bislang noch keine produktive Arbeit geleistet.

Nachdem dann noch die Stadtvv. Nöll und Marth gegen die Vorlage, der Stadtv. Sauerbier nochmals für die Vorlage gesprochen hatten, wurde zur namentlichen Abstimmung, die vom Stadtv. Lehnert beantragt war, geschritten.

Mit „Ja“ stimmten die Stadtvv. Effner, Drews, Burgdorff, Melzer, Gartung, Pilz, Fack, Fräulein Wolters, Nöll, Munte, Sauerbier, Dr. Röpcke, Frede, Dr. Bock, Rasche, Dr. Kahlert und Papenberg.
(17)

Mit „Nein“ stimmten die Stadtvv. Marth, Schmerbach, Frau Schulze, Maaß, Gräf, Dietermann, Regener, Frau Böhm, Sievers, Trautmann, Frau Graf, Steinert, Pieper, Lehnert. (14)

Beschluß: Mit 17: 14 Stimmen wurde der Ratsvorlage grundsätzlich zugestimmt.

Vorüber-

-Vorübergehend übernimmt Stadtv.Munte den Vorsitz-.

pkt 13: Verkauf von Flächen auf der Charlottenhöhe.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Siedlungsgenossenschaft m.b.H. Freiland auf der Charlottenhöhe die Parzellen 17^d7 und 17^d8 in Größe von 1902 qm zum Preise von 6 GM je qm unter Sicherung des Vor- und Wiederkaufsrechts in üblicher Weise und unter der Bedingung verkauft werden, daß mit der Errichtung der Häuser sofort begonnen wird. Der Kaufpreis soll als tilgbare Hypothek auf die Grundstücke eingetragen werden, gegen eine 5%ige Verzinsung und 1-2%ige Tilgung.

Stadtv. Filz empfahl als Berichterstatter des Bauausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

pkt 14: Abschluß eines Vergleiches zwecks stadtseitigen Erwerbes von Flächen am Riddagshäuserwege.

Der Rat teilt mit, daß der Malermeister Büdcher
bereit

bereit ist, eine ihm gehörige Fläche in Größe von 3 a 93 qm am Riddagshäuserwege gegen 2 Flächen an der Kaiserstraße in Größe von 71 + 75 qm der Stadt auszutauschen.

Der Rat gibt anheim, dem Vergleiche mit dem Malermeister Büdcher, wie er in der Niederschrift des Oberregierungsrats Marquardt vom 9. Mai 1924 festgelegt ist, zuzustimmen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pieper. Er besprach die Ratsvorlage sehr eingehend und wies insbesondere auf die Sicherheiten hin, die für die Stadt in der Niederschrift festgelegt wären. Namens des Bauausschusses gab er anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt und der Rat ermächtigt, in dem mit Büdcher abzuschließenden Verträge im Absatz 2 unter b zweitletzte Zeile hinter den Worten „des Kanals“ die Worte „sowie eine Erhöhung der den Kanal berührenden“
den

den Erdaufschüttung" einzuschalten.

pkt 15: Verkauf von Baustellen an der Hennebergstraße.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß

- a) eine rd. 900 qm große Fläche an der Hennebergstraße dem Kaffeehausbesitzer Markworth unentgeltlich aufgelassen wird unter der Bedingung, daß die dadurch entstehenden Kosten sowie die Straßenbaukosten, die auf das Grundstück entfallen, bei der Auflassung - mit 15% aufgewertet - von dem p. Markworth gezahlt werden,
- b) eine Teilfläche in Größe von 1257 qm zum Preise von 12 M je qm an den Bankdirektor Dr. Bruhn unter Sicherung des Vor- und Wiederkaufsrechts und mit der Verpflichtung verkauft wird, daß Dr. Bruhn noch in diesem Jahre auf dieser Baustelle ein Wohngebäude errichtet und den Kaufpreis sofort in bar zahlt.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv.

Rasche der Ratsvorlage zuzustimmen.

Be-

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 16: Der Punkt war versehentlich aufgenommen bzw. angegeben, er ist mit Punkt 13 identisch.

Punkt 17: Sicherstellung von Straßenbaukosten.

Der Rat teilt mit, daß die Straßenbaukosten für die Heinrichstraße zu 1 770,74 ₰ und die Waterloostraße 15 344,56 ₰ zusammen
17 115,30 ₰

jetzt fällig geworden sind, desgleichen werden demnächst die Straßenbaukosten der Allerstraße mit 10 800 GM fällig. Der Maurermeister Weiß (als Vertreter des Siedlungsvereins) ist bereit, die 17 115,30 ₰ betragenden Kosten mit 10% in Goldmark aufzuwerten. Der Siedlungsverein ist jedoch nicht imstande, z.Z. die Kosten zu zahlen und bittet, ihm zu gestatten, daß die Beiträge dadurch sichergestellt werden, daß ein entsprechender Teil der über 320 000 GM lautenden Goldschuldverschreibungen - die der Verein anszu-

auszugeben gedenkt- Überwiesen wird.

Der Rat gibt anheim, dem Antrage zuzustimmen.
Stadtv. Maaß als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Besprengung der Straßen der Stadt Braunschweig einer anderen Regelung zu unterziehen,

die Eisenbüttelerstraße und Helmstedterstraße in den Besprengungsbezirk einzubeziehen.

Stadtv. Marth begründete seinen Antrag, eine Änderung der augenblicklichen Besprengung der Straßen sei unbedingt erforderlich. Wenn man um die Wallanlagen ginge, um frische Luft zu genießen, und es begegnete einem gerade ein Automobil auf dem Walde, so wäre es keine Erholung, dieser Spaziergang, sondern eine Plage.

Auf

Auf jeden Fall müßte der Rat hier Wandel schaffen.

Stadtv. Pieper beantragte Besprechung.

Stadtv. Lehnert kam auf die Staubentwicklung auf der Hamburger- und Helmstedterstraße zu sprechen. Was z.B. der Hagenmarkt zuviel besprengt würde, das fehlte auf der Hamburgerstraße.

Bürgermeister Meyer erkannte den Notstand an. Er führte aus, daß sich mit dem augenblicklichen Pferdebestande ein Wandel nicht schaffen lasse. Wenn wirklich eine Änderung eintreten sollte, dann müßte man dem Rate die Mittel zur Beschaffung eines Motor-Sprengwagens zur Verfügung stellen.

Beschluß: Der Dringlichkeitsantrag wurde angenommen und der Rat ermächtigt, so schnell wie möglich einen Sprengwagen mit elektrischem oder Benzin-Antrieb zu beschaffen, die hierzu erforderlichen Mittel wurden dem Rat gleichfalls bewilligt.

An-

Antrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, aus laufenden Mitteln 200 000 M zur Behebung der dringenden Wohnungsnot zur Verfügung zu stellen.

Nachdem der Antrag von dem Stadtv. Marth begründet war, wurde er dem Finanzausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Bock:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat der Stadt, die Beihilfe für die Kleinrentner den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend höher zu bemessen.

Der Antrag wurde, da genügend unterstützt, nach kurzer Begründung durch den Stadtv. Frede, dem Finanzausschusse zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Röpcke:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat
der

der Stadt zu ersuchen, ihnen baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Direktor und die Lehrkräfte an der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule künftig entsprechend den Bestimmungen für die preußischen Kunstgewerbeschulen gehalten eingestuft werden.

Stadtv. Dr. Röpcke begründet seinen Antrag, nachdem er genügend unterstützt war, wurde er dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Der Vorsitzende schloß 7¹⁵ Uhr nachmittags die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,
Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t

Über

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
12. Juni 1924, nachmittags 4 Uhr.**

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten,

es fehlen:

(entschuldigt) die Stadtv.

Dr. Jasper, Dr. Kahlert, Pilz

und Papenberg;

(unentschuldigt) die Stadtv.

Fay und Fran Graf.

**Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete
25
4 Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.**

**Er teilte der Versammlung mit, daß außer-
halb der Tagesordnung noch eine Vorlage betr. Bau-**

be-

besehränkung Lortzingstraße, Bayreuther- und Mozartstraße beraten würde.

Hierauf wurden die Eingänge der Versammlung zur Kenntnis gebracht.

1. Ein K.M.-Schreiben des Rats der Stadt wegen der Einführung von Monatskarten bei der Straßenbahn (ablehnender Bescheid der Straßenbahn).
2. Eine von mehreren Einwohnern unterzeichnete Beschwerde gegen die Aufhebung der Hermannstraße. (Die Eingabe wurde dem Bau-Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.)
3. Ein Schreiben der Ortsvereinigung Braunschweig für Angestellten-Heimstätten wegen Unterstützung ihrer Bestrebungen (Gewährung von Bauland). (Die Eingabe wurde der Deputation für die Gewährung von Bauland überwiesen).
4. Eine Beschwerde des Studienrats Dr. Alstedt über Mißstände beim städtischen Wohnungsamt. (Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Prüfung überwiesen).

5. Eine Einladung der Br. Baugenossenschaft e.G.m.b.H. zu den am 21. und 22. Juni d.J. im Wilhelmsgarten stattfindenden Verhandlungen des Verbandstages der Baugenossenschaften.

Nachdem dann der Vorsitzende die gestellten Anfragen und Anträge bekanntgegeben hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

T a g e s o r d n u n g :

Punkt 1: Eingabe des Verkehrsvereins Braunschweig um Gewährung einer Unterstützung.

Beschluß: Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 2: Errichtung eines Spielplatzhäuschens auf dem Jahnplatze.

Der Rat gibt anheim, der Errichtung eines Spielplatzgebäudes zuzustimmen und die erforderlichen Mittel von 12 500 GM zu bewilligen. Für den Bauausschuß berichtete Stadtschreiber, er empfahl der Ratsvorlage grundsätzlich zuzustimmen und zu beschließen, daß die in Gebäude einzurichtende Wär-
ter-

terwohnung unterkellert wird. Die Kosten, die infolge der Unterkellerung den veranschlagten Betrag von 12 500 RM überschreiten würden, müßten ebenfalls bewilligt werden. Zu beiden Seiten der Wärterwohnung sollten die Versammlungs- bzw. Geräte-räume errichtet werden. Die infolge dieser Änderung gegenüber dem Voranschlage entstehenden Mehrkosten müßten ebenfalls bewilligt werden.

Beschluß: Dem Beschlusse des Bau-Ausschusses wurde zugestimmt, die Kosten bewilligt.

Punkt 3: Eingabe der Freiland-Siedlungsgenossenschaft m.b.H. hier betr. Aufnahme von Darlehen auf ihre Siedlungsgrundstücke.

Die Siedlungsgenossenschaft richtet an die Stadtverordneten-Versammlung das Ersuchen, den Rat zu ermächtigen, der Reallast der Wohnstättenbank den Vorrang vor dem Vorkaufsrecht der Stadt einzuräumen.

Stadtv. Dietermann berichtete für den Finanzausschuß und empfahl der Versammlung, das Gesuch abzulehnen.

Be-

Beschluß: Die Versammlung lehnte das Gesuch ab.

Punkt 4: Antrag des Stadtv. Dr. Röpcke:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ihnen baldigst eine Vorlage zu unterbreiten, wonach der Direktor und die Lehrkräfte an der hiesigen Handwerker- und Kunstgewerbeschule künftig entsprechend den Bestimmungen für die preußischen Kunstgewerbeschulen gehalten eingestuft werden.

Stadtv. Dr. Book - namens des Schulausschusses - teilte mit, daß der Antrag zurückgezogen war.

Punkt 5: Antrag des Stadtv. Dr. Book betr. Erhöhungen der Unterstützungen für die Kleinrentner.

Der Punkt wurde in der vertraulichen Sitzung beraten.

Punkt 6: Herstellung eines Steinzeugrohrkanals auf der Salzdahlumerstraße bis zum Zuckerbergsweg.

Der Rat gibt anheim, der Herstellung des fraglichen Kanals zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 25 000 GM - zu bewilligen.

In Abwesenheit des Berichterstatters des Finanz-

END

ausschusses Stadtv. Siemers, berichtete Stadtbaurat Gebhardt über die Vorlage.

Beschluß: Der Herstellung des Steinzeugrohrkanals wurde zugestimmt, die Mittel - 25 000 GM - bewilligt.

Punkt 7: Erhöhung der Gehälter der Beamten und Lehrkräfte der Stadt Braunschweig.

Stadtv. Frede teilte namens des Finanzausschusses mit, daß der Punkt von der Tagesordnung abgesetzt wird.

Punkt 8: Ergänzung der Koksförderanlage auf den Gaswerke an der Taubenstraße.

Der Rat gibt anheim, der geplanten Erweiterung der der Koksförderanlage zuzustimmen, die Kosten in Höhe von 10 000 GM zu bewilligen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Brydorff, der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel - 10 000 GM - zu bewilligen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, die Mittel - 10 000 GM - bewilligt.

Punkt 9: Gewährung eines Zuschusses zum Bau einer

Jugend-

Jugendherberge in Sehterke.

Der Rat gibt anheim, zum Bau einer Jugendherberge den Betrag von 1000 GM zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Dr. Beek empfahl der Versammlung, den Zuschuß zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung bewilligte 1000 GM.

Punkt 10: Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Unterhaltung einer Beratungsstelle für Geschlechtskranke und Überlassung geeigneter Räume.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die Stadt für das Rechnungsjahr 1924/25 zu den Kosten der Beratung und Behandlung von Geschlechtskranken, die einer Krankenversicherung nicht angehören, beiträgt und zwar 70% der Hälfte der Kosten, die nach Abzug der von der Landesversicherungsanstalt gezahlten Summe ungedeckt bleiben,

daß ferner grundsätzlich zugestimmt wird, falls der Staat für die Beratungsstelle geeignete Räume nicht zur Verfügung hat, diese im Grundstück an neuen Petritore 9 untergebracht werden.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadts. Steinhert,

er

er empfahl, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Schultze äußerte Bedenken wegen der Unterbringung der Beratungsstelle für Geschlechtskranke in denselben Grundstücke, wo die Beratungsstelle für Lungenkranke untergebracht wird.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß die Raumfrage noch nicht endgültig festgelegt wäre. Wenn der Staat keine Räume zur Verfügung hätte, erst dann sollte die Beratungsstelle dort untergebracht werden.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11: Änderung der Satzung über Unterhaltung einer Handwerker- und Kunstgewerbeschule.

Der Rat gibt anheim, der vom Staatsministerium vorgenommenen Änderung der Satzung über Unterhaltung einer Handwerker- und Kunstgewerbeschule zuzustimmen.

Über die Vorlage berichtete Stadtrat Schaper, da Stadtv. Sievers noch nicht anwesend war.

Er empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 12: Zeitgleistiger Ausbau der Straßenbahnlinien 4 und 5 an Altstadtmarkt.

Der

Der Rat gibt anheim, dem zweigleisigen Ausbau entsprechend dem der Vorlage beigelegten Entwürfe zustimmen zu wollen.

Stadtverordneter Pieper als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen, da Bedenken gegen den zweigleisigen Ausbau nicht vorliegen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 23. Erweiterung der Wasserfassung des Rüniger Wasserwerkes und Schaffung eines dritten Steinwasserbehälters beim alten Wasserwerk im Bürgerpark.

(Die Vorlage ist vervielfältigt, sie liegt der Niederschrift an.)

Anstelle des noch abwesenden Stadtverordneten Sievers berichtete Oberbürgermeister Kettemeyer über die Vorlage.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, die erforderlichen Mittel von 38 000 bzw. 49 000 GM wurden bewilligt.

Punkt 14: Änderung des Stellenplanes der städtischen

Beamtinnen

Beamten.

Der Punkt wurde in vertraulicher Sitzung beraten.

Punkt 15: Aufhebung der Hermannstraße.

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 16: Einteilung der Stadt in Stimmbezirke.

Der Rat gibt anheim, die Stimmbezirke - mit Ausnahme des 14. und 15. Bezirks - so zu belassen, wie bei der Reichstagswahl am 4. Mai 1924. Aus den Bezirken 14 und 15 sollen 3 Bezirke (14, 14a und 15) gemacht werden.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Regener. Er teilte mit, daß eine generelle Durcharbeitung sämtlicher Stimmbezirke in Aussicht genommen sei und empfahl der Versammlung, für dieses Mal der Vorlage zuzustimmen, desgleichen gab er anheim, in den Wahlausschuß die Herren Melzer, Sauerbier, Gräf und Schmerbach zu wählen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Ratsvorlage zu, in den Wahlausschuß wurden gewählt die Herren Melzer, Sauerbier, Gräf und Schmerbach.

Punkt: .

Punkt 17: Bildung einer Deputation für Gewährung von Baudarlehen.

Der Rat teilt mit, daß die Entscheidungen über Gewährung von Baudarlehen sowie die Sicherung der Darlehensforderungen von einer gemischten Deputation (§ 111 der Städteordnung) getroffen werden sollen.

Er gibt anheim, zuzustimmen, daß diese Deputation besteht aus 2 Mitgliedern des Rats der Stadt und den jeweiligen Mitgliedern des Finanzausschusses. Namens des Finanzausschusses gab Stadtv. Frede als Berichterstatter der Versammlung anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 18:

- a) Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Entsendung von Schulkindern in Solbäder und Ferienkolonien,
- b) Gewährung einer Beihilfe an die Arbeiterwohlfahrt zu den Kosten der Ferienaushflüge,
- c) desgleichen an den Elternausschuß der katholischen Schule.

Der

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß bewilligt werden zu a: bis zu 17 000 GM

b: 2000 GM

c: 200 GM.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Dr. Bock empfahl der Versammlung, den Ratsvorlagen zuzustimmen und die erforderlichen Mittel 17 000 GM, 2000 GM und 200 GM zu bewilligen.

eschluß: Die Mittel wurden bewilligt.

punkt 19: Baubeschränkung gemäß Statut 61 für das Gelände zwischen Bayreuther- und Mozartstraße südlich der Lortzingstraße.

Stadtv. Effner empfahl namens des Bauausschusses der Vorlage zuzustimmen.

eschluß: Die Versammlung stimmte zu, daß das fragliche Gelände mit einer Baubeschränkung gemäß Statut 61 belegt wird.

Anfrage des Stadtv. Steinert:

Der Schützenplatz ist von der Schützengesellschaft verpachtet. Der Pächter hat diesen Platz umzäunen lassen und somit jeglichen Fußverkehr über diesen Platz

Platz unterbunden. Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, ob das Stadtbauamt bereits Schritte unternommen hat, den sich zum Gewohnheitsrechte herausgebildeten Fußgängerverkehr über den Schützenplatz aufrecht zu erhalten?

Nachdem Stadtv. Steinert seine Anfrage begründet hatte, wurde vom Stadtbaurat Lebensleben erwidert, daß hier von einem Gewohnheitsrechte nicht die Rede sein könnte. Der Rat wäre wegen der Umzäunung des Schützenplatzes s.Z. nicht gefragt worden und hätte auch keine Genehmigung erteilt. Vielleicht wäre es möglich, im Verhandlungswege etwas zu erreichen anderenfalls müßte ein Ersatzweg - in der Verlängerung der Karl Schmidtstraße - geschaffen werden.

Anfrage des Stadt. Lehnert:

Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, warum jetzt noch fortwährend an Einwohner der Stadt Kirchensteuerzettel versandt werden, trotzdem nachgewiesen worden ist, daß die Betreffenden schon seit Jahren aus der Kirche ausgetreten sind.

Ist

Ist der Rat gewillt, hierin Abhilfe zu schaffen? Stadtv. Lehnert teilte mit, daß z.B. Leute, die früher der katholischen Kirche angehört hätten, seit Jahren aber schon ausgetreten wären, jetzt zur evangelischen Kirchensteuer veranlagt wären. Die Zeit, die für die Ausstellung der Kirchensteuerzettel verwendet wäre, könnte nützlicher verwertet werden.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß die Kirchensteuerzettel von Reiche - durch die Finanzämter - ausgestellt würden. Die Hausbogen, die s.Zt. dem Rat der Stadt eingereicht wären, hätten als Unterlage gedient.

Es wäre allerdings der Fehler im Steuerbüro gemacht, daß in denjenigen Hausbogen, in denen die Spalte „Konfession“ nicht ausgefüllt wäre, ohne weiteres der Vermerk „evangelisch“ nachgetragen wäre. Es wäre jedoch schon angeordnet, daß solches in Zukunft nicht wieder geschehen würde.

Anfrage der Stadtv. Fräulein Wolters:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß der östliche
Ausgang

Ausgang der Heinrichstraße, der zugleich den Zugang zu den Schrebergärten des Franzsehen Feldes bildet, sich in einem menschenunwürdigen Zustand befindet? Es liegen dort Abfälle aller Art und Schutt umher. An warmen Tagen entwickelt sich dort ein übler Geruch. Abhilfe ist dringend geboten.

Nach kurzer Begründung durch die Stadtv. Fräulein Wolters erwiderte Stadtbaurat Gebensleben, daß die fragliche Strecke nicht im Besitze der Stadt wäre, die Stadt infolgedessen auch nicht einschreiten könnte, es wäre lediglich Sache der zuständigen Feldmarksgemeinde.

trag des Stadtv. Stukenberg:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Polizei-Direktion wegen des zu schnellen Fahrens der Automobile, Kraftfahräder und Fahrräder vorstellig zu werden.

Es ist eine Verordnung anzustreben, wonach die Schnelligkeitsgrenze wesentlich herabgesetzt und fer-

ner

ner Personen unter 17 Jahren das Fahren mit Kraftträdern verboten wird.

Der Antrag wurde nach Begründung dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen.

trug des Stadtv. Dr. Bock:

Ich bitte die Stadtverordneten, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Statuten der städtischen höheren Lehranstalten dahin abzuändern, daß je ein Vertreter der drei Lehrkörper (Lyzeum und Oberrealschulen), der nicht Direktor ist und von seinem Kollegium gewählt wird, in den betreffenden Schulvorstand entsandt wird.

Nach Begründung wurde der Antrag dem Schulausschuß zur Vorberatung überwiesen.

inglichkeits-Entschließung des Stadtv. Gräfs:

Die Stadtverordneten-Versammlung der Stadt Braunschweig erhebt schärfsten Einspruch gegen die neueste Besoldungsregelung der Reichsregierung. Sie weist das Reichsdiktat mit äußerster Schärfe zurück und ersucht den Rat der Stadt, durch das Staatsministerium auf die

Reichs-

Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Besoldung der Beamtengruppen 1-5 statt der beschlossenen 17% auf 50% erhöht wird.

Stadtv. Gräf führte aus, daß man dieses neue Besoldungssystem als „Raffke-System“ bezeichnete. Während die unteren Gruppen um 17% aufgebessert würden, erhielten die oberen Gruppen 70%, diese Neuregelung wäre ein „Besoldungs-Skandal“, eine Urabstimmung unter sämtlichen Beamten wäre in Aussicht genommen.

Im Anschluß hieran begründete Stadtv. Gräf seinen Dringlichkeitsantrag:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die vom Vorsitzenden des Braunschweigischen Staatsministeriums herausgegebenen Verfügung über Notstandsbeihilfen für Beamte, Verfügung vom 31. Mai 1924 Nr. D II 824/24, Amtsblatt der Braunschweigischen Justizverwaltung Nr. 15 von 1924, auf die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Stadt Braunschweig auszudehnen.

Die

Die Dringlichkeit des Antrages wurde anerkannt.
Stadtv. Marth führte aus, daß selbst höhere Beamte das Unrecht gegenüber den unteren Gruppen anerkannt hätten.

Die Neuregelung der Gehälter durch das Reich mußte mißbilligt werden, die Städte müßten eben selbständig vorgehen und sich nicht nach dem Reiche richten. Er empfahl, der Entschliebung zuzustimmen.

Auch die Stadtv. Sauerbier und Frede empfahlen, der Entschliebung zuzustimmen.

Beschluß: Der Entschliebung wurde zugestimmt, der Dringlichkeitsantrag angenommen. (einstimmig)

Der Vorsitzende schloß 5²⁰ Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. O. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 26. Juni 1924, 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,
entschuldigt fehlen die Stadtvv.
r. Jasper, Dr. Kahlert, Diers,
reus, Munte,
entschuldigt
tukenberg, Gräf.

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete
425 Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.
Er teilte zunächst mit, daß noch 2 Punkte außerhalb
der Tagesordnung erledigt werden sollten und zwar:
Kauf eines Grundstücks und
Vergnügungssteuer.

Dr. Kahlert
Dr. Jasper
Dr. Diers
Dr. reus
Dr. Munte
Dr. tukenberg
Dr. Gräf

Sodann

Sodann wurde ein Schreiben des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands wegen Erhöhung der Renten, Lieferung von verbilligtem Koks usw. der Versammlung zur Kenntnis gebracht. (Die Eingabe wurde dem Finanz- bzw. Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen.)

Nach Bekanntgabe der eingegangenen Anfragen und Anträge wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung:

Punkt 1: Genehmigung des Haushaltsplanes der Stadt Braunschweig.

Der Rat gibt anheim, den vorgelegten Haushaltsplan der Stadt Braunschweig für das Rechnungsjahr 1924/25 zu genehmigen und zuzustimmen, daß für dieses Rechnungsjahr

- 1) an Müllabfuhrgebühr 0,5 v.H. des Friedensmietwertes der Grundstücke in Goldmark,
- 2) an Schulgeld der drei gehobenen Unterrichtsanstalten,

a. für ortsangehörige Schüler und Schülerinnen

96 GM,

b.

b.für ortsfremde Schüler und Schülerinnen

- mit Ausnahme derjenigen Schülerinnen aus dem Lande Braunschweig, die das Oberlyzeum besuchen und die gleichfalls 96 GM bezahlen sollen - 120 GM,

c.für Ausländer 180 GM,

- 3) an Kanalabgabe (Anlieger Beiträge) 0,40 v.H. des Nutzungswertes - d.i. des halben im März 1923 ortsüblich gewesenen Mietwertes - der Grundstücke in Goldmark,
- 4) an Gemeindegrundsteuer 100 v.H. des staatlichen Grundsteuersatzes erhoben werden und
- 5) zur Deckung des vierten Teiles der Kosten für Wegebau ein Sonderzuschlag zur staatlichen Grundsteuer in der Höhe erhoben wird, daß auf einen Ertrag von 84 000 GM gerechnet werden kann.

Für

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.Frede über die Kapitel 1-2 und 13-17, Stadtv.Burgdorff über die Kapitel 3-12 und 18 bis zum Schluß.

Stadtv.Frede führte aus, der vorgelegte Haushaltsplan erinnerte an den Haushaltsplan in der Friedenszeit.

Der Haushaltsplan hätte müssen bis zum 1. April vorgelegt werden. Die in einzelnen Kapiteln angesetzten Beträge wären heute zum Teil schon nicht mehr zutreffend. So z.B. Gehälter, Pachten für Bürgerpark-, Stadtpark- und Konzerthaus-Restaurant.

An Hand des Haushaltsplanes wurden dann von den Berichterstattern die einzelnen Kapitel durchberaten.

Bei Beratung des Kapitels 2 teilte Ober-
bürger-

bürgermeister Retemeyer der Versammlung mit, daß wegen des Grundstücks Breitestraße 1 den Stadtverordneten demnächst eine Vorlage wegen des Vertrages mit den Gebr. Winkelmann zuginge. Die hinter dem Saale gelegenen alten Häuser müßten abgebrochen werden; bis auf eine Familie wären die Einwohner alle untergebracht. Da die genannte Firma den Wunsch hätte, sobald als möglich mit dem Abbruch zu beginnen, so ersuchte er die Versammlung den Rat zu ermächtigen, der Firma Gebr. Winkelmann schon vor Abschluß des Vertrages den Abbruch der Häuser zu gestatten.

Beschluß: Die Ermächtigung wurde erteilt. Bei Beratung des Kap. 3 teilte der Berichterstatter mit, daß im Finanzausschuß auch die Frage der Eigenwirtschaft auf dem Rieselgute angeschnitten wäre.

Namens des Finanzausschusses empfahl der

Be-

Berichterstatter der Versammlung, der Beibehaltung der Eigenwirtschaft - bis auf weiteres - zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Bei Beratung des Kapitels 4 wünschte Stadtv.Regener, daß man endlich dazu übergehen sollte, die elektrische Beleuchtung in der Markthalle einzuführen, auch müßten die Standgelder - besonders der Fischhändler - den heutigen Verhältnissen mehr angepaßt werden.

Stadtrat Vogler erwiderte, daß schon Verhandlungen wegen der Einführung der elektrischen Beleuchtung geführt würden und hoffte, daß im Herbst die Verhandlungen abgeschlossen wären.

Bei Beratung des Kapitels 7 gab Stadtv.Lehnert anheim, für eine bessere Reinigung der Straßen zu sorgen, die elektrische Straßen-Reinigungs-Maschine müßte wieder instandgesetzt werden.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß dieses in kürzester Zeit geschehen könnte.

Bei Beratung des Kapitels 10 wünschte Stadtv. Marth, daß die Preise für Gaskoks herabgesetzt würden;

bei

bei der Beratung des Kapitels 13 dagegen, daß genügend Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit für die bei den höheren Schulen vorhandenen Freistellen auch freie Lernmittel geliefert werden könnten. Ferner wünschte er, daß die Maschinenabteilung der Handwerker- und Kunstgewerbeschule mehr ausgebaut würde, es müßten hauptamtliche Lehrkräfte eingestellt werden.

Bei der Beratung des Kapitels 15 vermißte die Stadtv. Frau Graf die Finanzierung des Jugendamtes.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß bei Aufstellung des Etats von einem Jugendamt noch nichts bekannt gewesen wäre; die erforderlichen Mittel würden aus anderen Kapiteln - Armenverwaltung, Berufsvormundschaft pp.-genommen.

Bei Beratung des Kapitels 16 wünschte Stadtv. Steinert, daß die Krankenkraftwagen eine bessere Förderung erhielten.

Nachdem sämtliche Kapitel durchberaten waren,

gab

gab Stadtv.Burgdorff der Versammlung anheim, den Haushaltsplan zu genehmigen und der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Haushaltsplan wurde genehmigt, der Ratsvorlage zugestimmt.

Punkt 2: Änderung der Besoldungssatzung.

Der Punkt wurde von der Tagesordnung abgesetzt.

Punkt 3. Beschwerde über das Städtische Wohnungsamt.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv.Sauerbier.

Die Beschwerde wurde dem Rat überwiesen.

Punkt 4: Antrag des Stadtv.Dr.Bock:

„Ich bitte die Stadtverordneten, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Statuten der städtischen höheren Lehranstalten dahin abzuändern, daß je ein Vertreter der drei Lehrkörper (Lyzeum und Oberrealschulen), der nicht Direktor ist und von seinem Kollegium gewählt wird, in den be-
tref-

treffenden Schulvorstand entsandt wird."

Für den Schulausschuß berichtete Stadtv.

Fräulein Wölters, sie empfahl, den Antrag anzunehmen.

Beschluß: Der Antrag wurde angenommen, der Rat ersucht, den Stadtverordneten, den zeitigen Verhältnissen angepaßte Satzungen über die Unterhaltung der städtischen höheren Schulen vorzulegen.

Punkt 5: Antrag des Stadtv. Stukenberg:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Polizeidirektion wegen des zu schnellen Fahrens der Automobile, Kraftfahräder und Fahrräder vorstellig zu werden.

Es ist eine Verordnung anzustreben, wonach die Schnelligkeitsgrenze wesentlich herabgesetzt und ferner Personen unter 17 Jahren das Fahren mit Krafträdern verboten wird.

Der

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses, Stadtv. Regener führte aus, daß durch eine Reichsverordnung vom vorigen Jahre die Fahrgeschwindigkeit in geschlossenen Ortschaften auf 30 km (früher 15) festgesetzt ist. Die Polizeidirektion hätte jedoch in einem Schreiben an den Rat der Stadt zugesagt, jede Überschreitung, die ihr zur Kenntnis käme, zu bestrafen. Das Publikum müßte sich jedoch an den Verkehr gewöhnen und dazu erzogen werden. Der Fußweg dem Publikum, der Fahrweg dem Fahrverkehr, Da dem Antrage des Stadtv. Stukenberg nicht entsprochen werden könnte, empfahl er, den Antrag abzulehnen und die folgende Entschließung des Rechtsausschusses anzunehmen:

„Die Stadtverordneten-Versammlung billigt die Absicht der Polizeidirektion gegen Übertretungen der Vorschriften über Geschwindigkeits-

grenzen

grenzen im Kraftwagenverkehr vorzugehen.

In der Überzeugung, daß die Absicht der Polizeidirektion verwirklicht und nicht ohne Erfolg bleiben wird, lehnt die Stadtverordneten-Versammlung den weitergehenden Antrag Stukenberg ab".

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Stukenberg wurde abgelehnt, die EntschlieÙung des Rechtsausschusses angenommen.

Punkt 6: Genehmigung des Teilortsbauplanes für die Verbindungsstraße zwischen Kastanienallee und Landstraße.

Der Rat ersucht, dem ausgearbeiteten Teilortsbauplane, nach welchem der StraÙenzug eine Breite von 8 m haben soll, zuzustimmen. Stadtv. Pilz empfahl namens des Bauausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 7:

Punkt 7: Bewilligung von Mitteln zur Errichtung zweier Gedenktafeln für die im Weltkriege gefallenem städtischen Beamten und Arbeiter.

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck den Betrag von 2 450 GM zu bewilligen. Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Garton. Er führte aus, daß es die finanzielle Lage der Stadt bis jetzt nicht gestattet hätte, dieser Ehrenpflicht nachzukommen; er empfahl, die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: 2 450 GM wurden bewilligt, der Ratsvorlage zugestimmt.

Punkt 8: Verkauf von Baustellen an der Salzdahlumerstraße.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß der neben der ehemaligen Grandgrube an der Salzdahlumerstraße belegene Bauplatz in Größe von 22,40 ar zum Preise von 6 M je qm unter der Bedingungen an die Siedlungsgenossenschaft Freiland verkauft wird, daß noch in diesem Jahre Wohngebäude auf

auf dieser Baustelle errichtet werden. Das Vor- und Wiederkaufsrecht soll gesichert werden, der Kaufpreis soll gegen Stellung einer Hypothek - 5% Zinsen, $1\frac{1}{2}\%$ Tilgung - gestundet werden. Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Schmerbach, der Ratsvorlage zuzustimmen.
Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 9: Ankauf eines Grundstücks an der Cellerstraße.

Der Punkt wurde in vertraulicher Sitzung beraten.

Punkt 10: Ausübung des Vorkaufsrechtes.

Der Punkt wurde ebenfalls in vertraulicher Sitzung beraten.

Punkt 11: Bewilligung von Baukosten für Einrichtung eines Lehrfilmes in der Städtischen Berufsschule.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß die für Einrichtung eines Lehrfilmes für Schulzwecke im 1. Obergeschoß der von der Stadt gemieteten Räume im Hauptgebäude des Großen Waisenhauses erforderlichen baulichen Veränderungen auf

Kosten

Kosten der Stadt ausgeführt werden und die erforderlichen Kosten - 1 650 GM - bewilligt werden. Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Trautmann empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 1 650 GM - zu bewilligen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, die Mittel - 1 650 GM - bewilligt.

Punkt 12: Einrichtung von Beratungsstellen für Lungenkranke und Geschlechtskranke.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, für die Fürsorgestellen für Lungen- bzw. Geschlechtskranke im Grundstücke am neuen Petritore 9 Räume einzurichten und die dafür erforderlichen Kosten in Höhe von 15 035 GM zu bewilligen.

Stadtv. Effenner als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Vorlage zuzustimmen und die erforderlichen Mittel - 15 035 GM - zu

be-

bewilligen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt,
die erforderlichen Mittel

- 15 035 GM - bewilligt und dem
Rat anheimgegeben, für die Anbringung einer Waschgelegenheit Sorge
zu tragen.

Punkt 13: Ankauf eines Grundstücks.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß in der
Nähe des Wasserwerkes Rüningen gelegene
10 Morgen Wiesen - dem Rentner Hermann
Bohnhorst, Wolfenbüttel gehörig - zu einem
425 GM je Morgen nicht übersteigenden Preise
angekauft werden.

Bürgermeister Meyer gab anheim, dem Ankauf
der Wiesen zuzustimmen.

Stadtv. Sauerbier war der Preis zu hoch, in
der Umgegend von Watenbüttel könnte man
Land zum Preise von 300 GM je Morgen bekom-

men

men,er glaubte,daß der Preis darum so hoch wäre,weil man der Ansicht wäre,das Gelände würde für die geplante Rohr-Erweiterung unbedingt nötig sein.

Oberbürgermeister Retemeyer widersprach dem,der Erwerb des Geländes wäre nicht unbedingt erforderlich,jedoch vorteilhaft.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Ankauf zu.

Anfrage des Stadtv.Marth:

Gedenkt der Rat der Stadt,den vom Landgericht und Mieteinigungsamt letzthin gefaßten Beschlüssen, die nach meinem Dafürhalten mit den gesetzlichen Bestimmungen nicht zu vereinbaren sind, entgegenzutreten.

Stadtv.Marth führte aus,daß der Oberamtsrichter Reinking,dessen Familie aus 5 Personen bestände,eine 12 Zimmer-Wohnung innehatte.Vom

Woh-

Wohnungsamt wären 4 Räume beschlagnahmt gewesen. Alle gegen die Beschlagnahme eingelegten Beschwerden wären von den zuständigen Stellen abgelehnt. Das Wohnungsamt hätte inzwischen die Zimmer räumen lassen, damit die erforderlichen Veränderungen in den Zimmern hätten vorgenommen werden können.

Jetzt hätte das Mieteinigungsamt eine einstweilige Verfügung erlassen, nach der sämtliche Arbeiten eingestellt werden müßten.

Ein anderer Fall wäre die Angelegenheit Gropengießer, Altewiekring. Dieser hätte sein Grundstück - mit seiner Wohnung - in Wolfenbüttel verkauft und bezöge hier in Braunschweig eine Wohnung.

Auf jeden Fall müßte der Rat gegen diese Entscheidungen des Mieteinigungsamtes

Pro-

Protest einlegen, dem Mieteinigungsamt müßte schärfer auf die Finger gesehen werden, damit dem Gesetze mehr entsprochen wird.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß dieses ein kleines Beispiel dafür wäre, welche Dornenwege das Wohnungsamt gehen müßte. Täglich wiederholten sich die vom Vorredner geschilderten Vorgänge. In dem Falle Reinking wäre gegen die Entscheidung des Mieteinigungsamtes bereits die Rechtsbeschwerde beim Landgericht eingelegt. Nach dem „Empfinden“ des Wohnungsamtes hätten Mieteinigungsamt und Landgericht nicht recht geurteilt.

Stadtv. Frede beantragte Besprechung.

Stadtv. Nöll teilte mit, daß ihm die Angelegenheit des Oberamtsrichters Reinking persönlich bekannt wäre. In diesem Falle sei die Beschlagnahme äußerst kraß durchgeführt, in der Wohnung sähe es böse aus.

Stadtv.

Stadtv.Frede führte aus, daß er grundsätzlich gegen jede Wohnungs-Zwangs-Wirtschaft wäre. Solange jedoch die Gesetze beständen, müßten sie auch befolgt werden. Einige Vertreter der Rechtswissenschaften benutzten jedoch ihr Wissen dazu, den in Frage kommenden Behörden möglichst viel Schwierigkeiten zu bereiten. Stadtv. Frede kam dann auf die Angelegenheit des Oberamtsrichters Reinking zu sprechen. Er war der Ansicht, daß p.Reinking keine Ausnahmestellung beanspruchen könnte.

Sodann kam Stadtv.Frede auf einen Fall zu sprechen, wo der stellv.Vorsitzende des Mieteinigungsamtes Landgerichtsrat Kulemann in Abwesenheit der Beisitzer die Verhandlung begonnen hätte, auch dieses hielt er nicht für zulässig.

Nachdem dann noch die Stadtvv.Steinert, Marth und Fräulein Wolters zu der Anfrage gesprochen hatten, wurde die Anfrage als erledigt angesehen.

Antrag des Stadtv.Steinert:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, der Rat der Stadt wird ersucht, die Zuschüs-

se der Sozialrentner auf 12 M pro Monat zu erhöhen.

Nach Begründung durch den Antragsteller wurde
der Antrag dem Finanzausschusse überwiesen.

Hierauf schloß der Vorsitzende 7²⁵ Uhr die
öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,
Schriftführer.

Niederschrift

über

**die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
3. Juli 1924, 4 Uhr nachmittags.**

Gegenwärtig

Die Stadtverordneten,

abschuldigt fehlen: Stadtv.

Dr. Boek, Burgdorff, Breus,

Dr. Jasper, Melzer und

Kunte.

**Der Vorsitzende Stadtv. Stegemann eröffnete
4³⁰ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Er
gab zunächst bekannt, daß außerhalb der Tagesordnung
noch 5 Punkte erledigt werden sollten.**

**Eingegangen war eine Beschwerdeschrift der Be-
wohner der Baracken Korfesstraße über den Rat der
Stadt bezw. in Frage kommende städtische Beante we-
gen Nichtanerkennung der gewählten Mietervertreter.**

/ Die

Ant. Hartmann

(Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Verbesserung überwiesen.)

Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Stadts. Frede eine Erklärung ab, die mit der Reinkingschen Angelegenheit und einer Verhandlung vor dem Mietnigungsamt-Landgerichtsrat Kulemann im Zusammenhang stand.

Obgleich sein Gewährsmann bei den s. Z. von ihm in der Stadtverordneten-Sitzung vorgebrachten Behauptungen bliebe hätte der Rat der Stadt bei den von ihm auf seinen (Fredes) Munnch angestellten Ermittlungen nunmehr festgestellt, daß hier leider eine Verwechslung zweier Termine vorgekommen wäre. Er bedauerte die s. Z. gegen den Landgerichtsrat Kulemann gerichteten Vorwürfe. In der Reinkingschen Angelegenheit hätten auch selbst die von diesen vorgebrachten Darlegungen seine Ausführungen nicht im geringsten erschüttert.

Oberbürgermeister Ketemeyer gab namens des Rat der Stadt die Erklärung ab, daß die von dem Oberamtsrichter Reinking gegen das Wohnungsamt gerichteten Vorwürfe im Interesse der Behörde sowie der Beamten

nach-

nachgeprüft werden müßten. Die Stadtverordneten hätten gem. der Städteordnung das Recht, Erinnerungen gegen die Behörde zu stellen. Hier müßte festgestellt werden, hat das Wohnungsamt seine Pflicht und Schuldigkeit getan oder hat es gegen die bestehenden Gesetze verstoßen. Er gab der Versammlung anheim, den Rechtsausschuß mit Nachprüfung der Reinigungsangelegenheit zu betrauen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem zu.

Hierauf trat man in der Tagesordnung ein.

Punkt 1: Gewährung einer Beihilfe an den Ausschuß für
Naldspiele.

Der Rat gibt anheim, dem Ausschusse 2500 GM. zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert, er empfahl die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: 2500 GM. wurden bewilligt.

Punkt 2: Festsetzung der Aufwandsentschädigung für die
Mitglieder des Wahlausschusses und der Abstimmungs-
vorstände für die am 13. Juli d. Js. stattfindende
Verabstimmung.

Der

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß die Entschädigung^u für die Person auf 5 GM. festgesetzt wird.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Frede empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Entschädigung wurde auf 5 GM. je Person festgesetzt.

Punkt 3: Gewährung einer Beihilfe an den Touristenverein „die Naturfreunde.“

Der Rat gibt anheim, zum Bau eines Arbeiterferienheimes in Bündheim den Betrag von 2000 GM. zu bewilligen.

Stadtv. Steinert als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl 2000 GM. zu bewilligen.

Beschluß: 2000 GM. wurden bewilligt.

Punkt 4: Genehmigung der Satzungsentwürfe über
a. Unterhaltung eines städt. Fürsorgeamtes,
b). Bildung eines Jugendamtes für die Stadt
Braunschweig,
c) Unterhaltung eines Gesundheitsamtes.
der Punkt wurde abgesetzt.

Punkt 5: Antrag des Stadtv. Steinert:

Die

Die Stadtverordneten -Versammlung wolle beschließen, der Rat der Stadt wird ersucht, die Zuschüsse der Sozialrentner auf 12 M. pro Monat zu erhöhen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Dietermann, er empfahl, diesen Antrag zusammen mit dem Punkte 8 der Tagesordnung zu beraten.

Inkt 8: Richtsätze für Fürsorge - Leistungen.

(Sozialrentner, Kleinrentner und Armengeldempfänger).

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß ab 1. Juli 1924 an Rente monatlich gezahlt werden:

1) für Sozialrentner 7 GM.

2) " Kleinrentner 20 GM.

Der monatl. Höchstbedarfssatz der Armenpflege für Haushaltungsvorstände und alleinstehende Personen mit eigenem Haushalt soll von 12 GM. auf 16 GM. festgesetzt werden.

Stadtv. Dietermann führte aus, daß durch die Vorlage des Rates der Antrag des Stadtv. Stenert hinfällig geworden wäre. Er empfahl der

Rats-

Ratsvorlage zuzustimmen, jedoch mit der Änderung, daß die Rente für Sozialrentner dem Antrage Steinerts entsprechend, auf 12 GM. festgelegt wird.

Stadtrat Schaper empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen. Wenn man den Sozialrentnern eine monatliche Rente von 12 M. gewährte, so müßte man ebenfalls die anderen Renten dementsprechend auch aufbessern und dazu fehlte es augenblicklich der Stadt an den nötigen Mitteln, diese Aufbesserung erforderte eine monatliche Mehrausgabe von 49 000 GM.

Namens des Rats der Stadt trug er folgende Ergänzung der Ratsvorlage vor:

Erwerbsunfähige Ehefrauen von Invalidenrentenempfängern erhalten an Fürsorgeleistung monatlich 4 GM.

Witwenrentenempfänger erhalten an Fürsorgeleistung monatlich 11 GM.

Er empfahl nochmals der Ratsvorlage mit dem eben verlesenen Ergänzungsantrage zuzustimmen.

Nachdem dann der Stadtv. Steinert nochmals für seinen

seinen Antrag, der Stadtrat Schaper für Annahme der Ratsvorlage gesprochen hatten, erfolgte die Abstimmung.

Beschluß. Der Antrag des Stadtv. Steinert wurde mit 14: 12 Stimmen abgelehnt, die Ratsvorlage mit der Ergänzung angenommen. Ferner wurde der Rat ermächtigt in besonderen Fällen die Fürsorgeleistungen zu erhöhen.

Akt 6: Eingabe des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands Ortsgruppe Braunschweig wegen Erhöhung der Renten, Verbilligung des Gaskoks, Wahl von Mitgliedern in den Fürsorge- bzw. Beschwerdeausschuß usw.

Stadtv. Sauerbier berichtete namens des Finanz- und Rechtsausschusses.

Was die Eingabe selbst beträfe, so wären diejenigen Punkte, die im Finanzausschusse vorberaten wären, durch Annahme der Ratsvorlage bereits erledigt.

Die übrigen Punkte der Eingabe- die den Rechtsausschuß beschäftigt hätten, würden bei der Beratung

Beratung des Punktes 4 der heutigen Tagesordnung ihre Erledigung finden.

Er gab anheim, die Angelegenheit bis zur Erledigung des gent. Punktes zurückzustellen.

Der Punkt wurde zurückgestellt.

Pkt 7: Genehmigung eines Vertrages wegen Schaffung einer neuzeitlichen Saalbau-Anlage (Breitestr. 1)
(die Ratsvorlage ist vervielfältigt und liegt dieser Niederschrift an.)

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Rasche. An Hand der Ratsvorlage und der aufgehängten Pläne erläuterte er das Bauprojekt. Einzelne Änderungen müßten noch vorgenommen werden, wozu dem Rat durch den abzuschließenden Vertrag, das Recht zustände. Das Bauprojekt müßte vom Rat der Stadt im Einverständnisse mit dem Bauausschusse festgelegt werden.

Sodann wurden vom Berichterstatter die einzelnen Paragraphen des Vertrages vorgetragen. Änderungen wurden vorgenommen im § 2 zweitletzter Satz, § 8 Einfügung eines zweiten Absatzes und § 17 Änderung des Datums.

Beschluß: Der Vertrag sowie die Ratsvorlage wur-

wurden einstimmig angenommen. Der Rat wurde ersucht, den Stadtverordneten demnächst einen neuen Lageplan vorzulegen.

Punkt 9.

Errichtung einer Benzintankstelle auf dem Friedrich-Wilhelmplatze.

Der Rat gibt anheim, der Einrichtung der Benzintankstelle unter den vom städt. Tiefbauamte am 23 Juni 1924 aufgestellten 6 Bedingungen zuzustimmen den Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Trautmann empfahl, der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Sauerbier wünschte, daß dieses Tankhäuschen nicht direkt vor dem Meyersfeldschen Grundstücke zu stehen käme.

Stadtbaurat Gebensleben teilte mit, daß das Tankhäuschen nach dem Stadtbade zu errichtet werden sollte, nicht in der Mitte des Meyersfeldschen Grundstücks.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 10:

Zahlung eines namhaften Zuschusses zu den Kosten der hiesigen Polizei-Verwaltung.

(Die Ratsvorlage ist vervielfältigt und

liegt

liegt dieser Niederschrift ebenfalls ab.)

Für den Finanzausschuß erstattete Stadtv. Sievers den Bericht. Er gab anheim, dem Entwurfe des Berichtes an den Br. Finanzminister mit den Änderungen in 4. Absätze und am Schlusse des Berichtes zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Entwurfe mit den Abänderungen zu.

Punkt 11: Überlassung des Erbpachtlandes auf dem Arkeröderfelde an die Siedler als Kaufland.

Der Rat ersucht, sich zu dem Antrage gutachtlich zu äußern.

Stadtv. Gartung empfahl namens des Bauausschusses, dem Antrage der Siedler zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 12: Rückkauf einer Fläche.

Der Rat gibt anheim, dem Rückkaufe einer nahezu 7 Morgen großen Fläche auf dem Arkeröderfelde von der Gemeinnützigen Braunsch. Heimstättengesellschaft n.b.H. vorm. A.V.G. zum Preise von 2000 GM. zuzustimmen.

Stadtbaurat Gebensleben empfahl Zustimmung.

Beschluß

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Rückkauf zu dem Preise von 2000 GM. zu.

Punkt 13: Verlegung der Leitungen des Fernheizwerkes
Braunschweig in den Straßen der Stadt.

Der Rat gibt anheim, dem Antrage des Elektrizitätswerkes zu entsprechen und die Genehmigung zu erteilen. (Vorgetragen vom Stadtbaurat Gebensleben) Stadtv. Höll wünschte Auskunft über die Größenverhältnisse Stadtv. Frh. Wolters darüber, ob nicht auch Privatgrundstücke angeschlossen werden könnten.

Stadtbaurat Gebensleben beantwortete beide Fragen. Bei Neueinführung einer Sache müßte man sich zunächst die Großabnehmer sichern, späterhin könnte man auch den Anschlusse von Privatgrundstücken nähertreten.

Stadtv. Sauerbier wünschte, daß dem Eltwerk die Verlegung der fragl. Leitungen in sämtlichen Straßen der Stadt gestattet würde.

Beschluß: Die Versammlung stimmte grundsätzlich der Verlegung der fragl. Leitungen in den Straßen der Stadt Braunschweig zu.

Punkt

Punkt 14: Errichtung eines Gärtnerhauses im Schulgarten
am Dovessee.

Der Rat gibt anheim, zur Fertigstellung des Gebäudes den Betrag von 7500 GM. zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Naab empfahl der Vorlage zuzustimmen und die Mittel 7500 GM. zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß und bewilligte 7500 GM.

Punkt 15: Bewilligung von Mitteln zur Beschaffung von Fenster-
stervorhängen für die Städtische Berufsschule.

Der Rat gibt anheim zur Beschaffung der Fenster-
vorhänge 1400 GM. zu bewilligen.

Der Berichterstatter Stadtv. Schmerbach empfahl der Vorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt die Mittel 1400 GM. bewilligt.

Der Vorsitzende schloß 6¹⁵ Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 28. August 1924, nachmittags 4 Uhr.

=====

Gegenwärtig:
die Stadtverordneten;
entschuldigt fehlen
Dr. Japar, Sauerbier,
Gartung, Dr. Röpke
und Dietermann.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann, eröffnete
4 1/4 Uhr die erste Sitzung nach den Ferien und gab
der Hoffnung Ausdruck, daß alle Mitglieder gekräftigt
zurückgekehrt sein möchten. Zahlreich waren die Ein-
gänge; der Vorsitzende wollte deshalb von einer wört-
lichen Verlesung absehen, weil das zu lange Zeit in
Anspruch nehmen würde.

Ober-

Handwritten signature: H. H. H. 2

Oberbürgermeister Retemeyer hatte an den Vorsitzenden ein Schreiben gerichtet, worin er mitteilte, daß Amtsgerichtsrat Meyer bereit sei, eine Wahl zum besoldeten Ratsmitgliede anzunehmen. Der Vorsitzende möchte das Weitere in die Wege leiten, weil die Geschäftslast immer größer würde und das Fehlen eines weiteren stimmberechtigten Ratsmitgliedes sich oft unliebsam bemerkbar mache.

(Die einzelnen Fraktionen sollen sich mit der Angelegenheit demnächst beschäftigen.)

Weiter lagen vor:

- .Drei Beschwerden gegen das Wohnungsamt von Redemsky, Lotze und Jeschke;
- .ein Schreiben der Mietervertreter von der Irfesstraße, betr. Wahl von vier Mietervertretern für die Wohnbauten daselbst;
- .ein Antrag des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands, Ortsgruppe Braunschweig, auf Erhöhung der Unterstützungen für Sozialrentner;
- .ein Gesuch von Friedrich G u r k , Kannengießerstraße

- 32, um Gewährung eines Darlehns;
5. ein Gesuch des ehemaligen städtischen Angestellten
Julius P a u l um Bewilligung von Ruhelehn;
6. ein Antrag, unterschrieben von Erich R o s e ,
Wilhelm S c h r a d e r und Margarete F e r s t ,
um Erlaß der Hundesteuer;
7. Eingabe des Bürgerbundes und des Bürgervereins Braun-
schweig, betr. Instandsetzung des Flugplatzes.

Die Eingaben, Anträge und dergl. wurden den zu-
ständigen Ausschüssen zur Verberatung überwiesen.

Weiter waren eingegangen ein Flugblatt vom In-
genieur G r ä f e in B a r m e n , betr. Errich-
tung einer Darlehns-genossenschaft für das Deutsche
Reich, und eine Statistik über Wahlergebnisse in
diesen Jahre, angefertigt vom Oberbürgermeister der
Stadt Hagen.

Sodann schritt man zur Erledigung der Tagesord-
nung.

Punkt

Punkt 1: Gesuch um Zahlung einer Rente aus der Jüdelstiftung. Wurde vertagt.

Punkt 2: Genehmigung der Satzungsentwürfe über

- a) Unterhaltung eines städtischen Fürsorgeamtes
- b) eines Jugendamtes
- c) eines Gesundheitsamtes.

Ebenfalls vertagt.

Punkt 3: Beschwerde über Nichtanerkennung der Mietervertretung (Baracken Korfesstraße).

Nachdem Stadtv. Regener als Vertreter des Rechtsausschusses hierzu berichtet hatte, wurde die Angelegenheit als erledigt angesehen.

Punkt 4: Entsendung eines Stadtverordneten zur Tagung des Deutschen Städtetages in Hannover.

Die Tagung findet am 25. und 26. September d.Js. statt.

Nach den Satzungen des Städtetages kann Braunschweig drei stimmberechtigte Vertreter entsenden, der Rat beabsichtigt, zwei seiner Mitglieder zu bestimmen und gibt anheim, auch einen Stadtverordneten zu wählen.

Im

In Rechtsausschuß war man zu der Ansicht gekommen, daß es erwünscht sei, auch zwei Stadtverordnete zu entsenden. Dieser Ansicht trat die Versammlung bei; gewählt wurden die Stadtv. Stegmann und Frede.

Punkt 5: Bewilligung von Mitteln zum Ausbau verschiedener Straßen auf der Charlottenhöhe, Änderung von Fluchtlinien, Erklärung der Straßen der Charlottenhöhe zu Ortsstraßen.

Hierüber fand eine längere Aussprache statt, die namentlich durch Stadtv. Marth herbeigeführt wurde, der auf eine in Verbindung damit stehende Angelegenheit von früher zurückkam, ob nämlich der Kaufmann Hartweg den Schwamm auf der Charlottenhöhe habe beseitigen lassen. Stadtbaurat Gebensleben bejahte solches auf Grund eines vom Städtischen Hochbauamte erstatteten Berichts. Stadtv. Marth erklärte aber, der Schwamm sei nicht beseitigt worden, die Zustände seien ärger als zuvor, Hartweg habe den Kaufvertrag nicht eingehalten. Es wurde eine nochmalige Prüfung und genaue Klärung der

der Sachlage gefordert. Zu diesem Zwecke beschloß die
Versammlung, die Ratsverlage an den Bauausschuß zurück-
gehen zu lassen.

Punkt 6: Bewilligung von Mitteln für die Arbeitersän-
nitterkolonne.

Der Rat empfahl, 500G.M. als Zuschuß zu bewilligen; die
Stadtverordneten beschloßen demgemäß.

Punkt 7: Verkauf einer Fläche in der Schuhstraße.

Es soll eine Grundfläche in Größe von etwa $1/3$ qm zum
Preise von 100G.M. an den Instrumentenmacher W e i ß
verkauft werden. Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 8: Bewilligung von Mitteln für die erste Braun-
schweigische Lebensmittelausstellung.

Der Rat hatte anheimgegeben, zur Durchführung der Aus-
stellung, die an einigen Tagen im September d.Js. ge-
plant ist, einen Zuschuß von 1000G.M. zu bewilligen;
der Finanzausschuß, für den Stadtv. Burgdorf sprach,
empfohl jedoch, angesichts der Bedeutung der Ausstel-
lung für das wirtschaftliche Leben weitere 500G.M. für
den

den Fall zur Verfügung zu stellen, daß die Ausstellung einen Fehlbetrag ergeben sollte.

Punkt 9: Bewilligung eines Zuschusses an das Landes-
säumlingsheim.

Der Zuschuß soll zur Deckung des Fehlbetrages dienen, der nach dem Rechnungsabschlusse rund 9700G.M. beträgt. Der Staat ist bereit, dazu 2500G.M. zu zahlen; der Rat gibt anheim, 5000G.M. zu bewilligen. Die Versammlung faßte einen dahingehenden Beschluß. Der Finanzausschuß empfiehlt aber dem Landessäumlingsheim, wegen des dann noch verbleibenden restlichen Fehlbetrages sich nochmals an den Staat zu wenden, weil der größte Teil der Fehlsomme durch Unterhaltung der Pflegerinnenschule entstanden sei.

Punkt 10: Aufhebung eines Interessentenweges.

Es handelt sich um den Interessentschaftsweg Nr. 208 mit einer Grundfläche von 7a 41 qm, der zur Feldmarks-Gemeinde Neupetritter gehört.

Die Stadtverordneten beschloßen antragsgemäß die Aufhebung des Weges.

Punkt

Punkt 11: Erlaß einer Satzung über die Erhebung einer
Zugtiersteuer.

Stadt. Hr. Kahlert erstattete den sehr eingehenden
Kommissionsbericht. Bereits im Februar d.Js. hatte sich
vom 1. Januar d.J. ab auf Grund einer besonderen Satzung
die Versammlung mit der Erhebung der fraglichen Steuer
eingerstanden erklärt. Diese legte der Rat mit seinen
Schreiben vom 24. bzw. 31. Juli d.Js. nunmehr vor und
beantragte Zustimmung. Nach dem Landesgesetze vom 22.
Dezember 1923 sollen die Kosten des Wegebauens minde-
stens zu einem Viertel durch die Zugtiersteuer aufge-
bracht werden. Das Staatsministerium hat neuerdings
an die Erledigung der Sache erinnert. In Rechtsausschuß
hatte man eingehend hierüber beraten und war schließlich
zu dem Ergebnis gekommen, daß die Steuer für die klei-
neren Geschäftsbetriebe wie überhaupt für den gewerb-
lichen Mittelstand eine große Belastung bedeute, die
mancher gar nicht zu tragen imstande sein würde. Größere
Betriebe und Unternehmungen in besserer wirtschaftli-
cher

cher Lage würden Zugtiere abschaffen und Kraftfahrzeuge benutzen. Der Rechtsausschuß hatte in seiner Sitzung deshalb die Einführung der Steuer mit Stimmengleichheit abgelehnt. Stadtrat Vogler trat den Ausführungen des Berichterstatters entgegen und meinte, er sähe doch zu schwarz. So stark sei die Belastung nicht. Nach den angestellten Ermittlungen würden in Braunschweig etwa 1100 Zugtiere gehalten, die nach der Satzung mit doppelten Einheiten zu besteuern wären. Das ergäbe, auf den Tag gerechnet, 256.8. Da könne man doch nicht von einer sehr starken Belastung sprechen. Im übrigen müsse doch auch betont werden, weshalb die Steuer erhoben werden solle: um die Kosten des Wegebaues mit aufzubringen. An der Instandhaltung und guten Befestigung der Straßen habe die Stadt ein dringendes Interesse. Sehr oft gingen doch von dieser oder jener Seite Beschwerden über schlechte Beschaffenheit der Straßen ein, und es wäre sehr zu bedauern, wenn die Stadt in dieser Beziehung sich Einschränkungen auferlegen müßte, weil ihr eben die Mittel fehlten. Stadtrat Vogler empfahl deshalb An-
nahme

nahme der Vorlage.

Stadtv. Dr. Beck sprach im ablehnden Sinne. Gerade die Kraftfahrzeuge seien es, die das Straßenpflaster ruinierten und wenn die Stadt Braunschweig als Anteil aus der Kraftfahrzeugsteuer nur etwa 30 000 M bekommen solle so sei das ein beredtes Beispiel dafür, wie sich das Reich auf Kosten der Gemeinden gesund machen wolle.

Auch Stadtv. Burgdorff wandte sich gegen die Einführung der geplanten Steuer; sie sei außerdem ungerecht, weil ihre Erhebung ohne Rücksicht auf Einkommen und Umsatz erfolgen solle.

Schließlich wurde mit 16 : 11 sozialdemokratischen Stimmen die Einführung der Zugtiersteuer abgelehnt.
Punkt 12: Genehmigung eines Kaufvertrages.

Nach den vom Räte der Stadt vorgelegten notariellen Verträge sollen von den städtischen Grundstücken im Arkeröder Felde einige Baustellen in Größe von insgesamt 2976 qm zum Preise von 36 M. für das Quadratmeter an die Siedlungsgenossenschaft verkauft werden. Stadtv.

Röhl

Höll hielt den Preis für zu hoch, es müsse dafür gesorgt werden, daß sich mehr Gesellschaften zum Bauen bereit erklärten; Stadtbaurat Gebensleben erklärte, daß es sich in diesem Falle ja nicht um Barzahlung handle, es solle wegen des Kaufpreises eine Hypothek bestellt werden.

Der Kaufvertrag wurde darauf von der Versammlung genehmigt.

Punkt 13: Abschluß eines Pachtvertrages mit den Landesdomänenante.

Die sog. „Rote Wiese“, die zum Klostergut St. Leonhard gehört, wird an die Stadt vom 1. Oktober 1924 bis dahin 1936 verpachtet. Die Versammlung erteilte ihre Zustimmung.

Punkt 14: Zahlung des stadtseitigen Zuschusses an den hiesigen Verkehrsverein.

Der Rat hatte versucht, zuzustimmen, daß der im diesjährigen Veranschlage vorgesehene Zuschuß von 10.000 G.M. in vierteljährlichen Teilbeträgen (im voraus) gezahlt wird.

Die Stadtverordneten beschlossen demgemäß.

Punkt 15: Einführung der elektrischen Beleuchtung in der Markthalle.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Kffner. Der Rat der Stadt hatte um Zustimmung dazu ersucht, daß

- 1) die elektrische Beleuchtungsanlage in der städtischen Markthalle ausgeführt und die hierfür vorgesehenen Anlagekosten (5300 G.M.) aus den laufenden Mitteln gedeckt werden,
- 2) die Beleuchtungskosten von den Kontrahenten für die Einzel- und Allgemeinbeleuchtung für das Winterhalbjahr erhoben werden.

Punkt 16: Bericht des Rechtsausschusses in Sachen Amtsgerichtsrat Reinking - Wohnungsant.

Stadtv. Gräf berichtete eingehend über diese Sache, die schon mehrfach in der Presse erörtert war. Der Rechtsausschuß hat auf Grund des sehr umfangreichen Schriftmaterials sein Gutachten dahin abgegeben, daß die von Oberamtsrichter Reinking gegen das Wohnungsant gerichteten Angriffe unangebracht waren. Das Wohnungsant hat

hat in keiner Weise gegen die gesetzlichen Bestimmungen verstoßen.

Die Versammlung nahm von dem Gutachten Kenntnis und pflichtete ihm bei.

Punkt 17: Vermietung von Kellerräumen in der Markthalle.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß die ehemals von der Firma E. Bollmann innegehabten Kellerräume in der Markthalle an die Firma Gebr. Koch zu besonderen Bedingungen vermietet und die einzelnen Vertragsbedingungen mit der Firma Gebr. Koch und dem Rat der Stadt in einem besonderen Verträge festgelegt werden. Die Firma Koch hat gebeten, einen besonderen Zugang zu den fraglichen Kellerräumen anlegen zu dürfen.

Die Zustimmung wurde erteilt. Ebenso genehmigte die Versammlung den besonderen Antrag der gent. Firma.

=====

Anträge und Anfragen.

Antrag des Stadtv. Marth: Die Stadtverordnetenversammlung

lung

lung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung dahingehend vorstellig zu werden, daß das Landgericht als Berufungsgericht für Mietsstreitigkeiten, Zwangsverträge und Beschlagnahmen aufgehoben wird und diese Streitigkeiten einem Sondergericht, bestehend aus

2 Beamten vom Richterstand
1 Verwaltungsbeamten
1 Vermieter
1 Mieter

überwiesen werde.

Herr Marth begründete den Antrag damit, daß verschiedene Urteile des Landgerichts in diesen Wohnungsangelegenheiten hätten erkennen lassen, daß wenig Verständnis für die Wohnungsnot vorhanden sei. Stadtbaurat Gebensleben äußerte sich in ähnlichem Sinne und erklärte, der Rat würde jedenfalls den Antrag unterstützen. Auch Stadtv. Frede fand den Antrag sympathisch, empfahl aber zunächst eine Ausschußberatung, worauf Stadtv. Marth seine im Antrag betonte Dringlichkeit fallen ließ und der Antrag dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen wurde.

Anfrage des Stadtv. Pilz:

- 1) Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß Mitglieder des Denkmalausschusses, welche m.E. ihre Tätigkeit ehrenamtlich ausüben, da sie doch teils in städtischen, teils in staatlichen Diensten stehen, sich ihre Arbeit bezahlen lassen?
- 2) Ist der Rat der Stadt bereit, Auskunft zu geben, von wem diese Denkmalausschußmitglieder gewählt worden sind?

Hierbei handelt es sich um das Kolonialdenkmal, das am Stadtparke errichtet werden soll. Mitglieder des Denkmalausschusses sollen angeblich für Anfertigung des Entwurfes sich haben bezahlen lassen. Die Angelegenheit rief eine ziemlich lange Aussprache hervor, auch vom Ratstische aus wurden durch den Stadtbaurat Gebensleben Erklärungen abgegeben. Um die Debatte, die sich immer noch weiter auszudehnen schien, abzukürzen, machte Stadtv. Frede den Vorschlag, der Stadtbaurat Gebensleben möchte mit den beteiligten Herren vom Denkmalausschuß diesbezüglich persönlich Rücksprache nehmen,

un

um die Sache zu klären. Hiermit war die Versammlung einverstanden.

Antrag des Stadtv. Steinert:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen den Rat der Stadt zu ersuchen, statt Verwendung von 15% Hauszinssteuer 40% Hauszinssteuer zum Bau von Wohnungen zu verwenden.

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Finanzausschuß überwiesen.

=====

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr.

gez. C. Stegmann
Vorsitzender.

gez. Hans Lies,
stellvertr. Schriftführer.

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
am Donnerstag, den 18. September 1924, nachmittags 4 Uhr.

gegenwärtig:

alle Stadtverordneten ohne die
mitschuldigsten Herren Dr. Jas-
per, Dr. Röcke, Papenberg,
Kortung, Stukenberg u. Melzer.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann, eröffnete
um 4 1/4 Uhr die Sitzung und gab zunächst die Eingänge
bekannt. Es lagen vor ein Schreiben des Vorsitzen-
den vom Landesausschuß für Denkmalpflege vom 30. Au-
gust d.Js. und ein Protokoll vom gleichen Tage der
Denkmalskommission des Vereins „Ehemaliger Ostasia-
ten und Afrikaner in Braunschweig“, in denen zu der
von den Stadtverordneten in der letzten Sitzung am
28. August d.Js. am Entwurfe eines Kolonialdenkmals

Ge-

Dr. Stegmann

geübten Kritik Stellung genommen wurde. Die beiden Schriftstücke waren vervielfältigt und den Stadtverordneten zugegangen. Je 1 Exemplar ist dieser Niederschrift beigelegt.

Weiter gab der Vorsitzende die eingelaufenen Anfragen und Anträge seitens einiger Stadtverordneten bekannt. (Am Schlusse der Tagesordnung begründet - vgl. die Ausführungen auf den Seiten dieser Niederschrift).

Vor Eintritt in die Tagesordnung erhält Stadtbaurat Gebensleben das Wort^{zu} einer Erklärung:

Über die Zustände im hiesigen Schlachthause. Anlaß dazu hat eine vor einiger Zeit hier stattgefundene Versammlung der Fleischerinnung gegeben, in der u.a. gesagt wurde, der Dreck in den Kühlhallen liege so hoch, daß er mit Schaufeln herausgebracht werden müsse und daß die Autorität des Schlachthausdirektors sehr zu wünschen übrig lasse. Durch diese Äußerung ist erklärlicherweise eine große Erregung in der Einwohnerschaft hervorgerufen. Im

Schlacht-

Schlachthausausschuß ist die Angelegenheit eingehend besprochen worden. Für die Verwaltung des Schlachthausausschusses ist eine gemischte Deputation eingesetzt, der auch 2 Fleischermeister und der Obermeister der Fleischerinnung angehören. Die Fleischermeister können also ihre Wünsche und Anträge stets an der richtigen Stelle vortragen. Im Schlachthausausschuß ist man ihnen auch stets entgegengekommen. Man hat eine Revision vorgenommen und gefunden, daß nichts von alledem, was in jener Versammlung bemängelt wurde, vorhanden ist. Auch der Minister des Innern hat durch den Oberregierungsrat Dr. Oehke eine Revision des Schlachthaus vornehmen lassen, wobei gleichfalls festgestellt wurde, daß die Klagen in der Innungsversammlung unberechtigt waren. Der Redner bedauert sehr, daß auf diese Weise die städtischen Einrichtungen in der Öffentlichkeit herabgesetzt werden, das Ansehen der Stadt leide darunter. Von auswärts sind dem Schlachthausdirektor schon Anfragen zugegangen,

oh

ob es denn wirklich mit jenen Zuständen so schlimm sei. Man sehe daraus, wie wichtig es sei, derartigen Äußerungen entgegenzutreten. Ein Grund zur Beunruhigung läge jedenfalls nicht vor. Für die Kaldaunenwäsche wird z.Zt. ein neues Projekt ausgearbeitet und den Stadtverordneten demnächst vorgelegt.

Nach dieser Erklärung trat man in die Tagesordnung ein.

Punkt 1: Genehmigung der Satzungsentwürfe über

- a) Unterhaltung eines städtischen Fürsorgeamts
- b) " " Jugendamts
- c) " " Gesundheitsamts.

Im Rechtsausschuß, für den Stadtv. Regener berichtete, waren die Entwürfe eingehend beraten, es sind einige Abänderungen vorgenommen. Mit diesen wurden sie von der Versammlung angenommen. (Je ein Exemplar der abgeänderten Satzungen ist dieser Niederschrift als Anlage beigelegt.)

Punkt 2:

Art 2: Bewilligung von Mitteln zum Ausbau verschiedener Straßen auf der Charlottenhöhe, Änderung von Fluchtlinien, Erklärung der Straßen der Charlottenhöhe zu Ortsstraßen.

Der Rat der Stadt ersucht,

- a) 6000 G.M. für den endgültigen Ausbau der Straße Charlottenhöhe vorläufig der im Bau befindlichen Häuser der Siedlungsgenossenschaft „Freiland“ und
4200 G.M. für den provisorischen Ausbau der Fortsetzung dieser Straße bis zur Salzdhulmerstraße
- b) 8000 G.M. für die Fertigstellung der als Notstandsarbeit s.zt. in Angriff genommenen Straße
8000 G.M. für den Ausbau des Buchenweges bewilligen
- c) die Kostenverteilungsberechnungen und die bezüglichen Projekte und Kostenanschläge genehmigen.
- d) der Erklärung der auf der Charlottenhöhe vorgesehenen Straßen zu Ortsstraßen die Zustimmung

SU

zu erteilen.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Pils Annahme der Vorlage, was seitens der Versammlung dann auch geschah.

Akt 3: Beschwerden gegen das Wohnungsamt.

Es waren solche eingegangen, wie der Bericht-
erstatter Stadtv. Gräf, mitteilte von

- a) Erwin R e d e n s k y , hier, Bodestraße 39
- b) Artur J e s c h k e , hier, Campestraße 16
- c) Berthold Lotze, Potsdam.

Dabei handelt es sich um Beschwerden gegen den Rat der Stadt, das Wohnungsamt und auch gegen Beamte des letzteren. Im ersteren Falle dürfte der Wirtschaftsminister als Aufsichtsorgan zuständig sein, bei den übrigen Beschwerden war die Versammlung der Ansicht, daß es sich empfiehlt, dieselben so lange ruhen zu lassen, bis die Fälle im Wohnungsamt bzw. Wohnungsausschuß aufgeklärt sind.

Hiermit war man einverstanden.

Akt 4: Antrag des Stadtv. Marth, betr. Einrichtung ei-

nes

nes Sondergerichts für Mietstreitigkeiten, Zwangs-
verträge und Beschlagnahmen.

Nach Begründung des fagl. Antrages durch den Vertreter des Rechtsausschusses, Stadtv. Regener, wurde die Annahme seitens der Versammlung ausgesprochen. Er lautete: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung dahingehend vorstellig zu werden, dass das Landgericht als Berufungsgericht für Mietstreitigkeiten, Zwangsverträge und Beschlagnahmen aufgehoben wird und diese Streitigkeiten einem Sondergericht, bestehend aus 2 Beanten vom Richterstand, 1 Verwaltungsbeanten, 1 Vermieter und 1 Mieter überwiesen werde.“

unkt 5: Antrag des Stadtv. Steinert, betr. Verwendung
eines höheren Prozentsatzes der Hauszinssteuer zum
Bau von Wohnungen.

Über diesen Antrag

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, statt Verwendung von 15 % Hauszinssteuer

40 % Hauszinssteuer zum Bau von Wohnungen
zu verwenden"

berichtete Stadtv. Frede namens des Finanzausschusses
In Braunschweig liegt die Neubautätigkeit im Argen,
weil hier die Mittel durch die Hauszinssteuer ver-
spätet flüssig gemacht sind. In andern Ländern hat
man die Hauszinssteuer schon vom 1. April d.Js. ab
erhoben. Der Finanzausschuß hat in der Vorberatung
sich sehr eingehend mit der Sache beschäftigt und
hielt ^{Gabri} eine Änderung des Hauszinssteuergesetzes für
nötig. Er ersuchte deshalb den Rat, beim Staatsmi-
nisterium dahin zu dringen, daß ^{allgemein} entweder den Gemein-
den 60 % der Steuer überwiesen werden, wovon 40 %
für den Wohnungsbau zu verwenden sind, oder ^{aber} daß
diese Bestimmung für die Stadt Braunschweig getrof-
fen werde, da zweifellos in der Hauptstadt die Zu-
stände im Wohnungswesen die schlimmsten im Lande
sind und die Unterstützung im Wohnungsbau daher hier
am nötigsten ist.

Stadtverordneter Sievers teilte mit, daß die

preu-

preussischen Städte noch viel weniger von der Hauszinssteuer erhielten. Er trat darum für den Antrag Steinert in seiner ursprünglichen Fassung ein. Es müßten aber noch weitere Mittel von der Stadt aufgebracht werden, um die Bautätigkeit wieder zu beleben.

Oberbürgermeister Retemeyer gab in kurzen Zügen ein Bild von der augenblicklichen Finanzlage der Stadt, die keineswegs günstig ist. Im Ordinarium der Kammereikasse ist z.Zt. ein Fehlbetrag von 780 000 G.M., das darf jedoch nicht weiter erschrecken, wenn man bedenkt, daß noch nicht alle Steuern ausgeschrieben werden konnten. Die Grundsteuerbescheide würden aber in nächster Zeit den Pflichtigen zugehen, bei der Gewerbesteuer stehe jedoch z.Zt. der Prozentsatz noch nicht fest. Die Überweisung an Reichssteuern hat nicht die Höhe erreicht, die nach dem Voranschlage zu erwarten war. Ob das Hauszinssteuergesetz in der Weise, wie jetzt beantragt, von der Regierung geändert würde, sei zweifelhaft.

Der

Der Oberbürgermeister bezeichnete es auch als eine der dringendsten Aufgaben der Stadt, den Wohnungsbau zu fördern. Im Rate hat man sich darum schon mit der Erschließung neuer Einnahmequellen beschäftigt. Redner kündigte die Vorlage über eine Getränkesteuer an, die sich zwar in der Einwohnerschaft keiner Sympathie erfreuen würde, den Gemeinden aber durch das Finanzausgleichsgesetz vom Juni 1923 zugewiesen sei. Man habe im Rate auch erwogen, eine größere Anleihe aufzunehmen und die Hauszinssteuer zu deren Verzinsung und Amortisation zu verwenden. Aber alle Angebote, die in großer Zahl einlaufen, müssen sehr vorsichtig geprüft werden; in den meisten Fällen handelt es sich dabei um einen niedrigen Kurs, hohe Verzinsung und hohe Vermittlungsgebühr, so daß man oftmals geradezu von Wucher sprechen kann.

Bei der darauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag Steinert in seiner ursprünglichen Fassung angenommen.

Akt 6: Wahl von Mietervertretern (Baracken Korfesstraße)

Teilweise war diese Angelegenheit schon in der Sit-

zung

zung am 28. August d.Js. erledigt, wobei gesagt wurde, die bisherigen Mietervertreter sollten weiter tätig sein. In einer neuen Eingabe wurde nun insbesondere über das rabiote Verhalten einer Familie Fehrling Klage geführt. Der Rechtsausschuß hatte, wie Stadtv. Regener erklärte, sich damit beschäftigt. Der Rat hat zugesagt, die Verhältnisse nachzuprüfen und gegebenenfalls gegen die gent. Familie die Räumungsklage einzureichen.

Punkt 7: Antrag der Ortsgruppe Braunschweig des Zentralverbandes der Invaliden und Witwen Deutschlands auf Erhöhung der Unterstützung für Sozialrentner.

In einer besonderen Eingabe hatte die Ortsgruppe beantragt, den Fürsorgesatz zu erhöhen. Der Finanzausschuß hielt es für zweckmäßig, die Frage der Erhöhung so lange zurückzustellen, bis die neuen, alsbald vom Reiche zu erwartenden Richtlinien herausgegeben würden. Stadtrat Schaper empfahl, dem Antrage des Finanzausschusses stattzugeben, da die neuen Richtlinien zum 1. Oktober d.Js. zu erwarten

seien.

seien. Zurzeit werden für derartige Fürsorgezwecke jährlich 530 000 G.M. ausgegeben, wenn aber der Antrag der Ortsgruppe durchgehe, würde die Stadt mit einer Jahresausgabe von 1 104 000 G.M. belastet. Redner glaubt nicht, daß die Stadt augenblicklich imstande ist, das durchzuführen. Es komme auch hinzu, daß, sobald diese Fürsorgebeträge erhöht würden, auch die Armengeldsätze erhöht werden müßten. Die Verhältnisse der Sozialrentner usw. sind nicht immer ohne weiteres klar, darum erscheint es nicht zweckmäßig, von vornherein den Unterstützungssatz gleichmäßig hoch zu bemessen, in nachgewiesenen bedürftigen Fällen werden aber jetzt schon die Fürsorgeleistungen im einzelnen erhöht. Um besonders bedürftigen Familien zu helfen, hat der Rat beschlossen, diesen je 2 Zentner Briketts unentgeltlich zu überweisen und vom 1. Oktober d. Js. bis 31. März k. J. jede Woche 50 Brote unentgeltlich abzugeben.

Stadtv. Lehnert und Stadtv. Steinert traten für sofortige Erhöhung ein, man müsse die traurige

La-

Lage der Sozialrentner betrachten und das Anziehen der Preise berücksichtigen, ganz besonders die Erhöhung des Brotpreises gebe doch zu denken.

Stadtv. Dr. Book war der Ansicht, daß es doch wohl richtiger sei, erst einmal die erforderlichen Mittel zu beschaffen und keine „Kugelgeschäfte“ zu machen, ein Ausdruck, den Stadtv. Lehnert in seiner Erwiderung zurückwies.

Bei der Abstimmung stimmten 13 für sofortige Annahme des Antrages des Zentralverbandes und damit auch für den Antrag Lehnert, 13 waren für Zurückstellung. Der Vorsitzende gab den Ausschlag zugunsten des Antrages Lehnert, der somit angenommen war.

Pkt 8: Antrag des Bürgerbundes und des Bürgervereins
Braunschweig auf Instandsetzung des Flugplatzes.

Der Antrag ist, wie Stadtv. Schmerbach als Berichterstatter des Bauausschusses ausführt, bereits erledigt, da die gewünschte Einplanung des Platzes erfolgt ist.

Stadtv.

Stadtv. Marth meinte, der Flugverkehr sei z.Zt. sehr gering, so daß man eine so große Fläche wie der Flugplatz dafür nicht zu opfern brauche. Die Schrebergärten dürften aber nicht eher beseitigt werden, als bis die allgemeine wirtschaftliche Lage sich gebessert habe, heute müsse noch jedes bißchen Erde ausgenutzt werden.

Auch Stadtv. Maas sprach in ähnlichem Sinne. Stadtbaurat Gebensleben äußerte sich dahin, daß der Flugplatz in seiner jetzigen Ausdehnung den Anforderungen des zivilen Luftverkehrs genüge. Daß sei auch von Piloten aus Pyrmont anerkannt worden, die vor einiger Zeit hier gewilt und den Platz für gut befunden hätten. Evtl. könne er auch noch vergrößert werden. Einigen Schrebergartenbesitzern, deren Gärten ein offenes Hindernis für den Flugverkehr bilden, ist bereits gekündigt und Ersatz an anderen Stellen angeboten, andere haben auch ihre Schrebergärten aufgegeben, weil sich bei den gesunkenen Preisen eine Bewirtschaftung nicht mehr lohnt.

lehnt. Der Flugplatz droht aber eine andere Gefahr. Die Eisenbahnverwaltung plant nämlich, die Peronenzuglinie von Hannover diametral über den Flugplatz zu legen, der dadurch in zwei Teile gerissen würde. Gutachter aus Berlin haben sich zu diesem Plane zustimmend geäußert und dabei erklärt, daß selbst nach dieser Teilung der Platz noch gut und brauchbar sei. Der Rat der Stadt hat indessen bei der Reichsbahnverwaltung in Berlin Schritte unternommen, die darauf abzielen, daß der erwähnte Plan nicht zur Ausführung gelangt.

Die Versammlung sah nach diesen Ausführungen vom Ratstische aus die Eingabe des Bürgerbundes als erledigt an.

kt 9: Verwilligung von Mitteln für die Erweiterung der Heizungsanlage im städtischen Konzerthause.

Der Rat gibt anheim, die von Städtischen Betriebsamt veranschlagten Mittel von 3 500 G.M. zu bewilligen. Dadurch wird die große Garderobe und der Wintergarten an die Zentralheizungsanlage ange-

schlos-

geschlossen.

Der Bauausschuß empfiehlt durch Stadtv. Efferner Bewilligung. Sie wurde ausgesprochen.

Punkt 10: Bewilligung eines Beitrages an den Verein für Tuberkulosefürsorge im Mittelstande.

Der Rat bittet, zuzustimmen, daß dem Verein für Tuberkulosefürsorge im Mittelstande für das Jahr 1924/25 ein Beitrag von 1000 G.M. gezahlt wird.

Stadtv. Sauerbier als Sprecher für die Finanzkommission befürwortete den Antrag, dem darauf von der Versammlung zugestimmt wurde.

Punkt 11: Bewilligung von Mitteln für die Verlängerung des Gasrohres in der Straße „Kälberwiese“.

Mehrere Anwohner dieser Straße hatten in einer Eingabe an den Rat darum gebeten. Das Städtische Betriebsamt hat die dadurch entstandenen Kosten zu 1400 G.M. geschätzt. Der Rat gab die Bewilligung anheim, die dann, nachdem Stadt.Pieler für den Bauausschuß berichtet hatte, durch die Versammlung erfolgte.

Punkt

Punkt 12: Festsetzung des Schulgeldes für Ausländer an den städtischen höheren Schulen.

Anschließend an ein Schreiben des Braunschw. Ministers für Volksbildung ersuchte der Rat um Zustimmung, daß an den städtischen höheren Schulen ab 1. Oktober d. Js. das Schulgeld für Ausländer dem Schulgeld für ortsfremde Schüler gleichgestellt wird.

Nach den angestellten Ermittlungen kommen nur 4 Ausländer in Betracht, welche die städtischen höheren Schulen besuchen. Nachdem Stadtv. Schmerbach berichtet hatte, stimmte die Versammlung zu.

Punkt 13: Bewilligung einer Beihilfe an das Mütterheim „Kindesheimat“.

Der Rat gibt anheim, zuzustimmen, daß dem Mütterheim „Kindesheimat“ zu den ihm erwachsenden Unterhaltskosten im Rechnungsjahre 1924/25 aus städtischen Mitteln eine Beihilfe von 2000 G.M. gezahlt wird.

Die Bewilligung wurde ausgesprochen.

Punkt

kt 14: Bewilligung von Mitteln für Instandsetzung des Leonhardplatzes.

Der Rat beantragt, der Instandsetzung des Leonhardplatzes zuzustimmen und die erforderlichen Kosten in Höhe von etwa 5000 G.M. zu bewilligen.

Es müssen, um die bisherigen Übelstände zu beseitigen, die beiden vorhandenen Sickerschächte und 2 neu anzulegende Einlaufschächte an das städtische Kanalnetz angeschlossen werden.

Stadtv. Trautmann berichtete, und die Versammlung stimmte danach zu.

kt 15: Bewilligung einer Beihilfe für eine vom Gewerkschaftskartell einzurichtende Herberge.

Das Gewerkschaftskartell hatte geboten, zur Anschaffung von Betten zwecks Errichtung einer Herberge für durchreisende minderbemittelte Handwerker einen Betrag von 768 G.M. zu bewilligen. Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Dietermann, dem Antrage zu entsprechen. Die Versammlung bewilligte den Betrag.

Punkt

Punkt 16: Bewilligung eines Zuschusses an die Gemeinde
Stiftungskasse.

Der Rat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß der Gemeinde Stiftungskasse für das Jahr 1924/25 ein bedarfsmäßiger Zuschuß in Höhe von bis zu 6400 G.M. aus der Stadthauptkasse gezahlt wird.

Es handelt sich darum, die zum Stiftungsverbande gehörenden Stiftungen vor dem Stillegen ihrer Betriebe zu bewahren.

Nach Vortrag des Stadtv. Burgdorff wurde die frgl. Summe bewilligt.

Punkt 17: Genehmigung des Satzungsentwurfs zwecks Er-
hebung einer Zugtiersteuer.

Nachdem in der Sitzung am 28. August d.Js. die Einführung dieser Steuer abgelehnt war, hatte der Rat dies dem Minister des Innern mitgeteilt. In einem Schreiben des letzteren vom 8. September d.J. wird nun darauf hingewiesen, daß die Bestimmung in § 11 Abs. 1 des Gesetzes über die Kosten
des

des Wegebaues vom 22. Dezember 1923, nach der durch die Zugtiersteuer mindestens ein Viertel der Kosten des Wegebaues aufzubringen ist, zwingendes Recht ist. Da die Finanzverhältnisse der Stadt Braunschweig z.Zt. doch derartig seien, daß sie sich keine Gelegenheit entgehen lassen dürfe, sich Einnahmen aus den ihr zur Verfügung stehenden Steuerquellen zu verschaffen, so müsse auf Erhebung der Zugtiersteuer bestanden werden. Es ist weiter gesagt, daß, falls die Stadtverordnetenversammlung auf ihrem ablehnenden Standpunkte beharren würde, die Kreisdirektion Braunschweig Anweisung erhielte, nach den Vorschriften der Städteordnung gegen die Stadt vorzugehen.

Der Rat hat bei dieser Sachlage nochmals anheimgabegeben, dem vorgelegten Satzungsentwurfe zuzustimmen. Stadtv. Dr. Kahlert erstattete wiederum Bericht für den Rechtsausschuß. Im Rechtsausschuß sei man nach wie vor der Ansicht, daß es sich hierbei um eine ungerechte und unsoziale Steuer handle.

Der

Der Redner meinte, führen wir die Zugtiersteuer ein, so werden bald keine Zugtiere mehr, sondern nur Luxustiere vorhanden sein. Die Straßen würden auch weit mehr durch Kraftfahrzeuge abgenutzt. Der Berichterstatter brachte darum folgenden Antrag ein:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei der Regierung darauf zu dringen, bei der Reichsregierung auf eine stärkere Überweisung aus den Erträgen der Kraftfahrsteuer an die Länder und Gemeinden vorstellig zu werden.“

Bürgermeister Meyer, der auch kein Freund der Zugtiersteuer ist, meinte, so müsse doch wohl erhoben werden, um Weiterungen zu verhüten. Er empfahl aber, um allzu große Härten zu vermeiden, die Steuer rückwirkend nicht vom 1. Januar, sondern erst vom 1. April d.J. ab zu erheben.

Oberbürgermeister Retemeyer ersuchte dringend die Steuer anzunehmen. Es handele sich um Befolgung einer Gesetzesvorschrift, und vor der Majestät des

Ge-

Gesetzes müsse jeder Achtung haben, ganz besonders natürlich die Behörden. Die Regierung sei in der Lage, die Steuerüberweisungen den Gemeinden zu beschneiden, die trotz ungünstiger Finanzlage ihre Steuermöglichkeiten nicht voll ausnutzen.

Die Versammlung stimmte darauf der Erhebung der Zugtiersteuer vom 1. April d. Js. ab zu, ebenso gelangte der obige Antrag des Stadtv. Dr. Kahlert zur Annahme.

Die Beratungspunkte der öffentlichen Sitzung waren damit erschöpft, man schritt nunmehr zur Begründung der eingegangenen Anfragen und Anträge.

Anfragen und Anträge:

1) Anfrage des Stadtv. Gräf:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß die hiesige Bäckerinnung den Brotpreis erhöht hat?

Wenn ja, welche Schritte gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um den Brotpreis wieder herabzusetzen und zu versuchen, daß ähnliche Preissteigerungen seitens der Wirtschaftsverbände in Zukunft ver-

mie-

nieden werden?

Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Gräf:

„Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Braunschweig ersucht die Landesregierung, gemäß eines Rundschreibens des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft an die Regierung der Länder der hervorgetretenen Brot preiserhöhung durch die hiesige Bäckerinnung mit allem Nachdruck entgegenzutreten und gegebenenfalls ungerechtfertigten Erhöhungen der Brotpreise gegenüber eine Verbilligung des Brotes unter Umständen durch Förderung der Herstellung von Brot in Großbetrieben und ähnliche Maßnahmen anzustreben.“

Diese Brotpreiserhöhung rief eine längere und zum Teil recht lebhafte Aussprache hervor.

Stadtbau/rat Gebensleben empfahl, die Brotpreisprüfungskommission mit der Nachprüfung des von der Bäckerinnung festgesetzten Brotpreises zu beauftragen. Diese Kommission könne sofort zusammentreten.

Stadtv.

Stadtv. Marth erklärte, es müsse dafür gesorgt werden, daß alle Preise und auch die Brotpreise gesenkt würden, um so allmählich wieder gesunde Wirtschaftsverhältnisse herbeizuführen.

Die Stadtv. Burgdorff, Pilz und Frede erklärten, daß die Rechte dem Antrage Gräf nur zustimmen könne, wenn der Passus von der „Herstellung des Brotes in Großbetrieben“ wegfalle.

Stadtv. Gräf lehnte es jedoch ab, diesen Passus zu streichen. Der Dringlichkeitsantrag des Stadt Gräf wurde darauf mit 14 gegen 12 Stimmen angenommen.

Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, der Einführung einer Pflastersteuer näherzutreten, durch welche auswärtige Gewerbebetriebe, die in der Stadt Waren verkaufen, zu einer städtischen Abgabe herangezogen werden."

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Finanzausschuß überwiesen.

sen.

sen. Diese Pflastersteuer besteht u.a. in München.

Antrag des Stadtv. Frede:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat, bei der Regierung eine Änderung des Hauszinssteuergesetzes dahin zu beantragen, daß bei ^{erfolgreich} Einziehung der Steuer durch den Hauswirt die Gemeindebehörde die Steuer direkt vom Mieter im Verwaltungszwangswesen wie eine öffentliche Abgabe einzutreiben hat.“

Auch dieser Antrag wurde, nachdem der Antragsteller ihn begründet, dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Zwei Anfragen des Stadtv. Frede:

- a) Nach Mitteilungen in der Tagespresse bestand die Absicht, bei der Straßenbahnverwaltung schon in diesem Sommer eine regelmäßige Autobusverbindung zwischen der Endstation Giesmarode der elektrischen Straßenbahn und dem Querumer Holze herzustellen. Hat diese Absicht bestanden? Wenn ja, warum wurde sie nicht ausgeführt?

b)

b) Ist der Rat in der Lage, Mitteilungen über den Stand des Umbaues der Bahnhofsanlagen zu machen insbesondere darüber, ob

a) inbezug auf das Terraingeschäft,

b) inbezug auf das Bahnhofgebäude

Abweichungen von den früheren Plänen zu erwarten sind.

Beide Anfragen wurden durch Stadtbaurat Gebensleben beantwortet.

Der Aufsichtsrat der Straßenbahn hatte einstimmig beschlossen, einen elektrischen Omnibus zu beschaffen, um im Anschluß an die Straßenbahn-Endstelle in Gliesmarode die Bevölkerung nach Querum zu fahren, da eine Verlängerung der Straßenbahn bis zu diesem Orte z.Zt. nicht in Frage kommen kann. Der Autobus sollte zunächst probeweise Sonntags und an einigen Wochentagen bei gutem Wetter fahren. An die Fahrgäste der Straßenbahn sollten Übergangsfahrscheine ausgegeben werden. Der elektrische Strom war vom Elektrizitätswerke billig zu beschaffen.

fen. Die Straßenbahndirektion hat dann im April d.Js. eine Eingabe um Erteilung der Konzession für den Autobusbetrieb an den Wirtschaftsminister gerichtet. Erst am 17. Juni d.Js. hat die Direktion eine Antwort vom Wirtschaftsminister erhalten. Diese lautete dahin, daß die Genehmigung eines Kraftwagenbetriebes zwischen der Straßenbahn-Endstelle in Gliersmarode und dem Querumer Holze vorläufig nicht erteilt werden könne, da die Kraftverkehrsgesellschaft ein Gesuch um Erteilung einer gleichen Konzession eingereicht habe, und es deren Hauptzweck sei, solche Fahrten auszuführen. Es hat dann eine Zusammenkunft mit dem Direktor Meyer von der Kraftverkehrsgesellschaft stattgefunden, um zu veranlassen, daß die Kraftverkehrsgesellschaft auf die kurze Strecke Gliersmarode - Querum verzichtet. Die Straßenbahn wollte noch einen ähnlichen Verkehr nach dem Grünen Jäger und dem Pawelschen Holz einrichten. Es fand später dann eine Besprechung im Ministerium statt, an der außer dem Direktor Meyer von der Kraft-

Ver-

verkehrsgesellschaft auch deren Aufsichtsratsvorsitzender teilnahm. Dieser konnte sich aber nicht dazu entschließen, auf den Betrieb der gent. Linien durch seine Gesellschaft zu verzichten. Man muß nun abwarten, wie die Sache verläuft. Für dieses Jahr hat die geplante Einrichtung leider keinen Wert mehr. Stadtv. Burgdorff und Stadtv. Lehnert bedauerten ebenfalls die Verschleppung dieser Angelegenheit. Die Bevölkerung habe jedenfalls den Nachteil.

Die Versammlung nahm dann einen dringlichen Antrag des Stadtv. Frede folgenden Wortlauts an:

„Der Rat wird ersucht, bei der Regierung darauf zu dringen, daß eine Konzession der Straßenbahn auf Einrichtung eines Autobusbetriebes für die Strecke Gliersmarode-Quernum erteilt wird, so daß spätestens im nächsten Frühjahr der Betrieb aufgenommen werden kann.“

- b) Es seien darüber keine Vereinbarungen getroffen. Ausgemacht sei nur, daß der Stadt, wenn sie von dem

jet-

jetzigen Gelände des Haupt- und Ostbahnhofes einen Teil für eigene Zwecke brauche, das Vorkaufsrecht zustehen soll. Neuerdings hat die Eisenbahnverwaltung beschlossen, das Gelände des jetzigen Ostbahnhofes für industrielle Zwecke aufzulassen. Ursprünglich war dort die Errichtung von Wohnhäusern vorgesehen. Anders sei es mit dem Gelände des jetzigen Hauptbahnhofes. Dieses werde wohl mit zur Deckung der Bahnhofsbaukosten herangezogen werden. Es müsse daher Vorsorge getroffen werden, daß dieses Gelände nicht in die Hände von Terrainspekulanten gelange.

Eine Anfrage des Stadtv. Dietermann, ob dem Rat bekannt sei, daß Mitglieder der Feuerwehr ein Haus am Steinweg zum Stahlhelmtage ausgeschmückt hätten, konnte vom Ratstische aus nicht sogleich beantwortet werden, da Herrn Bürgermeister Meyer bislang von der Sache nichts bekannt geworden war. Die Beantwortung soll in der nächsten Sitzung erfolgen.

Darauf wurde kurz nach 8 Uhr die öffentliche Sitzung geschlossen.

gez. C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez. Hans Lies,
stellv. Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t
=====

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Mittwoch den 24.
September 1924 4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten,

es fehlen

Stadtv. Dr. Jasper (entschuldigt)

" Pieper (unentschuldigt).

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete 4¹⁵ Uhr
die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Zunächst wurden folgende Eingänge bekannt gegeben:

- a) Ein Schreiben des Reichsschutzverbandes für Handel
und
Gewerbe Braunschweig,
- b) des Vereins Braunschweiger Gastwirte e.V.,

Stu
Stadtkanzler
fin

o/

c) der Interessengemeinschaft für das Gastwirtsge-
werbe in der Stadt Braunschweig, e.V.,

d) des Verkehrs-Vereins Braunschweig,

sämtlich die Einführung der Getränkesteuer be-
treffend.

Sodann wurde ein Schreiben des Rats der Stadt der
Versammlung zur Kenntnis gebracht, die Ruhelohn-An-
gelegenheit des fr. Angestellten P a u l betr.

Nachdem der Vorsitzende dann die gestellten An-
fragen und Anträge noch bekannt gegeben hatte, wurde
in die Tagesordnung eingetreten.

T a g e s o r d n u n g .
=====

kt 1: Einführung einer Getränkesteuer.

(Die Vorlage ist vervielfältigt und liegt der
Niederschrift an.)

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Schultze
Er führte aus, daß die Vorlage im Ausschusse eingehend
durchberaten wäre. Die finanzielle Lage der Stadt
mache die Erschließung neuer Einnahmequellen erfor-
derlich. Zur Hebung der Finanzen der Städte habe das
Reich

Reich auf diese Steuer hingewiesen und verschiedene Städte hätten diese Steuer auch schon eingeführt. Im Rechtsausschuß wäre man zu keinem Entschluß gekommen, die Entscheidung mußte der Versammlung vorbehalten bleiben.

Bevor die einzelnen Paragraphen durchberaten würden, wünschte der Berichterstatter, darüber abstimmen zu lassen, ob vorher eine allgemeine Aussprache stattfinden sollte.

Der Vorsitzende hielt bei der schwierigen Frage eine vorhergehende Aussprache für angebracht und eröffnete die Beratung.

Oberbürgermeister Reteneyer verglich die Finanzlage der Stadt von heute mit der Vorkriegszeit. Wenn früher die Ausgaben der Städte größer waren als die Einnahmen, dann wurde ohne weiteres die Steuerschraube angezogen, die Einkommensteuer wurde erhöht. Diese Mittel sind heute leider den Städten genommen, wenn heute die finanzielle

finanzielle Lage der Städte aufgebessert werden müßte, dann müßten eben diejenigen Steuern eingeführt werden, die das Reich den Ländern bezw. Städten übrig gelassen hätte. Zu diesen Steuern gehörte eben die Getränkesteuer. Die finanzielle Lage der Stadt mache die Erschließung neuer Einnahmequellen erforderlich. Sollte diese Vorlage heute von der Versammlung abgelehnt werden, dann möchte er schon jetzt die Versammlung bitten, dem Räte neue Einnahmequellen zu weisen.

Stadtv. Regener nahm zunächst Stellung zu den Artikeln in den bürgerlichen Zeitungen, die den sozialdemokratischen Vorsitzenden der Begünstigung dieser Steuer bezichtigt hätten. Diese Sitzung wäre darum so schnell einberufen, weil die Steuer vor dem 1. Oktober beschlossen werden müßte. Was die Vorlage selbst betrifft, so habe er namens seiner Fraktion die Erklärung abzugeben, daß die Vorlage abgelehnt werden würde.

Der

Der Vorsitzende erklärte, daß er von den bürgerlichen Zeitungen nichts anderes erwartet hätte. Wenn diese Zeitungen ihn loben würden, dann müßte er sich ob dieses Lobes schämen.

Stadtv. Frede stellte den Antrag, die Vorlage nochmals zurückzustellen. Zu den verschiedenen Ausführungen des Oberbürgermeisters müßte seine Fraktion erst nochmals Stellung nehmen.

Beschluß: Der Antrag des Stadtv. Frede wurde angenommen.

Akt 2: Verlegung eines Wasserrohres in der Salzdahlumer- und Ackerstraße.

Der Rat gibt anheim, für die Verlegung des Wasserrohres in der Salzdahlumerstraße die Kosten in Höhe von 13 000 M zu bewilligen und ihn zu ermächtigen, in der westlichen Teilstrecke der Ackerstraße, soweit dazu ein dringendes Bedürfnis vorliegt, im Einvernehmen mit der Verwaltungsdeputation ein Wasserrohr zu verlegen, dessen Weite die Deputation bestimmen möge.

Der

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. ~~Marth~~
Maß empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mit-
tel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage zu und
bewilligte die Mittel.

Punkt 3: Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat, der
Einführung einer Pflastersteuer näherzutreten, durch
welche auswärtige ~~Gewerbetreibende~~ ^{Besitzer}, die in der Stadt
Waren verkaufen, zu einer städtischen Abgabe herange-
zogen werden.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses, Stadtv.

Dr. Bock führte aus, daß die Steuer gerechtfertigt
wäre. Die Stadt München hätte diese Steuer eingeführt
und gute Erfolge gehabt.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung,
den Rat zu ersuchen, bei der Verwaltung der Stadt
München Erkundigungen einzuziehen und der Versammlung

dem-

demnächst eine Vorlage zu unterbreiten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des
Finanzausschusses zu.

Punkt 4: Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat, bei der Regierung eine Änderung des Hauszinssteuergesetzes dahin zu beantragen, daß bei erfolgloser Einziehung der Steuer durch den Hauswirt die Gemeindebehörde die Steuer direkt vom Mieter im Verwaltungswegzwangsverfahren wie eine öffentliche Abgabe einzutreiben hat.

Für den Finanzausschuß erstattete Stadtv. Burgdorff den Bericht. Er führte aus, daß der Hauswirt immerhin den Betrag erst auslegen müßte, wenn der Mieter sich weigerte zu zahlen. Wenn der Hauswirt sein ausgelegtes Geld wieder haben wollte, dann müßte er gegen seinen Mieter eine Privatklage anstrengen. Es wäre sehr gut möglich, daß ein Mieter z.Zt. der Fälligkeit der Hauszinssteuer imstande wäre, diese zu
zahlen

zahlen, wenn er nur wollte, dagegen könnte es der Fall sein, daß er z.Zt. der Anstrengung der Klage bezw. Fällung des Urteils vermögenslos und ohne Bargeld wäre. Namens des Finanzausschusses empfahl der Bericht-
erstatter, dem Antrage zuzustimmen. Stadtv. Möll und
Regener wünschten noch einige Aufklärungen über die
Art und Weise, wie die Einziehungen erfolgen sollten.
Nachdem vom Stadtv. Burgdorff die Aufklärungen gegeben
waren, wurde Beschluß gefaßt.

Beschluß: Dem Antrage wurde zugestimmt.

Punkt 5: Zweigleisiger Ausbau der Straßenbahnlinie IV
auf der Helmstedter- und Leonhardstraße.

Der Rat gibt anheim, den zweigleisigen Ausbau der
Strecke IV der Straßenbahn ~~zuzustimmen~~ zu wollen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses, Stadtv.

Effner empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 6: Änderung eines Vertrages.

Stadt-

Stadtbaurat Gebensleben gibt anheim, dem am 23. September 1924 unter Nr. 21776 vor dem Justizrat Engelbrecht mit dem Bankdirektor Dr. Otto Bruhn abgeschlossenen Nachtrags-Vertrag zum Vertrage vom 28. Mai 1924 zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Frage des Stadtv. Dietermann:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß am 6. September 1924 die Feuerwehr von privater Seite dazu benutzt wurde, ein Haus am Steinweg auszuschnücken?

Frage daher an, wer trägt die Kosten?

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um solche Übergriffe seitens städtischer Beamten zu unterbinden?

Die Anfrage ist in letzter Sitzung schon begründet.

Bürgermeister Meyer nahm auf Grund eines Berichtes des Branddirektors zu der Anfrage Stellung. Er führte aus, daß es sich bei der Ausschnückung des Hauses am Steinweg um die neuesten Nachrichten gehandelt hätte.

An die Feuerwehr wäre die Bitte gegangen, die große

Leiter

leiter zum Anbringen einer Fahnenstange zur Verfügung zu stellen. Vom Branddirektor wäre diesem Wunsche entsprochen, da die Erfüllung des Wunsches zugleich eine gute „Kletter-“ Übung für die Mannschaften gewesen wäre.

Was die Verabreichung von Bier aus dem Feuerwehrgelände an vorübergehende Stahlhelmlleute beträfe, so wäre dazu zu bemerken, daß unten im Eingange eine Gruppe Samariter mit ihrem Verbandsmaterial Krankentragen usw. untergebracht wäre. Wenn diese nun an vorüberziehende Stahlhelmlleute Flaschenbier verabreicht hätten, so könne man daraus der Feuerwehr keine Vorhaltungen machen.

Was nun die Anwesenheit von Frauen und Kindern im Telegraphen-Zimmer der Feuerwehr beträfe, so müßte zugegeben werden, daß sich etwa 5 Frauen und wohl ebensoviel Kinder dort aufgehalten hätten, durch die jedoch der Dienst im Telegraphenzimmer in keiner Weise gestört werden wäre.

Stadto.

Stadt v. Dietermann beantragte Besprechung, der Antrag wurde genügend unterstützt.

Stadt v. Dietermann war mit den Ausführungen des Bürgermeisters Meyer nicht zufrieden. Wenn von privater Seite von der Feuerwehr eine Leiter geborgt würde, so müßte mindestens dafür eine Gebühr bezahlt werden. Ferner müßte ein Verbot erlassen werden, daß das Telegraphen-Zimmer nicht von Privatpersonen betreten würde.

Stadt v. Marth wünschte, daß an solchen Tagen wie z.B. dem Stahlhelmtage auf jeden Fall die Ausfahrts-tore der Feuerwehr frei blieben, außerdem dürfte die Feuerwehr zu solchen Arbeiten, wie in diesem Falle, nicht herangezogen werden.

Die Stadt v. Pilz und Burgdorff traten den Ausführungen ihrer Vorredner entgegen. Die Sache wäre gar nicht so schlimm, wie sie dahin gestellt würde. Durch die Anwesenheit von Frauen und Kindern im Telegraphen-Zimmer wären die dortigen Beamten in ihrem Dienste durchaus nicht behindert, ebenso hätte die Feuerwehr im Bedarfs-
falle

falle ohne Behinderung ausdrücken können, die Ausfahrtstore hätten mit Leichtigkeit freigemacht werden können.

Stadt v. Schmerbach kam dann auf die Beflaggung des städtischen Marstalls mit einer schwarz-weiß-roten Fahne zu sprechen. Bürgermeister Meyer erwiderte, daß der Rat zur Beflaggung städtischer Gebäude am Stahlhelmtage überhaupt keine Stellung genommen hätte. Im städtischen Marstall hätte der Inspektor Fuhrmann eine Dienstwohnung inne und dieser hätte seinen Kindern gestattet, eine Fahne auszuhängen. Wenn hier nun eine schwarz-weiß-rote Fahne genommen wäre, so könnte man dagegen nichts einwenden, denn die Rechte der Beamten dürften nicht geschmälert werden dadurch, daß man ihnen vorschriebe, nur diese oder jene Fahne auszuhängen zu dürfen.

Der Rat der Stadt hätte dieser Ansicht zugestimmt.

Stadt v. Marth stimmte der Ansicht des Rates nicht zu. Wenn z.B. im Rathause 4 Beamte eine Dienstwohnung hätten, so könnte es geschehen, daß auf dem Rathause 4 verschiedene Fahnen flatterten z.B. die Sowjet-Fahne,
eine

eine rote Fahne, eine schwarz-rot-goldene und schließlich noch eine schwarz-weiß-rote; das ginge auf keinen Fall.

Stadtv. Dr. Schulze stellte den Antrag auf Schluß der Debatte, dem zugestimmt wurde.

Frage des Stadtv. Möll:

- 1) Ich bitte um Auskunft, wie weit die Vorarbeiten zu der geplanten Braunschweiger Messe gediehen sind?
- 2) Ist gedacht, diese auf dem Franzosen Felde stattfinden zu lassen?

In welchem Ausmaße wird dieselbe geplant?

- 3) Kann der Rat über das Gelände verfügen? oder Rid-dagshausen?
- 4) Werden bei einem Messebau die dortigen Schrebergärten verschwinden müssen?

Nachdem Stadtv. Möll die einzelnen Punkte seiner Anfrage begründet hatte, wurde dieselbe vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet.

Dieser führte aus, daß eine großzügige Messe in Braunschweig geplant wäre. Man wäre der Ansicht, daß sich eine

eine Aktiengesellschaft bilden würde, die das große Unternehmen fundiere. Geplant wäre eine A.G. bestehend aus der Stadtgemeinde, der Regierung und den hauptsächlich beteiligten Kreisen. In der letzten Zeit hätte er mit den beteiligten Kreisen über die Meßangelegenheit gesprochen um deren Meinung zu hören. Über das Interesse, welches in diesen Kreisen für die Messe bestünde, hätte er sich des höchsten gewundert. Das Ergebnis der Besprechungen wäre für ihn nicht günstig zu bezeichnen gewesen. Man könnte sagen, es hätte wie eine Dusche kalten Wassers gewirkt. Morgen nachmittag sollte eine Besprechung in der Regierung sein, wozu auch die beteiligten Kreise eingeladen wären. Man müßte erstmal abwarten, was dabei rauskäme.

(Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Frede).

Was die Größenverhältnisse der gedachten Messe betrifft, so führte Stadtbaurat Gebensleben aus, so könnten die auf dem Franzschen Felde am Nußberge angelegten Schrebergärten einstweilen bestehen bleiben.

Sollte

Sollte sich jedoch im Laufe der Jahre die Messe vergrößern, so wäre es ganz selbstverständlich, daß dann die Schrebergärten verschwinden müßten.

trag des Stadtv. Nöll:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, im Pflegehause Einrichtung zu treffen, daß obdachlose Familien sich auch am Tage dort aufhalten können. Nachdem Stadtv. Nöll seinen Antrag begründet hatte, wurde derselbe dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

trag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, daß dieser sich mit der Landesregierung in Verbindung setzt, um eine Erweiterung der Petritorbrücke in die Wege zu leiten.

Stadtv. Melzer begründete seinen Antrag damit, daß zu den anderen Torbezirken der Stadt durchweg zwei Zu-
gangs-

gangsmöglichkeiten vorhanden wären, während sich der Verkehr in das Petritor nur über diese eine Brücke abwickelte. Eine Verbreiterung der Brücke wäre unbedingt erforderlich.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Schaltze:

Die Beschaffung von 1 - 2 neuen Sanitätsautos wird beantragt.

Stadtv. Dr. Schaltze führte aus, ein besonderer Fall hätte ihn veranlaßt, diesen Antrag zu stellen. Das Sanitätsauto wäre von jemanden um 6 Uhr bestellt, zwecks Überführung eines Kranken zum Krankenhaus. Um 8 Uhr - nach 2 Stunden also - wäre das Auto erst gekommen. Leider wäre die vorgenommene Operation zu spät gewesen. Wenngleich die Anschaffung große Kosten verursache, so müsse man aber auch damit rechnen, daß die Kosten im Laufe der Zeit wieder einkämen, evtl. müßten die Gebühren erhöht werden.

Der Antrag wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Ar-

Frage des Stadtv. Melzer:

Vor längerer Zeit wurden von bestimmter Seite Anregungen zur Errichtung einer Stadthalle gegeben.

Nie weit sind diese Anregungen verfolgt.

Stadtv. Melzer führte aus, daß vor längerer Zeit von einem Herrn Diekmann das Projekt einer Stadthalle unter Gründung einer G.m.b.H. eingegangen wäre, von irgend welchen Verhandlungen hätte man jedoch noch nichts gehört.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß auch diese Frage am Donnerstag (morgen) angeschnitten würde.

Möglichkeitensantrag der Stadtv. Frau Boehm:

Möchte beantragen, daß den städtischen Arbeitern von der Müllabfuhr wieder wie in früheren Jahren, die Stiefel von der Stadt geliefert werden.

Die Stadtv. Frau Boehm führte aus, daß den Arbeitern der Straßenreinigung Stiefel geliefert würden.

Die Arbeiter des Marstalls hätten früher Stiefel geliefert bekommen, heute aber nicht.

Die

Die Dringlichkeit des Antrages wurde nicht anerkannt, er wurde daher dem Finanzausschusse überwiesen.

Frage des Stadtv. Burgdorff:

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, daß die seit längerer Zeit zwecks Rohrverlegung für die Fernheizung aufgerissene Wilhelmstraße schnellstens wieder ordnungsmäßig hergerichtet wird, damit eine weitere Schädigung der Anwohner vermieden wird.

Stadtv. Burgdorff führte aus, daß die Gewerbetreibenden dieses Teiles der Wilhelmstraße durch das Aufreißen des Pflasters geschädigt werden z.B. Gastwirt, Stellmacher usw. Man müßte Mittel und Wege finden, damit der augenblickliche Zustand umgehend verschwindet. Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß sich die Arbeiten in der Wilhelmstraße besonders schwierig ^{Halbes} gestellt hätten. Man wäre - ohne damit gerechnet zu haben - beim Ausschachten auf Telegraphenkabel, Wasserröhren, Gasröhren usw. gestoßen, sodaß man häufig hätte tiefer gehen müssen; nicht zu vergessen - wodurch die Verzögerung auch mit entstanden wäre, wäre

wäre das schlechte Wetter. Wochenlang hätte es geregnet wodurch der Graben nicht nur von oben, sondern auch von unten - Grundwasser - naß geworden wäre, sodaß man nicht hätte arbeiten können.

Im Unterausschusse des Aufsichtsrats der Straßenbahn hätte man sich auch schon mit dieser Angelegenheit beschäftigt und hoffte, die Arbeiten auf der Wilhelmstraße bis Ende Oktober fertigzustellen.

Stadtbaurat Lebensleben gab dann der Versammlung noch bekannt, daß am Donnerstag, den 2. Oktober 1924 eine Besichtigung der neuen Bahnhofsanlagen stattfinden sollte, Treffpunkt 2 Uhr Richmond - Überführung.

Der stellvertretende Vorsitzende schloß darauf
622- die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.	gez. Gust. Frede	gez. C. Wehrmann.
Vorsitzender.	stellv. Vorsitzender.	Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
16. Oktober 1924, nachmittags 4 Uhr.

genwärtig

die Stadtverordneten,
entschuldigt fehlen
die Stadtv. D r e w s
und Dr. J a s p e r .

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann eröffnete 4²⁵
Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Fol-
gende Eingänge wurden der Versammlung zunächst zur
Kenntnis gebracht:

Ein Schreiben des Stadtrats Dr. Reiche um Entbindung
vom Amte eines unbesoldeten Stadtrats.

(Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.)

Eine Beschwerde des Fr. Kalms hier, Husarenstr. 71,

über

Abt. Hanfman
Linn

über das Wohnungsamt.

(Die Eingabe wurde ebenfalls dem Rechtsausschuß überwiesen).

- 3) Zwei k.H.-Schreiben des Rats der Stadt betr. Beschwerde des Ernst Kraatz (Mieterverein) hier über den Stadtv. Marth als Mitglied der Wohnungsverteilungskommission.

Beide Schreiben wurden vom Vorsitzenden der Versammlung zur Kenntnis gebracht.

Nachdem dann noch ein Schreiben des Vorstandes des Eisenbahn-Betriebsamtes hier, bekannt gegeben war, wurde die Angelegenheit als erledigt angesehen.

- 4) Ein Gesuch des Schriftsetzers Weiß und des Mechanikers Metzker hier, Broitzemerstr. 48k um Erlaß der Hundesteuer.

(Das Gesuch wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.)

- 5) Eine Einladung des Selbsthilfebundes der Körperbehinderten (Otto Perl-Bund) e.V. hier zur Versammlung am 18. Oktober 1924.

- 6) Eine Einladung des Landesverbandes Braunschweigti-

scher

scher Krankenkassen e.V. zu einem am 19. Oktober 1924 im Kinopalast Wendenstraße stattfindenden Filmvortrag.

V) Ein Schreiben der Korrespondenz Frauenpresse, Berlin-Steglitz betr. Abonnement der K.F.P.

(Die mitgesandten Probenummern sind verteilt).

Sodann wurde die vom Stadtv. Maaß gestellte Anfrage verlesen.

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß sich die Versammlung s.Zt. damit einverstanden erklärt hatte, daß sich Mitglieder, die behindert seien, an Ausschußsitzungen teilzunehmen, durch Mitglieder ihrer Fraktion vertreten lassen könnten.

Er gab anheim, diese Vertretung auch auf die Deputationssitzungen auszudehnen.

Widerspruch wurde nicht erhoben.

Hierauf trat man in die Tagesordnung ein.

Tagesordnung.

Punkt 1:

kt 1: Antrag der Stadtv. Frau Boehm:

Möchte beantragen, daß den städtischen Arbeitern von der Müllabfuhr wieder wie in früheren Jahren die Stiefel von der Stadt geliefert werden.

Für den Finanz-Ausschuß berichtete Stadtv. Dr. Bock. Er führte aus, daß die Stadtv. Frau Boehm in der Ausschuß-Sitzung ihren Antrag dahin erweitert hatte, daß sämtlichen städtischen Arbeitern Stiefel geliefert werden sollten. Mit Stimmenmehrheit habe man im Finanzausschuß beschlossen, dem Antrage zuzustimmen, derart, daß die Arbeiter 50 % der Kosten tragen. Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß die Löhne der städtischen Arbeiter von der Lohn-Deputation festgesetzt werden, diese wäre dazu mit Vollmacht versehen. Wenn den Arbeitern nun Stiefel geliefert werden sollten, so müßte hierüber die Lohndeputation beschließen, denn es wäre doch nicht anständig, daß z.B. die Löhne, von der Lohndeputation, die Lieferung von Bekleidungsgegenständen durch die Stadtverordneten-Versammlung festgesetzt würden. Im

übr-

übrigen ständen sich die städtischen Arbeiter besser als die des Reiches. Von der Stadt wäre s.Z. der Reichstarif übernommen. Während die Arbeiter des Reiches aber 9 Stunden arbeiteten, würde bei der Stadt nur 8 Stunden ^{Arbeit} geleistet. Es dürfte auch nicht ratsam sein, die Löhne der Arbeiter aufzubessern, während das Reich die Aufbesserung der Gehälter glatt abgelehnt hätte. Wenn man bedächte, daß ein Paar Stiefel etwa 15 M kostete, so hätte nach dem Antrage die Stadt davon die Hälfte = 7,50 M zu tragen. Trotz der schlechten Finanzlage wäre die Stadt dennoch im Stande, für ihre ca. 700 Arbeiter die Kosten zu tragen, es handelte sich hier lediglich um eine Prinzipienfrage. In der Lohndeputation hätte man den Antrag abgelehnt.

Stadt v. Burgdorff erwiderte, daß von einem Mehrheitsbeschlusse nur insofern gesprochen werden könnte, weil einige Mitglieder des Ausschusses erst später erschienen wären, auf jeden Fall müßten die Be-

schlüs-

schlüsse der Deputationen respektiert werden.

Stadtv. Frau Boehm empfahl, ihren Antrag anzunehmen, die Arbeiter brauchten viel mehr Stiefel, als ein Beamter, der den ganzen Tag stillsäße.

Stadtv. Sauerbier erwiderte, daß ein Beamter im Zeuge besser gekleidet sein müßte, als ein Arbeiter. Ein Beamter z.B. gebrauchte mehr „weiße Wäsche“ als ein Arbeiter.

Stadtv. Pilz stellte den Antrag, den Antrag an die Lohndeputation zurückzuverweisen.

Nachdem dann noch die Stadtv. Steinert, Maaß, Dietermann und Frau Boehm für den Antrag gesprochen hatten, der Oberbürgermeister Retemeyer nochmals seine Bedenken geäußert hatte, wurde über den Antrag abgestimmt. Stadtv. Pilz zog seinen Antrag zurück.

Beschluß: Der Antrag der Stadtv. Frau Boehm wurde - gegen 12 sozialdemokratische Stimmen - abgelehnt.

Pkt 2: Antrag des Stadtv. Dr. Schultze:

Die Beschaffung von 1 - 2 neuen Sanitätsautos wird beantragt.

Für

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Stei-
nert, er empfahl der Versammlung, zunächst der An-
schaffung eines neuen Sanitätsautomobils zuzustimmen
über die Geldmittel hätte man sich im Ausschuß
nicht unterhalten.

Schluß: Der Beschaffung eines neuen Sanitätsautomobils
wurde zugestimmt.

kt 5: Antrag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen,
den Rat zu ersuchen, daß dieser sich mit der Lan-
desregierung in Verbindung setzt, um eine Erweite-
rung der Petritorbrücke in die Wege zu leiten.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv.

Effner führte aus, daß man sich mit diesem Antrage
eingehend beschäftigt hätte. Obgleich man die Not-
wendigkeit anerkannt hätte, empfahl er namens des
Bauausschusses der Versammlung, dem Antrage nicht
zu entsprechen. Stadtv. Sauerbier erwiderte, daß ihm
dieser Beschluß nicht verständlich wäre. Eine Er-
weiterung der Brücke wäre unbedingt erforderlich.

Oberbürgermeister Ketemeyer führte aus, daß z.Z.

Ver-

Verhandlungen mit den Staate wegen Übernahme der Brücken schwebten, es dürfte sich daher empfehlen, den Antrag vorläufig zurückzustellen.

Stadtv. Melzer teilte mit, daß man im Bauausschusse beschlossen habe, den Antrag auf kurze Zeit zurückzustellen.

Schluß: Der Antrag wurde vorläufig zurückgestellt.

Pkt 4: Antrag des Stadtv. Nöll:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, im Pflegehause Einrichtung zu treffen, daß obdachlose Familien sich auch am Tage dort aufhalten können.

Der Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Pkt 5: Verlegung von Gas- und Wasserrohr in der verlängerten Comeniusstraße.

Der Rat gibt anheim, für die Verlegung von Gas- und Wasserrohr in der verlängerten Comeniusstraße den Betrag von 3400 M zu bewilligen.

Stadtv. Pieper als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl, 3400 M zu bewilligen.

Be-

Schluß: 3400 M wurden bewilligt.

Punkt 6: Benennung einer Straße.

Der Rat gibt anheim, sich wegen Benennung der Verbindungsstraße zwischen Mittelweg und Spargelstraße gutachtlich zu äußern.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Maaß der Verbindungsstraße den Namen „Nordbahnhof“ zu geben.

Schluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 7: Vermietung von Verkaufsständen an den Eingängen zur Markthalle.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß der Firma Otto Gefäller hier an den Eingängen zur Markthalle - Reichsstraße und Vorraum des ehem. Huchschen Hauses - je ein Verkaufsstand zu einem Mietpreise von monatlich 50 bzw. 15 Goldmark vermietet wird.

Stadtv. Dietermann als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Schluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 8: Stellungnahme des Rats der Stadt zum Antrage, die Verwendung der Hauszinssteuer betr.
fällt aus!

Punkt 9:

Punkt 9: desgleichen zum Antrage wegen Erhöhung der Fürsorgeleistungen.

fällt aus!

Punkt 10: Verkauf von Flächen des Arkeröderfeldes.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß der Baugenossenschaft des Br. Mietervereins e.V. eine 38,92 a große Fläche des Arkeröderfeldes zum Preise von 3 M qm gegen Stundung des Kaufpreises zu 5 % verkauft wird. Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Gartung empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Schluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11: Festsetzung von Wegeunterhaltungsbeiträgen.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß die in den Verzeichnissen aufgeführten Personen zu den darin vermerkten Beiträgen herangezogen werden.

Als Berichterstatter des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Burgdorff der Vorlage zuzustimmen.

Schluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 12: Verlängerung des Gas- und Wasserrohres auf dem Riddagshäuserweg.

Der

Der Rat teilt mit, daß die Staatsbank beabsichtigt, für ihre Beamten auf dem Riddagshäuserwege ein 6 Familienwohnhaus zu errichten und bittet um Verlängerung des Gas- und Wasserrohres bis zu dieser Stelle. Der Rat gibt anheim 3200 M für Gas-, 2800 M für Wasserrohr zu bewilligen.

Stadtv. Pieper als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl, die Mittel zu bewilligen.

Schluß: 6000 M wurden bewilligt, der Verlängerung zugestimmt.

Pkt 12a: Erlaß von Vorschriften über die Besoldung nicht festangestellter Personen.

(Die Vorlage ist der Niederschrift in Abschrift beigefügt).

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Sauerbier der Ratsvorlage - mit rückwirkender Kraft vom 1. Dezember 1923 ab zuzustimmen.

Schluß: Der Ratsvorlage - mit rückwirkender Kraft ab 1. Dezember 1923 - wurde zugestimmt.

Frage des Stadtv. Maaß:

Kann der Rat Auskunft erteilen darüber, ob bei dem

Bau

Bau der neuen Bahnanlagen die Belänge der an der Ackerstraße bezw. Lämmchenteich liegenden Anwohner genügend gewahrt sind.

Nachdem Stadtv. Maaß seine Anfrage begründet hatte, wurde dieselbe vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet.

Der Vorsitzende schloß 5 ^{35^{Uhr}} die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,
Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 6. November 1924 nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

Stadtverordneten,

schuldigst fehlt Stadtv.Dr.Jasper

und Steinert,

entschuldigst Stadtv.Nöll.

Der Vorsitzende Stadtv.Stegmann eröffnete
4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.
Er gab zunächst bekannt, daß außerhalb der Tages-
ordnung noch ein Punkt erledigt würde und zwar:
Wahl eines Ausschusses und Festsetzung der Auf-
wandsentschädigungen.

Folgende Eingänge wurden sodann zur Kenntnis
gebracht:

- 1) Eingabe des Malermeisters Paul Jakobi, Karren-
führer-

führerstraße 9 wegen Erwerb bzw. Pacht des Grundstücks Cellerstraße 93 (das Gesuch wurde dem Berichterstatter zu Punkt 6 überwiesen)

- 2) Beschwerde des Arbeiter-Sportkartells Braunschweig und des Landesschulamts für das Volksschulwesen wegen der Benutzung öffentlicher Spielplätze zur Errichtung von Sport- und Spielausstellungen.
(Die Eingaben wurden dem Bauausschusse zur Vorberatung überwiesen.)
- 3) Eine Beschwerde des Gustav Grobe, Reuchlinstraße 10 wegen der Bauausführung der Siedlungshäuser am Madamenweg-Strombeckstraße und Reuchlinstraße (Fa. Weiß). (Dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.)
- 4) Ein Gesuch der Dampf-Waschanstalt „Edelweiß“ J.C. Becker hier wegen Ermäßigung der Gebühren für die Abfuhr gewerblicher Abfälle.
(Dem Finanzausschuß überwiesen.)

- 5) Eine Beschwerde des Berthold Lotze in Potsdam, Brandenburgerstraße 45 über das Wohnungsamt.

(Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)

- 6) Eine Eingabe des Paul Mohr hier, Bammelsburgerstraße 9 über die Zusammensetzung des Mieteinigungsamtes.

(Dem Rechtsausschuß überwiesen).

- 7) Gesuch des Vereins der Viehhändler für Braunschweig und Umgegend wegen der Vertretung im Schlachthof-Ausschuß.

(Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)

- 8) Eingabe des Vereins Braunschweiger Fuhrwerksbesitzer e.V. wegen Nachprüfung des Beschlusses über die Einführung der Zugtiersteuer mit rückwirkender Kraft ab 1. April 1924.

(Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.)

- 9) Ein Schreiben des Leiters des städtischen Schulmuseums-Lehrers Otto Meier, mit welchem derselbe

12 Jahresberichte des Museums zur Kenntnisnahme
übersendet.

(Die Jahresberichte wurden verteilt).

Nach Bekanntgabe der gestellten Anträge wurde in
die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

Punkt 1: Stellungnahme des Rats der Stadt zum Antrage
die Verwendung der Hauszinssteuer betr.

Der Rat teilt mit, daß er dem in der Sitzung
am 18. September d.J. gefaßten Beschlusse, von
der aufgekommenen Hauszinssteuer 40% zum Bau
von Wohnungen zu verwenden, nicht beitreten
könne. Die finanzielle Lage der Stadt gestatte
es z.Zt. nicht, daß mehr als 15% verwendet
würden. Zur Behebung der Wohnungsnot würde der
Rat eine Anleihe aufnehmen, sobald man eine
solche zu erträglichen Bedingungen erhalten
könnte. Für den Finanzausschuß erstattete

Stadtv.

Stadtv.Sievers den Bericht. Er führte aus, daß man im Ausschuß beschlossen habe, auf Durchführung des am 18.September d.J. gefaßten Beschlusses zu verzichten.Jedoch sollte der Rat ersucht werden,sobald wie möglich eine Anleihe zur Förderung des Wohnungsbaues aufnehmen und den Stadtverordneten eine diesbezügliche Vorlage unterbreiten.Auf keinen Fall dürfte es bei dem Versprechen des Rats bleiben,der Rat müßte mit aller Energie daran gehen,Mittel zu bekommen.

Die Situation hätte sich freilich in letzter Zeit insofern verschlechtert,als die Aufnahme ausländischer Anleihen durch Gemeinden usw.der Genehmigung des Reichsfinanzministers bedürfe.

Namens des Finanzausschusses empfahl er der Versammlung, dem Beschlusse des Ausschusses beizutreten.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus,daß der
Rat

Rat stets bestrebt gewesen wäre, den Wohnungsbau zu fördern. Die Aufnahme ausländischer Anleihen wäre jetzt allerdings sehr erschwert. Jede Aufnahme einer ausländischen Anleihe bedürfte der Genehmigung des Reichsfinanzministers. Der Preußische Innenminister hätte sogar verfügt, daß ausländische Anleihen für Wohnungsbauten überhaupt nicht aufgenommen werden dürften. Aus dem Auslande wäre sehr viel Geld angeboten, für die Vermittlung wären auch große Summen geopfert, aber zur Aufnahme einer Anleihe wäre es wirklich nur selten gekommen. Sobald dem Rate ein annehmbares Angebot zur Aufnahme einer Anleihe vorläge, würde sofort den Stadtverordneten eine dementsprechende Vorlage unterbreitet.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Finanzausschusses zu.

Punkt 2: Stellungnahme des Rats der Stadt zum Antrage die Erhöhung der Fürsorgeleistungen betr.

(Die Vorlage ist vervielfältigt und liegt der Niederschrift an.)

Stadtv.

Stadtv.Sievers berichtete für den Finanzausschuß. Der Finanzausschuß hätte beschlossen, auch die Unterstützungen der Kleinrentner und Armengeldempfänger zu erhöhen vom 1. November d.J. und zwar in der Höhe, daß gegenüber dem Voranschlage - gemäß Absatz IV der Vorlage - mit einer Mehrausgabe von ungefähr 360 000 M gerechnet werden müßte. Über die Einführung der Getränkesteuer wäre noch kein Beschluß gefaßt worden. Was die Deckungsfrage anbetraf, so könnten z.B. Grund- und Hundesteuer noch mehr einbringen.

Er empfahl der Versammlung, dem Beschlusse des Finanzausschusses beizutreten.

Oberbürgermeister Retemeyer führte aus, daß der Rat sich schlüssig geworden wäre, dem Beschlusse des Finanzausschusses zuzustimmen, jedoch mit der Erklärung, daß die Verantwortung für Bereitstellung genügender Mittel nicht übernommen werden könnte. Ein sehr erhebliches Defizit wäre nicht zu vermeiden.

An

An Hand von Unterlagen schilderte der Oberbürgermeister dann die Einnahmen anderer Städte an Grundsteuer ,Gewerbesteuer und Getränkesteuer im Verhältnisse zu unserer Stadt.

Die z.Zt. gezahlten Fürsorgeleistungen wären wirklich unzureichend und es mußten Mittel und Wege gefunden werden.

Bürgermeister Meyer gab anheim, die Hundesteuer zu erhöhen und zwar derart, daß für die Zeit vom 1. Dezember 1924 bis 31. März 1925 zur Hundesteuer ein Zuschlag in Höhe der bislang für das Etatjahr gezahlten Hundesteuer erhoben würde, mithin ein Zuschlag von 100%. Die Hundesteuer hätte dieses Jahr ungefähr 60 000 M eingebracht, sodaß abermals mit dieser Summe gerechnet werden könnte.

Beschluß: Dem Beschlusse des Finanzausschusses und der Erhebung eines Zuschlages zur Hundesteuer (100%) wurde zugestimmt. Der Rat wurde ersucht, dahin zu wirken,

das

daß eventuell aus der Grundsteuer für die Stadt mehr Einnahmen erzielt werden als **bisher**.

Punkt 3. Beschwerde über das Wohnungsamt.

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses Stadtv.Gräf teilte mit, daß die Beschwerde durch Zuweisung einer Wohnung an den Beschwerdeführer als erledigt angesehen werden könnte.

Punkt 4. Niederlegung eines Ehrenamtes.

(Der Punkt wurde in vertraulicher Sitzung beraten.)

Punkt 5. Einrichtung einer Kartei.

Der Rat gibt anheim, der Einrichtung einer Kartei zuzustimmen und die erforderlichen Mittel von etwa 4 650 M zu verwilligen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv.Dietermann empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu, die Mittel wurden bewilligt.

Punkt

Punkt 6: Verpachtung eines städtischen Grundstücks.

Der Rat gibt anheim, das städtische Grundstück Cellerstraße 93 unter den in der Vorlage aufgeführten Bedingungen an den Steinsetzmeister Schaare zu verpachten.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pilz. Er führte aus, daß man im Bauausschusse beschlossen habe, der Vorlage zuzustimmen. Das zu Beginn der Sitzung eingegangene Gesuch des Malermeisters Jakobi könnte keine Berücksichtigung mehr finden.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 7: Änderung der Satzungen über „Unterhaltung eines städtischen Fürsorgeamtes“ und „Unterhaltung eines städtischen Gesundheitsamtes“.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß geändert werden

- a) in der Satzung des Fürsorgeamtes in § 5 Abs. 1 Ziffer 4 „§ 5“ in § 6,
- b) in der Satzung des Gesundheitsamtes

in

in § 1 Abs.1 soll es heißen statt: „die die gesundheitlichen Aufgaben zu erfüllen hat, die der Stadtverwaltung aus der Fürsorge für die Einwohnerschaft erwachsen“, -

„zur Erfüllung derjenigen Aufgaben, die der Stadtverwaltung aus der gesundheitlichen Fürsorge für die Einwohnerschaft erwachsen“.

Der Berichterstatter Stadtv.Gräf - Rechtsausschuß - empfahl, der Änderung entsprechend der Ratsvorlage, zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 8. Verlegung von Gasrohr auf dem Brockenblick und Buchenweg.

Der Rat gibt anheim, der Verlegung von Gasrohr auf dem Brockenblick und Buchenweg zuzustimmen und die erforderlichen Mittel 3 000 M zu bewilligen.

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv.

Trautmann

Trautmann der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu und bewilligte die Mittel.

Punkt 9: Verlegung des Gasrohrs auf der Charlottenhöhe.

Der Rat gibt anheim, der Erweiterung des Gasrohres zuzustimmen und die hierfür erforderlichen Mittel 2 800 RM zu bewilligen.

Stadtv. Schmerbach als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl, der Vorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, die Mittel - 2 800 RM - wurden bewilligt.

Punkt 10: Ergänzung der Apparatenanlage auf dem Gaswerk an der Taubenstraße.

Der Rat gibt anheim, der Ergänzung der Apparatenanlage auf dem Gaswerk an der Taubenstraße zuzustimmen und die erforderlichen Mittel -56 000 RM- zu bewilligen. Der Berichterstatter
des

des Finanzausschusses, Stadtv. Burgdorff
empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen und den
Betrag von 56 000 RM zu bewilligen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, die
Mittel wurden bewilligt.

Punkt 11. Anschluß städtischer Gebäude an das Fernheiz-
werk.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, ^{a)} daß folgende
städtische Gebäude an das Fernheizwerk ange-
schlossen werden:

- a) Handwerkskammer und Lehrlingsheim,
- b) Herzogin Elisabeth-Lyzeum,
- c) Rathaus,
- d) Feuerlöschgebäude,

daß ^{b)} die dadurch entstehenden Kosten bewilligt
werden und zwar zu

a)	4	300	ℳ
b)	6	800	"
c)	6	700	"
d)	5	800	"

Sa. 23 600 ℳ.

Ferner

Ferner ersucht der Rat zuzustimmen, daß zur Verlegung eines Hauptstranges der Fernleitung des Grundstückes des Herzogin Elisabeth Lyzeums seitens des Elektrizitätswerkes in Anspruch genommen wird. Dieser Hauptstrang soll u.a. zur Dampfzuführung für die Grundstücke an der Schuhstraße, Damm usw. dienen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Drews empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 11^a: Wahl eines Wahlausschusses und Festsetzung der Aufwandsentschädigung.

Der Rat gibt anheim

- 1) für die bevorstehenden Wahlen erneut einen Wahlausschuß zu wählen,
- 2) für jedes Mitglied eines Abstimmungsvorstandes sowie des Wahlausschusses die Aufwandsentschädigung für den betr. Wahltag auf 5 RM festzusetzen.

Den

Den Bericht erstattete Stadtv. Lehnert. Er gab der Versammlung anheim, die Mitglieder des letztgewählten Wahlausschusses - nämlich die Stadtvv. Melzer, Sauerbier, Schmerbach und Gräf wiederzuwählen und die Aufwandsentschädigung der Ratsvorlage entsprechend - auf 5 RM festzusetzen.

Beschluß: In den Wahlausschuß wurden gewählt die Stadtvv. Melzer, Sauerbier, Schmerbach und Gräf, die Aufwandsentschädigung wurde auf 5RM festgesetzt.

Antrag des Stadtv. Gräf:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Straßenbeleuchtung der Stadt Braunschweig den Friedensverhältnissen anzupassen.

Nachdem Stadtv. Gräf seinen Antrag begründet hatte, wurde er dem Bau-Ausschuß überwiesen.

Antrag

Antrag des Stadtv. Sauerbier:

Die Stadtverordneten wollen beschließen,
den Rat der Stadt zu ersuchen, die im Stellen-
plane vorgesehene Stelle eines Hausmeisters im
städtischen Museum baldigst zu besetzen.

Der Antrag wurde dem Finanzausschuß über-
wiesen.

Der Vorsitzende schloß 5²⁰Uhr die öffent-
liche Sitzung.

gez. C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,
Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
27. November 1924 ~~4~~ Uhr nachmittags.

=====

gegenwärtig:

die Stadtverordneten,

die fehlen entschuldigt

die Stadtverordneten

Herrn, Dr. Jasper, Frede,

Herrn und Frau Graf.

=====

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete ~~4~~²⁵

die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Er gab
zunächst bekannt, daß außerhalb der Tagesordnung noch
ein Punkt verhandelt würde, nämlich Gewährung von Bei-
hilfen an verschiedene Vereine.

Dann wurden folgende Eingänge bekanntgegeben:

1) Einladung des Vorstandes der Baugenossenschaft des
Braunschw. Mietervereins e.G.m.b.H. zur Grundstein-
legung

legung auf dem Aerkeröderfelde am 30. November 1924
9 Uhr nachmittags.

- 2) Ein Schreiben des Rats der Stadt betr. Überweisung
aus den Erträgen der Kraftfahrzeugsteuer.
- 3) Eingabe der Internationalen Turn-, Spiel- und Sport-
ausstellung Juni-Juli 1925 wegen der Errichtung ei-
ner Ausstellungshalle auf dem Franz'schen Felde.
- 4) Eine Beschwerde des Paul K r e i ß l e r hier
Packhofstraße 9 über das Wohnungsamt. (Die Beschwer-
de wurde dem Rat der Stadt überwiesen).
- 5) Gesuch des Adam V o i g t hier Madamenweg 71 um
Erlaß der Hundesteuer. (Dem Rechtsausschuß zur Vor-
beratung überwiesen).
- 6) Gesuch der Anwohner der Münzstraße um Beschleuni-
gung der Arbeiten des Fernheizwerkes (den Rat der
Stadt überwiesen).
- 7) Beschwerde des Eisenbahnsekretärs M o h n über
das Mieteinigungsamt (die Beschwerde wurde bei
Punkt 4 der heutigen Tagesordnung mit verhandelt).
- 8) Beschwerde des Erich W i t t n e b e n hier

Heit-

Heitbergstraße 9 über das Wohnungsamt. (Der Rat der Stadt zur Prüfung überwiesen).

9) Eingabe des Landesverbandes der Kolonialwaren- und Lebensmittelhändler e.V. hier wegen der Errichtung einer Ausstellungshalle auf dem Franz'schen Felde.

(Die mitübersandten Zeitschriften wurden verteilt).

Nachdem dann der Vorsitzende die gestellte Anfrage noch verlesen hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

Punkt 1: Beschwerde über die Ausführung von Siedlungs-
bauten am Madamenwege.

Der Antragsteller hat seine Beschwerde zurückgezogen.

Punkt 2: Beschwerde über das Wohnungsamt.

Stadt. Dr. Röpke als Berichterstatter des Rechtsausschusses teilte mit, daß die Verhandlungen des Rats in der Lotz'schen Beschwerde noch nicht abgeschlossen wäⁿ und gab anheim, die Beschwerde dem Rat zur weiteren Veranlassung zu überweisen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 3: Eingabe des Vereins der Viehhändler für Braun-
schweig

schweig und Umgebung wegen der Erweiterung des Schlachthof-Ausschusses durch eines seiner Mitglieder.

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses Stadt. Dr. Schultze teilte mit, daß die Eingabe an den Schlachthof-Ausschuß gerichtet wäre, man müßte erst die Stellungnahme des Ausschusses abwarten, er gab anheim, die Eingabe dem Rat der Stadt zu überweisen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 4: Eingabe des Eisenbahnsekretärs Paul Mohr hier, die Zusammensetzung des Mieteinigungsamtes betr.

Den Bericht des Rechtsausschusses erstattete Stadtv. Papenberg. Durch Nachprüfung im Rechtsausschusse habe sich herausgestellt, daß sich der Beschwerdeführer ^{namens des Rechtsausschusses} geirrt habe, Stadtv. Papenberg gab/annehm, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 5: Eingabe des Arbeiter-Sportkartells und des Landesschulamtes für das Volksschulwesen wegen der Benutzung öffentlicher Spielplätze seitens der „Spiel- und Sportausstellung 1925“.

Für

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Gartung; er gab anheim der Entschliebung der Deputation für Leibesübungen vom 21. November 1924 zuzustimmen. (Der Entschliebung liegt dieser Niederschrift in Abschrift an). Stadtv. Gräf trat dafür ein, daß durch Errichtung einer Ausstellungshalle kein Spielplatz verloren gehen dürfte.

Stadtv. Melzer meinte, die Schrebergärten am Nußberge könnten so nach und nach verschwinden, sie gereichten der dortigen Gegend wirklich nicht zur Zierde.

Assessor Dr. Strube teilte mit, daß die Halle am Westabhang des Nußberges errichtet werden sollte, dadurch würden die Spielplätze ihren Zwecke nicht entzogen. An die Errichtung einer Messe, wie sie z.Zt. auf dem Schützenplatze stattfindet, sei niemals gedacht.

Stadtv. Dr. Schultze bedauerte es, daß Vereine die gemeinsame Ziele verfolgten sich so bekämpften, wie es hier heute der Fall wäre. Stadtv. Fay unterstützte die Ausführungen des Vorredners. Im Ausschuß für Leibesübungen habe Einmütigkeit geherrscht.

Be-

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Entschliebung zu.

Punkt 6: Eingabe des Vereins Br. Fuhrwerksbesitzer
e.V. wegen der Nachprüfung der Satzung über die Erhebung
einer Zugtiersteuer.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Kahlert.
Er führte aus, daß man im Rechtsausschuß die Satzung
bezgl. des § 14 nochmals nachgeprüft habe, daß man
aber keinen Verstoß gegen das Landesgesetz habe fest-
stellen können.

Er gab anheim, die Eingabe als „gegenstandslos“ anzu-
sehen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 2: Antrag des Stadtv. Sauerbier.

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der
Stadt zu ersuchen, die im Stellenplane vorgesehene
Stelle eines Hausmeisters im städtischen Museum bal-
digst zu besetzen. Stadtv. Stehnert als Berichter-
statter des Finanzausschusses empfahl, dem Antrage
zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt

Punkt 2: Antrag des Stadtv. Gräfs:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, die Straßenbeleuchtung der Stadt Braunschweig den Friedensverhältnissen anzupassen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Maaß. Er äußerte führte aus, daß die schlechte Beleuchtung z.Teil auf die Kohle zurückzuführen wäre, die Rohre seien - durch die schlechte Kohle - verrostet usw. In letzter Zeit wären ja schon wieder mehr Laternen in Betrieb genommen, so z.B. auf den Verkehrsstraßen, vor den Toren, auf Straßen mit Bäumen.

Die Deputation für die Gas- und Wasserwerke habe schon vor längerer Zeit 600 Fernzündler in Auftrag gegeben, von denen aber bislang nur 100 erst geliefert wären.

Er gab anheim, den Antrage zuzustimmen und zu beschließen, daß die Straßenbeleuchtung vermehrt wird und zwar

- 1) sobald wie möglich auf 75% der Vorkriegsbeleuchtung

und

- 2) wenn es die Finanzen der Stadt ermöglichen,

auf

auf 100% der Vorkriegsbelichtung.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 9: Herstellung eines Rohrkanals in dem Verbindungswege zwischen der verlegten und der alten Salzdahlumerstraße und in der alten Salzdahlumerstraße bis zur Charlottenhöhe.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß der Kanal verlegt wird und die Mittel 9000M bewilligt werden.

Stadtv. Hffner als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu und bewilligte die Mittel.

Punkt 10: Stellungnahme des Rats der Stadt zum Antrage wegen Einführung einer Pflastersteuer.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier, er gab anheim, der Stellung des Rats der Stadt beizutreten und von der Erhebung einer Pflastersteuer abzusehen.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 11: Bewilligung von Mitteln zur Gewährung von Sonderunterstützungen an langfristige Erwerbslose.

Der

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck 7500 M zu bewilligen.

Stadtv. Steinert als Berichterstatter des Finanzausschusses empfiehlt, die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: 7500 M wurden bewilligt.

Punkt 12: Herriichtung einer elektrischen Beleuchtung in der Turnhalle Leonhardstraße.

Der Rat gibt anheim, hierfür 800M zu bewilligen.

Den Bericht des ^{San.} ~~Land~~ausschusses erstattete Stadtv.

Schmerbach. Er führte aus, daß noch 6 Turnhallen ohne Beleuchtung wären. Da man mit der Möglichkeit rechnen

könnte, daß die Anträge von Sportslustigen auf Freigabe von Turnhallen sich noch mehrten, so wurde in

Bauausschusse der Wunsch ausgesprochen, daß ^{nicht nur} ~~nach~~ sämt-

liche Turnhallen der städtischen Schulen mit Beleuchtung versehen würden. Er gab anheim, zunächst den Betrag von 800M zu bewilligen.

Stadtv. Marth wünschte, daß nur größeren Vereinen Turnhallen überlassen würden.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß durch eine Rundfrage

bei

bei den Schulinspektoren festgestellt werden sollte, wie groß der Besuch an den einzelnen Turnabenden ist. Stadtv. Möll wünschte die Einführung der Gasbeleuchtung. Stadtrat Schaper erwiderte, daß das Betriebsamt die Einführung der elektrischen Beleuchtung empfohlen habe.

Beschluß: Die Mittel wurden bewilligt, dem Wunsche wurde Ausdruck gegeben, daß sämtliche Turnhallen der städtischen Schulen mit Beleuchtung versehen werden.

Punkt 13: Festsetzung der Zugtiersteuer-Einheit.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß die Zugtiereinheit für das laufende Finanzjahr auf 15M festgesetzt und die Steuer vom 1. Oktober d. Js. an erhoben wird.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv.

Dietermann empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Über diesen Punkt entspann sich eine lebhafte Debatte.

Während die Stadtv. Dr. Kahlert, Pilz, Burgdorff und Fe

Fay für eine Ermäßigung der Steuer eintraten, sprachen

die Stadtv. Eräf, Lehnert, Maaß und Munte für die Ratsvorlage.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

(16 : 10)

Punkt

Punkt 14: Ermächtigung der Feuerwehr zur Hilfeleistung außerhalb der Feuerlöschhilfe.

Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

(Das Schreiben an die Polizei-Direktion liegt der Niederschrift in Abschrift an).

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 15: Errichtung einer großen Halle für Messen und Kongresse auf dem Franz'sehen Felde.

(Die Vorlage ist vervielfältigt und liegt der Niederschrift an).

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pilz. Er führte aus, daß man sich im Bauausschuß sehr eingehend mit der Vorlage beschäftigt habe. Allgemein sei man der Ansicht gewesen, daß eine solche Halle für die Stadt Braunschweig dringend notwendig sei. Die Halle müßte gebaut werden, sobald die erforderlichen Mittel dafür vorhanden wären. Selbstverständlich müßten auch die interessierten Kreise Mittel aufbringen.

Wenn die nötigen Mittel vorhanden wären, dann dürfte

es sich empfehlen, ein Preisausschreiben - Wettbewerb um die besten Entwürfe - zu veranstalten.

Stadt v. Marth hielt eine Stadthalle ebenfalls für dringend notwendig. Wenn etwas gebaut würde, dann sollte man aber auch eine Halle bauen, die der Stadt zur Ehre gereichte. Heute fehlten indessen die Mittel, um Stadthalle, Schwimmbad usw. bauen zu können, am dringenden sind die Mittel zum Bau von Wohnungen.

Die Stadt v. Gräf und Burgdorff erkannten ebenfalls die Notwendigkeit einer Stadthalle an, traten jedoch zunächst für den Bau von Wohnungen ein.

Oberbürgermeister Retemeyer meinte, es hätte heute keinen Zweck, sich über die Sache noch länger zu unterhalten, die Notwendigkeit sei allgemein anerkannt. In erster Linie müßte man jedoch daran denken, Mittel zum Bau von Wohnungen zu schaffen. Er schilderte dann die augenblickliche Finanzlage der Stadt und meinte, man müßte Mittel und Wege finden, um eine Anleihe zum Zwecke des Wohnungsbaues aufzunehmen.

Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß man auch an die interessierten Kreise herantreten müßte, damit auch

diese

diese größere Summen für den Hallenbau zur Verfügung stellten.

Beschluß: Die Versammlung stimmte den Beschlüssen des Bauausschusses zu. (Errichtung der Halle, wenn die nötigen Mittel vorhanden, Heranziehung interessierter Kreise zwecks Zuerfügungstellung größerer Mittel).

Punkt 15^a: Gewährung von Beihilfen an verschiedene Vereine.

Der Rat gibt anheim 1/ den Vereinen, die in dem der Vorlage beigelegten Verzeichnisse aufgeführt sind, diejenigen Beihilfen zu gewähren, die dahinter ausgeworfen sind und 2/ den Rat zu ermächtigen, bei weiteren Anforderungen selbständig die Beiträge für 1924/25 festzusetzen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Steinert der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Anfrage des Stadtv. Lehnert:

Kann der Rat der Stadt Auskunft geben, wann das neue Sanitätsauto, für das die Mittel bereits in der Sit-

zung

zung vom 16. Oktober d. Js. bewilligt sind, in Betrieb genommen wird?

Ist das Auto überhaupt schon in Auftrag gegeben bezw. wann und bei welcher Firma?

Stadt v. Lehnert teilte mit, daß ein Sonderfall im Veranlassung gegeben habe, die Anfrage zu stellen. Vor einiger Zeit sei zur Ausführung eines Transportes, daß Sanitätsauto durch Fernsprecher angefordert, bis heute aber noch nicht erschienen.

Die alten Automobile befänden sich in einem miserablen Zustande und bedürften dringend der Erneuerung.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß die Verhandlungen sofort aufgenommen sind, daß es aber nicht möglich wäre, innerhalb 6 Wochen ein Auto zu beschaffen, er wollte sich aber sofort mit dem Branddirektor nochmals in Verbindung setzen.

Der Vorsitzende schloß 6⁵⁰ Uhr die öffentliche Sitzung

=====

gez. C. Stegmann
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann
Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag,
den 18. Dezember 1924 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig
die Stadtverordneten;
entschuldigt fehlen:
Stadtverordnete Dr. Jasper,
Pilz, Papenberg, Melzer, Pieper,
unentschuldigt:
Stadtverordnete Dr. Röpke
und Drews.

Der Vorsitzende Stadtv. Stegmann eröffnete
4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.
Er gab zunächst diejenigen Punkte bekannt, die
außerhalb der Tagesordnung erledigt werden sollten,
nämlich

Bewilligung von Mitteln an Erwerbslose, die keine
Erwerbslosen-Unterstützung beziehen.

Wahl eines Armenpflegers.

Ansprüche auf Aufwertung von Entschädigungen.

(Die beiden letzteren für die vertrauliche Sit-
zung.)

Sodann

Sodann wurden die Eingänge bekanntgegeben.

- a. Ein Schreiben des Rats der Stadt betr. Stellungnahme des Brschw. Finanzministers zur Beibehaltung der Hauszinssteuer von den Einwohnern durch die Gemeindebehörden.
(Antrag des Stadtv. Frede).
- b. Beschwerde des Richard Röber, Ägidienmarkt 1^{II} über das Wohnungsamt.
(Dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung übersandt.)
- c. Ein Schreiben der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen betr. Übersendung von Jahresbericht über die Tätigkeit des 10jährigen Bestehens sowie einige Zeitschriften.
(Die Bücher wurden zur Einsichtnahme auf den Tisch des Hauses gelegt.)

Hierauf wurden die Anfragen und Anträge bekanntgegeben.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

b Tages-

Tagesordnung.

Punkt 1: Festsetzung des ruhegehaltsfähigen Gebührenanteils für in den Ruhestand versetzte Vollziehungsbeamte und für die Hinterbliebenen von solchen

Der Rat gibt anheim, der Festsetzung eines den Beteiligten vom 1. Dezember 1923 an anzurechnenden Betrages von 310 M zuzustimmen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses, Stadtv. Sauerbier empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 2: Gewährung eines Zuschusses an den Eisenbahn-Verein zu den Kosten der Erweiterung seiner Badeanstalt.

Der Rat teilt mit, daß sich der Eisenbahn-Verein mit der Anlage einer Schulschwimm-Einrichtung in seiner Badeanstalt auf Kosten der Stadt einverstanden erklärt hat und gibt anheim, dem Verein zu den Kosten der Erweiterung seiner Badeanstalt einen Zuschuß von 600 M zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv.

Dieter-

Dietermann, er empfahl, die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: 600 M wurden bewilligt.

Punkt 3: Änderung der Besoldungsordnung für die städtischen Beamten.

(Die Vorlage liegt der Niederschrift in Abschrift an.)

Stadtv. Sauerbier als Berichterstatter des Rechtsausschusses empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Zustimmung wurde erteilt.

Punkt 4: Bewilligung von Mitteln zur Unterstützung der durch Überschwemmung in West- und Süddeutschland in Not geratenen Volksgenossen.

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck die Summe von 2 000 RM zu bewilligen.

Stadtv. Frede empfahl namens des Finanzausschusses den Betrag von 2 000 M zu bewilligen.

Beschluß: 2 000 M wurden bewilligt.

Punkt 5.

Punkt 5. Aufstellung von 2 Überflurhydranten in
Lehndorf auf der Hildesheimerstraße.

Der Rat teilt mit, daß sich die Gemeinde Lehn-
dorf in Bezug auf die Entnahme von Wasser aus
Hydranten den vom Rat der Stadt aufgestellten Be-
dingungen unterworfen hat und gibt nunmehr anheim,
daß Aufstellung von 2 Überflurhydranten zuzu-
stimmen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv.
Maas empfahl der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Burgdorff gab anheim, im Absatz 4 der
Bedingungen das Wort „mindestens“ noch einzuschal-
ten, sodaß in Zeile 5 zu lesen ist: ... ohne Rück-
sicht auf die entnommene Wassermenge mindestens
den 12. Teil

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Vorlage
und Einschaltung des Wortes „mindestens“ im Absatz
4 zu.

Punkt 6. Rückerstattung eines Teiles der Kosten für
die Verlegung von Wasserrohr in der Hildesheimer-
straße

straße.

Der Rat teilt mit, daß der Konservenfabrikant Malinski den Antrag gestellt habe, ihm einen Teil der s.Zt. für die Verlegung von Wasserrohren gezahlten Kosten (11 149,12 M) zurückzuerstatten.

Der Rat gibt anheim, aus Billigkeitsgründen dem Malinski 2 000 M zurückzuerstatten.

Namens des Finanzausschusses empfahl der Berichterstatter Stadtv.Dr.Bock ausnahmsweise gegen Verzicht auf weitere Ansprüche dem Antrage zu entsprechen.

Stadtv.Maaß sprach gegen den Antrag. Grundsätzlich müßte der Antrag abgelehnt werden, wenn man hier nicht einen Grund zur Berufung geben wollte.

Im gleichen Sinne äußerte sich Stadtv.Marth.

Stadtv.Burgdorff unterstützte den Antrag des Rates.

Beschluß: Der Antrag wurde abgelehnt.

Punkt 7.

Punkt 7. Gutachtliche Äußerung zur Schaffung von
2 neuen Stellen für Berufsschulpfleger(innen) und
Änderung der Satzung vom 19. April 1919.

- Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Munte -.

Für den Schulausschuß erstattete Stadtv. Dr. Bock den Bericht. Er führte aus, daß das bisherige Strafsystem der Berufsschule vollständig versagt habe. In den letzten Monaten seien durchschnittlich 1000 Strafverfügungen erlassen. Zum Teil seien die wirtschaftlichen, zum Teil auch die häuslichen Verhältnisse daran Schuld, daß die Lehrlinge die Schule nicht besuchten.

Im Schulausschuß habe man sich sehr eingehend mit der Angelegenheit beschäftigt. Verschiedene Mängel seien zur Sprache gebracht, z.B. die Raumverhältnisse, die Lehrkräfte usw. Die augenblicklichen Disziplinarmittel reichten nicht aus, um hier Wandel zu schaffen.

Der Berichterstatter ging dann auf die Vorlage ein.

Er

Er führte aus, daß man im Ausschuß über folgendes einig geworden sei:

Als Disziplinarstrafe wird das Nachsitzen eingeführt, es wird vom Lehrer verhängt, ist im Anschluß an den Unterricht auszuführen und darf nicht über eine Stunde hinaus ausgedehnt werden.

Es werden ein Berufsschulpfleger und eine Berufsschulpflegerin angestellt, die u.a. weite Kreise der Bevölkerung über das Ziel und den Zweck der Berufsschule aufklären sollen.

Ferner läßt sich mit Hilfe dieser Berufsschulpfleger eine Statistik darüber aufstellen, wer die Schuld am Nichtbesuch der Schule trägt, der Schüler oder Lehrherr. Wenn zwei Pfleger nicht ausreichen sollten, was die Praxis lehren muß, dann müssen eben noch weitere angestellt werden.

Abgelehnt wurde ganz entschieden die Einführung der Schulhaft, weil diese sich manchmal überhaupt nicht durchführen lasse.

Stadtv. Dr. Book empfahl, dieser gutachtlichen

Außerung

Außerung des Schulausschusses beizutreten.

Stadtv. Stegmann führte aus, daß er schon vor Jahren über die Mißstände der Berufsschule gesprochen habe. Wiederholt habe diese Angelegenheit die Versammlung beschäftigt, es sei ein heikles Kapitel. Weiteste Kreise der Bevölkerung hätten heute noch nicht den Zweck der Berufsschule begriffen, der Krieg hätte es mit verschuldet, daß zwischen den Schülern der Berufsschule „ruppige Elemente“ wären. Die Hauptschuld treffe jedoch die Handwerksmeister und Lehrherrn, da einem großen Teil davon das Verständnis für die Berufsschule fehlte. Eine große Anzahl jugendlicher Arbeiter verlasse die Stadt Braunschweig, um sich somit der Schulpflicht zu entziehen. Bei der Regierung müsse der Antrag gestellt werden, durch ein Gesetz die Berufsschulpflicht im ganzen Freistaat einzuführen. Ebenso müßte verfügt werden, daß den Lehrlingen der Lohn nicht gekürzt werden darf, soweit es sich dabei um den Besuch der Fortbildungsschule handele. In

allgemeinen

allgemeinen dürfte durch Einführung von Strafen nicht viel erreicht werden, dennoch würde er und seine Freunde die Einführung des Nachsitzens gutheißen.

Sodann trat Stadtv. Stegmann für die Errichtung eines eigenen Gebäudes ein, in dem sämtliche Klassen untergebracht werden können. Nicht zu vergessen wäre die augenblicklich schlechte Sitzgelegenheit; die jungen Leute müßten wirklich froh sein, wenn der Unterricht vorbei wäre. Zum Schluß gedachte der Redner noch des Systems der nebenamtlichen Lehrkräfte. Hiermit müßte so schnell wie möglich abgebaut werden.

Stadtv. Sauerbier unterstützte die Ausführungen seines Vorredners. Die Berufsschulpfleger müßten aufklärend auf die Handwerksmeister einwirken.

Stadtv. Dr. Bock gab anheim, auch den Schulvorstand der Berufsschule neu zusammenzusetzen.

Stadtv. Diers erwähnte, daß in den Lehrverträgen des Schlachterhandwerks die Berufsschulpflicht mit aufgenommen

angenommen wäre.

Stadtv. Burgdorff führte aus, daß es manchmal ganz ausgeschlossen wäre, das Diensträdchen zur Schule zu schicken, man müßte immer den Grund berücksichtigen, weshalb überhaupt ein Mädchen gehalten würde.

Beschluß: Die Versammlung trat der gutachtlichen Äußerung des Schulausschusses bei.

Punkt 8: Neueinteilung der Stadt in Stimmbezirke.

Der Rat gibt anheim, der Neueinteilung der Stadt in 70 Stimmbezirke zuzustimmen.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Gräf, er empfehle der Vorlage zuzustimmen.

Stadtv. Stogmann wies darauf hin, daß bei der letzten Wahl eine Anzahl Wähler in den Listen nicht eingetragen gewesen wäre.

Assessor Dr. Strube erwiderte, daß soweit möglich, alle Personen nachgetragen wären, die Mängel der Listen wären dem Rat bekannt gewesen, hätten können aber nicht behoben werden. Es würde jetzt die

Wahl-

Wahlkartei eingeführt, dann könne so etwas nicht wieder vor.

Stadtv. Lehnert meinte, es hätte müssen mit mehr Aufmerksamkeit gearbeitet werden. Leute, die 18 Jahre hier in Braunschweig wohnten, wären in der Liste nicht aufgeführt.

Stadtv. Regener meinte, der Rat hätte seine Pflicht nicht getan, die Wählerlisten wären nicht auf dem Laufenden gehalten, es wäre eine unerhörte Schweinerei, die nicht wieder vorkommen dürfte. Wenn die Kartei ebenso geführt würde, wie die Listen, dann wäre kein Unterschied zu machen. Er gab anheim, demnächst getrennt nach Geschlechtern zu wählen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

(Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Stegmann).

Punkt 9. Wahl der Beisitzer des Miteinigungsamtes
für 1923.

Der Rat gibt anheim, die Wahl von je 9 Beisitzern

und

und Stellvertretern aus dem Kreise der Mieter und Vermieter vorzunehmen.

Für den Rechtsausschuss berichtete Stadtv. Regener. Er gab anheim, die Beisitzer aus den beiden großen Organisationen des Haus- und Grundbesitzer-Vereins und des Er.Mietervereins e.V. zu wählen.

Eine lebhafte Debatte entspann sich darüber, ob man nicht auch dem Bürgerlichen Mieterverein einen Beisitzer zusprechen sollte.

Die Stadtv. Frede und Burgdorff sprechen für, die Stadtv. Nöll, Regener, Marth dagegen.

Die vorgenommene Abstimmung ergab, daß dem bürgerlichen Mieterverein kein Beisitzer zugesprochen wurde.

Gewählt wurden:

Beisitzer.

Stellvertreter.

ormieter:

1. Rentner Pape.

2. Maurermeister Meyer.

3. " Spandau.

4. Rentner Benda.

1. Standesbeamter Sauerbiere,

2. Schlosser Förster.

3. Zollinspektor Königsdorf.

4. Angestellter Zenker.

- | | |
|-----------------------------|--------------------------------|
| 5. Obermeister Stiefel, | 5. Mittelschullehrer Koch, |
| 6. Schuhmachermeister Hahn, | 6. Postinspektor Michelmann, |
| 7. Maurermeister Gröpler, | 7. Maurermeister Witthöft, |
| 8. " Maske, | 8. Büroinspektor Diekmann, |
| 9. Bauoberssekretär Lütge, | 9. Büroobersinspektor Clasing. |

Besitzer.

Stellvertreter.

Mieten:

- | | |
|---------------------------------|----------------------------------|
| 1. Vorarbeiter Asmann, | 1. Kaufmann Redensky. |
| 2. Kaufmann Wallbauer. | 2. " Seifert. |
| 3. " Linkhorst. | 3. " Günther. |
| 4. " Pieger. | 4. Eisenb. Betr. Ass. Funke. |
| 5. Geschäftsführer Schulte. | 5. Werkstättenvorsteher Wille |
| 6. Schneidermeister Kalkowsky. | 6. Fabrikant Spitz. |
| 7. Kaufmann Großklaus. | 7. Betr. Angestellter Römermann, |
| 8. Schlosser Lages. | 8. Ratsbotenmeister Niemeyer, |
| 9. Ob. Telegraph. Sekr. Brecht. | 9. " Garloff. |

Hierauf wurde vom Vorsitzenden die Auslosung vorgenommen, es mußte durch das Los die Reihenfolge festgestellt werden, wie die Besitzer bzw. Stellvertreter herangezogen werden konnten.

Das Ergebnis war folgendes:

Vermieter

Vermieter

Beisitzer

Stellvertreter

1. Stiefel,	2. Hahn,	1. Königsdorf,	2. Förster,
3. Gröpler,	4. Spandau,	3. Sauerbier,	4. Michelmann,
5. Pape,	6. Lütge,	5. Withöft,	6. Koch,
7. Macke,	8. Benda,	7. Zenker,	8. Diekmann.
9. Meyer,		9. Clasing.	

Mieter

Beisitzer

Stellvertreter

1. Lages,	2. Kalkowsky,	1. Seifert,	2. Römermann,
3. Großklaus,	4. Pieper,	3. Seitz,	4. Redensky,
5. Brecht,	6. Schulte,	5. Wille,	6. Günther,
7. Linkhorst,	8. Wallhauer,	7. Funke,	8. Niemeyer,
9. Asmann.		9. Gerloff.	

Die beiden letzten Stellvertreter sowohl der Mieter als auch der Vermieter sind nicht ausgelost da es sich hier um städtische Beamte handelt, die nur im Notfalle eintreten sollten.

Punkt 10.

Punkt 10. Verkauf von Flächen der Charlottenhöhe.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß die Parzelle 17 m auf der Charlottenhöhe in Größe von 32,73 a zum Preise von 5 RM je qm unter Sicherung des Vor- und Wiederkaufsrechts in üblicher Weise, an die Siedlungsgenossenschaft „Freiland“ verkauft wird.

Der Berichterstatter des Bauausschusses Stadtv. Gartung empfahl, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 11. Bewilligung von Mitteln für eine Sonderunterstützung der sogenannten ausgesteuerten Erwerbslosen.

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck 9 000 R.M zu bewilligen.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Steinert, er empfahl 9 000 R.M zu bewilligen.

Beschluß: 9 000 R.M wurden bewilligt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung hatte Stadtv. Frede Besprechung des Schreibens des Br. Finanzministers - Hauszinssteuer betr. - beantragt, die Versammlung erklärte sich damit - am Schluß der Tages-

Tagesordnung - einverstanden. Stadtv. Frede nahm eingehend zum Schreiben Stellung und stellte zum Schluß den Antrag, daß die Versammlung über die erteilte Antwort ihre Mißbilligung ausspricht.

Stadtv. Sievers trat dem entgegen und beantragte, das Schreiben dem Finanzausschuß zu überweisen.

Stadtv. Frede zog seinen Antrag daraufhin zurück und das Schreiben wurde dem Finanzausschuß überwiesen.

Anfrage des Stadtv. Dr. Bock:

Die Heizungsanlagen in einem Teil der städtischen Schulgebäude sind gänzlich unzureichend.

Wie gedenkt der Rat Abhilfe zu schaffen?

Stadtv. Dr. Bock wies darauf hin, daß in manchen Schulen die Heizungsanlagen so schnell wie möglich geändert werden müssen, so z. B. in der Herzog Johann - Albrecht - Oberrealschule, wo heute noch die Heißluft-Heizung vorhanden ist. Die Luft wäre dort so trocken, daß nach einigen Stunden Unterrichts das Sprechen schwer fiele.

Stadtrat

Stadtrat Schaper erwiderte, daß vor einiger Zeit schon das Betriebsamt beauftragt wäre, die Heizungsanlage in der Herzog Johann-Albrecht-Oberrealschule nachzuprüfen. Es wären nur kleine Mängel entdeckt worden.

Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß durch Heißluft erhitzter Staub in die Schulklassen käme und dadurch das Sprechen schwer fallen würde.

Stadtv. Dr. Schultze hatte Besprechung beantragt, dem stattgegeben wurde. Er führte aus, daß in einem Klassenzimmer niemals trockene Luft sein könnte, die Luft wäre dort stets feucht genug. Es könnte sich ^{hier} nur um erhitzten Staub handeln.

Antrag des Stadtv. Sauerbier.

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ähnlich dem Vorgehen des Staates, eine Beamten-Kredithilfe für die städtischen Beamten einzurichten.

Antrag

Antrag des Stadtv. Pilz:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat der Stadt bei der Polizeidirektion darauf zu dringen, daß die Erlaubnis zur Aufstellung von Autodroschken an geeigneten Plätzen nicht versagt wird, wo berechnigte Interessen des Verkehrs und des persönlichen Erwerbes geltend gemacht werden.

Beide Anträge wurden in vertraulicher Sitzung begründet.

Der Vorsitzende schloß 7³⁰ Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. A. Stegmann,

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann,

Schriftführer.

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in der Sitzung am Donnerstag, den
15. Januar 1925, 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig:

die Stadtverordneten (ohne
den erkrankten Herrn Drens)
- einige Stadtverordnete, die
gleichzeitig Landtagsabgeord-
nete und in Landtage noch an-
wesend sind, erscheinen später. -

Der Stadtverordnetenvorsteher Stegmann eröffnete
gegen 4 1/2 Uhr die Sitzung und gab zunächst die Ein-
gänge bekannt:

ein Schreiben der Firma Gerloff & Co. hier betr. Ein-
sprache gegen die Müllabfuhrgebühr

(den Rechtsausschuß überwiesen).

eine Eingabe von Franz Albrecht, Kattreppeln 11, betr.

Frei-

Albrecht
das Hartmanns

Freigabe eines Autohalteplatzes vor dem Landestheater
(dem Rat der Stadt überlassen)

ein Schreiben des Rates der Stadt, in dem er den vom
Stadtverordneten Regener in der öffentlichen Sitzung
am 18. Dezember 1924 gegen den Rat wegen der Führung der
Reichstagswahllisten erhobenen schweren Vorwurf auf
das Bestimmteste zurückweist,

(zur Kenntnis gebracht)

ein Antrag des Stadtverordneten Diers, die Vertreter
der Fleischerinnung möchten in Schlachthofanschuß
Stimmrecht erhalten

(vgl. Schluß dieser Niederschrift).

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

T a g e s o r d n u n g :

1. Antrag des Stadtverordneten Mauerbier wegen Einrich-
tung einer Beamten-Kreditthilfe.

Der Antrag lautete: „Die Stadtverordneten wollen be-
schließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, ähnlich dem
Vorgehen des Staates, eine Beamten-Kreditthilfe für die
Städtischen

Städtischen Beamten einzurichten."

Hauens des Finanzausschusses berichtete Dr. Book darüber. Stadtv. Sauerbier zog nach den Erklärungen des Bürgermeisters Meyer seinen Antrag zurück. Der Rat ist bereit, den in Not geratenen städtischen Beamten zu helfen,

- a) durch Gewährung von Vorschüssen auf die Gehaltsbezüge
- b) durch Bewilligung von Beihilfen in besonderen Fällen.

Dagegen gestattet es die Finanzlage der Stadt nicht, aus städtischen Mitteln Darlehen zu geben. Der Rat hofft aber, daß infolge der Aufwertung der Hypotheken die Fudelstiftung allmählich wieder instande sein wird, Darlehen zu bewilligen, wobei dann auch die städtischen Beamten berücksichtigt werden sollen. Stadtv. Sauerbier bat insbesondere noch, alle etwaigen Anträge der Beamten wohlwollend zu prüfen und als streng geheim zu behandeln.

2. Antrag des Stadtverordneten Pilz wegen Aufstellung
von Autodroschken an geeigneten Stellen in der Stadt.

Dieser in der vertraulichen Sitzung am 18. Dezember 1924
von Herrn Pilz begründete Antrag, dessen Wortlaut fol-
gendermaßen ist:

„Die Stadtverordnetenversammlung ersucht den Rat der
Stadt, bei der Polizeidirektion darauf zu dringen,
daß die Erlaubnis zur Aufstellung von Autodroschken
an geeigneten Plätzen nicht versagt wird, wo be-
rechtigte Interessen des Verkehrs und des persö-
nlichen Erwerbes geltend gemacht werden.“

hatte nach eingehender Beratung im Bauausschuß, worüber
Stadtv. Kffner berichtete, eine Erweiterung erfahren.
Der Antrag des Bauausschusses ging darauf hinaus, den
Rat zu ersuchen, bei der Polizeidirektion dahin zu wir-
ken, daß

- 1/ vor jedem Tore ein geeigneter Standort für die
Autodroschken errichtet wird,
- 2/ bei der Erteilung einer Genehmigung zum Auto-
droschkenbetrieb in erster Linie die früheren
Drosch-

Broschkenhalter berücksichtigt werden möchten,

3) jegliche Monopolbildung innerhalb der Auto-
broschkenunternehmer zu unterbinden sei,

4) von Zeit zu Zeit ein Austausch der Standorte
herbeigeführt werden möge, damit jeder Unter-
nehmer in den Genuß eines besseren Standortes
kommt.

Dieser somit erweiterte Antrag wurde von der Versamm-
lung angenommen.

3) Verlegung von Feuerlöschleitungen im städtischen
Konzert Hause.

Es handelt sich um die Verlegung von zwei neuen Feuer-
leitungen und zwar je eine an jeder Seite des Konzert-
hauses. Der Rat empfiehlt, der Ausführung der Arbeiten
zuzustimmen und die zu 2000 R.M. veranschlagten Kosten
zu bewilligen.

Die Versammlung beschloß antragsgemäß.

4) Errichtung von Benzinzapfstellen auf der Campe-
straße und Cellerstraße.

Die Deutsch-Amerikanische Petroleumgesellschaft beab-
sichtigt

sichtigt, je eine Benzin-Zapfstelle vor dem Grundstücke Campestraße 28 und Cellerstraße 9 unter den üblichen Bedingungen zu errichten. Der Bauausschuß empfahl Zustimmung, die von der Versammlung ausgesprochen wurde.

5) Neubedachung der städtischen Markthalle.

Der Rat ersucht, die dafür vom Hochbauamte veranschlagten Kosten von 48 000 R.M. zu bewilligen. Die Arbeiten können auf mehrere Jahre verteilt werden. Von den 48 000 R.M. sollen 12 000 R.M. im nächsten Jahre in den Veranschlag eingestellt werden.

Die Versammlung beschloß antragsgemäß.

6) Einsprachen gegen die Aufhebung der Hermannstraße.

Von zwei Anwohnern der Hermannstraße sowie von Arbeitnehmern der Firma Anne, Giesecke & Konegen waren beim Rate Einsprachen erfolgt. Der Rat hält sie für unbegründet, die Versammlung trat dieser Ansicht bei und beschloß demgemäß Zurückweisung.

7) Erhöhung des Ruhelohnes und der Hinterbliebenenbezüge für die städtischen Arbeiter und die Hinterbliebenen von solchen.

Für

Für 66 Ruheohnempfänger und 83 Witwen- und Waisengeldempfänger beantragt der Rat eine Erhöhung der bisherigen Bezüge mit Wirkung vom 1. Juni 1924 ab und zwar in der Weise, daß die seit jenem Zeitpunkte gewährten Lohnsätze zu Grunde gelegt und die einzelnen Ruheohnempfänger in diejenigen Lohnklassen eingruppiert werden, in denen sich ihre gleichartigen Berufskollegen z.Zt. befinden.

Die Versammlung stimmte zu.

8) Stellungnahme zu der Verfügung des Staatsministers, die Änderung des Hauszinssteuergesetzes betr.

Die obige Verfügung vom 18. November 1924 hat zum Gegenstande den Stadtverordnetenbeschluß vom 24. September 1924, es möchte bei erfolgloser Einziehung der Hauszinssteuer durch den Hauswirt die Gemeindebehörde die Steuer direkt vom Mieter im Verwaltungszwangsverfahren wie eine öffentliche Abgabe eingetrieben werden.

Der Braunschweigische Finanzminister hat unter Anführung verschiedener Gründe erklärt, daß er nicht in der Lage sei, dem Beschlusse der Stadtverordneten durch entsprechende Vorlage eines Abänderungsgesetzes zum Haus-

Hauszinssteuergesetze Folge zu geben.

Hiermit hatte man sich im Finanzausschuß eingehend beschäftigt. Dieser beantragte durch den Stadtv.

Frede, die ganze Angelegenheit nochmals der jetzigen Regierung zu unterbreiten.

Der Antrag wurde indessen abgelehnt.

6) Umbau der vorhandenen Vertikal-Retorten-Öfen des Gaswerks an der Laubenstraße.

Mit dieser Angelegenheit hatten sich der Bauausschuß und der Finanzausschuß beschäftigt. Der Bauausschuß, vertreten durch Stadtv. Sohnerbaoh, erkannte die Notwendigkeit eines Umbaues an. Man erhofft dadurch eine bessere wirtschaftliche Ausnutzung des Gaswerks. Die veranschlagten Kosten zu 257 000 R.M. wurden bewilligt, nachdem Stadtv. Sauerbier namens des Finanzausschusses dafür eingetreten war. Die Vergebung der Arbeiten soll nach den von den städtischen Behörden aufgestellten Grundsätzen durch die Verwaltungsdeputation erfolgen.

0) Bestellung eines Wahlausschusses zur Wahl des Stadt-
verordneten und Festsetzung der Aufwandsentschädi-
gung.

Gewählt wurden:

Beisitzer: stellv. Beisitzer:

H. Dr. Strube (Vors.) Stadtm. Schnerbach Stadtv. Dietermann

H. Stadtrat Vogler " Gräf " Marth
(stellv. Vors.)

H. Stadtobersekretär
Fessel (Schrift- " Sauerbier " Fay
führer)

. Stadtssekretär
Wehrmann (Stellv. " Melzer " Dr. Kahlert
Schriftführer)

Die Aufwandsentschädigung für den Wahltag wurde auf
5 R.M. festgesetzt.

11) Gutsachtliche Äußerung zur Verlegung der neuen Bahn-
linien unter Inanspruchnahme des Flugplatzes.

Aus den Ausführungen des Berichterstatters, Stadtv.
Rasche, ist folgendes zu entnehmen:

Die Reichsbahndirektion Magdeburg plant eine neue
Linienführung der Personengleise Braunschweig - Han-
nover; diese sollen den der Stadt gehörenden Flug-
platz

platz diagonal durchschneiden. Infolge der seitens des Rates der Stadt mündlich erörterten Bedenken gegen diese Durchschneidung des Flugplatzes übersendet die Reichsbahndirektion im Juni v.Js. zwei Gutachten, welche die Bedenken entkräften sollen und ersucht den Rat der Stadt nunmehr um Zustimmung.

Letzterer hat im Juni v.Js. erklärt, daß er seine schweren Bedenken gegen diese Gleisführung durch die Mitte des Flugplatzes nicht fallen lassen könne und stützt sich dabei ebenfalls auf die Gutachten seiner Sachverständigen.

Nach einem vom 21. Dezember 1924 datierten Schreiben des Reichsverkehrsministers an den Rat der Stadt wird die geplante Durchschneidung als unvermeidlich erklärt.

Zwischen der Reichsbahndirektion Magdeburg und den städtischen Behörden ist ein Vertrag vereinbart, in welchem das Bahnhofprojekt festgelegt wurde, es fällt

fällt daher auf, daß der Reichsverkehrsminister schreibt, die Bauarbeiten für den Verschlebebahnhof seien bereits soweit gediehen, daß aus diesem Grunde eine Änderung des Entwurfes nicht mehr angängig sei.

Es muß hier ein großer Irrtum zu Grunde liegen, denn nach dem Vertrage mit dem Räte der Stadt ist die jetzt gewollte Linienführung eine Änderung des Entwurfes, auch erscheint es nicht richtig, daß die Bauarbeiten des Verschlebebahnhofes schon soweit fortgeschritten seien, daß nur diese Linienführung ausgeführt werden kann; diese Ausführung würde sonst vertragswidrig sein.

Der Berichterstatter kam dann auf die von der Reichsbahndirektion eingeholten Gutachten zu sprechen und meinte, die darin zum Ausdruck gebrachten Ansichten und Anschauungen seien nicht besonders stichhaltig. Es wird z.B. davon geschrieben, daß man noch garnicht wisse, wie sich das Flugwasser in

Zu-

Zukunft entwickle. Die Handelskammer und das Braunsch. Eisenbahnkommissariat haben sich ebenfalls gegen die neue Linienführung ausgesprochen.

Stadtv. Burgdorff sprach sich ebenfalls sehr energisch gegen den Plan der Reichsbahn aus und forderte daß der Rat alle Hebel in Bewegung setze, um eine Zertrümmerung des Flugplatzes zu vermeiden. Wann man die Verhandlungen verfolge, so könne einem der Gedanke kommen, die ganze Sache sei von der Bahn so aufgezogen, als ob in fernerer Zeit eine Konkurrenz zwischen Bahnverkehr und Flugverkehr befürchtet werde. Auch Herr Burgdorff hielt die gutaechtlichen Äußerungen, auf die sich die Reichsbahn stütze, nicht für stichhaltig.

Stadtbaurat Lebensleben berichtete über den Verlauf der bisherigen Verhandlungen. Der Rat hat schon früher nichts unversucht gelassen, damit der Flugplatz erhalten bleibt. Die jetzt geplanten ^{Kor}Änderungen sollen angeblich notwendig sein; weil die Bahn

die

die räumlich getrennten Betriebswerke vom Verschiebebahnhof und Personenbahnhof zusammenlegen will, um Kosten zu sparen. Es ist auch in Aussicht genommen, die Haltestelle Broitzem verschwinden zu lassen und weiter nach Immerlah zu verlegen, ein Plan, mit dem auch die Gemeindebehörde Broitzem erklärlicherweise nicht einverstanden ist. Kommt die geplante neue Linienföhrung zustande, so ist der Flugplatz für seine besonderen Zwecke unbrauchbar. Der Rat hat nichts versäumt, um den Flugverkehr über Braunschweig zu lenken. Sogar mit einer englischen Gesellschaft seien dieserhalb Verhandlungen angeknüpft worden, und neuerdings sei man mit einer deutschen Luftreederei in Verbindung getreten. Es bestehe die Hoffnung, wenn diese Verhandlungen nicht gestört werden, daß vielleicht schon in einigen Wochen eine der wichtigsten Fluglinien über Braunschweig geführt wird.

Die Stadtverordneten waren einstimmig der Ansicht

sieht, daß alles getan werden müsse, um den Flugplatz zu erhalten, und ersuchten den Rat der Stadt, unter diesem Gesichtspunkte die weiteren Verhandlungen mit dem Reichsverkehrsminister oder den sonst maßgebenden Stellen zu führen und vor allem schärfsten Einspruch gegen den jetzigen Plan der Reichsbahn zu erheben.

2. Verpachtung von Gelände im Bürgerpark.

Den Abschluß eines Pachtvertrages mit dem Braunschweiger Kanaklub wegen einer Fläche der ehemaligen Militärbadeanstalt im Bürgerpark wurde zugestimmt.

3. Beschaffung von Wahlzellen.

Auf Vorschlag des Rates wurden zur Beschaffung von 140 Wahlzellen 3500 R.M. bewilligt.

4. Bewilligung von Mitteln für die Schulentlassenen-
spende.

Es wurden für den fraglichen Zweck 5000 R.M. bewilligt. Die Verteilung erfolgt wieder wie in früheren
heren

heren Mahren durch einen besonderen Ausschuß.

15. Herstellung eines Rohrkanals zwischen Eichenstieg
und Wolfenbüttlerstraße.

Der Rat ersucht um Zustimmung, daß von der Wolfenbüttlerstraße bis zum Eichenstieg ein Rohrkanal unter Aufwendung von 2600 R.M. hergerichtet wird.

Die Versammlung beschloß demgemäß.

16. Umbau der Kühlanlage auf dem städtischen Schlachthause.

Der Rat ersucht, zuzustimmen, daß die auf dem Schlachthause vorhandene und reparaturbedürftige Kühlanlage unter Aufwendung von 36 500 R.M. umgebaut wird. Bei dem Umbau soll die noch vorhandene veraltete Wasserkühlung aus wirtschaftlichen und hygienischen Gründen in eine moderne Trockenkühlung nach System Riedinger umgewandelt werden.

Die Stadtverordneten waren einverstanden und bewilligten die Mittel.

17. Gutachtliche Äußerung wegen Freigabe von Gaskundelatern zu Reklamezwecken.

(Zurück-

(Zurückgestellt, da noch nicht genügend vorberaten)

1. Ersatzwahl von Beisitzern für das städtische Miet-
einigungsamt.

Anstelle des Obertelegraphensekretärs Brecht, der in der Stadtverordnetensitzung am 18. Dezember 1924 zum ordentlichen Mieterbeisitzer gewählt war, diese Wahl aber hinterher aber abgelehnt hatte, wurde der Werkstättenvorsteher Wille, der bislang für das Amt eines stellvertretenden Mieterbeisitzers vorgesehen war, gewählt, für den letzteren wählte man den Kaufmann Günther.

Ferner mußten die stellvertretenden Vermieter- und Mieterbeisitzer nochmals ausgelost werden, weil bei der Auslosung am 18. Dezember 1924 die städtischen Beamten nicht mit ausgelost waren.

Durch die vorgenommene Auslosung wurde dann nachstehende Reihenfolge festgestellt:

Vermieter:

Mieter:

Angestellter Zenker

1. Kaufmann Günther

Büroinspektor Clasing

2. Fabrikant Seitz

Vermieter:

Zollinspektor Königsdorf
Postinspektor Michelmann
Standesbeamter Sauerbier
Schlosser Förster
Mittelschullehrer Koch
Maurermeister Witthöft
Büroinspektor Diekmann

Mieter:

3. Betriebsangestellter Rö-
mermann
4. Kaufmann Seiferth
5. Eisenbahnbetriebsassistent
Funke
6. Ratsbotenmeister Nie-
meyer
7. " Gerloff
8. Kaufmann Redemsky

Hierbei mag bemerkt werden, daß am Tage nach der Sitzung als das Aktenmaterial vorlag, festgestellt wurde, daß der Kaufmann Günther schon in der Sitzung am 18. Dezember 1924 zum stellvertretenden Mieterbeisitzer gewählt war; es müßte also für ihn demnächst eine Ersatzwahl vorgenommen werden.

Zuschuß zu den Unterhaltungskosten der Kaufmänni-
sehen Fortbildungsschule.

Es handelt sich um eine Nachverbilligung von 1800 RM.
Dem entsprechenden Antrage des Rats wurde stattge-
geben.

Die

Die Tagesordnung war damit erschöpft, es wurden noch folgende Anträge eingebracht:

von Stadtv. Diers: „Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die von der Fleischerinnung gewählten Vertreter im Schlachthofausschuß auch Stimmrecht erhalten.“

Nach kurzer Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Rechtsausschuß überwiesen.

von Stadtv. Regener: „Ich beantrage, das Schreiben des Rats der Stadt betr. Zurückweisung des Vorwurfs des Stadtv. Regener über Pflichtverletzung des Rates bei Aufstellung der Wählerlisten, jedem Stadtverordneten zuzustellen und die Angelegenheit dem Rechtsausschusse zur Vorberatung zu überweisen, um eine Besprechung im Plenum herbeizuführen.“

Auch dieser Antrag wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Gegen 7 Uhr hatte die öffentliche Sitzung damit ihr Ende erreicht.

gez. C. Stegmann
Vorsitzender.

gez. Hans Lies,
stellv. Schriftführer.

Nr. 15.

N i e d e r s c h r i f t

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am

Donnerstag, den 5. Februar 1925

4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten mit
Ausnahme des erkrankten
Stadtverordneten Drews.

Der Vorsitzende Stadtverordneter Stegmann er-
öffnete 4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Ver-
handlungen.

Folgende Eingänge wurden bekannt gegeben:

- a. Ein Schreiben des Reichsarbeitgeber-Verbandes
deutscher Gemeinden und Kommunalverbände betr. den
Beitritt der Stadtgemeinde zum genannten Verbands.
- b. Ein Schreiben von Fritz Wortmann in Wetter
betr. Angebot von Schreibmaschinen usw.

c.

- c. Ein Hundesteuer-Erlaßgesuch des Arbeiters Otto Pessel, Schützenstr. 26 - Dem Rechtsausschuß überwiesen,
 - d. Bewerbungsschreiben des Tapezierermeisters Otto Talchau Rosenhagen 1 um die Hausmeisterstelle im Städtischen Museum.
 - e. Einspruchsschreiben des Reichsbundes der Zivildienstberechtigten, Landesgeschäftsstelle Braunschweig, wegen der Besetzung der Hausmeisterstelle im Städtischen Museum mit einem Zivilanwärter,
 - f. Ein Schreiben des Landesverbandes der Braunschw. Frauenvereine, wegen der Besetzung des Direktorenpostens im Jugendamt mit einer Frau,
 - g. Gesuch des Pächters des Bürgerpark-Restaurants - Franz Boecksch - um Vergrößerung der Räume durch einen Saalbau. - Dem Bau-Ausschuß überwiesen.
- Hierauf gab der Vorsitzende die gestellten Anfragen und Anträge bekannt.

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tages-

Tagesordnung.

Punkt 1: Änderung von Gleisanlagen der Straßeneisenbahn in der Wolfenbüttelerstraße und Auguststraße.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Eßner, er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtv. Burgdorff begrüßte die Vorlage und wünschte, daß die Arbeiten noch in diesem Jahre durchgeführt würden.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Punkt 2: Antrag des Stadtv. Diers:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, daß die von der Fleischer-Innung gewählten Vertreter im Schlachthof-Ausschuß auch Stimmrecht erhalten.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Sauerbier. Er führte aus, daß um dem Antrage zu entsprechen, die Satzung geändert werden müßte. Da sich aber bislang in der Zusammensetzung des Ausschusses - keine Mißstände gezeigt hätten, so

empfahl

empfahl er namens des Rechtsausschusses, den Antrag abzulehnen.

Stadtv. Diers erwiderte, daß die Fleischer schon lange den Wunsch hätten, im Schlachthof-Ausschuß das Stimmrecht zu haben.

Stadtv. Burgdorff unterstützt den Antrag.

Stadtv. Pilz wunderte sich über den Beschluß des Rechtsausschusses und wünschte die Stellungnahme des Rates zu hören.

Stadtv. Maaß sprach gegen den Antrag; er wunderte sich, daß Stadtv. Diers den Antrag hier abermals gestellt hat, da er doch schon im Schlachthof-Ausschuß mit der Stimme des Antragstellers abgelehnt sei.

Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß der Rat zu dem Antrage noch keine Stellung nehmen könnte, da er bei den „Stadtverordneten“ gestellt wäre. Seinerzeit wäre dieser Antrag im Schlachthaus-Ausschuß einstimmig (auch mit der Stimme des Antragstellers) abgelehnt. Augenblicklich wären 3 Fleischermeister im Ausschuß und bislang wäre den be-
rech-

rechtigten Wünschen stets stattgegeben.

Stadtv. Melzer schließt sich den Ausführungen des Stadtbaurats Gebensleben an.

Stadtv. Dr. Röpcke hält^{es} für unverständlich, daß Stadtv. Diers den Antrag bei der Stadtverordneten-Versammlung abermals einbringt, obgleich er selbst den Antrag im Schlachthaus-Ausschuß abgelehnt hat.

Stadtv. Dr. Röpcke meinte, es ständen doch Wahlen bevor!

Nachdem die Stadtv. Burgdorff, Frede, Dr. Schultz und Pilz noch ihre Stellung zu dem Antrage geäußert hatten, wurde über den Antrag abgestimmt.

Beschluß: Der Antrag wurde abgelehnt.

Punkt 3: Bewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer Schulschwimmanlage.

Der Rat gibt anheim, den Betrag von 1400 RM. zu bewilligen; die Schulschwimm-Einrichtung soll in der Eisenbahn-Badeanstalt angelegt werden.

Der Berichterstatler des Finanzausschusses Stadtv. Sauerbier empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: 1400 RM. wurden bewilligt.

Punkt 4

Punkt 4: Antrag des Stadtv. Regener:

Ich beantrage, das Schreiben des Rates der Stadt betr. Zurückweisung des Vorwurfs des Stadtv. Regener über Pflichtverletzung des Rates bei Aufstellung der Wählerlisten jedem Stadtverordneten zuzustellen und die Angelegenheit dem Rechtsausschuss zur Vorberatung zu überweisen, um eine Besprechung im Plenum zu ermöglichen.

Für den Rechtsausschuß erstattete Frau Stadtv. Schulze den Bericht. Sie führte aus, Stadtv. Regener habe in der Stadtverordneten-Sitzung vom 18. Dezember v. Js. gesagt, der Rat habe bezgl. der Wählerlisten seine Pflicht nicht getan, die Umzüge innerhalb der Stadt seien nicht berücksichtigt. Im Rechtsausschuß habe man sich sehr lange mit der Angelegenheit beschäftigt. Ein Teil der Mitglieder des Rechtsausschusses stehe auf dem Standpunkt, der Rat hat seine Pflicht nicht getan, der andere Teil dagegen „der Rat hat seine Pflicht getan“.

Mit Stimmenmehrheit sei folgende Entschlieöung

in

im Rechtsausschuß angenommen:

„An den Mängeln, die die Wählerlisten aufgewiesen haben, trifft der Rat der Stadt kein Verschulden.“

Namens des Rechtsausschusses empfahl die Berichterstatterin, der Entschliebung zuzustimmen.

Stadtv. Dr. Röpcke wünschte einige kurze Aufklärungen vom Rat.

Assessor Dr. Strube führte aus, daß im Mai vorigen Jahres noch keine ständigen Listen zu den Wahlen vorhanden gewesen wären.

Um die Listen zur Reichstagswahl im Mai vorigen Jahres aufstellen zu können, hatte man die Wohnungslisten vom Oktober 1923 zu Grunde gelegt. Es wären s.Zt. mehrere Aushilfsbeamte eingestellt, um die Listen aufzustellen. Von dem Finanzamte wären die polizeilichen An- und Abmeldungen herangeschafft, um den Wechsel berücksichtigen zu können. An die Polizei-Direktion wurde das Ersuchen gerichtet, alle An- bzw. Abmeldungen an den Rat der Stadt

Ho-

gelangen zu lassen, damit die Veränderungen in den Listen eingetragen werden konnten. Wenn der Umzug innerhalb der Stadt berücksichtigt wäre, so würden die Listen dadurch^{so} unübersichtlich geworden, daß die Schriftführer nicht hätten „durchsteigen“ können. Die Wähler, die innerhalb der Stadt umgezogen wären, seien nicht in der Liste gestrichen, sie hätten müssen eben in ihrem alten Bezirke wählen.

Für dauernd hätte die Einrichtung von Wahllisten nicht genügt, man hätte sich daher entschlossen, eine Wahlkartei einzurichten. Diese Kartei würde dauernd auf dem Laufenden gehalten und es könnte jederzeit eine Wahl angesetzt werden. Der Rat habe alles getan, damit jeder Bürger seine Wahlpflicht ausüben könnte.

Stadtv. Regener führte aus, daß der Rat den § 5 der Reichsstimmordnung nicht beachtet habe, danach seien die Listen oder die Kartei auf dem Laufenden zu halten. Die s. Zt. vom Rat erlassene Bekanntmachung, daß der Umzug innerhalb der Stadt außer Berücksichtigung gelassen sei, widerspreche dem § 5 der

der Reichsstimmordnung. Er bedauert den Beschluß des Rechtsausschusses. Im 9. Bezirk -Adolfstraße- wo der Oberbürgermeister, Bürgermeister usw. wohnen, da hat alles gestimmt, wohingegen in den Arbeitervierteln große Lücken vorhanden gewesen wären. Z.B. hätten im 37. Bezirk 100 Leute nicht wählen können, im 30. Bezirk ca 30 -40, im 52. Bezirk ebensoviel.

Auf verschiedene Einzelfälle wollte er gar nicht näher eingehen, daß z.B. der Ehemann als verstorben gestrichen ist, während in Wirklichkeit die Ehefrau verstorben ist, daß ein anderer Wähler, dessen Vater nach außerhalb verzogen ist, auf den Namen seines Vaters wählt, weil er versehentlich „als nach außerhalb verzogen“ gestrichen ist.

Stadtv. Regener gab anheim, folgender Entschlie-
ßung zuzustimmen:

„Der Rechtsausschuß hält nach eingehender Beratung die Kritik des Stadtv. Regener in der öffentlichen Stadtverordnetensitzung am 18. Dezember v. Js.

für

für berechtigt und sachlich notwendig.

Die Wählerlisten sind nicht nach den Vorschriften des § 5 Abs.1 der Reichsstimmordnung auf dem Lauffenden gehalten.

Das Abweherschreiben des Rates vom 5. Januar 1925 wird nach Form und Inhalt mißbilligt."

Assessor Dr. Strube schilderte dann, wie es möglich ist, daß der eine oder andere nicht eingetragen ist. Die Leute melden sich polizeilich ab, vergessen aber, sich wieder anzumelden. Diese Fälle gehen in die Hunderte.

Stadtv. Burgdorff bittet um Auskunft, ob die Listen der Adolfstraße usw. besser - genauer - geführt werden, wie die in den Arbeitervierteln.

Stadtv. Dr. Jasper erkannte die Schwierigkeiten an, die Listen auf dem Laufenden zu halten. Nach der neuen Reichsstimmordnung sei der Rat verpflichtet, die Listen oder Kartei auf dem Laufenden zu halten. Wenn der Rat in seiner Bekanntmachung sagt „Umzüge innerhalb der Stadt sind nicht berücksichtigt“

tigt"

tigt" so widerspricht dieses den Bestimmungen der Reichsstimmordnung. Der Rat hätte klüger getan, er hätte geschwiegen. Der Rat ist schuldig. Die Kartei hätte müssen schon viel früher angefertigt werden.

Er gab anheim, der EntschlieÙung des Stadtv. Regener zuzustimmen oder die Angelegenheit nochmal an den RechtsausschuÙ zurückzuverweisen.

Assessor Dr. Strube erwähnte noch, daÙ nach jeder Wahl bei den Wahlvorstehern angefragt wäre, ob irgend welche Mängel aufgetaucht wären. Von den letzten Wahlen wären keine Mängel gemeldet. Der Wahlvorsteher Stadtv. Maaß habe z.B. berichtet, daÙ keine Mängel vorhanden gewesen wären. Die Stadtv. Dr. Röpcke, Sauerbier und Frede gaben anheim, der EntschlieÙung des Rechtsausschusses zuzustimmen, da den Rat der Stadt kein Verschulden treffe.

Nachdem dann noch Bürgermeister Meyer ausgeführt hatte, daÙ der Rat alles getan hätte, was er hätte tun können, wurde über den Antrag abgestimmt.

Be-

Beschluß: Die EntschlieÙung des Rechtsausschusses wurde mit 18 : 15 Stimmen angenommen, die EntschlieÙung des Stadtv.Regener mit dem gleichen Stimmenverhältnis abgelehnt.

Der von dem Stadt.Regener gestellte Eventual-Antrag: „Sämtliche Wählerlisten und Anhänge werden dem Rechtsausschusse ausgehändigt.

Der Rechtsausschuß prüft unter Mithilfe der Wahlvorsteher wieviel Wähler infolge der mangelhaften Listenführung um ihr Wahlrecht gebracht wurden.“ wurde dem Rechtsausschuß überwiesen.

Punkt 5: Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung und Erhaltung des Flugplatzes.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß

- 1) das Flugplatzgelände unter Aufwendungen von 1000 M eingeebnet wird,
- 2) rd.100 Morgen Schrebergärten dem Flugplatzgelände wieder zugelegt werden,
- 3) diese 100 Morgen unter Aufwendung von rd.10000 RM

in

in einem für Flugzwecke geeigneten Zustand gesetzt werden und

- 4) das Flugplatzgelände dauernd unter Aufwendung von rd. 1200 M jährlich in Ordnung gehalten wird.

Für den Bauausschuß erstattete Stadtv. Pilz den Bericht. Er gab anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen und zu beschließen, daß denjenigen Kleingärtnern, die ihr Land jetzt liegen lassen müssen, in der Nähe des Flugplatzes anderes Land zur Verfügung gestellt wird und daß ihnen ferner für Düngerverlust eine angemessene Entschädigung gezahlt wird.

Beschluß: Der Ratsvorlage und den Beschlüssen des Bauausschusses wurde zugestimmt.

Punkt 6: Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung
von Ausstattungsgegenständen des Ferienheimes in
Hahnenklee.

Der Rat ersucht für den gedachten Zweck 1000 RM zu bewilligen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv.

Dieter-

Dietermann die Mittel zu bewilligen.

Stadtv. Dr. Bock regte an, auch das Bettzeug zu erneuern, sowie die Schäden an dem Gebäude zu beseitigen.

Stadtv. Lehnert sagte zu, daß die Jüdelstiftung, deren Vorstände er angehört, demnächst die Instandsetzungsarbeiten ausführen ließe.

Beschluß: 1000 RM wurden bewilligt.

Punkt V: Gutachtliche Äußerung wegen Freigabe von Gaskandelabern zu Reklamezwecken.

Die Firma Carl Wanning hat an den Rat das Ersuchen gerichtet, an den Straßenlaternen ein Reklame-Transparent anbringen zu dürfen.

Der Rat ersucht die Versammlung, sich gutachtlich zu äußern.

Stadtv. Piöper empfahl namens des Bauausschusses Ablehnung. Durch Anbringung derartiger Reklame könnte das Straßenbild gestört werden.

Stadtv. Burgdorff meinte, man müßte jede Einnahme

Quelle

quelle ausnützen.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß man geteilter Ansicht sein könnte. Wenn die Stadt auch jede Einnahme gebrauchen könnte, so dürfte dadurch jedoch das Gesamtbild der Stadt nicht verschandelt werden.

Beschluß: Die Versammlung sprach sich gegen die Freigabe von Gaskandelabern zu Reklamezwecken aus.

Punkt 8: Kenntlichmachung der in der Nähe von Straßenbahn-Haltestellen aufgestellten Straßenlaternen.

Der Rat gibt anheim, sich mit einer Kenntlichmachung der in der Nähe der Straßenbahn-Haltestellen befindlichen Laternen unter Vorbehalt einverstanden zu erklären.

Stadtv. Maaß führte aus, daß die Haltestellen der Straßenbahn abends schwer aufzufinden seien. Gegen die Kennzeichnung der Laternen mit einem Farbansprich habe die Polizeidirektion nichts einzuwenden gehabt.

Namens

Namens des Bauausschusses empfahl er, der Vorlage zuzustimmen.

(Farbatreifen am Gasmantel).

Beschluß: Zugestimmt.

Punkt 9: Anschaffung einer neuen Dampf-Straßenwalze.

Der Rat gibt anheim, eine neue Dampfstraßenwalze zu beschaffen und die Mittel - 17000 RM - zu bewilligen.

Stadtv. Trautmann empfahl namens des Bauausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen und 17000 RM zu bewilligen. Von einem Verkauf der alten Walze soll Abstand genommen werden.

Stadtv. Dr. Schultze fragte an, wie es mit der Straßen-Kehrmaschine stände.

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß eine Maschine in allernächster Zeit in Benutzung genommen würde, an der zweiten müßten noch einige Mängel beseitigt werden.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt,
17000 RM wurden bewilligt.

Punkt 10

Punkt 10: Anbringung je einer elektrischen Lampe
an der Abzweigung der Ackerstraße und des Lämmchen-
teichs.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß zu Lasten des Gaswerks an der Abzweigung der Ackerstraße und des Lämmchenteichs je eine 50 kerzige elektrische Lampe angebracht und unterhalten wird.

Stadtv.Burgdorff empfahl namens des Finanzausschusses der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 11: Aufnahme einer Anleihe.

(Außerhalb der Tagesordnung).

Bürgermeister Meyer teilte der Versammlung die Bedingungen mit, unter denen die Staatsbank bereit ist, der Stadtgemeinde ein Darlehn von 1,5 Millionen G.M. zu leihen. Um die Wohnungsnot bekämpfen zu können, sei eben die Aufnahme dieser Anleihe erforderlich. Wenn die ganze Summe z.Zt. zum Wohnungsbau nicht gebraucht würde, dann könnte die

Rest-

Restsumme zum Schwimmhallenbau verwendet werden.

Stadtv.^{Dr.}Jasper stimmte der Vorlage zu.

Die Mehrheit des Finanzausschusses war der Meinung, der Rat sollte, wenn er ein größeres Darlehn (3 Millionen) erhalten könnte, dieses nur nehmen, man könnte dann noch andere Vorhaben ausführen. Er sei allerdings der Meinung, daß solch große Summen auch viel Zinsen erforderten und man sollte z.Zt. nur soviel nehmen, wie man gerade brauchte.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß der Rat z.Zt. nur eine Anleihe von 1,5 Millionen GM. aufnehmen wollte.

Stadtv.Dr.Bock wünschte, daß in den Bedingungen gesagt wird „eine Provisionszahlung bis zu 2 1/2 % wird zugesichert“.

Stadtv.Burgdorff vertrat die Ansicht, wenn man jetzt 3 Millionen Mark bekommen könnte, dann sollte man sie auch nehmen. Wenn die Stadt augenblicklich nur 1,5 Millionen Mark benötigte, dann sollte sie

den

den anderen Betrag der Staatsbank zur Ausleiheung an Handel und Industrie wieder zur Verfügung stellen, um zu gegebener Zeit ihn wieder anzufordern.

Stadtv.Munte warnte, Anleihen auf Vorrat aufzunehmen, die Zinsenlast würde zu groß.

Stadtv.Marth wünschte, den Wohnungsbau zu fördern.

Beschluß: Der Aufnahme einer Anleihe von 1,5 Millionen Reichs- oder Goldmark wurde zugestimmt, es wurde dem Wunsche Ausdruck gegeben, in den Bedingungen zu sagen „eine Provisionszahlung bis zu 2 1/2 % wird zugesichert“.

Anfrage des Stadtv.Man3:

Ist der Rat der Stadt bereit, über nachfolgende Frage Auskunft zu erteilen?

Aus welchem Grunde werden die Mitte und Ende des Monats auszahlenden Bezüge der mit kurzfristiger Kündigung beim Rat der Stadt tätigen Angestellten nicht gleichzeitig mit den Fest- bzw.

Ver-

Vertragsangestellten ausgezahlt?

Nach Begründung durch den Antragsteller erwiderte Bürgermeister Meyer, daß auf Wunsch der betr. Angestellten die Vergütung alle 7 Tage gezahlt wird.

Antrag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß eine Ermäßigung der Gebührensätze im Schankstättengesetz vorgenommen wird.

Der Antrag wurde dem Finanzausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Frede:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat, bei der Straßenbahngesellschaft darauf zu drängen, daß wieder Monatskarten ausgegeben werden.

Der Antrag wurde - nach Begründung - dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

An-

Anfrage des Stadtv. Dr. Schultze:

Der Rat der Stadt wird um Auskunft ersucht, wie weit die vor 3/4 Jahren von den Stadtverordneten beschlossene Errichtung einer Freilufterbholungsstätte gediehen ist.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß das Gelände be-
sichtigt und die Pläne eingereicht wären, sodaß in
allernächster Zeit darüber Beschluß gefaßt werden
könnte.

Anfrage des Stadtv. Dietermann:

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um in
Zukunft unliebsame Vorkommnisse, wie die auf der
Korfesstraße zu verhindern.

Stadtv. Dietermann begründete seine Anfrage.
Der Vizewirt der städtischen Grundstücke an der
Korfesstraße - Lorenz - habe die Mieten für die
Monate Juni und Juli und August in Höhe von 1600 M
unterschlagen. Die Mieten für die anderen Monate
seien längst bezahlt.

Stadt-

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß ihr vor ca. 2 Tagen von der Stadthauptkasse gemeldet sei, die Mieten für die Grundstücke an der Korfesstraße für die Monate Juni / August v.Js. seien noch nicht abgeliefert. Am 10. September v.Js. habe die Ehefrau des Vizewirts Lorenz den Betrag von 1600 M nebst den dazugehörigen Listen in eine Markttasche gesteckt und sei mit dem Rade zum Rathause gefahren um den Betrag dort abzuliefern. Unterwegs habe sie das Geld und die Listen verloren. Lorenz wäre von dem Posten eines Vizewirts abgesetzt, er dürfte ^{auch}/keine Mieten wieder einziehen. Es sei jetzt Vorsorge getroffen, daß so etwas nicht wieder vorkommen könnte. Lorenz habe sich bereit erklärt, den Betrag der Stadt zu erstatten, zu welchem Zwecke seine Frau jetzt auch eine Beschäftigung angenommen habe.

Stadtv. Dietermann beantragte Besprechung, dem Antrage wurde stattgegeben.

Stadtv. Dietermann wies darauf hin, daß man sich wiederholt mit den Häusern an der Korfesstraße beschäftigt

beschäftigt habe und daß verschiedentlich darauf hingewiesen wäre, daß sich p. Lorenz nicht zum Vizewirt eigne. Trotzdem habe man ihn in der Stellung des Vizewirts belassen.

Stadtv. Frau Boehm teilte mit, daß Frau Lorenz sie in ihrer Wohnung aufgesucht und dort den ganzen Vorgang geschildert habe. Wenn dieser Fall im September v. J. s. geschehen ist, so hätte müssen diese Angelegenheit schon viel früher gemerkt werden, so etwas dürfte auf keinen Fall vorkommen.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß die Mieten bislang im Wohnungsamte eingezogen wären. Als die Einziehung der Mieten der Stadthauptkasse übertragen, wären schon Rückstände vorhanden gewesen.

Stadtv. Burgdorff erwähnte, daß es bereits 9 Uhr wäre, der Rat könnte die Angelegenheit erstmal klären.

Stadtv. Lehnert meinte, mit Worten wäre die Sache nicht abgetan, in der Niedersächsischen Arbeiterzeitung hätte es auch schon gestanden.

An-

Anfrage des Stadtv. Steinert:

Ist es richtig, daß der Rat der Stadt den Beschlüsse der Stadtverordneten-Versammlung, den Sozialrentnern einen Zuschlag von 18 M monatlich zu bewilligen, nicht beigetreten ist?

Ist es ferner richtig, daß der Rat der Stadt von ausgesteuerten Erwerbslosen, die Armenunterstützung in Anspruch nehmen mußten, nach erfolgter Arbeitsaufnahme die gewährte Armenunterstützung wieder einzieht?

Stadtv. Steinert begründete seine Anfrage.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß der Rat dem s.Zt. gefaßten Beschlüsse nicht beigetreten wäre, da die erforderlichen Mittel gefehlt hätten. Die Armenunterstützung muß nach den geltenden Bestimmungen zurückgezahlt werden, wenn der Unterstützte dazu in der Lage ist. Härten müssen auf jeden Fall vermieden werden.

Wenn solche vorgekommen sind, dann möge dem Rat davon Mitteilung gemacht werden, worauf der Fall nachgeprüft und Abhilfe geschaffen wird.

An-

Anfrage des Stadtv. Dietermann:

Ist der Rat der Stadt in der Lage, Auskunft zu geben, über die Vergabung der Arbeiten, Eisenkonstruktion und Kräne, beim Lichtwerk?

Warum sind hiesige Firmen nicht berücksichtigt?

Ist der Rat der Stadt bereit, sich in Zukunft dafür einzusetzen, daß städtische Arbeiten, auch die des Lichtwerkes, von hiesigen leistungsfähigen Firmen ausgeführt werden?

Stadtv. Dietermann führte aus, daß die Arbeiten zur Instandsetzung des Drehstromwerkes an eine auswärtige Firma vergeben wären, während die hiesige Firma nicht berücksichtigt wurde. Auf jeden Fall müßte versucht werden, derartige Arbeiten hier in der Stadt von hiesigen Firmen ausführen zu lassen, damit die Arbeitsnot nicht vergrößert, sondern vermindert wird. Wenn die hiesige Firma zu teuer gewesen wäre, so hätte man sollen an sie herantreten, den Preis zu senken, was auch bestimmt geschehen wäre.

Stadt-

Stadtbaurat Gebensleben erwiderte, daß der Aufsichtsrat der Straßeneisenbahn beschlossen habe, sämtliche bei der Erweiterung des Drehstromwerkes erforderlich werdenden Arbeiten einer Firma zu übertragen, die dafür Garantie zu leisten habe. Bei Einholung der Preisangebote habe sich herausgestellt, daß die hiesige Firma die teuerste gewesen sei und die längste Lieferungsfrist beansprucht habe.

Wenn mehrere Firmen aufgefordert werden, ihr Preisangebot einzusenden, so ist es nicht angängig, nachdem die Angebote eingegangen sind, eine bestimmte Firma aufzufordern, ihre Preise herabzusetzen, da sie die teuersten Preise in Ansatz gebracht hätte.

Der Vorsitzende schloß 8¹⁵ Uhr abends die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

Nr. 16.

Niederschrift

Über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 26. Februar 1925 4⁰⁰ Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

Die Stadtverordneten,

entschuldigt fehlen

Stadt. Drees und

H. Jasper.

Der Vorsitzende, Stadt. Stegmann eröffnete 4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Außerhalb der Tagesordnung wurden noch 2 Vorlagen erledigt/feste Anstellung eines Straßemeisters, Übernahme eines Nebenamtes durch einen städtischen Beamten.)

Der

Der Vorsitzende gab hierauf folgende Eingänge bekannt:

a) Schreiben der Mietervertreter der Häuser Kor-
fesstraße 35/38 wegen Stellung eines Strafantrages
gegen den bisherigen Vizewirt Lorenz wegen Unter-
schlagung.

(Dem Rechtsausschuß überwiesen).

b) Schreiben der Ausstellungsleitung „Hein und Schol-
le“ wegen Zurverfügungstellung des Jahnplatzes.

c) Einladung der Handelskammer Braunschweig zu einem
Vortrage am 2. März 1925 4 1/2 Uhr nachmittags
über „Luftschiffahrt ist not, usw.“

Nachdem der Vorsitzende den gestellten Antrag noch
verlesen hatte, wurde in die Tagesordnung eingetre-
ten.

Tagesordnung.

Pkt 1. Antrag des Stadts. Reger:

„Sämtliche Wählerlisten und Anhänge werden
dem Rechtsausschuß ausgehändigt.“

Der Rechtsausschuß prüft unter Mithilfe der
Wahlvorsteher wieviel Wähler infolge der man-
gelhaften Listenführung an ihr Wahlrecht ge-

bracht

bracht wurden."

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses -
Stadtv. Gräf - teilte mit, daß dieser Punkt bis
zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden müßte,
da die Vorberatungen noch nicht abgeschlossen
wären.

Punkt 2. Antrag des Stadtv. Melzer:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen,
den Rat der Stadt zu ersuchen, daß eine Erhö-
hung der Gebührensätze im Schankstättengesetz vor-
genommen wird.

Stadtv. Nunte als Berichterstatter des Finanzaus-
schusses teilte mit, daß der Antragsteller seinen
Antrag zurückgezogen habe.

Pkt 3. Antrag des Stadtv. Freder:

Die Stadtverordneten-Versammlung ersucht den Rat,
bei der Straßenbahngesellschaft darauf zu drin-
gen, daß wieder Monatskarten ausgegeben werden.

Für den Rechtsausschuß berichtete die Stadtv.

Frau Schulze. Sie führte aus, daß dem Antrage in

der

der gestellten Form nicht zugestimmt werden könnte. Hierauf des Rechtsausschusses empfahl sie folgenden Antrag anzunehmen:

„Der Rat wird ersucht, den dringenden Wunsch der Stadtverordneten auf Einführung von Monatskarten erneut der Direktion der Straßenbahn zur Prüfung zu überweisen.“

Stadtv. Trautmann stellte folgenden Zusatzantrag:

„Die Stadtverordneten-Versammlung solle beschließen, die z.Zt. herausgegebenen Samelfahrkarten der Straßenbahn zu vereinfachen und zu verbilligen.“

Beschluß: Den Anträge des Rechtsausschusses und den Anträge des Stadtv. Trautmann wurde zugestimmt.

Punkt 4. Gesuch um Erweiterung der Räumlichkeiten im Bürgerparkrestaurant durch Anbau eines Saales.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Görtung.

Er führte aus, daß der Bauausschuß grundsätzlich den Gesuche des Pächters Boecksch zugestimmt habe, der Rat müßte sich mit Boecksch ins Einvernehmen setzen und die Geldfrage klären.

Stadtv.

Stadtv. Harth wünschte den Beschluß zu präzisieren, evtl. das Gesuch an den Bauausschuß zurückzuverweisen.

Stadtv. Pieper meinte, eine Rückverweisung an den Ausschuß sei nicht nötig, die Versammlung könnte ja einen anderen Beschluß fassen. Wenn der Pächter genügend Mittel hat, um den Bau ausführen zu können, dann kann auch damit begonnen werden.

Stadtv. Pilz unterstützte ebenfalls das Gesuch, auf jeden Fall müßte in Bürgerpark eine Zufluchtsstätte bei Regenwetter geschaffen werden. Auch im Stadtpark sei eine solche Zufluchtsstätte nötig.

Das Gesuch wurde ferner unterstützt von den Stadtv. Burgdorff, Helzer, Frode und Sauerbier.

Stadtv. Rasche stellte dann folgenden Antrag:

„Die Notwendigkeit eines Erweiterungsbaues des Bürgerparkrestaurants ^{wird} anerkannt und der Rat ersucht, wegen Beschaffung der Geldmittel mit dem Pächter Bocksch sich ins Klüßern zu setzen, und demnächst der Stadtverordneten - Versammlung eine Vorlage zu unterbreiten.“

Beschluß:

Beschluß: Dem Antrage des Stadtv. Assche zugesagt.

Punkt 5: Verlegung von Wasserrohr in Zuge des Mittelweges.

Der Rat ersucht, sich damit einverstanden zu erklären, daß in Zuge des Mittelweges ein Wasserrohr unter Aufwendung von 30 000 M zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerkes verlegt wird.

Stadtv. Haub empfahl nachher des Bauausschusses der Ratvorlage zuzustimmen und 30 000 M zu bewilligen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt und die Mittel - 30 000 SM - bewilligt.

Punkt 6: Verpachtung einer Fläche des Maschplatzes an den Ruderklub Normannia.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß dem Ruderklub Normannia eine weitere Fläche des Maschplatzes in Größe von 137,5 qm zum Preise von 0,02 RM verpachtet wird.

Stadtv. Pilz als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Ratvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 7.

Punkt 7: Verlängerung der Ausweiche der Straßenbahn
auf dem Madonnenwege zwischen Goslarer- und Broitt-
zenerstraße.

Der Rat ersucht, der Verlängerung der Ausweiche um
ca 100 m zuzustimmen.

Stadtv. Pieper als Berichterstatter des Bauaus-
schusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

Außerhalb der Tagesordnung!

Punkt 8: Verkauf einer Fläche.

Stadtbaurat Gebensleben empfahl zuzustimmen, daß
unter den üblichen Bedingungen der Siedlungskame-
radenschaft auf dem Aerkeröderfelde - Ecke Bienro-
derweg und Siegfriedstraße - ein Bauplatz zur
Errichtung von Siedlungshäusern für 6 Familien
verkauft wird.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Verkaufe
zu.

Stadtbaurat Gebensleben kam dann auf die Ausstel-
lung „Hein und Schölle“ zu sprechen und führte aus,
daß

daß die Angriffe gegen den Rat der Stadt, die in den letzten Tagen in den Zeitungen zu lesen waren, nicht gerechtfertigt wären.

Der Rat habe der Leitung versprochen, einen Platz zur Verfügung zu stellen, und das habe der Rat auch getan. Die Ausstellungsleitung habe sich auf den Jahnplatz verateilt, diesen oder keinen, das sei die Ansicht der Leitung gewesen. Dieser Platz durfte jedoch auf keinen Fall zur Verfügung gestellt werden, man konnte froh sein, daß dieser Platz jetzt endlich zu Sportzwecken fertiggestellt sei. Mit den Herren der Ausstellungsleitung sei er herumgefahren, um einen Platz ausfindig zu machen und dieses sei geglückt.

In Prinz Albrecht Park sei ein geeignetes Gelände gefunden. Mit den Herren der Ausstellungsleitung sei er dann, da es sich um Gelände des Staates handelt, zur Regierung gefahren und dort sei die Angelegenheit erledigt.

Nachdem die Platzfrage nunmehr erledigt sei, habe sich

sich die Ausstellungsleitungen den Rat der Stadt gewandt um ein Darlehn von 30 000 M zu erhalten. Stadtbaurat Gebensleben meinte, auf den ersten Blick erscheine die Summe sehr hoch. Auf jeden Fall aber müßte man das Unternehmen unterstützen. Er gab der Versammlung anheim zuzustimmen, daß „Hein und Scholle“ unter den gleichen Bedingungen wie bisher ein Darlehn bis zu 30 000 M zur Verfügung gestellt wird. Über die Bewilligung des Darlehns in Einzelnen soll ein besonderer Ausschuß beschließen, nachdem vorher durch eine eingehende Prüfung festgestellt ist, daß sich der Plan von Hein und Scholle verwirklichen läßt. Der Ausschuß soll aus 5 Personen bestehen und zwar 2 Ratsmitgliedern und 3 Stadtverordneten.

Diese Vorlage machte eine ausgedehnte Aussprache erforderlich. Während die Stadtv. Fay, Pilz und Gräf für die Bewilligung der Summe eintraten, hegten die Stadtv. Burgdorff, Frede und

Dr. Bock

Dr. Book Bedenken, ohne weiteres den Betrag von 30 000 M zur Verfügung zu stellen.

Stadtv. Stukenberg meinte, die Art und Weise wie die Ausstellungsleitung vorgegangen wäre, müßte sehr mißbilligt werden; die Sportverbände seien durchaus nicht Gegner dieser Ausstellung, nur wollten sie nicht die Spielplätze zur Verfügung stellen.

Nachdem noch die Stadtv. Dr. Röpke, Dr. Kahlert und Fräulein Wolters zu der Vorlage Stellung genommen hatten, gaben Stadtbaurat Gebensleben und Stadtrat Ralfs noch einige Aufklärungen. Es wurde sodann Beschluß gefaßt.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt - 30 000 M - zur Verfügung gestellt.

In den Ausschuß wurden gewählt:

Stadtv. Gräf, Hunte und Pilz.

Vortrag des Stadtv. Sauerbieri:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung da-
hin

hin zu wirken, daß das Gitter des Schloßplatzes
an Bohlweg um etwa 7 m zurückgesetzt werde, damit
es in gleicher Richtung mit den Häusern Bohlweg
72/74 (Zoke Langedanastraße) zu stehen kommt
und die Fahrstraße entsprechend verbreitert wird.

Der Antrag wurde nach Begründung durch den An-
tragsteller dem Bauausschuß überwiesen.

Der Vorsitzende schloß 6³⁰ Uhr die öffentliche
Sitzung.

=====

gez: C. Stegmann,
Vorsitzender.

gez: C. Wehrmann,
Schriftführer.

Niederschrift

über die Öffentlichen Verhandlungen der Stadt-
verordneten zu Braunschweig in deren Sitzung
am Donnerstag, den 19. März 1925 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordnete
mit Ausnahme des er-
krankten Stadtv. Drews.
Außerdem fehlen Stadtv.
Diers und Frau Boehm.

Der Vorsitzende, Stadtv. Stegmann, eröffnete
4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlun-
gen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedachte der
Vorsitzende mit ehrenden Worten des verstorbenen
ersten Präsidenten des Deutschen Reiches, Frie-
drich Ebert. (Die Versammlung hatte sich von ihren
Plätzen erhoben). Er gab dem Wunsch Ausdruck,
daß die Stadt Braunschweig, anderen Städten im
Deutschen Reiche folgend, einen Platz oder einer
Straße

Straße den Namen „Friedrich Ebert“ geben würde.
Der Vorsitzende teilte dann mit, daß diejenigen
Stadtverordneten, die zugleich Landtagsabgeordnete
wären, später erscheinen.

Außerhalb der Tagesordnung wurden noch 10 Vorla-
gen erledigt.

Sodann gab der Vorsitzende die Eingänge bekannt.

a) Einspruch des Reichsbundes der Kinderreichen
Deutschlands zum Schutze der Familie E.V. Landes
verband Braunschweig gegen die Erhöhung der
Mieten. (Dem Rat überwiesen).

b) Gesuch des Lehrkörpers der Gaußschule wegen
Aufbau der zweiten Obersekunda zu Ostern 1925.
(Dem Schulausschuß überwiesen).

c) desgleichen der Elternschaft der Gaußschule.

d) Gesuch des Vereins der Freidenker für Feuerbe-
stattung wegen Anlage einer städtischen Kolum-
barienhalle oder eines städtischen Urnenfried-
hofes. (Dem Rat der Stadt überwiesen).

e) Gesuch der Witwe Hedwig Cuhls geb. Luckhardt
hier, Rosenstraße 15 wegen Stundung der Hunde-
steuer

steuer. (Dem Rechtsausschuß überwiesen).

Nachdem der Vorsitzende dann noch die gestellten Anfragen und Anträge der Versammlung bekanntgegeben hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

Punkt 1: Antrag des Stadtv. Regener wegen Nachprüfung der Wählerlisten für die Reichs- und Landtagswahl am 7. Dezember 1924.

Stadtv. Gräf als Berichterstatter des Rechtsausschusses teilte mit, daß die Vorberatung im Rechtsausschuß noch nicht abgeschlossen sei. Der Punkt mußte bis zur nächsten Sitzung zurückgestellt werden.

Punkt 2: Gesuch der Mietervertreter der Häuser Korfesstraße 35/38 wegen Stellung eines Strafantrages gegen den früheren Vizewirt.

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses - Stadtv. Gräf - teilte mit, daß bereits am 10. Februar 1925 vom Rat der Stadt Strafantrag gegen Lorenz gestellt sei. Das Gesuch sei daher als „erledigt“ anzusehen.

Punkt 3: Antrag des Stadtv. Sauerbier wegen Zurücksetzung

zung des Gitters des Schloßplatzes am Bohlweg.

Der Berichterstatter des Bauausschusses - Stadtv. Pilz - teilte mit, daß der Antrag noch vom Sachverständigenausschuß und vom Ausschuß für Denkmalspflege begutachtet werden sollte und in der nächsten Sitzung Beschluß gefaßt werden sollte.

Stadtv. Sauerbier war mit der Vertagung einverstanden, wünschte aber, daß man dem Antrage nicht wieder ein Begräbnis erster Klasse bereite. Der östliche Fußweg des Bohlwegs müßte unbedingt verbreitert werden, auch müßte die Bedürfnisanstalt von ihrer jetzigen Stelle verschwinden.

Stadtv. Gräf trat dafür ein, daß das Gitter ganz verschwindet, es wäre ein Schandfleck für Braunschweig.

Stadtv. Mante wünschte, daß das Gitter zurückgesetzt und auf die Hälfte verkleinert würde.

Stadtv. Gräf meinte, der Denkmalsausschuß hätte mit dieser Angelegenheit nichts zu tun, ebenso gut könnte man den Antrag dem Rechtsausschuß überweisen.

Beschluß

Beschluß: Die Beschlußfassung wurde um 8 Tage zurückgestellt, der Sachverständigen- und Denkmalsausschuß soll gutachtlich gehört werden.

Punkt 4: Vermögensaufstellung der Gas- und Wasserwerke und des Privateinrichtungsgeschäfts zum 31. März 1924.

Für den Finanzausschuß berichtete Stadtv. Munte. Er empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen und sich damit einverstanden zu erklären, daß die dem Privateinrichtungsgeschäft aus der Stadthauptkasse vorgeschossenen Beträge verzinst werden.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß:

Punkt 5: Bewilligung von Mitteln an den Selbsthilfebund für Körperbehinderte zur Durchführung einer Ausstellung.

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck bis zu 800 M zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses - Stadtv. Steinert - empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, bis zu

800

800 M wurden bewilligt.

Punkt 6: Änderung des Teilortsbauplanes zwischen Roß-
straße und Cellerstraße nördlich der Landeseisen-
bahn:

Der Rat gibt anheim, der geplanten Änderung zuzustimmen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses - Stadtv.
Effner - empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmt zu.

Punkt 7: Aufnahme der projektierten Straße 488 in den
Ortsbauplan.

Der Rat gibt anheim, der Aufnahme der projektierten
Straße 488 - Verbindungsstraße zwischen Siegesplatz
und der künftigen Verlängerung der Frankfurter-
straße - zuzustimmen.

Stadtv. Trautmann als Berichterstatter des Bauaus-
schusses empfahl der Ratsvorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt.

Punkt 8: Abänderung des Ortsbauplanes an der Salzda-
lumerstraße.

Der Rat gibt anheim, dem abgeänderten Ortsbauplan
zuzustimmen

zuzustimmen.

Stadtv. Pieper empfahl namens des Bauausschusses, dem abgeänderten Ortsbauplane zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 9: Festsetzung der Aufwandsentschädigungsgelder für die Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände für die Neuwahl des Reichspräsidenten am 29. März bezw. 26. April 1925.

Der Rat gibt anheim, die Aufwandsentschädigung wie bisher auf 5 RM. je Person festzusetzen und die erforderlichen Mittel - bis zu 3150 M - zu bewilligen und den bisherigen Wahlausschuß - bestehend aus den Stadtv. Melzer, Sauerbier, Sekmerbach und Gräf bestehen zu lassen.

Namens des Finanzausschusses empfahl der Bericht-erstatte Stadtv. Sauerbier, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, die erforderlichen Mittel - bis zu 3150 RM - wurden bewilligt.

Punkt 10: Ausbau der Spielplatzgebäude auf dem Leonhardplatze und kleinen Exerzierplatze.

Der

Der Rat teilt mit, daß die Einrichtung von Wohnungen in den Spielplatzgebäuden dringend erforderlich geworden ist.

Für den Umbau der Spielplatzhäuschen auf dem kleinen Exerzierplatze und dem Leonhardplatze in der geplanten Weise betragen die Kosten 10500 RM, um deren Bewilligung ersucht wird.

Der Berichterstatter des Bauausschusses - Stadtv. Gattung - empfahl, der Ratsvorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Der Vorlage wurde zugestimmt, 10500 RM wurden bewilligt.

Pkt 11: Erhöhung der Fürsorgeleistungen.

(Die vervielfältigte Vorlage liegt der Niederschrift an.)

Für den Finanzausschuß erstattete der Stadtv. Dr. Bock den Bericht. Im Finanzausschusse habe man eingehend die Vorlage durchberaten und habe beschlossen, die Sätze für die Kinder sowohl in der Armenpflege wie in der Sozialrentner - Fürsorge von monatlich 8 RM auf 10 RM zu erhöhen, im übrigen
aber

aber der Ratsvorlage zuzustimmen.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß bei der Bearbeitung der Vorlage eine Erhöhung der „Kindersätze“ vorgesehen war. Eine Familie mit 4 Kindern z.B. bekommen ebensoviel Unterstützung wie ein Erwerbsloser. In der letzten Zeit habe es sich bemerkbar gemacht, daß viele Erwerbslose zur Armenpflege abwanderten, dieses aber müßte auf jeden Fall verwieden werden. Die in Vorschlag gebrachte Erhöhung erforderte eine Jahresmehrausgabe von 40 000 RM.

Stadtv. Lehnert führte aus, daß bei dieser Erhöhung für den einzelnen nicht viel herauskommt, Mann und Frau zusammen 34 M gegen früher 28 M, ein Mehr von 6 M. Diese 6 M reichten gerade aus, um die erhöhte Miete zahlen zu können. Man hörte überall die schönen Worte „nur die Arbeit kann uns retten“. Dann aber müßte auch dafür gesorgt werden, daß namentlich den alten Leuten Arbeit nachgewiesen würde. Auch den Ausgesteuerten müßte Arbeit nachgewiesen werden. Ihm sei bekannt geworden, daß selbst junge Leute anstelle der Erwerbslosenfürsorge

sorge heute Armenunterstützung erhalten und nur dann zum Arbeitsnachweis gehen, wenn sie wissen, daß keine Arbeit da ist. Hierin müßte auch Wandel geschaffen werden.

Stadtv. Maaß trat dafür ein, daß auch den Armengeldempfängern Arbeit nachgewiesen wird.

Stadtv. Dr. Schultze kam auf das Bettler- und Hausiererwesen zu sprechen und regte an, wie in anderen Städten, das Marken - System einzuführen.

Stadtrat Schaper sagte zu, sich mit anderen Städten in Verbindung zu setzen.

Beschluß: Der Ratsvorlage mit den vom Finanzausschuß in Vorschlag gebrachten Änderungen (10 M für Kinder) wurde zugestimmt.

Kt 12: Verkauf von Bauplätzen auf dem Ärkeröderfelde.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß der Heimstättengesellschaft Neudeutschland m.b.H. eine ca. 3500 qm große Fläche des Ärkeröderfeldes zum Preise von 3 M je qm und unter den üblichen Bedingungen (Sicherung des Vor- und Wiederkaufsrechts, Eintragung der Kaufsumme als Hypothek) verkauft wird.

Namens

Namens des Bauausschusses empfahl Stadtv. Maaß, der Vorlage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Akt 13: Aufhebung der Frau Holdenstraße.

Der Rat ersucht, der Aufhebung zuzustimmen. Auch hierüber berichtete namens des Bauausschusses Stadtv. Maaß. Er empfahl, ebenfalls zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte der Aufhebung zu.

Akt 14: Beschaffung eines Plandruckapparates:

Der Rat gibt anheim, der Beschaffung des Apparates unter Aufwendung von 5500 M zuzustimmen.

Namens des Finanzausschusses empfahl Stadtv. Frede der Vorlage zuzustimmen und 5500 M zu bewilligen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu, 5500 M wurden bewilligt.

Akt 15: Beschaffung von Türen für das Kühlhaus des Schlachthauses.

Der Rat gibt anheim, für das Kühlhaus des Schlachthauses 2 Sterkel - Türen zu beschaffen und dafür 910 M zu bewilligen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses - Stadtv. Eßner - empfahl der Vorlage zuzustimmen und 910 M

zu

zu bewilligen.

Beschluß: Der Beschaffung von 2 Sterkeltüren wurde zugestimmt und die Mittel - 910 M - bewilligt.

Punkt 16: Beschaffung maschineller Anlagen für das Schlachthaus.

Der Rat ersucht zuzustimmen, daß für das Schlachthaus beschafft werden:

ein Zellenvorschub - Mechanismus (2500 M)

einen Eisgeneratorlaufkran (2200 M)

eine gewölbte Stirnwand

für Dampfkessel (3200 M)

und die Mittel - 7900 M - zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen.

Stadtv. Schmerbach als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl der Vorlage zuzustimmen und die Mittel zu bewilligen.

Beschluß: Der Beschaffung der Apparate wurde zugestimmt und die Mittel - 7900 M - zu Lasten der Schlachthauskasse bewilligt.

Punkt 17: Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für verschiedene Diensträume.

Der

Der Rat gibt anheim, für die Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für die Dienstzimmer der drei Direktoren für das Gesundheitsamt, Jugendamt und Fürsorgeamt je 700 M insgesamt 2100 M zu bewilligen.

Stadtv. Pieper als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl, 2100 M für die Beschaffung der Gegenstände zu bewilligen.

Beschluß: 2100 M wurden bewilligt.

Punkt 18: Einbau einer neuen Weiche auf dem Schlachthause.

Der Rat ersucht, dem Einbau einer neuen Weiche auf dem Schlachthause - unter Aufwendung von 2300 M zu Lasten der Schlachthauskasse - zuzustimmen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Trautmann.

Namens des Ausschusses empfahl er, dem Einbau einer Weiche zuzustimmen und die Mittel - 2300 M - zu Lasten der Schlachthauskasse zu bewilligen.

Eine Änderung des jetzigen Anschlußgleisvertrages wurde abgelehnt.

Beschluß

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Antrag des Stadtv. Marth: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, einen Bauplan über den beabsichtigten Wohnungsbau für das Jahr 1925 baldigst vorzulegen. Stadtv. Marth führte aus, daß die Bautätigkeit gefördert werden müßte. Auf alle Fälle müßten Häuser (Wohnungen) geschaffen werden. Ob es ratsamer ist, Siedlungshäuser oder Mehr - Familienhäuser zu bauen, darüber ließe sich streiten. Der Rat müßte auch in eigener Regie Häuser bauen, um festzustellen, wie groß wirklich die Herstellungskosten sind. Es müßte festgestellt werden, wieviel Wohnungen im Jahre gebaut werden, wieviel Räume, wieviel qm jeder Raum, wie hoch die Mieten usw. Wenn die Bautätigkeit nicht fortschreitet, dann ist mit dem größten Wohnungselend zu rechnen.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Anfrage des Stadtv. Marth:

Kann der Rat der Stadt darüber Auskunft geben,

Wann

wann der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage über eine Anleihe für den Wohnungsbau zugeht? Stadtv. Marth führte aus, daß man sich schon monatelang mit der Aufnahme von Anleihen beschäftigte, aber noch zu keinem Ergebnisse gekommen sei. Die Bauzeit käme heran, und die Mittel fehlten. Die nötigen Mittel müßten so schnell wie möglich beschafft werden.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß der Rat s. Z. von den Stadtverordneten ermächtigt sei, eine Anleihe zur Behebung der Wohnungsnot aufzunehmen. Die Verhandlungen wären sofort aufgenommen, hätten aber leider bislang zu keinem Ergebnis geführt. Fernmündlich wäre ihm von der Staatsbank mitgeteilt, daß die Verhandlungsmals „zerschlagen“ angesehen werden könnten. Er hoffte jedoch, den Stadtverordneten in ca. 8 Tagen eine andere Nachricht geben zu können. Stadtv. Maaß beantragte Besprechung, dem Antrage wurde stattgegeben.

Stadtv. Maaß führte aus, daß der Sommer ins Land käme und es an den nötigen Mitteln fehlte. Ein großer
Teil

Teil der Maurerschaft sei heute schon arbeitslos, weil es den Arbeitgebern an den Mitteln fehlte.

Stadtv. Marth meinte, der Rat sollte sich nicht ganz auf die Staatsbank festlegen, andere Städte z. B. bekämen auch Anleihen, ohne Staatsbank.

Stadtv. Frede meinte, diese Geldangelegenheit ginge schon seit Jahren. Vor etwa 1/2 Jahr habe der Oberbürgermeister schon von Aufnahme von Anleihen gesprochen, aber bislang wäre aus der ganzen Sache nichts geworden. Den Gemeinden müßten aus der Hauszinssteuer größere Anteile für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt werden. Es müßte eben alles aufgeboren werden, um vorwärts zu kommen.

Stadtv. Pilz meinte, wenn man von mehreren Bankinstituten Geld bekäme - zu gleicher Zeit - dann sollte man es ruhig nehmen, Geld könnte man immer gebrauchen.

Anfrage des Stadtv. Marth:

Kann der Rat der Stadt über die Lockerung der Wohnungszwangswirtschaft Auskunft erteilen und welche Maßnahmen ergriffen sind, um die Mieter vor
einer

einer Ausbeutung zu schützen?

Stadtv. Marth führte aus, durch einen Federstrich ist die Wohnungszwangswirtschaft beseitigt. Wer das Wohnungswesen kennt, wird angst und bange, wenn er hört, die Zwangswirtschaft hört auf. Für Braunschweig kommt eine Lockerung der Zwangswirtschaft überhaupt ^{noch} nicht in Frage. Die Wohnungen würden jetzt z.B. mit Möbeln vermietet und nachher würden die Möbeln wieder fortgenommen und durch die eigenen des Mieters ersetzt.

Stadtbaurat Gebensleben führte aus, daß diese Verordnung in Preußen schon seit Monaten erlassen sei und sich keine Mißstände ergeben hätten. Die Verordnung sei erst erlassen, nachdem eine Sitzung der Vereinigung Braunschweiger Wohnungsämter hierzu Stellung genommen hatte. Die großen Wohnungen sollten auch nicht mehr beschlagnahmt werden, da man sich von einer freien Wohnungswirtschaft mehr verspricht. Über die Erhöhung der Mieten habe man sich auch eingehend unterhalten und sei zu der Überzeugung gekommen, daß eine geringe Erhöhung angebracht

angebracht erschiene.

Stadtv. Pieper beantragte Besprechung.

Stadtv. Lehnert meinte, von der Erhöhung der Miete habe nur der Hausbesitzer den Vorteil, nicht etwa die Allgemeinheit. Man hätte sollen die Hauszinssteuer erhöhen und größere Anteile für den Wohnungsbau zur Verfügung stellen.

Das Ergebnis der Wahl vom 7. Dezember 1924 wirkte sich jetzt schon aus, dem Braunschweiger Volke würde das Fell jetzt schon über die Ohren gezogen. Vor dem Kriege hätte man keine Nebenabgaben gekannt, es sei freilich das Bestreben des Hausbesitzervereins, diese Zahlung als ständige einzuführen.

Stadtv. Möll führte aus, daß der Grundbesitzer-Verein schon lange für die Umlegung der Nebenabgaben sei. Nach der Wahl mußte man genau wie der Hase laufen. Der Grundbesitzer-Verein habe übrigens schon zum 1. Januar d. Js. mit einer Mieterhöhung gerechnet. Alle kleinen Leute sind um ihre Spargroschen betrogen. Die Sparkassen werten die Gelder nicht auf. Der Hauswirt aber, der s. Z. mit Papiermark seine

Hypothecken

Hypotheken abgetragen hat, der bekommt heute die erhöhte Miete.

Durch Aufnahme von Anleihen wird die Wohnungsnot nicht schwinden, es muß auch dafür gesorgt werden, daß die Mieten in den neuerbauten Häusern auch erschwinglich sind.

Stadtv. Frede widerlegte die Ausführungen seiner Vorredner. Mit dem Stadtv. Möll sei eine sachliche Auseinandersetzung möglich. Stadtv. Lehnert dagegen sei ihm zu temperamentvoll. Er führte aus, daß in Preußen die Zwangswirtschaft auch schon aufgehoben sei, obgleich der zuständige Minister in Preußen nicht Hausbesitzer sei. Was die Höhe der Mieten anbetrifft, so habe man noch lange nicht die Friedensmiete erreicht, während alle Nahrungsmittel, Kleidungsstoffe usw. heute doppelt so teuer wären, wie vor dem Kriege. Die Freigabe großer Wohnungen aus der Zwangswirtschaft könnte ebenfalls nur begrüßt werden, denn zwischen Vermieter und Mieter habe sehr häufig ein gespanntes Verhältnis geherrscht.

Stadtv.

Stadtv. Dietermann bemerkte, daß Stadtv. Frede 10 Minuten geredet habe.

Der Vorsitzende erwiderte, daß Stadtv. Möll eine gute Viertelstunde geredet habe, und daß er den Stadtv. Frede ebenso lange reden lassen würde.

Stadtv. Frede dankte dem Vorsitzenden für die Gerechtigkeit. Stadtv. Frede kam dann noch auf die Nebenabgaben zu sprechen. Es sei festgestellt, daß von dem Tage an, an dem der Hausbesitzer das Wassergeld wieder hätte zahlen müssen, der Wasserverbrauch bedeutend gestiegen wäre.

Nachdem dann nochmals die Stadtv. Marth und Frede zu der Anfrage ihre Stellung genommen hatten, wurde die Anfrage als erledigt angesehen.

Anfrage des Stadtv. Maaß:

Kann der Rat der Stadt Auskunft erteilen, ob er denkt, in den Volksbadeanstalten die Badezeiten so zu legen, daß Erwachsene und Kinder an bestimmten Tagen baden?

Stadtv. Maaß begründete seine Anfrage damit, daß an manchen Tagen in den Volksbädern Erwachsene kaum

zum

zum Baden zugelassen werden können, da der Andrang der Kinder zu groß ist.

Es würde sich empfehlen, sowohl für Erwachsene wie auch für Kinder besondere Tage anzusetzen.

Bürgermeister Meyer sagte zu, daß Wandel geschaffen werden sollte.

Frage des Stadtv. Lehnert:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß der Gewerbelehrer Hilker an der Städtischen Berufsschule die ihm anvertrauten Lehrlinge im Sinne der Rechtsorganisationen partei- politisch zu beeinflussen versucht?

Was gedenkt der Rat zu tun, damit dieses in Zukunft unterbleibt?

Stadtv. Lehnert teilte mit, daß der Lehrer Hilker die Lehrlinge zu beeinflussen suche. So habe er z. B. den Lehrlingen zu verstehen gegeben, daß alles dasjenige, was die jetzige Regierung mache und anordne, mit der früheren - monarchistischen Regierung nicht zu vergleichen sei, Deutschland sei

heute

heute ein Sklavenstaat. Ebenso habe der Lehrer Hilker ein scharfes Auge für republikanische Abzeichen, wo er ein solches gesehen hätte, mußte es sofort entfernt werden, wohingegen er gegen Abzeichen von schwarz - weiß - rot nicht eingegriffen hätte. Außerdem habe er Lehrlinge aufgefordert, in den Stahlhelm einzutreten.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß er diese Beschwerde heute zum ersten Male gehört habe, er werde aber sofort Nachforschungen anstellen.

Antrag des Stadtv. Burgdorff: Die Stadtverordneten wollen beschliessen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den Eingangsraum im Hause Wilhelmstraße 21 würdig in Stand zu setzen.

Nach Begründung durch den Antragsteller wurde der Antrag dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Hierauf schloß der Vorsitzende 7²⁰ Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann
Vorsitzender

gez. C. Wehrmann
Schriftführer.

Nr. 18.

N i e d e r s c h r i f t

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtver-
ordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am
Donnerstag, den 26. März 1925 4 Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,
entschuldigt fehlen die
Stadtverordneten Drews,
Dr. Bock, Frl. Wolters und
Dietermann.

=====

Der Vorsitzende, Stadtverordneter Stegmann er-
öffnete 4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhand-
lungen. Außerhalb der Tagesordnung sollen 3 Punkte
erledigt werden.

Zunächst wurden folgende Eingänge bekannt gege-
ben:

a) Beschwerde des Robert Maaß, Petristraße 11 über
das Wohnungsamt.

b)

- b) Gesuch des Heinrich Regenhardt, Ägidienstr.5
wegen käuflicher Überlassung eines Bauplatzes
auf der Charlottenhöhe.
- c) Beschwerde des Julius Schmidt, Korfesstr.38e
über das Wohnungsamt.

Da die Stadtverordneten in ihrer jetzigen Zusammensetzung zum letzten Male versammelt sind, überwies der Vorsitzende sämtliche Eingaben dem Rat der Stadt zur weiteren Veranlassung.

Sodann verlas der Vorsitzende die gestellten Anfragen, worauf in die Tagesordnung eingetreten wurde.

Tagesordnung:

Zur Geschäftsordnung stellte Stadtv. Dr. Röpcke den Antrag, den Punkt 10 der heutigen Tagesordnung - Versetzung eines Beamten - des Oberbürgermeisters Retemeyer - in den Ruhestand, in öffentlicher Sitzung zu beraten.

- Widerspruch wurde nicht erhoben.

Punkt 1:

Punkt 1: Versetzung eines Beamten in den Ruhestand.

Stadtv. Dr. Röpcke als Berichterstatter des Rechtsausschusses führte aus, daß Oberbürgermeister Retemeyer am 6. März d. Js. beantragt habe, ihn in den Ruhestand zu versetzen.

Auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen muß dem Gesuche stattgegeben werden. Die Berechnung des Ruhegehalts ist nachgeprüft und es ergibt sich eine Pension von jährlich 11 376 R.M.

Der Rechtsausschuß empfiehlt, der Versetzung des Oberbürgermeisters Retemeyer in den Ruhestand zum 1. April 1925 unter Bewilligung einer Pension von 11 376 R.M. zuzustimmen.

Sodann kam der Berichterstatter zu der Regelung der Wohnungsverhältnisse des Oberbürgermeisters. Das Grundstück, das der Oberbürgermeister bewohnt, gehört der Jüdelstiftung. Nach dem Testamente des Geh. Kommerzienrates Jüdel soll der jeweilige Oberbürgermeister die Wohnung bis zu seinem Ableben behalten, die Miete soll $\frac{1}{5}$ des letzten Gehalts betragen.

Da

Da außer dem Oberbürgermeister noch 3 Familien in dem Hause wohnen, ist, wie aus der Vorlage ersichtlich, die Miete auf 1056 M Friedensmiete festgesetzt. Hiervon hat der Oberbürgermeister den jeweiligen Prozentsatz (z.Zt. 85 %) und daneben die Hauszinssteuer zu zahlen.

Stadtv.Dr.Röpcke empfahl namens des Rechtsausschusses, dieser Festsetzung der Miete zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte beiden Vorlagen zu.

Der Vorsitzende führte dann aus, daß der Oberbürgermeister Retemeyer sein Wissen, sein Können und seine ganze, geschätzte Kraft immer in den Dienst der Stadt gestellt habe. 45 Jahre habe er in den Dienst der Stadt gestanden. Der Oberbürgermeister gehöre auch zu den wenigen Beamten, die sich nach der großen Umwälzung den veränderten Verhältnissen anzupassen verstanden hätten.

Wenn der Oberbürgermeister nun das Feld seiner Tätigkeit räume, so sei es zu bedauern, daß er nicht bis zum letzten Augenblicke auf seinem Arbeitsplatze blei-

bleiben konnte.

Er sprach dem scheidenden Oberbürgermeister Retemeyer den Dank der Versammlung aus.

Namens der Versammlung stellte er den Antrag, dem Oberbürgermeister Retemeyer das Ehrenbürgerrecht der Stadt Braunschweig zu erteilen.

Zum Schluß wünschte er dem Oberbürgermeister baldige Genesung von seiner Krankheit. (Bravo!)

Hierauf ergriff der Bürgermeister Meyer das Wort und führte aus, daß Oberbürgermeister Retemeyer 45 Jahre in städtischen Diensten gestanden habe; davon etwa die Hälfte als Stadtrat, die andere Hälfte als Stadtoberhaupt. Er sei ganz in seinem Berufe aufgegangen und sei der geborene Verwaltungsbeamte gewesen; er habe immer einen beneidenswerten Verstand und eine Schlagfertigkeit gehabt, der Verwaltung habe er den Stempel seiner Person aufgeprägt, während und nach dem Kriege habe er die Stadt mit Ruhe und Überlegenheit verwaltet. In dem Rate selbst sei eine große Lücke entstanden, die nicht so schnell wieder geschlossen wird. Der Rat wünscht

wünscht dem Oberbürgermeister ebenfalls baldige Genesung von seiner Krankheit.

Der Rat stimmt der Verleihung des Ehrenbürgerrechts an den Oberbürgermeister Retemeyer freudig zu. (Bravo!)

(Bürgermeister Meyer und der Vorsitzende der Stadtverordneten überbringen hierauf persönlich dem Oberbürgermeister die Mitteilung).

(Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Frede).

Punkt 2: Antrag des Stadtv. Regener wegen Nachprüfung der Wählerlisten für die Reichs- und Landtagswahl am 7. Dezember 1924.

Der Berichterstatter des Rechtsausschusses Stadtv. Gräf gab anheim, den Antrag als erledigt anzusehen, da der Antragsteller trotz Aufforderung, dem Rechtsausschuß kein Material unterbreitet habe.

Beschluß: Die Versammlung beschloß demgemäß.

Punkt 3:

Punkt 3: Antrag des Stadtv. Sauerbiers

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung dahin zu wirken, daß das Gitter des Schloßplatzes am Bohlweg um etwa 7 m zurückgesetzt werde, damit es in gleicher Richtung mit den Häusern Bohlweg 72/74 (Ecke Langedammstraße) zu stehen kommt, und die Fahrstraße entsprechend verbreitert wird.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pilz und empfahl, den Antrag abzulehnen, dagegen dem Rat anheimzugeben, zu gegebener Zeit die Frage der Beseitigung des Gitters vor dem Schlosse zwecks Verbesserung der Verkehrsverhältnisse am Bohlweg zu prüfen.

Stadtv. Gräf wünschte die Gründe zu wissen, weshalb der Antrag abgelehnt werden sollte.

Stadtv. Pilz legte die Gründe dar, Stadtv. Rasche bestätigte die Ausführungen.

Beschluß: Dem Beschlusse des Bauausschusses wurde zugestimmt.

Punkt 4:

Punkt 4: Antrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, einen Bauplan über den beabsichtigten Wohnungsbau für das Jahr 1925 baldigst vorzulegen.

Der Berichterstatter des Bauausschusses, Stadtv. Pieper empfahl namens des Bauausschusses dem Antrage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

=====

Punkt 5: Festsetzung der Hundesteuer für das Finanz-
jahr 1925/26.

Der Rat ersucht zuzustimmen,

a) daß erhoben werden:

- | | |
|---|-------|
| 1) für den ersten Hund in einer Haushaltung oder einem Betriebe | 30 M |
| 2) für jeden ferneren Hund | 60 M |
| 3) für Zwingerhunde | 48 M. |

b) daß die Steuer in 3 Raten gezahlt werden kann

und daß in solchen Fällen, wo die Haltung des Hundes beginnt oder in Laufe des Finanzjahres beendet

wird,

wird, für jedes angefangene Kalendervierteljahr der vierte Teil der vorstehenden Sätze gefordert wird.

Für den Finanz- und Rechtsausschuß erstattete Stadtv. Sauerbier den Bericht. Er gab anheim, der Ratsvorlage zuzustimmen und stellte seinerseits den Antrag, daß die Raten bis zum 30. September 1925 bezahlt sein sollten.

Gerichtsassessor Dr. Strube teilte mit, daß die finanzielle Lage der Stadt eine Erhöhung der Hundesteuer erforderlich mache, andere Städte z.B. Magdeburg, Halle, Halberstadt, Hannover usw. erheben vielmehr.

Stadtv. Burgdorff meinte, über die Erhöhung der Hundesteuer könnte man geteilter Meinung sein, in vielen Fällen sei der Hund zur Bewachung des Grundstücks erforderlich.

Stadtv. Gräf unterstützte die Ratsvorlage.

Beschluß: Der Ratsvorlage wurde zugestimmt, Stadtv. Sauerbier hatte seinen Antrag zurückgezogen.

Punkt 6:

Punkt 6: Antrag des Stadtv. Burgdorff.

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, den Eingangsraum im Hause Wilhelmstr. 21 würdig in Stand zu setzen.

Stadtv. Effner als Berichterstatter des Bauausschusses empfahl dem Antrage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

=====

Punkt 7: Nachbewilligung von Mitteln zur Herrichtung einer elektrischen Beleuchtung in der Markthalle.

Der Rat gibt anheim, den Betrag von 5 660,42 R.M nachbewilligen zu wollen.

Der Berichterstatter des Finanzausschusses Stadtv. Burgdorff empfahl, den Mehrbetrag nachbewilligen zu wollen.

Beschluß: 5 660,42 R.M wurden nachbewilligt.

=====

Punkt 8: Anstrengung einer Klage.

Der Rat gibt anheim, gegen die Firma Osthusenrich Klage wegen Erstattung des von der Stadt vorauslagten Grundsteuerbetrages in Höhe von 645.04 R.M

615,04 R.M zu erheben. Bürgermeister Meyer gab anheim, der Aufnahme der Klage zuzustimmen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

=====

Punkt 9: Bewilligung einer Sonderbeihilfe an unterstützte Erwerbslose.

Der Rat gibt anheim, für den gedachten Zweck bis zu 9 000 R.M zu bewilligen.
Stadtrat Vogler gab anheim, die Mittel zu bewilligen.
Beschluß: Bis zu 9 000 R.M wurden bewilligt.

=====

Inzwischen waren Bürgermeister Meyer und der Vorsitzende vom Oberbürgermeister zurückgekehrt. Der Vorsitzende sprach der Versammlung den tiefempfundenen Dank des Oberbürgermeisters aus.

=====

- Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Stegmann wieder.--

Punkt 10: Gesuch des Lehrerkollegiums der Gaußschule wegen Aufbau einer zweiten Obersekunda zu Ostern 1925.

Anstelle des erkrankten Stadtv. Dr. Bock erstattete Stadtv. Frede den Bericht. Er teilte mit, daß in

ca.

ca. 8 Tagen die betr. Schuldirektoren melden würden, wie groß die Schülerzahl in den einzelnen Obersekunden sein wird. Der Schulausschuß habe den Beschluß gefaßt, daß, wenn die Schülerzahl in den einzelnen Klassen die Zahl von 28 - 30 mindestens übersteigt, daß dann eine weitere Obersekunda eingerichtet werden sollte.

Stadtv. Dr. Schultze begrüßte den Beschluß, es sei nicht angängig, daß Schüler, die von Anfang die Schule besuchten, diese verlassen müßten, weil kein Platz mehr vorhanden sei. Die zweite Obersekunda an der Gaußschule müßte eingerichtet werden.

Stadtrat Schaper erwiderte, daß eine zweite Obersekunda nicht genügen würde, es müßte dann ein zweiter Oberbau geschaffen werden (O II, U I und O I). Hierzu fehlte es aber an den nötigen Mitteln. Ebenso müßten Räume vorhanden sein, in denen die Klassen untergebracht werden. In Preußen z.B. sei die Schülerzahl in den oberen Klassen auf 35 festgesetzt.

Stadtv. Munte trat dafür ein, daß man z;zt. von der Schaffung einer zweiten Obersekunda an der Gauß-
schule

schule Abstand nähme.

Es fehlte an den nötigen Mitteln und an den Räumen. Ein großer Teil der Schüler der Obersekundar würde vor Weihnachten die Schule schon wieder verlassen. Er gab anheim, den Antrag abzulehnen, die neue Stadtverordneten-Versammlung, der ein Lehrer der Gaußschule angehörte, könnte sich ja mit der Angelegenheit beschäftigen.

Beschluß: Die Versammlung stimmte dem Beschlusse des Schulausschusses zu.

Punkt 11: Errichtung einer Benzinzapfstelle auf der Helmstedterstraße.

Der Rat gibt anheim zuzustimmen, daß seitens der Deutsch-Amerikanischen Petroleum-Gesellschaft auf dem Fußwege der Helmstedterstraße vor dem Grundstücke Nr.81 eine Benzinzapfstelle errichtet wird.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Trautmann, er empfahl Zustimmung.

Beschluß: Die Versammlung stimmte zu.

Punkt 12.

Punkt 12: Genehmigung des Haushaltsplans für das Jahr
1925/26.

Der Rat gibt anheim, den vorgelegten Stadthaus-
haltsplan für 1925/26 zu genehmigen und zuzustimmen,
daß für dieses Rechnungsjahr

- 1) an Müllabfuhrgebühr 1 % des Friedensmietwertes der
Grundstücke in Reichsmark,
- 2) an Kanalabgabe (Anlieger-Beiträge) 0,9 % des Nut-
zungswertes - d.i. des halben im März 1924 ortsüb-
lich gewesenen Mietwertes - der Grundstücke in
Reichsmark,
- 3) an Gemeindegrundsteuer 200 % des staatlichen
Grundsteuersatzes erhoben werden und
- 4) zur Deckung des vierten Teiles der Kosten für
Wegebau ein Sonderzuschlag zur staatlichen Grund-
steuer in der Höhe erhoben wird, daß auf einen Er-
trag von 96 000 R.M gerechnet werden kann.

Zur Geschäftsordnung stellte Stadtv. Steinert
den Antrag, in eine Generaldebatte einzutreten.

Dem Antrage wurde entsprochen.

Stadtv. Munte führte aus, daß man den Haushalts-
plan

plan schnell erledigen würde, wenn eine allgemeine Aussprache vorweg ginge. Im Finanzausschusse habe man den Haushaltsplan eingehend(5 Stunden) durchberaten. Schwerwiegende Bedenken seien nicht zur Sprache gekommen. Durch^{die}/Krankheit des Oberbürgermeisters habe sich die Aufstellung des Etats auch verzögert, die Zeit der Vorprüfung sei auch nicht allzu groß gewesen.

Der Haushaltsplan schließe mit einem Fehlbetrage von 950 000 R.M ab. Durch Einführung der Getränkesteuer könnten z.B. die Einnahmen nicht sehr vermehrt werden.

Zu Kap.I des Voranschlags habe der Stadtv.

Dr.Jasper folgenden Antrag eingebracht:

Der Rat wird ersucht, tunlichst bald/ⁱⁿeiner Denkschrift darzulegen, wie die gegenwärtige Regelung der Aufwertungsfrage sich für die Kapitalforderungen, Kapitalschulden und Renten der Stadt sowie den Zinsendienst im Einzelnen auswirkt sowie ob und inwieweit Verhandlungen über diese Fragen eingeleitet und zum Abschluß gebracht sind oder sonstige Schritte unternommen sind.

B.-

Bezüglich der Gemeindegrundsteuer sollte der Rat ersucht werden, bei der Regierung oder dem Landtage dahingehend vorstellig zu werden, daß das Gemeindegrundsteuergesetz geändert wird, sodaß sämtliche Gebäude zur Grundsteuer herangezogen werden. Der Arbeiter-Samariter-Kolonie Braunschweig sollten aus Kap. XVII Nr. 45 des Etats eine Beihilfe von 500 M bewilligt werden, zur Verfügung des Rates verbleiben alsdann noch 609,90 R.M.

Die Abwässerungstation sei im vorliegenden Haushaltsplane unter Kap. VIII aufgeführt, gewünscht wird, daß im nächsten Haushaltsplan die Abwässerungstation unter Kap. XX erscheine. Ferner wurde gewünscht, daß in Zukunft im Kap. XX bei den Einnahmen und Ausgaben gleiche Überschriften erschienen.

Stadtv. Dr. Jasper führte aus, daß es der letzte Haushaltsplan in der jetzigen Zusammensetzung der Stadtverordneten sei. Er habe sich anfangs überlegt, ob die jetzige Versammlung den Etat überhaupt noch genehmigen sollte, der Geschäftsgang der städtischen Behörden würde dadurch aber gefördert.

Be-

Besondere Anträge würde er sowie seine Freunde nicht mehr stellen, da sie ja späterhin doch wieder umgestoßen werden könnten.

Durch die neue Städteordnung sei die Stellung der Stadtverordneten zum Rat eine ganz andere geworden. Die Stadtverordneten beschließen und der Rat führt aus.

Die städtischen Beamten z.B. würden in Zukunft vom Rate angestellt, dafür aber müsse der Rat den Stadtverordneten alljährlich einen Stellenplan vorlegen.

In längeren Ausführungen streifte Stadtv.Dr. Jasper dann noch die verschiedensten Kapitel des Voranschlages, das Schulwesen, Gesundheitswesen, die Frage der Aufwertung, der Deckung des Fehlbetrages usw.

- Den Vorsitz übernimmt Stadtv.Frede -.

Stadtv.Stegmann wünschte eine baldige Änderung der Müllabfuhr. Zwei Jahrzehnte beschäftigte man sich schon mit der Änderung, aber zu einem Ziele sei man noch nicht gekommen. Zu dem Kap. „Schulwesen“
wünschte

wünschte er, daß die Aufnahmeprüfungen für die Mittelschulen verschärft würden. Es habe sich jetzt gezeigt, daß die Mittelschulen immer mehr Zuwachs bekommen, sodaß demnächst eine Bürgerschule für die Mittelschule mit zu Hilfe genommen werden müßte.

Für die Berufsschule müßte ein eigener Bau geschaffen werden, und es dürften dort nur hauptamtliche Lehrkräfte unterrichten. Zum Schluß erwähnte der Redner noch die Eingemeindung der Vororte für ein „Größ-Braunschweig“.

- Den Vorsitz übernimmt Stadtv. Stögmann -.

Stadtv. Steinert wünschte, daß dem Gesundheitswesen genügend Mittel zur Verfügung ständen. Auch die 3 Beratungsstellen - Säuglings-Fürsorge, Lungenfürsorge und Fürsorge für Geschlechtskranke müßten unterstützt werden.

Im Krankenhaus müßte die schadhaft gewordene Wäsche und die Kleidung in Stand gesetzt bzw. erneuert werden.

Die Verwaltung des städtischen Krankenhauses müßte sich mit derjenigen des Landeskrankenhauses in

Ver-

Verbindung setzen und gemeinsam Krankenschwester-Kurse einführen.

Stadtv.Dr.Schultze wünschte, daß das Gesundheitsamt nicht stiefmütterlich behandelt würde. Die Fürsorgestellten, die vom Stadtv.Steinert erwähnt wären, hätten keine Fürsorgeleistungen zu gewähren, sondern wirkten nur beratend; die Leistungen vermittelte das Fürsorgeamt.

Hiermit war die allgemeine Aussprache beendet.

Stadtv.Frede beantragte nunmehr, den Haushaltsplan en bloc anzunehmen.

Widerspruch wurde nicht erhoben.

Beschluß: Die Versammlung genehmigte den Haushaltsplan und stimmte den Beschlüssen des Finanzausschusses sowie den Anträgen des Rates zu.

=====

Anfrage des Stadtv.Melzer:

Wann darf die Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage zur Festsetzung der Konzessionsgebühren für eine Schankerlaubnisabgabe erwarten?

Stadtv.

Stadtv.Melzer begründete seine Anfrage. Er hätte s.Zt. einen entsprechenden Antrag gestellt, den er aber zurückgezogen hätte, nachdem der Rat eine entsprechende Vorlage in Aussicht gestellt hätte.

Gerichtsassessor Dr.Strube erwiderte, daß den Stadtverordneten in allernächster Zeit eine Vorlage unterbreitet wird.

Anfrage des Stadtv.Melzer:

Im November 1924 stellte ich den Antrag auf Erweiterung der Petritorbrücke. Die Notwendigkeit der Brücken-Erweiterung wurde von der Stadtverordneten-Versammlung einstimmig anerkannt, jedoch aus gewissen Gründen einstweilen zurückgestellt. Die Verhandlungen mit dem Staate sollten aufgenommen werden.

Haben diese Verhandlungen stattgefunden? Ist der Rat in der Lage, darüber Auskunft zu geben?

Stadtv.Melzer begründete seine Anfrage.

Stadtbaurath Gebensleben erwiderte, daß die

Ver-

Verhandlungen mit der Regierung nicht so schnell zum Abschluß kommen würden, er versprach, erneut bei der Regierung vorstellig zu werden.

Der Stadtv.Vorsteher dankte denjenigen, die in das neue Parlament nicht wieder einziehen, für ihre Tätigkeit im Interesse der Stadt und wünschte, daß sie auch fernerhin ihre Kräfte der Stadt zur Verfügung stellen.

Der Vorsitzende schloß alsdann um 7 Uhr abends die öffentliche Sitzung.

gez. C. Stegmann.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

Niederschrift

über die Öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig, in deren Sitzung am Freitag, den 4. April 1925 nachmittags 4 Uhr.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten

Bürgermeister Meyer als stellvertretender Vorsitzender des Rats der Stadt eröffnete 4²⁰ Uhr die erste Sitzung. Nach einleitenden Worten übergab er den Vorsitz dem Alterspräsidenten Stadtv. Schmerbach. Dieser führte aus, daß die ersten beiden Punkte der Tagesordnung: Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sowie Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters unter dem Vorsitz des Alterspräsidenten erledigt werden müßten.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter.

Zur Geschäftsordnung meldete sich Stadtv. Dr.

Schultze.

Schultze. Er gab die Erklärung ab, daß sich die „Nationale Einheitsliste“ und die „Wirtschaftliche Einheitsliste“ zur „Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft“ vereinigt hätten, somit die stärkste Fraktion bildeten und damit Anspruch auf den Vorsitzenden hätten, er machte den Malermeister Stadtv. Th. Erich Meyer namhaft. Stadtv. Dr. Jasper machte keine Gegenvorschläge, benannte jedoch für den ersten Stellvertreter den Stadtv. Stegmann und beantragte Zettelwahl.

Stadtv. Siemann machte für den Vorsitzenden den Stadtv. Theißen namhaft. Hierauf wurde die Wahl vorgenommen. Das Ergebnis war folgendes:

Stadtv. Meyer	Stadtv. Theißen
19 Stimmen	2 Stimmen
unbeschrieben	
14 .	

Zum Vorsitzenden ist gewählt: Stadtv. Th. Erich Meyer .

Er

Es folgte die Wahl des ersten Stellvertreters.
Vorgeschlagen sind vom Stadtv.Dr.Jasper der Stadtv
Stegmann, vom Stadtv.Stemann der Stadtv.Theißen.

Ergebnis:

Stadtv. Stegmann,	Stadtv. Theißen,
15 Stimmen	2 Stimmen
unbeschrieben	

18

Zum ersten Stellvertreter ist gewählt: Stadtv.
Stegmann.

Runmehr kam die Wahl des zweiten Stellvertreters.
Vorgeschlagen sind vom Stadtv.Kahms der Stadtv.
Dr.Schultze vom Stadtv.Stemann der Stadtv.Theißen.

Ergebnis :

Stadtv.Dr.Schultze	Stadtv. Theißen
20 Stimmen	2 Stimmen
unbeschrieben	

13

Zum zweiten Stellvertreter ist gewählt: Stadtv.
Schultze.

Der Altersvorsitzende fragte hierauf die drei ge-
wählten

wählten Stadtverordneten, ob sie das Amt annehmen wollten. Die Stadtverordneten Meyer, Stegmann und Dr. Schultze nahmen die Wahl an.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Wahl des Schriftführers und seines Stellvertreters.

Der Altersvorsitzende teilte mit, daß bislang der Rat der Stadt immer einen städtischen Beamten als Schriftführer gestellt habe, Änderungen lägen nicht vor.

Bislang habe der Stadtsekretär Wehrmann als Schriftführer gewirkt, als Vertreter der Stadtsekretär Lies.

Er gab anheim, diese beiden Herren wiederzuwählen.
Gewählt sind:

Stadtsekretär Wehrmann zum Schriftführer

" Lies zum Stellvertreter.

Hierauf gab der Altersvorsitzende die Leitung der Versammlung in die Hand des gewählten Vorsitzenden Stadtv. Meyer.

Stadtv. Meyer begrüßte die Versammlung und dankte

für

für das ihm entgegengebrachte Vertrauen. Pflichtschuldigst nähme er das Amt an, und er bat die Versammlung um Unterstützung und rege Mitarbeit zum Wohle des Ganzen und Gemeinwessens.

Er versprach der Versammlung, das Amt des Vorsitzenden wie sein Vorgänger, parteilos zu führen.

Der Vorsitzende verlas sodann die Eingänge, die jedoch noch keinem Ausschusse überwiesen werden konnten.

- 1.) Gesuch des Sportvereins „Spielvereinigung 1921 (e.V.)“ um Gewährung eines Bauzuschusses von 2000 M.
- 2.) Einladung des Zehnerbundes bildender Künstler zur Ausstellung am 5. April 1925 im Schloß.
- 3.) Gesuch des Erich Kracke, Karrenführerstr. 1 um Beschäftigung Erwerbsloser durch Fortschaffung von Schutt pp.
- 4.) Braunschw. Mieterverein e.V. sendet eine am 16. März 1925 in Keglerheim angenommenen Entschließung, die Mieterhöhung betr. (dem Rat überwiesen).

5.) Gesuch des Arbeiter-Turn- und Sportbundes des 5. Bezirk 2. Kreis (Aug. Weiß) wegen Gewährung eines Zuschusses von 500 M für die Teilnehmer städtischer Vereine an einem Ausbildungs-Lehrkursus.

Nachdem die gestellten Anfragen und Anträge bekannt gegeben waren, wurde in der Tagesordnung fortgefahren.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Wahl der unbesoldeten Ratsmitglieder.

Stadtv. Dr. Schultze führte aus, daß die Wahl nach der neuen Städteordnung durchzuführen sei. Nach den Grundsätzen der Verhältniswahl würde gewählt. Aus der neuen Städteordnung ginge leider nicht hervor, wo die Wahlvorschläge einzureichen seien und wie sie gekennzeichnet werden müssen, ob mit Nummern oder Namen.

Stadtv. Dr. Jasper pflichtete den rechtlichen Ausführungen des Vorredners bei. Die Wahlvorschläge müßten beim Wahlkörper- beim Vorsitzenden - eingereicht werden. Er gab anheim, die Wahlvorschläge

nach

nach dem Listenführer zu benennen.

Stadtv. Stegmann wies darauf hin, daß ihre Liste schon eingereicht sei.

Stadtv. Dr. Schulze reicht die Liste ebenfalls ein.

Der Vorsitzende gibt die eingereichten Wahlvorschläge bekannt. Er führte dann aus, daß nach der Verhältniswahl auf die Bürgerlichen 4 Sitze entfielen, die Sozialdemokraten erhielten 3 Sitze; man könnte sich die ganze Sache sehr vereinfachen, wenn man die Bürgerlichen 4, die Sozialdemokraten 3 Stadträte wählen ließe.

Stadtv. Dr. Jasper trat den Ausführungen des Vorsitzenden entgegen und wies darauf hin, daß § 46 der neuen Städteordnung beachtet werden müßte.

Der Vorsitzende verlas dann die eingegangenen Wahlvorschläge:

Liste Ralfe (Bürgerliche)

Liste Pinnow (Sozialdemokraten)

Liste Lindau (Kommunisten)

(die)

(die Wahlvorschläge sind der Niederschrift angefügt,)

Nunmehr wurde die Wahl vorgenommen.

Die Stadtverordneten Burdorff und Stegmann führten die Gegenliste.

Es entfielen auf den Wahlvorschlag

Ralfs 19 Stimmen

Pinnow 14 "

Lindau 2 "

Ralfs	Pinnow	Lindau
1) 19	2) 14	3)
3) 9,5	4) 7	4)
5) 6,3	7) 4,6	
6) 4,7	3,5	

An Höchstzahlen erhalten: Liste Ralfs die 1, 3, 5 und 6 Stadtratsstelle, Liste Pinnow die 2, 4. und 7. Stadtratsstelle.

Von der Liste Ralfs sind gewählt:

Stadtrat Ralfs

" Herbet

Stadtr. Kahns

Stadtrat Bartels.

Von

Von der Liste Pinnow sind gewählt:

Zimmerer Chr. Pinnow

Regierungsrat W. Rüter

Oberinspektor O. Burgold.

Die Liste Lindau ging leer aus.

Geschäftsordnungsantrag des Stadtv. Dr. Jasper:

Die Stadtverordneten - Versammlung wolle beschließen, Beratung und Beschlußfassung des vierten Punktes, Wahl Mitglieder der Ausschüsse und Deputationen heute auszusetzen.

Antrag des Stadtv. Dr. Jasper:

Die Stadtverordneten - Versammlung wolle beschließen 1.) aus ihrer Mitte einen Ausschuß von 7 Mitgliedern zu wählen, der unverzüglich eine Geschäftsordnung der Stadtverordneten - Versammlung vorzubereiten und der Stadtverordneten - Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen hat,

2.) diesen Antrag als vierten Punkt der heutigen Tagesordnung zu behandeln.

Stadtv. Dr. Jasper begründet seine Anträge. Der

Punkt

Punkt 4 müsse abgesetzt werden, da die Voraussetzungen für die Wahl fehlten. Durch die neue Städteordnung sei das Verhältnis und die Rechte der Stadtverordneten zum Rat der Stadt und umgekehrt ein ganz anderes geworden. Es müsse zunächst einmal geprüft werden, ob die ca. 60 Ausschüsse bezw. Deputationen auch in Zukunft noch daseinsberechtigt sind. Ausschüsse und Deputationen können ^{nur nach} vorheriger Verständigung gewählt werden. Er gab anheim, seinen beiden Anträgen zustimmen zu wollen. Stadtv. Burgdorff bezeichnete den Vorschlag seines Vorredners als „gutgemeint“, wünschte indessen, den Finanzausschuß, den wichtigsten wohl von allen, schon heute zu wählen und diesen zu ermächtigen, im Einverständnis mit dem Rat die nötigen Mittel zu bewilligen, damit der Geschäftsbetrieb nicht stocke. Auch gab er anheim, daß der Finanzausschuß zugleich als Geschäftsordnungsausschuß tätig sein solle. Die „Rechte“ entsendet 4 Mitglieder, die „Linke“ 3.

Stadtv.

Stadtv. Müller ist gegen die Wahl des Finanzausschusses, was die Entsendung von Mitgliedern in den Geschäftsordnungsausschuß betrifft, so müßten da auch die Rechte der Minderheiten berücksichtigt werden.

Stadtv. Dr. Jasper war ebenfalls gegen die Wahl des Finanzausschusses. Die Stadtverordneten hätten in ihrer letzten Sitzung noch den Etat genehmigt, sodaß der Rat nicht in Verlegenheit kommen könnte.

Stadtv. Siemann trat ebenfalls für die Berücksichtigung der Minderheiten ein und wünschte, daß der Punkt 4 heute erledigt würde.

Stadtv. Dr. Schultze war mit dem Vorschlage des Stadtv. Dr. Jasper einverstanden. Die Anzahl der bisherigen Ausschüsse und Deputationen sei zu groß, zum Teil seien sie überflüssig, zum Teil ständen sie nur auf dem Papier und seien nie in Tätigkeit getreten. Rasches Handeln sei erforderlich. In der nächsten Sitzung- gleich nach Ostern- müßte die Geschäftsordnung vorgelegt werden

werden und dann könnte man auch schon an die Wahl der Ausschüsse und Deputationen herantreten. Von der Wahl des Finanzausschusses möge man absehen, Vollmachten könnten einem Ausschusse gem. § 50 der Städteordnung überhaupt nicht gegeben werden. Stadtv. Burgdorff beantragte, eine Pause von 10 Minuten eintreten zu lassen.

Dem Antrage wurde entsprochen.

Nach Verlauf von 20 Minuten eröffnete der Vorsitzende die Sitzung wieder.

Stadtv. Dr. Schultze gab namens der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft die Erklärung ab, daß sie dem Antrage des Stadtv. Dr. Jasper zustimmen werden, jedoch mit der Änderung, daß in den Ausschuß 9 Mitglieder gewählt werden und zwar von ihrer Seite 5.

Stadtv. Dr. Jasper war damit einverstanden.

In Vorschlag wurden gebracht:

Stadtv. Meyer, Dr. Schultze, Schwandt, Bol-
te

te Dr. Stracke, Dr. Jasper, Stegmann, Marth und Ahrends.

Beschluß: Die vorgenannten 9 Stadtverordneten wurden gewählt.

Anfrage des Stadtv. Stiefel:

Ist Vorsorge getroffen, daß die vom Landtage bewilligte Zusatzrente für die Kleinrentner morgen und Montag mit ausbezahlt wird.

Diese Kreise sind der Verzweiflung nahe und nicht in der Lage Miete bezahlen zu können.

Stadtv. Stiefel wies eingehend auf die Not der Kleinrentner hin, viele von ihnen hätten wochenlang kein Fleisch gesehen. Stadtv. Schaper verneinte die Anfrage, da die erforderlichen Mittel zunächst von der Stadtverordneten-Versammlung bewilligt werden müßten.

Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordneten - Versammlung wolle beschließen:

Die nach § 53 der Städteordnung vom 15. Februar

1924

1924 vorgesehene Geschäftsordnung ist alsbald zu treffen. Die Vorbereitungen hierzu hat der Rechtsausschuß beschleunigt aufzunehmen. Der Entwurf ist der nächsten Stadtverordneten -Versammlung zur Beschlußfassung vorzulegen, wobei jedem Mitgliede ein Abdruck rechtzeitig zu übersenden ist.

Nach Annahme der Geschäftsordnung ist eine genügende Anzahl zu drucken, damit jedem Beteiligten und später eintretenden Stadtverordneten je ein Abdruck zugestellt werden kann.

Durch Annahme des Antrages des Stadtv. Dr. Jasper wurde dieser Antrag als erledigt angesehen.

Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordneten - Versammlung wolle beschließen:

Die Besetzung des Oberbürgermeisterpostens ist sehr dringlich. Die Vorarbeiten sind sogleich aufzunehmen.

Um eine für die besonderen Verhältnisse der Stadt Braunschweig geeignete Kraft zu erlangen, ist in

erster

erster Linie der Weg der öffentlichen Ausschreibung zu beschreiten.

Voraussetzung ist:

- 1.) Nachweis der erforderlichen Kenntnisse durch Vorlegung der Unterlagen; eine abgeschlossene akademische Vorbildung ist nicht unbedingt erforderlich;
- 2.) Nachweis der Bewährung als Kommunalpolitiker;
- 3.) vorherige Vorstellung und Besprechung mit einem Ausschuß der Stadtverordneten, in dem die Listenführer der gewählten Wahlvorschläge unbedingt vertreten sein müssen;
- 4.) parteipolitische Einstellung ist unmaßgeblich.

Stadtv. Marth gab anheim, einen Ausschuß für die Wahl des Oberbürgermeisters zu wählen und diesen Ausschuß aus 5 Mitgliedern bestehen zu lassen, mehr Mitglieder seien nicht erforderlich.

Stadtv. Dr. Schultze war mit der Wahl dieses Ausschusses

schusses einverstanden, der Ausschuß sollte die Bedingungen unter denen die Stelle ausgeschrieben werden solle, festlegen.

Bürgermeister Meyer erwiderte, daß der Rat inzwischen den Stadtverordneten eine Vorlage wegen der Besetzung der Stelle des Oberbürgermeisters und eines Stadtrates habe zugehen lassen.

der Wahl des Ausschusses wurde zugestimmt.

In Vorschlag wurden gebracht:

Stadtv. Meyer

„ Bolte

„ Dr. Schultze

„ Marth

„ Stegmann

Beschluß: Die in Vorschlag gebrachten Stadtverordneten wurden gewählt.

Der Antrag des Stadtv. Müller wurde diesem Ausschusse überwiesen.

Der Vorsitzende schloß hierauf 6²⁰ Uhr die Sitzung.

Vorsitzender:

gez. C. Nehrmann

gez. Th. Erich Meyer.

Schriftführer.

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig, in deren Sitzung am Freitag, den 17. April 1925 nachmittags 5 Uhr.

Gegenwärtig
die Stadtverordneten.

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer eröffnete 5²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Er begrüßte die neuen Stadträte und die neuen Stadtverordneten P i l z , G r ä f und Witwe B r e n n e r, die anstelle der zu unbesoldeten Stadträten gewählten Stadtv. K a l m s , P i n n o w und B u r g o l d in die Versammlung neu eingetreten sind.

Sodann wurden folgende Eingänge bekannt gegeben :

a)

- a) Gesuch des Stadtv. G r ä f um Beurlaubung bis zum 1. Oktober 1925 - dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen - .
- b) Gesuch des Eisenbahn-Lokomotivheizers Heinr. S c h m i d t , Ackerstr.45, um Zuweisung einer Tauschwohnung - dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.-
- c) Schreiben des Br. Mietervereins, betr. Verteilung von Sonderabdrucken - Erhöhung der Mieten -.
- Jeder Stadtverordnete hat ein Exemplar erhalten. -
- d) Gesuch des Buchdruckers Paul W e i ß , Broitzemerstr. 48k, um Erlaß der Hundesteuer. - Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen. -

Nach Bekanntgabe der Anträge wurde in die Tagesordnung eingetreten :

Tages-

Tagesordnung.

Anträge:

Beschlüsse:

1. Beratung und Beschluß-
fassung über die neue Ge-
schäftsordnung.

Die „Vorläufige Geschäfts-
ordnung“ der Stadtverord-
netenversammlung der Stadt
Braunschweig liegt dieser
Niederschrift an.

Die „Vorläufige Ge-
schäftsordnung“ wurde
von der Versammlung
en bloc angenommen.

1) Der vom Geschäftsordnungs-
ausschuß gestellte Antrag
ist vervielfältigt und
liegt dieser Niederschrift
ebenfalls an.

Der Antrag wurde von
der Versammlung ange-
nommen. (en bloc).

2) Antrag des Stadtv. Müller:
Die Stadtverordnetenversamm-
lung wolle beschließen :

In

In § 17 der G.O. ist zu setzen
statt "5" 3 Stadtverordnete.

In § 23 der G.O. ist im Abs.2
hinter „Fraktionen“ einzuschal-
ten „u. die fraktionslosen
Stadtverordneten“.

In § 35 der G.O. ist zu setzen
in Zeile 7 1 statt „müssen“
„sollen“ und statt „5“ 3
Stadtverordnete.

Dann ist einzuschalten :

„Die Unterstützung kann auch
durch Aufstehen oder Aufheben
einer Hand seitens der anwe-
senden Stadtverordneten ge-
schehen.“

Durch die „en bloc“
Annahme der vor-
läufigen Geschäfts-
ordnung ist dieser
Antrag vom Vor-
sitzenden unbe-
rücksichtigt ge-
lassen.

Ziff.5,Zeile 2 ist statt „vier“ zu setzen „2“
37 „ 2 „ 1 „ „ „ „ „ „ 2“
„ 3 „ 2 „ „ „ „ „ „ 2“

2. Wahl der Ausschüsse und Deputationen.

Das Verzeichnis der zu wählenden Ausschüsse ist vervielfältigt und liegt dieser Niederschrift ebenfalls bei.

Die von der Versammlung gewählten Mitglieder sind in dem anl. Verzeichnisse namentlich aufgeführt.

3. Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Stiefel:

Die unterzeichneten Stadtverordneten bitten um Annahme folgenden Antrages:
Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß die an die Rentnerinnen und Rentner monatlich zu zahlenden Entschädigungen von 30 M auf 40 M erhöht

Die Dringlichkeit wurde nicht anerkannt,
der Antrag wurde dem Hauhaeltssauschuß zur Vorberatung überwiesen.

werden

werden, ferner daß die Ehefrau des Rentners 20 M erhält, ganz gleich, ob sie das 65. Lebensjahr erreicht hat oder nicht.

3a. Unterantrag des Stadtv. Müll-
ler zum Antrag des Stadtv.
Stiefel:

„Mindestens die gleiche Maßnahme ist auch für die Sozialrentner und Armengeldempfänger zu treffen“.

Der Antrag wurde ebenfalls dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

4. Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen :
Die Verkehrsverbindungen zu den einzelnen Sportplätzen

lassen

lassen sehr zu wünschen
übrig. Um diesem Mangel ab-
zuhelfen, hat die Stadt auf
die Straßenbahn A.G. Braun-
schweig einzuwirken, daß

1. die Linien verlängert
werden,

2. Abstellgleise geschaffen
werden, damit eine
schnellere Abwicklung des
Verkehrs bei Beginn und
Schluß der Sportveran-
staltungen gewährleistet
ist.

3. Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordnetenversamm-
lung wolle beschließen :

Zur Schaffung von Spiel-
plätzen für kleine Kinder

Der Antrag wurde
dem Bauausschuß zur
Vorberatung über-
wiesen.

hat

hat der Rat der Stadt als-
bald eine Vorlage der Stadt=
verordnetenversammlung zu
unterbreiten, damit mit der
Herrichtung noch in diesem
Sommer begonnen werden kann.
In der Vorlage ist zu be=
rücksichtigten, daß es sich
nur um einfache Sandspiel=
plätze handelt, die fast in
allen Stadtteilen ohne erheb=
liche Kosten hergerichtet
werden können.

Der Antrag wurde
ebenfalls dem Bau=
ausschuß zur Vorbe=
ratung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung
6⁵⁵ Uhr.

gez: Th. Erich Meyer,
Vorsitzender.

C. Wehrmann,
Schriftführer.

..S.

Niederschrift

über die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den 30. April 1925, 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten mit Ausnahme des entschuldigten Stadtv.

B u r g d o r f f . Später erschienen die Stadtv. Dr.Stracke, Siemann und Theisen.

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer eröffnete 4 ³⁰ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen. Zunächst wurden die Eingänge bekannt gegeben.

- 1) Wirtschaftliche Vereinigung der Invaliden und Witwen Braunschweig betr. Auszahlung der

Zu-

Zusatzrente am ersten jeden Monats. (Die Eingabe wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen zur Vorberatung).

2) Gesuch des Julius Schmidt hier Korfesstraße 36 • wegen Zuweisung einer anderen Wohnung. (Die Eingabe wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen).

3) Gesuch der „Freie Turnerschaft“ Braunschweig, um Zusprechung eines Teiles der Heidewiese als Spiel- und Übungsplatz. (Die Eingabe wurde dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen).

Hierauf wurden die gestellten Anträge und Anfragen verlesen, die Begründung erfolgte am Schluß der Tagesordnung.

Gemäß § 22 Absatz 2 der vorläufigen Geschäftsordnung teilte der Vorsitzende die Zusammensetzung und die Mitglieder der neuen vorberatenden Ausschüsse mit.

Außerhalb der Tagesordnung wurden in vertraulicher Sitzung noch folgende Punkte erledigt:

„Rück-

Rückzahlung einer Hypothek" und „Genehmigung eines Kaufvertrages“.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß die gemäß § 7 der vorläufigen Geschäftsordnung auszustellenden Ausweise den Stadtverordneten im Laufe der heutigen Sitzung ausgehändigt werden.

Nunmehr wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

Anträge:

1) Wahl der Mitglieder für das Städtische Fürsorgeamt und Jugendamt.

Der Rat ersucht in seinen Vorlagen vom 28. Januar 1925 Nr. 8624 und vom 16. April 1925 Nr. F I 6183 gem. §§ 5, 13 und 6 der Satzung über Unterhaltung eines städtischen Fürsorgeamtes sowie § 3 der Satzung über Unterhaltung eines städtischen Jugendamtes die erforderlichen Wahlen vorzunehmen.

Berichterstatter des Rechtsausschuß:

Stadtv. Steinert in Vertretung des Stadtv. Gräf.

Be-

Beschlüsse:

Es sind gewählt:

a) Fürsorgeamt:

1) Hauptausschuß

Stadtv. Frau Goetze, Dr. Dürkop, Frau Brenner, Warnecke, Armenbezirksvorsteher Wilh. Weißing, Monteur Heinr. Counradi, Helmstedterstr. 53, Rentner Theodor Stiefel, Geysostr. 21, Invalide Emil Könnemann, Kaiser Wilhelmstraße 39.

2) Kleinrentner-Ausschuß:

Stadtv. Frau Goetze, Rzepka, Steinert, Trautmann, Rentner Theodor Stiefel, Geysostr. 21, Frau Pohl, Cellerstr. 99.

3) Sozialrentner-Ausschuß:

Stadtv. Schmidt, Stukenberg, Ahrends, Schmerbach, Invalide Heinrich Burgdorff, Gliesmaroderstr. 112, Rentner Heinrich Bergfeld, Kastanienallee 17.

4) Armen - Ausschuß:

Stadtv. Dr. Dürkop, Frau Goetze, Simon, Frau Fuchs, Armenbezirksvorsteher Kaufmann Joh. Jebe, Schöppen-
stedter-

stedterstraße 35, Geschäftsführer Herm. Lehnert,
Hamburgerstraße 12a.

b) Jugendamt:

=====

Stadtv. Stukenberg, Gruß, Frau Fuchs, Frä. Tilly Mär-
tens, Riddagshäuserweg 75, Lehrer Herm. Neddermeyer,
Herrendorfswete 1.

2) Genehmigung eines Nachtragsvertrages mit dem
Staate wegen der Unterhaltung des Nußbergs.

Der Rat ersucht in seiner k.H.Vorlage vom 31.
März 1925 Nr. 10762 in dem am 20. März 1923 mit dem
Braunschweigischen Staate wegen der Unterhaltung
der Wälle pp. abgeschlossenen Verträge vom 1. April
1925 ab auch den Nußberg - ohne Wirtschaftsgebäude -
mit einzubeziehen.

Berichterstatter des Rechtsausschusses:
Stadtv. Papenberg.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu. Es
wurde angeregt, auch das Wirtschaftsgebäude zu über-
nehmen.

3)

3) Genehmigung der Herrichtung eines dreigeschossigen Überbaues der Salzdahlumerstraße seitens der Firma Büssing zwecks Verbindung ihrer Betriebe.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 6. April 1925 Nr. 9051 unter den von ihm aufgestellten Bedingungen 1 - 6 die Genehmigung zu erteilen.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Ahrends.

Die Versammlung stimmte der Vorlage mit der Maßgabe zu, daß in Ziffer 1 der Bedingungen gesetzt wird

ein Anerkennungsgeld von jährlich 6000 M.

(sechstausend) - nicht 100 M.

4) Verlegung eines Wasserhauptrohres auf dem Zuckerbergsweg.

Der Rat ersucht in seiner k.H.Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 10885 der Verlegung eines Wasserhauptrohres von 150 m/m Ø auf dem Zuckerbergsweg zwecks Anschluß von 6 Siedlungshäusern der Siedlungsgenossenschaft Freiland zuzustimmen. Die

Die Kosten - etwa 2000 M - sollen dem Reservefonds des Wasserwerkes zur Last fallen.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Stiefel.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

5) Verlängerung des Gashauptrohres auf der Cellerstraße und Anschluß außerhalb des Stadtgebietes wohnender Gasabnehmer an das Rohrnetz.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd.-Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 10321 zuzustimmen, daß

- 1) zwecks Verlängerung des Gashauptrohres auf der Cellerstraße zu Lasten des Reservefonds des Gaswerks 5000 M bewilligt werden,
- 2) den außerhalb des Stadtgebiets wohnenden Gasabnehmern das Gas mit einem Aufschlage von 25 % (mindestens 5 M je cbm) auf den jeweiligen Gaspreis abgegeben wird.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Rzepka.

Die Vorlage wurde zugestimmt. 5000 M. wurden be- 6)
willigt.

6) Anschluß von Siedlungshäusern auf der Cellerstraße
an die vorhandene Wasserleitung.

Der Rat gibt anheim, seiner k.Hd.-Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 10419 zuzustimmen, dahingehend, daß 5 Häuser auf der Cellerstraße unter den üblichen Bedingungen - ein Aufschlag von 100 % auf den jeweiligen Wasserpreis - an das Wasserrohr angeschlossen werden.

Berichterstatter des Bauausschusses: Stadtv. Stiefel.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

7) Anschluß eines Grundstücks an der Helmstedter-
straße - auf Rautheimer Feldmark belegen - an das
Gashauptrohr.

Berichterstatter des Bauausschusses: Stadtv. Simon.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd.-Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 10348 dem Anschluß des Kurdelbaumschen Grundstücks Helmstedterstraße 43 an das Gasrohr unter der Bedingung, daß für das entnommene Gas ein Aufschlag von 25 % (mindestens 5 $\frac{1}{2}$ je cbm)
auf

auf den jeweiligen Gaspreis gezahlt wird, zuzustimmen.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

8) Herrichtung eines Gashauptrohres auf dem Bienroderweg.

Der Rat gibt in seiner k.Hd.-Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 169 anheim zuzustimmen, daß zwecks Herrichtung eines Gashauptrohres auf dem Bienroderwege von 150 m/m Ø und 235 m Länge zu Lasten des Reservefonds des Gaswerks 7000 M bewilligt werden.
Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Rzepka.

Der Vorlage wurde zugestimmt, 7000 Rm. wurden bewilligt.

9) Errichtung eines Pumpenhäuschens auf den Teer- und Ammoniakwassergruben auf dem Gaswerk Taubenstraße und Umlegung der Pumpen.

Der Rat ersucht in der k.Hd.-Vorlage vom 11. April 1925 Nr. 168 für die Errichtung eines Pumpenhäuschens und Umlegung der Pumpen auf dem Gaswerk Taubenstraße

straße zu Lasten des Reservefonds des Gaswerks den Betrag von 13 000 M zu bewilligen.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Trautmann.

Die Zustimmung wurde erteilt, 13 000 M wurden bewilligt.

10) Beurlaubung eines Stadtverordneten.

Der Rat gibt in seiner k.H. Vorlage vom 15. April 1925 Nr. 519Wa. ~~am~~ ^{an}heim über das Urlaubsge-
such des Stadtv. Gräf zu entscheiden.

Berichterstatter des Rechtsausschusses:

Stadtv. Dr. Dürkop.

Stadtv. Gräf wurde ^{bis} zum 1. Oktober ¹⁹²⁵ beurlaubt.

11a) Antrag des Stadtv. Stiefel:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß die an die Rentnerinnen ^{und Rentner} monatlich zu zahlenden Entschädigungen von 30 M auf 40 M erhöht werden, ferner daß die Ehefrau des Rentners 20 M erhält, ganz gleich, ob sie das 65. Lebensjahr erreicht hat oder nicht.

nicht.

11b) Unterantrag des Stadtv. Müller zum Antrag des
Stadtv. Stiefel:

Mindestens die gleiche Maßnahme ist auch für
die Sozialrentner und Armengeldempfänger zu treffen.
Berichterstatter des Haushaltsausschusses:

Stadtv. Steinert.

Es wurde beschlossen:

- 1) Beschlußfassung über die Anträge zurückzustellen,
- 2) den Rat der Stadt zu ersuchen, umgehend an das
Reich und den Staat eine Eingabe zu richten, daß
größere Zuschüsse zu den Fürsorgeleistungen der
Stadt überwiesen werden, wobei besonders auf die
ungünstige finanzielle Lage der Stadt hinzuweisen
ist,
- 3) den Kleinrentnern für den laufenden Monat nach-
träglich 2 ~~ℳ~~ (zwei Mark) zu bewilligen,
- 4) sämtliche Anträge der jetzt unterstützten Klein-
rentner einer genauen verschärften Nachprüfung
zu unterziehen und in den Fällen, wo sich her-
aus-

herausstellt, daß unterhaltspflichtige Angehörige oder Verwandte vorhanden sind und die finanziell so gestellt sind, daß sie ihre Angehörigen unterstützen können, die Unterstützung einzustellen. (Stadtv. Stiefel zog seinen Antrag zu Gunsten des Antrages des Stadtv. Dr. Langebartels (Nr. 28 dieser Niederschrift) zurück.)

12) Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

Die Verkehrsverbindungen zu den einzelnen Sportplätzen lassen sehr zu wünschen übrig. Um diesem Mangel abzuhelpfen, hat die Stadt auf die Straßenbahn A.G. Braunschweig einzuwirken, daß

1. die Linien verlängert werden,
2. Abstellgleise geschaffen werden, damit eine schnellere Abwicklung des Verkehrs bei Beginn und Schluß der Sportveranstaltungen gewährleistet ist.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv.

Stadtv. Dr. Langebartels.

Der Antrag wurde grundsätzlich angenommen, es wurde beschlossen, den ^{Rat} zu ersuchen, Vorschläge zu machen.

13) Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen:

Zur Schaffung von Spielplätzen für kleine Kinder hat der Rat der Stadt alsbald eine Vorlage der Stadtverordneten-Versammlung zu unterbreiten, damit mit der Herrichtung noch in diesem Sommer begonnen werden kann.

In der Vorlage ist zu berücksichtigen, daß es sich nur um einfache Sandspielplätze handelt, die fast in allen Stadtteilen ohne erhebliche Kosten hergerichtet werden können.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Dr. Langebartels.

Der Antrag wurde grundsätzlich angenommen und der Rat ersucht, das Nötige zu veranlassen.

14) Bewilligung von Mitteln zu einer Sonderunterstützung von Fürsorgeempfängern.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd. Vorlage vom 14. April 1925 Nr. T. I. 5113 zuzustimmen, daß für eine Sonderunterstützung bedürftiger Fürsorgeempfänger 50 000 Rm. aus städtischen Mitteln zu Lasten des Kap. XXIV. 10 des Haushaltsplanes für 1925/26 bewilligt werden, daß ferner eine Überschreitung dieser Summe bis zur Höhe von 5000 Rm. genehmigt wird und von der Versammlung die Maßnahme, daß die Beträge schon am 9. April 1925 ausgezahlt sind, gutgeheißen wird.

Berichterstatter des Haushaltsausschusses:

Stadtv. Stegmann.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

15) Herrichtung eines Saalanbaues an das Bürgerparkrestaurant.

Der Rat überreicht mit k.H. Vorlage vom 20. April 1925 Nr. 9659 den Stadtverordneten zwei Entwürfe über die Errichtung eines Saalanbaues an das Bürgerpark-

re-

restaurant und gibt anheim, sich damit einverstanden zu erklären, daß die Ausführung einstweilen zurückgestellt wird.

Berichterstatter des Bauausschusses:

Stadtv. Bolte.

Dem ausgearbeiteten Entwurf II wurde grundsätzlich zugestimmt. Die sofortige Errichtung einer teils offenen, teils geschlossenen Verranda einschl. der mit dem vorhandenen Wirtschaftsgebäude im Zusammenhang zu errichtenden Nebenräumen wird genehmigt, falls die Geldmittel verfügbar sind; ferner wurde beschlossen, den Rat zu ersuchen, in Verhandlungen mit dem Pächter dieserhalb einzutreten.

16) Wahl eines stellv. Mieterbeisitzers zum Städtischen Mieteinigungsamt.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd.-Vorlage vom 21. April 1925 Nr. 468 einen stellv. Mieterbeisitzer zum Mieteinigungsamt zu wählen und bringt dafür den Vorschlosser Richard Wittig, Königstieg 16, in Frage.

Bericht-

Berichterstatter des Rechtsausschusses:

Stadtv. Marth.

Gewählt wurde:

Vorschlosser Richard Wittig, Königstiege 15.

- 17) „Bewilligung eines Zuschusses für die Städtische Handwerker- und Kunstgewerbeschule zur Errichtung eines Pavillons auf der Ausstellung „Heim und Scholle“

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlage vom 23. April 1925 Nr. 692 zu dem angegebenen Zwecke 1000 R.M. zu bewilligen.

Berichterstatter des Haushaltsausschusses:

Stadtv. Dr. Schultze.

1000 R.M. wurden bewilligt;

- 18) Festsetzung der Höhe der Zugtiereinheit für das Rechnungsjahr 1925/26 zum Zwecke der Erhebung der Zugtiersteuer.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 24. April 1925 Nr. II. 380 die Einheit auf 25 RM.
für

für das Jahr 1925/26 festzusetzen;

Berichterstatter des Haushaltsausschusses:

Stadtv. Groß.

Die Einheit wurde auf 25 RM. festgesetzt.

19) Einrichtung einer elektrischen Beleuchtungsanlage im städtischen Grundstück Kl. Burg 10.

Der Rat gibt in seiner k.H. Vorlage vom 23. April 1925 Nr. 9951 anheim, zur Einrichtung der elektrischen Beleuchtungsanlage auf dem städtischen Grundstücke „Kl. Burg 10“ den Betrag von 530 RM. bewilligen zu wollen.

Berichterstatter des Bauausschusses

Stadtv. Simon.

Der Vorlage wurde zugestimmt, 530 RM. wurden bewilligt.

20) Eingemeindung verschiedener Flächen von Riddagshausen.

Mit seiner k.H. Vorlage vom 23. April 1925 Nr. 608 ersucht der Rat der Stadt, sich
mit

mit der Eingemeindung der auf dem dieser Vorlage beigefügten Plane näher bezeichneten Fläche von Riddagshausen (Franzsesches Feld, Prinz Albrecht Park, Nußberg) einverstanden erklären zu wollen

Berichterstatter des
Rechtsausschusses

Stadtv. Papenberg.

Die Stadtverordnetenversammlung erklärt sich mit der Eingemeindung der im vorgelegten Plane bezeichneten Flächen in das Gebiet der Stadt Braunschweig grundsätzlich einverstanden.

Die vom Gemeinderat in Riddagshausen gestellten Bedingungen werden abgelehnt, da sie Gegenstand späterer Verhandlungen sind;

Voraussetzung für die Eingemeindung ist, daß die Polizeilasten des einzugemeindenden Gebietes der Staat trägt.

21) Aufnahme der proj. Straße 490 in den Ortsbauplan

Der

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlage vom 23. April 1925 Nr. 10608 der Aufnahme der proj. Straße 490 in den Ortsbauplan nach Maßgabe des dieser Vorlage beigelegten Planes zustimmen zu wollen.

Berichterstatler des Bauausschusses:

Stadtv. Pilz.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

22) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels.

Von der nächsten Anleihe sind für den Bau eines Wintergallenschwimmbads mindestens 600 000 RM. zur Verfügung zu stellen.

Dem Haushaltsauschuß zur Beratung überwiesen, nachdem vom Antragsteller begründet.

23) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels.

Der Rat wird ersucht, umgehend der Stadtverordnetenversammlung die in Arbeit befindlichen

Baupläne

des Winterhallenbades vorzulegen.

Nach Begründung durch den Antragsteller dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

24) Antrag der Lohndeputation.

(gestellt durch Stadtv. Marth als Berichterstatter):

Die Stadtverordneten wollen beschliessen, der Lohndeputation Vollmacht zur Regelung der Löhne für Angestellte und Arbeiter zu erteilen.

25) Antrag des Stadtv. Dr. Jasper:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschliessen: Die Gehaltsdeputation hat dieselben Rechte wie die frühere Gehaltsdeputation.

Stadtv. Marth stellte den Antrag, beide Anträge als dringlich anzuerkennen.

Stadtv. Bolte beantragte zur Vorbesprechung der Anträge in der Fraktion 10 Minuten Pause.

Die Sitzung wurde auf 10 Minuten unterbrochen.

Die

Die Dringlichkeit wurde mit 07 : 17 abgelehnt.
Die Anträge wurden dem Rechtsausschuss zur Vor-
beratung überwiesen.

27) Anfrage des Stadtv. Ahrends:

- 1) Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um der
ungesetzlichen Stellenvermittlung des Stahl-
helms Einhalt zu gebieten?

Zu 1: Vom Stadtrat Vogler beantwortet.

- 2) Im Interesse der Beseitigung der Wohnungsnot
wäre es zu begrüßen, wenn Herr Oberpostrat
Stille seine Helmstedterstr. 107 befindliche 6
Zimmerwohnung baldigst räumen würde.

Ist der Rat der Stadt in der Lage, dieses
in bejahendem Sinne zu beantworten?

Zu 2: Vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet;

28)

Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels:

Die Unterstützung der Kleinrentner ist auf
35 RM. festzusetzen. Die Unterstützung der So-
zialrentner

und

und Armengeldempfänger ist entsprechend zu regeln.

Die Prüfung auf Bedürftigkeit ist im eigenen Interesse der Empfänger zu verschärfen; Der Antrag wurde dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

29) Antrag des Stadtverordneten Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wollte beschliessen, daß auf der Campestr. neben der im Etat vorgesehenen Chaussierung des Fahrdammes (Haushaltsplan Kap. XX., B III. 197 a) auch gleichzeitig Sommer- Reit- und Radfahrweg instand gesetzt werden und daß bei ähnlich gebauten Straßen in gleicher Weise verfahren wird.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß zur Vorbereitung überwiesen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8¹⁰₌ Uhr.

gez. Th. Erich Meyer.

gez. C. Wehrmann.

Vorsitzender;

Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag,
den 14. Mai 1925 4⁰⁰ Uhr nachmittags.

=====

Gegenwärtig

die Stadtverordneten.

Stadtv. Gräf erschien später.)

=====

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer eröffnete
4³⁰ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Er gab zunächst die gestellten Anfragen und An-
träge bekannt.

Sodann wurden folgende Eingänge bekannt gegeben
und den zuständigen Ausschüssen zur Vorberatung
überwiesen:

1. Gesuch des städtischen Lehrerrats um Erhöhung der
Zuschüsse für Studienreisen.
(Bildungsausschuß)

2) Gesuch des Turnierklubs für Reit-, Fahr- und Springsport, wegen Freigabe eines Reitweges im Bürgerpark=Siegesplatz, Hennebergstr.-.

(Bauausschuß)

3) Gesuch des Lehrerkollegiums der Städtischen Handwerker- und Kunstgewerbeschule wegen Beförderung des Lehrpersonals (1/3) in Gruppe XI der Besoldungsordnung.

(Bildungsausschuß).

4) Gesuch des Lehrerkollegiums der Herzog Johann Albrecht Oberrealschule wegen Anschlusses der Schule an das Fernheizwerk.

(Bauausschuß).

5) Gesuch des Rudervereins „Braunschweig“ um Verlegung von Wasserrohr von der Abwässerpumpstation nach dem Bootshaus an der Uferstraße auf Kosten der Stadt.

(Bauausschuß).

6) Gesuch des fr. Vorarbeiters Herrn. Jörns hier, Hußbergstr. 54 um Erhöhung des Ruhelohnes.

(Rechtsausschuß).

- 7) Gesuch der Lyzeallehrerinnen um Änderung ihrer Einstufung.

(Bildungsausschuß).

- 8) Gesuch des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, Filiale Braunschweig wegen Herbeiführung eines Beschlusses, daß den Betriebsräten der wichtigsten Betriebe der Stadt Braunschweig in den Verwaltungsdeputationssitzungen ein Mitbestimmungsrecht zugesichert wird.

(Rechtsausschuß).

Außerhalb der Tagesordnung wurden folgende Punkte erledigt:

- 1) Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für verschiedene Dienstzimmer.
- 2) Eingaben.

Hierauf wurde in die Tagesordnung eingetreten.

=====

Tages-

Tagesordnung.

Auf Vorschlag des Ältestenrates wurde die Beratung der Punkte 1 und 2 verbunden, Punkt 13 wurde nach Punkt 4 eingeschaltet und die Punkte 3, 4 und 13 zusammen beraten, die Beratung der Punkte 5 und 6 wurde verbunden.

1) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels

wegen Festsetzung der Unterstützungen für Kleinrentner, Sozialrentner und Armengeldempfänger.

abgesetzt!

2) Antrag des Stadtv. Müller

wegen Festsetzung der Unterstützungen für Sozialrentner und Armengeldempfänger.

abgesetzt!

3) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels betr. Bereitstellung von Mitteln zum Bau eines Winterhallenschwimmbades.

In Haushaltsausschuß nicht behandelt.

4) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels wegen Vorlegung der Baupläne des geplanten Winterhallenschwimmbades.

badet.

13) Grundsätzliche Stellungnahme zum Vorentwurf der Schwimmhalle.

Der Rat ersucht in seiner k.H.-Vorlage vom 8. Mai 1925 Nr.8619 zu dem vom Städtischen Hochbauamt ausgearbeiteten Vorentwurfe wegen Herrichtung einer Schwimmhalle grundsätzliche Stellung zu nehmen, damit das Hochbauamt und Betriebsamt mit der endgültigen Aufstellung des Entwurfes und der Kostenanschläge beauftragt werden kann.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv.Bolte.

Die Versammlung stimmte einstimmig dem vom Bauausschusse gefaßten, nachstehend aufgeführten Antrage zu:

- 1) Das vormals du Roische Grundstück zwischen Inselwall und Mickelnkulk wird als durchaus geeignet für den Bau der Schwimmhalle erklärt.
- 2) Die Zusammenlegung der Schwimmbehälter und die Möglichkeit, sie bei sportlichen Veranstaltungen zu vereinen, sowie die räumliche Trennung der Aus-

Aus- und Ankleidezellen von den Baderäumen wird für zweckmäßig gehalten.

- 3/ Bei endgültiger Bearbeitung des Projektes soll die Beschaffung besonderer Restaurationsräume in Verbindung mit der Schwimmhalle bedacht werden.
- 4/ Medizinische Bäder sollen in dem Umfange, wie in Vorprojekte vorgesehen, zur Ausführung gelangen.
- 5/ Das Städtische Betriebsamt wird ersucht bei der Bearbeitung des Entwurfes verschiedene Möglichkeiten, die eine gute Reinhaltung des Wassers gewährleisten, gründlich zu prüfen.
- 6/ Die grundsätzliche Zustimmung zu dem vorliegenden Entwurfe für das Hallenschwimmbad wird ausgesprochen.

5/ Antrag des Stadtv. Marth:

„Die Stadtverordneten wollen beschließen, der Lohndeputation Vollmacht zur Regelung der Löhne für Angestellte und Arbeiter zu erteilen.“

6) Antrag des Stadtv. Dr. Jasper:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, die Gehaltsdeputation hat dieselben Rechte wie die frühere Gehaltsdeputation.

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtv. Dr. Dürkop den Bericht.

Stadtv. Ahrens beantragte gem. § 65¹ der Geschäftsordnung namentliche Abstimmung.

In namentlicher Abstimmung stimmte die Versammlung beiden Anträgen mit 18 : 17 Stimmen zu.

(Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung liegt dieser Niederschrift an).

7) Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß auf der Campestraße neben der im Stat
vorgesehenen Chausseierung des Fahrdammes (Haus=
haltsplan Kap. XX B III 197a) auch gleichzeitig Sommer-, Reit- und Radfahrwege instand gesetzt werden und daß bei ähnlich gebauten Straßen in
glei-

gleicher Weise verfahren wird.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pilz.

Dem Antrage wurde zugestimmt.

8) Genehmigung des Teilortsbauplanes für das Gebiet zwischen Amalienstraße und Maschstraße.

Der Rat ersucht in seiner k.H.-Vorlage vom 1. Mai 1925 Nr. 7760 den beigefügten Teilortsbauplan für das Gebiet zwischen Amalien- und Maschstraße genehmigen zu wollen.

Stadtv. Schmerbach erstattete für den Bauausschuß den Bericht.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

9) Abschluß eines Vertrages mit dem Harzziegen-Zuchtverein und Gewährung einer Beihilfe.

Der Rat gibt in seiner Vorlage vom 4. Mai 1925 Nr. 799 anheim zuzustimmen, daß

1) den Harzziegen-Zuchtverein Braunschweig e.V. die Beschaffung und Haltung der Ziegenböcke auf Grund eines noch abzuschließenden Vertrages

ges

ges (GuVS.Nr.48 vom 1.April 1922 § 1) übertragen wird.

- 2) 700RM dem genannten Verein für das Geschäftsjahr 1925/26 zum Unterhalt der erforderlichen Anzahl Ziegenzuchtbocke bewilligt werden.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Munte.

700 Rm. wurden bewilligt.

10) Wahl der Mitglieder mehrerer Verwaltungsausschüsse

Die vervielfältigte Ratsvorlage liegt der Niederschrift an.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv.Dr. Jasper.

Den Anträge des Rechtsausschusses, der der Niederschrift anliegt, wurde zugestimmt.

11) Besetzung mehrerer Stellen in der Stadtverwaltung und Bewilligung der erforderlichen Mittel.

Die Ratsvorlage vom 7.Mai 1925 Nr.1230 ist vervielfältigt und liegt der Niederschrift an.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Bürgdorff.

Die

Die Versammlung bewilligte 16 000 Mk. zur Besetzung folgender Stellen:

1) Städtische Berufsschule:

1 Berufsschulpfleger	/	
1 " " " " " "	/	5290 Mk
	=in	/

2) Städtisches Jugendamt:

1 Jugendfürsorgerin	2385 "
---------------------	--------

1 Maschinenschreiberin	1790 "
------------------------	--------

11) Städtisches Tiefbauamt:

1 Diplomingenieur	<u>6375 "</u>
	15840 Mk.

Außerdem wurde der Besetzung der Stelle eines Stadtsekretärs und zweier Büroassistenten im Städtischen Jugendamt zugestimmt.

Die übrigen Punkte der Vorlage wurden einer späteren Beschlußfassung vorbehalten.

12) Erlaß eines Ortsgesetzes betr. Aufwandsentschädigung und Reisekosten der Stadtverordneten.

(1. Lesung.)

Der Entwurf des Ortsgesetzes ist vervielfältigt und ist der Niederschrift beigelegt.

(Rats=

(Ratsvorlage vom 5. Mai 1925 Nr. 556)

Die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

=====

Stadtrat Schaper kam sodann auf den Bericht der Landeszeitung über eine letztthin stattgefundene Rentner-Versammlung zu sprechen.

Die in dieser Versammlung von dem Vorsitzenden des Rentnerbundes Stadtv. Stiefel gegen den Rat der Stadt gerichteten Angriffe entsprächen nicht den Tatsachen, die Stadt Braunschweig habe ihre Pflicht voll und ganz erfüllt.

An diese Erklärung des Rats der Stadt schloß sich eine längere Aussprache an.

=====

14) Beschaffung von Einrichtungsgegenständen für verschiedene Dienstzimmer.

Der Rat ersucht in seiner k.H.-Vorlage vom 11. Mai 1925 Nr. 693 zur Beschaffung mehrerer Einrichtungsgegenstände 1132 Rm. zu bewilligen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Rzepka.
1132 Rm. wurden bewilligt.

Den

Den Vorsitz übernimmt der stellvertretende Vorsitzende Stadtv. Stegmann.

14a) Eingaben.

Das Verzeichnis der zur Erledigung kommenden Eingaben ist der Niederschrift beigelegt.

Die Versammlung stimmte den Beschlüssen der betr. Ausschüsse zu.

Stadtv. Prof. Dr. Schultze erstattete hierauf einen kurzen Bericht über die Tätigkeit des Ausschusses zur Wahl des Oberbürgermeisters. Eingegangen sind 58 Gesuche. Die Bewerbungen sind in verschiedene (7) Gruppen eingeteilt.

Der Ausschuß habe beschlossen, über eine Anzahl von Bewerbern an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen.

Namens des Ausschusses stellte er den Antrag, die Mitglieder des Ausschusses zu ermächtigen, über die in Frage kommenden Bewerber an Ort und Stelle Erkundigungen einzuziehen und die hierdurch entstehenden Kosten zu bewilligen.

Die Mitglieder wurden ermächtigt, die erforderlichen Mittel bewilligt.

14b.

14b) Hundesteuer-Erlaßgesuche.

Auf Antrag des Stadtv. Burgdorff wurde beschlossen, alle Erlaßgesuche, Ermäßigungsgesuche und Einsprachen gegen die Veranlagung in Steuer-sachen in vertraulicher Sitzung zu behandeln.

15) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels:

Der Rat wird ersucht, seine Bemühungen energisch fortzusetzen, eine weitere größere tragbare Anleihe für die Stadt zu bekommen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Jasper.

Die Versammlung beschloß, den Antrag für gegenstandslos zu erklären.

16) Wahl eines städtischen Vertreters in den Aufsichtsrat der Straßen-Eisenbahn.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd.-Vorlage vom 4.Mai 1925 Nr.942 anstelle des ausscheidenden Stadtv. Marth einen Ersatzmann zu wählen.

Den Bericht für den Rechtsausschuß erstattete Stadtv. Papenberg.

Die

Die Versammlung beschloß, die bisherigen Vertreter Lehnert, Munte und Marth abzuernfen, neu gewählt wurden die Stadtv.

G r u ß ,

M u n t e ,

M a r t h .

(Stadtv.Burgdorff bleibt im Aufsichtsrate.)

17. Gewährung einer Beihilfe an den Hauptfestausschuß
des 16. Gausängerfestes des Harzgau im Deutschen
Arbeiter-Sängerbund.

Der Rat gibt in seiner k.Hd.-Vorlage vom 14.
Mai 1925 - ohne Nummer - anheim, 2000 Rm. zu be-
willigen.

2000 Rm. wurden bewilligt.

=====

Antrag des Stadtv.Ahrends:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den
Rat der Stadt zu ersuchen, bei den in Frage kommen-
den staatlichen Behörden zu veranlassen, daß die
auf

auf der staatlichen Straße in Braunschweig „am Augusttore“ befindlichen kugelförmigen Steine entfernt werden, da sie gegenwärtig ein Verkehrshindernis bedeuten.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß überwiesen.

Stadtv. Marth stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, die gestellten Anfragen und Anträge bis zur nächsten Sitzung zurückzustellen und alsdann als Punkt 1 zu begründen, da es bereits 3/4 9 Uhr geworden sei.

Dem Antrage wurde zugestimmt.

=====

Folgende Anfragen und Anträge sind eingegangen:

Antrag des Stadtv. Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtverordneten und unbesoldeten Ratsmitgliedern das Buch: „Grotewohl, Die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig“ zu liefern, außerdem in Abonnement je eine kommunale Zeitschrift nach eigener Auswahl.

Bis

Bis zur nächsten Sitzung wegen vorgeschrittener Stunde zurückgestellt.

Antrag des Stadtverp. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen künftig darauf hinzuwirken, daß bei irgend welchen Verpachtungen städtischer Besitzungen der Pächter bei Arbeitsvergebungen Arbeitslose der Stadt bezw. Zivilunternehmungen zu berücksichtigen hat.

Bis zur nächsten Sitzung wegen vorgeschrittener Stunde zurückgestellt.

Antrag des Stadtv. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Wohnungen derjenigen Juden (ausländischen), welche seit 1918 zugezogen sind, geräumt werden und den Bewohnern der Baracken des Flugplatzes zuzuweisen sind.

An=

Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß

- 1) der Stadtverordnetenversammlung ein großzügiger Plan vorgelegt wird, nach dem in der Stadt Braunschweig und deren näherer Umgebung der Bau von Radfahrwegen für die nächste Zeit erfolgen soll, und daß
- 2) bei den im Haushaltsplane Kap. XX B III 197b genannten Straßen, die mit Kleinpflaster versehen werden sollen, gleich bei der Pflasterung an den Seiten Radfahrwege angelegt werden.

Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß bei den städtischen Beamten und Lehrern die Rückzahlung zuviel erhaltenen Gehaltes für die Zeit vom 1. Dezember 1923 bis zum 31. Oktober 1924 solange ausgesetzt wird, bis die Aufwertung ihres zu wenig empfangenen Gehaltes für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31.

Juli

Juli 1923 von seiten des Rates der Stadt geregelt ist.

Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, zu den Tagungen des Deutschen Philologenverbandes in Heidelberg Anfang Juni und des Deutschen Geographentages in Breslau Anfang Juni Vertreter aus den Reihen der städtischen Studienräte auf Kosten der Stadt zu entsenden.

Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, auf Grund der Reichsmilchverordnung den Milchhandel von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen bezw. baldigst eine Vorlage über eine zeitgemäße Änderung des Statuts betr. den Verkehr mit Milch vorzubereiten.

Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, einen Ausschuß einzusetzen, der die Vorprüfung
der

der Gesuche um Erlaß und Ermäßigung der Gewerbesteuer vornimmt.

Antrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, die Verordnung Nr. 25 vom 19. Februar 1925 über Mietzinsbildung abzuändern und zu ergänzen:

1) daß eine Erläuterung zu Artikel 2 Absatz 3 gegeben wird, wenn die Nebenabgaben neben der Miete zu zahlen sind.

2) Artikel 3 dahin zu ändern, daß beschlagnahmte Räume, welche zusammenhängend mit Kochstelle als Wohnungen für Familien dienen, von der Zahlung des 50 % Zuschlages zu der Miete befreit werden, da bei Festsetzung des Mietpreises die Mehrabnutzung schon in Rechnung gestellt ist.

Anfrage des Stadtv. Teichmann:

Wann gedenkt der Rat mit Wohnungsbauten anzufangen resp. wie weit sind die Vorarbeiten gediehen?

Am-

Anfrage des Stadtv. Müller:

Zeitungsnachrichten zufolge hat die Braunschw. Staatsbank 3 300 000 Rm. Wohnungsbaugelder zur Verfügung gestellt. Der Stadt Braunschweig sind nach dem Berichte des Rates der Stadt nur 500 000 Rm. angeboten worden. Bei der Größe der Stadt Braunschweig (1/3 des Landes) hätte die doppelte Summe, also 1 000 000 Rm., auf die Stadt entfallen müssen.

Was hat der Rat der Stadt getan zur Erreichung dieses Anteils?

Anfrage des Stadtv. Müller:

In den Stadtverordnetensitzungen am 17. und 30. April habe ich auf die schlechte Verfassung der Kinderspielplätze hingewiesen. Trotz Annahme meines Antrages auf Schaffung weiterer Spielplätze in der letzten Sitzung sind die vorhandenen Plätze an der Kaiser- und Juliusstraße nach wie vor in einem trostlosen Zustande. Der Platz an der Kaiserstraße ist sogar noch geschlossen.

Was hat der Rat der Stadt auf Grund des Be-

schlusses

schlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 30. April 1925 und meiner Ausführungen am 17. und 30. April veranlaßt?

Anfrage des Stadtv. Dr. Jasper:

Ist es richtig, daß der Rat der Stadt es im letzten Rechnungsjahr abgelehnt hat, Mittel zum Ausbau der Versuchsschule zur Verfügung zu stellen, obgleich der Staat bereit war seinerseits für diesen Ausbau Mittel zur Verfügung zu stellen, wenn die Stadt das Gleiche leistete?

Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um in laufenden Rechnungsjahre den notwendigen Ausbau der Versuchsschule sicher zu stellen?

Anfrage des Stadtv. Dr. Jasper?

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß sich etwa 400 Schüler zur Teilnahme am Werkunterricht meldeten, daß aber nur die Hälfte der Schüler zugelassen wurde, weil die erforderlichen Mittel fehlen?

fehlten? Ist der Rat der Stadt bereit, den Werk-
unterricht zu fördern, indem zunächst sämtlichen
Schülern, die sich zum Werkunterricht meldeten
und geeignet sind an ihm teilzunehmen, Werkunter-
richt erteilt wird und weiterhin größere Mittel
für den Werkunterricht bereit gestellt werden?

=====

Schluß der öffentlichen Sitzung 9⁰⁰ Uhr.

=====

Vorsitzender geh. C. Stegmann C. Nehrmann
Th. Erich Meyer. stellv. Vorsitzender. Schriftführer.

Niederschrift

über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
28. Mai 1925 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,
beurlaubt sind die
Stadtverordneten Gräß,
Müller, Gräß;

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer eröffnete
4³⁰ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Folgende Eingänge wurden bekannt gegeben bezw.
den zuständigen Ausschüssen überwiesen:

1) Dankeschreiben des Vorsitzenden des Haupt-
festausschusses des 16. Gausängerfest des Harzgan
in Braunschweig - Hermann Meyer, Karl Schmidtstr. 51
für den Zuschuß von 2000 M.

Die

Antkornf.

- Die für die Mitglieder des Rates der Stadt und der Stadtverordneten - Versammlung übersandten Festbücher und Festabzeichen sind in der Sitzung verteilt.-

2) Der Bund „Deutscher Bodenreformer“ Berlin sendet zur Kenntnis das zweite Heft des „Jahrbuch der Bodenreformer“

3) Arbeitsgemeinschaft der Bauingenieurwissenschaften des Freistaats Braunschweig sendet zur Kenntnis Abschrift eines an den Rat der Stadt gerichteten Schreibens, die Verteilung der Bauzuschüsse betr.- die Eingabe wurde dem Bauausschuß überwiesen -.

4) Einladung des Verbandes der weiblichen Handels- und Büroangestellten E.V. in Berlin = Wilmersdorf zum Reichsjugendtag in Braunschweig am 13./15. Juni 1925.

5) Gesuch des Kriegsbeschädigten Fritz Warnecke hier um Führung der Linie 7 der Straßen-Eisenbahn über Hopfengarten, Riddagshäuserweg,

Herzo-

Herzogin Elisabeth = Straße, Kastanienallee.

(Die Eingabe wurde dem Bau - Ausschuß überwiesen.

Hierauf gab der Vorsitzende die gestellten Anfragen und Anträge bekannt, die nach Erledigung der Tagesordnung begründet wurden.

Außerhalb der Tagesordnung wurden noch folgende 3 Punkte erledigt:

- a) Verlängerung des Wasserrohres auf dem Rid-dagshäuserwege bis zum Lünischteich,
- b) Ausübung eines Vorkaufsrechts,
- c) Verfügung über die Reservefonds der städtischen Betriebe.

(Die beiden letzten Punkte wurden in vertraulicher Sitzung beraten.)

Sodann wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

1) Begründung von Anfragen und Anträgen.

Antrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordnetenversammlung wollte be-

schlie-

schließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, die Verordnung Nr. 25 vom 19.2.25 über Mietzinsbildung abzuändern und zu ergänzen:

1) Daß eine Erläuterung zu Artikel 2 Absatz 3 gegeben wird, wann die Nebenabgaben neben der Miete zu zahlen sind.

2) Artikel 3 dahin zu ändern, daß beschlagnahmte Räume, welche zusammenhängend mit Kochstelle als Wohnungen für Familien dienen, von der Zahlung des 50% Zuschlages zu der Miete befreit werden, da bei Festsetzung des Mietpreises die Mehrabnutzung schon in Rechnung gestellt ist.

Den Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, einen Ausschuß einzusetzen, der die Vorprüfung der Gesuche um Erlaß und Ermäßigung der Gewerbesteuer vornimmt.

Den

Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, auf Grund der Reichsmilchverordnung den Milchhandel von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen bezw. baldigst eine Vorlage über eine zeitgemäße Änderung des Statuts betr. den Verkehr mit Milch vorzubereiten.

Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtdr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß bei den städtischen Beamten und Lehrern die Rückzahlung zu viel erhaltenen Gehaltes für die Zeit vom 1. Dezember 1923 bis zum 31. Oktober 1924 solange ausgesetzt wird, bis die Aufwertung ihres zu wenig empfangenen Gehaltes für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. Juli 1923 von seiten des Rates der Stadt

geregelt ist.

Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung, ^{wolle beschließen,} den Rat der Stadt zu ersuchen, zu den Tagungen des Deutschen Philologenverbandes in Heidelberg Anfang Juni und des Deutschen Geographentages in Breslau Anfang Juni Vertreter aus den Reihen der städtischen Studienräte auf Kosten der Stadt zu entsenden.

Der Antrag wurde vom Antragsteller zurückgezogen.

Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß

1) der Stadtverordnetenversammlung ein großzügiger Plan vorgelegt wird, nach dem in der Stadt Braunschweig und deren näherer Umgebung der Bau von Radfahrwegen für die nächste Zeit erfolgen soll, und daß

2/ bei den im Haushaltsplan Kap. XX. B. III. 197b genannten Straßen, die mit Kleinpflaster versehen werden sollen, gleich bei der Pflasterung an den Seiten Radfahrwege angelegt werden.

Der Antrag wurde dem Bau - Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Wohnungen derjenigen Juden (ausländischen) welche seit 1918 zugezogen sind, geräumt werden und den Bewohnern der Baracken des Flugplatzes zuzuweisen sind.

Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, künftig darauf hinzuwirken, daß bei irgendwelchen Verpachtungen städtischer Besitzungen der Pächter bei Arbeitsvergebungen Arbeits-

Arbeitslose der Stadt bezugsweise Zivilunternehmungen **zur**berücksichtigen hat.

Der Antrag wurde dem Rechts - Ausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Antrag des Stadtv. Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtverordneten und unbeschädigten Ratsmitgliedern das Buch: „Grotewohl, die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaate Braunschweig zu liefern, außerdem im Abonnement je eine kommunale Zeitschrift nach eigener Auswahl.

Der Antrag wurde dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Anfrage des Stadtv. Dr. Jasper:

Ist dem Rat der Stadt bekannt, daß sich etwa 400 Schüler zur Teilnahme am Werkunterricht meldeten, daß aber nur die Hälfte der

Schüler

Schüler zugelassen wurde, weil die erforderlichen Mittel fehlten? Ist der Rat der Stadt bereit den Werkunterricht zu fördern, indem zunächst sämtlichen Schülern, die sich zum Werkunterricht meldeten und geeignet sind an ihm teilzunehmen, Werkunterricht erteilt wird und weiterhin größere Mittel für den Werkunterricht bereitgestellt werden?

Vom Stadtrat Schaper beantwortet.

Anfrage des Stadtv. Dr. Jasper:

Ist es richtig, daß der Rat der Stadt es im letzten Rechnungsjahr abgelehnt hat, Mittel zum Ausbau der Versuchsschule zur Verfügung zu stellen, obgleich der Staat bereit war seinerseits für diesen Ausbau Mittel zur Verfügung zu stellen wenn die Stadt das Gleiche leistete? Was gedenkt der Rat der Stadt zu tun, um im laufenden Rechnungsjahr den notwendigen Ausbau der Versuchsschule sicher zu stellen?

Vom Stadtrat Schaper beantwortet.

Die

Die Anfragen des Stadtv. Müller -der für diese Sitzung beurlaubt war -

wegen der Zurverfügungstellung von Geldmitteln zum Wohnungsbau und die Errichtung von Spielplätzen wurden zurückgestellt, da sie vom Antragsteller nicht begründet werden konnten.

zurückgestellt.

Anfrage des Stadtv. Teichmann:

Wann gedenkt der Rat mit Wohnungsbauten anzufangen resp. wie weit sind die Vorarbeiten gediehen?

Vom Stadtbaurat Gebensleben beantwortet.

2a) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels:

„Die Unterstützung der Kleinrentner ist auf 35 M festzusetzen. Die Unterstützung der Sozialrentner und Armengeldempfänger ist entsprechend zu regeln.

Die Prüfung auf Bedürftigkeit ist im eigenen Interesse der Empfänger zu verschärfen.

2b) Antrag des Stadtv. Müller:

Min-

„Mindestens die gleiche Maßnahme ist auch für die Sozialrentner und Armengeldempfänger zu treffen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Steinert.

Dem nachfolgenden Antrage des Stadtv. Dr. Langebartels wurde zugestimmt:

„Den Kleinrentnern und Armengeldempfängern ist für den Monat Juni eine einmalige Sonderzulage von 3 M zu bewilligen.

Den Sozialrentnern ebenfalls, soweit ihr Einkommen aus Rentenbezügen sich nicht nachweisbar über 3 M gesteigert hat.

3.) Antrag des Stadtv. Dr. Langebartels:

Von der nächsten Anleihe sind für den Bau eines Winterhallenschwimmbades mindestens 500 000 RM zur Verfügung zu stellen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Stukenberg.

Die

Die Versammlung beschloß:

„Der Rat der Stadt wird ersucht, eine weitere Anleihe von einer Million R-Mark aufzunehmen. Die eine Hälfte dieser Summe soll zum Schwimmhallenbau, die andere Hälfte zum Wohnungsbau verwandt werden.“

4.) Besetzung von Stellen in der Stadtverwaltung.

Der Punkt wurde zurückgestellt, da noch Unterlagen fehlen.

5.) Erlaß eines Ortsgesetzes wegen Zahlung von Tagegeldern pp.

an Stadtverordnete. (2. Lesung) (der Entwurf liegt der Niederschrift an.)

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Stegmann.

Nachdem den §§ 1 - 4 zugestimmt war, wurde die Vorlage nochmals an den Haushaltsausschuß zurückverwiesen. (Ergänzung für unbesoldete Rats-
mit-

mitglieder.)

6.) Antrag des Stadtv. Ahrendes:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei den in Frage kommenden staatlichen Behörden zu veranlassen, daß die auf der staatlichen Straße in Braunschweig „am Augusttore“ befindlichen kugelförmigen Steine - Prellsteine - entfernt werden, da sie gegenwärtig ein Verkehrshindernis bedeuten.
Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Rzepka.

Der Antrag wurde angenommen und beschlossen, die staatlichen Behörden zu ersuchen, die fragliche Straße instandsetzen zu lassen.

7.) Umbau des Speichergebäudes auf dem Pflegehausgrundstück zur Einrichtung von Räumen für sieche Männer und Frauen, sowie einer Aufnahme-Station für Kinder.

Der Rat ersucht in seiner klH.- Vorlage vom 20. Mai 1925 Nr. 5602 zu genehmigen, daß das Speichergebäude auf dem Pflegehausgrundstücke zur Einrichtung von Räumen für sieche Männer und Frauen und
einer

einer Aufnahmeabteilung für Kinder umgebaut wird -
nach dem der Vorlage beigefügten Kostenanschläge
und den Entwürfen-
und die hierzu erforderlichen Mittel in Höhe von
150 000 RM zu bewilligen.

Für den Bau-Ausschuß berichtete Stadtv. Traut-
mann.

Dem Umbau wurde zugestimmt.

150 000 RM wurden bewilligt.

Ferner wurde beschlossen, den Aufzug schon
jetzt mit einzubauen, die hierzu erforderlichen
Mittel - 10 000 RM - wurden ebenfalls bewilligt.

8.) Anbringung von Zwischenwänden und Waschvorrich-
tungen in der Kinderabteilung des Städtischen
Krankenhauses.

In seiner K.H.-Vorlage vom 21. Mai 1925 Nr. FI. 6921
ersucht der Rat der Stadt zu genehmigen,

1) die Anbringung von 4 Glaswänden und 4 Fenstern
im Säuglingsschlafsaal des Städtischen Krankenhau-

ses, Kosten: 1750 RM.,

2) die Anbringung von 14 Wasch- bzw. Ausgußbecken mit fließendem Wasser in der Kinderabteilung des Städtischen Krankenhauses,

Kosten: 4500 RM.,

3) den Anstrich von Betten und Krankentischen in der erwähnten Kinderstation,

Kosten: 500 RM.,

Für den Bau - Ausschuß berichtete Stadtv. Pilz.

Der Vorlage wurde zugestimmt, die erforderlichen Mittel 1750, 4500 und 500 RM wurden bewilligt.

9.) Gutachtliche Äußerung zu dem Antrage wegen Aufwertung der den städtischen Beamten und Lehrern für die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1923 zustehenden Differenzbeträge.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Schultze.

Die Vorlage wurde zuständigkeitshalber dem Rechtsausschuß überlesen. (Vertrauliche Besprechung).

10.) Einstellung von Hilfskräften zur Unterstützung
der

der Ratsmitglieder in der Zeit vom 1. Juni bis 1. Oktober d. Js. und Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 19. Mai 1925 Nr. 1672 sich damit einverstanden zu erklären, daß je nach Bedarf in der Zeit vom 1. Juni bis 1. Oktober d. Js. zur Unterstützung der Ratsmitglieder Hilfskräfte eingestellt werden und für deren Bezahlung ein Betrag von bis zu 6000 RM. zur Verfügung gestellt wird.

Die Versammlung erklärte sich mit der Einstellung einverstanden.

bis zu 6000 RM. wurden zur Verfügung gestellt.

11.) Verlegung von Wasserrohr im Zuge des „Schwarzen Weges“ vom Bahnhof bis Eisenbüttel und Bewilligung der erforderlichen Mittel.

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlage vom 20. Mai 1925 Nr. 9150 zum Anschluß der Häuser an der Eisenbüttlerstraße an das Wasserrohr, ein Wasserrohr über den sog. Schwarzen Weg vom Bahnhof bis Eisenbüttel zu verlegen. Die Kosten betragen 17 000 RM; wovon
der

der Eisenbahn - Verein - wenn er Anschluß erhält-
2000 RM tragen will, sodaß 15 000 RM zu Lasten
des Reservefonds des Wasserwerkes zu bewilligen
sind.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Ahrends.

Der Verlegung des Wasserrohres wurde zugestimmt,
15 000 RM wurden bewilligt.

12.) Ausführung des projektierten Entwässerungs-
kanals vom Rudolfplatz bis zur Siedlung Alt-Petri-
tor im Zuge der Straße 321a und 349.

Der Rat ersucht in seiner k.H.Vorlage vom 20. Mai
1925 Nr. 144 den gedachten Kanal unter Aufwendung
von 37 000 RM. zur Ausführung zu bringen.

Für den Bauausschuß erstattete Stadtv. Pilz den
Bericht.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

13.) Verlängerung des Wasserrohres auf dem Rid-
daghäuserweg bis zum Lünischteich.

Der

Der Rat ersucht in seiner k.H.Vorlage vom 27. Mai 1925 Nr. 1032 der Verlängerung des Wasserrohrs auf dem Riddagshäuserweg bis zum Lünischteich unter Aufwendung von 20 000 RM zu Lasten des Reservefonds des Wasserwerks zustimmen zu wollen.

Den Bericht erstattete für den Bauausschuß der Stadtv. Stiefel.

Der Vorlage wurde zugestimmt. Dem Rat wurde anheimgegeben, mit dem Schwimmverein von 1902 in Verhandlungen zu treten, daß zu den Kosten ein Zuschuß von 2000 RM geleistet wird.

14.) Dringlichkeitsantrag der Stadtv. Frau Fuchs:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle den Rat der Stadt beauftragen, das Landesschulamt zu ersuchen, möglichst noch in der diesjährigen Badesaison in den städtischen Schulen den obligatorischen Schwimmunterricht einzuführen und die dazu erforderlichen Mittel einzustellen, um die Gesund-

heit

heit der Schuljugend zu fördern und die Gefahren des Badens zu vermindern. Eine Befreiung von diesem Schwimmunterricht soll nur nach Vorlegung eines ärztlichen Attestes zulässig sein, evtl. sollen die Schulärzte die Untersuchung kostenlos vornehmen.

Der Antrag wurde angenommen.

15.) Anfrage des Stadtv. Bolte:

Welche Stellung hat der Rat der Stadt eingenommen gegenüber den dem Landtage vorliegenden Gesetzentwürfen betreffs Änderung des Grundsteuer- und Gewerbesteuergesetzes und des Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleich?

Vom Gerichtsassessor Dr. Strube beantwortet.

16.) Antrag des Stadtv. Rzepka:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, für Erneuerung des Fußweges an neuen Petritore Sorge zu tragen.

Der

Der Antrag wurde dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

17./ Antrag des Stadtv. Grauel:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß auch der Teil der Salzdahlumerstraße, der südlich der Bahn gelegen ist, endlich wieder des Abends und des Nachts beleuchtet wird.

Dem Haushaltsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

Der Vorsitzende schloß 8²⁰ Uhr die öffentliche Sitzung.

gez. Th. Erich Meyer.
Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.
Schriftführer.

Niederschrift

Über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten
zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag, den
18. Juni 1925, 4 Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

Die Stadtverordneten, entschuldigt
geblieben bzw. beurlaubt sind die
Stadtverordneten Warnecke, Siemann
und Gräf; Stadtv. Dr. Langebartels
erschien später.

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer
eröffnete 4²⁵ Uhr die Sitzung und leitete die
Verhandlungen. Er stellte zunächst der Versamm-
lung den Hilfsarbeiter des Rates, Ratsassessor
Dr. Hermann Jürgens vor.

Folgende Eingänge wurden der Versammlung
bekannt gegeben und den zuständigen Ausschüssen
zur Vorberatung überwiesen.

- 1) Gesuch der Mietervertreter der Baracken Korfeestr. 35 - 38 um Stollung eines Strafantrages gegen den früheren Vizewirt Lorenz wegen Unterschlagung. (Rechtsausschuß)
- 2) Gesuch des Buchdruckers Paul Weiß, hier Flugplatz um Erlaß der Hundesteuer. (Rechtsausschuß)
- 3) Eingabe des Oberingenieurs O. Bütow, hier Kaiser Wilhelmstraße 63 wegen Errichtung eines städtischen ~~Rechtsamt~~-Verkehrsamtes. (Haushaltsausschuß).
- 4) Einspruch des Kaufmanns Walter Schmelzkopf, hier Gertrudenstraße ²⁷/~~27~~ wegen der Verpachtung des Konzerthauses. (Rechtsausschuß)
- 5) Ein anonymes Schreiben wurde nicht verlesen. Der Vorsitzende verlas hierauf ein Schreiben des stellvertretenden Vorsitzenden der sozialdemokratischen Stadtverordnetenfraktion, daß während der Beurlaubung des Stadtverordneten Gräf der Stadtverordnete Steinert zum Mitgliede des Rechtsausschusses bestellt ist.

Nach

Nach Bekanntgabe der gestellten Anträge und Anfragen wurde nunmehr in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung.

Anträge

1) Eingaben.

(Die Berichte des Rechts- und Bildungsausschusses sind vervielfältigt und liegen der Niederschrift an.)

Den Beschlüssen des Rechts- bzw. Bildungsausschusses wurde zugestimmt.

2) Erlaß eines Ortsgesetzes wegen Zahlung von Tagegeldern pp. an Stadtverordnete und ehrenamtlich tätige Gemeindeangehörige.

(3. Lesung.)

(Der Entwurf des Gesetzes ist vervielfältigt und liegt der Niederschrift an.)

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 5. Mai

1925 Nr. 556 dem Entwurfe zuzustimmen. Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtverordneter Stegmann.

Dem Entwurfe des Ortsgesetzes wurde mit den im § 5 mit roter Tinte vorgenommenen Ergänzungen zugestimmt.

3) Antrag des Stadtv. Stegmann:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Stadtverordneten und unbesoldeten Ratsmitgliedern das Buch: "Grotewohl die Verfassung der Gemeinden und Kreise im Freistaat Braunschweig" zu liefern, ausserdem im Abonnement je eine kommunale Zeitschrift nach eigener Auswahl.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtverordneter Munte.

Dem Antrage wurde zugestimmt und zwar:
Beschaffung des Buches mit 17 = 13 Stimmen
Zeitschrift " 16 = 14 Stimmen.

4) Antrag des Stadtv. Schmidt.

Die Stadtverordneten - Versammlung wolle beschließen künftig darauf hinzuwirken, daß bei irgendwelchen Verpachtungen städtischer Besitzungen, der Pächter bei Arbeitvergebungen, Arbeitslose der Stadt bezugsweise Zivilunternehmungen zu berücksichtigen hat.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Papenberg.

Die Versammlung stimmte dem nachfolgenden abgeänderten Antrage zu.

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, künftig bei Abschluß von Pachtverträgen über städtische Gastwirtschaften darauf hinzuwirken, daß die Pächter ausschließlich Zivilberufsmusiker beschäftigen und nur, soweit Zivilmusiker nicht genommen werden können, Musiker der Reichswehr heranzuziehen.

5) Antrag des Stadtverordneten Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die Wohnungen derjenigen Juden (ausländischen) welche seit 1918 zugezogen sind, geräumt werden und den Bewohnern der Baracken des Flugplatzes zuzuweisen sind.

In der Sitzung des Rechtsausschusses hat der Antragsteller seinen Antrag zurückgezogen.

6) Antrag des Stadtverordneten Dr. Dürkop.

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß

- 1) der Stadtverordnetenversammlung ein großzügiger Plan vorgelegt wird, nach dem in der Stadt Braunschweig und deren näheren Umgebung der Bau von Radfahrwegen für die nächste Zeit erfolgen soll, und daß
- 2) bei den im Haushaltsplan Kap. XX B III 197 b genannten Straßen, die mit Kleinpflaster ver-

versehen werden sollen, gleich bei der Pflasterung an den Seiten Radfahrwege angelegt werden.
Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Stiefel.
Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

7) Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, daß bei den städtischen Beamten und Lehrern die Rückzahlung zu viel erhaltenen Gehaltes für die Zeit vom 1. Dezember-~~00WE~~ 1923 bis zum 31. Oktober 1924 solange ausgesetzt wird, bis die Aufwertung ihres zu wenig empfangenen Gehaltes für die Zeit vom 1. April 1920 bis zum 31. Juli 1923 von seiten des Rates der Stadt geregelt ist.

Zurückgestellt.

8) Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, (auf Grund der Reichsmilch^{ver}ordnung den Milchhandel von einer besonderen Erlaubnis abhängig zu machen

bezw.)

bezw.) baldigst eine Vorlage über eine zeitgemäße Anordnung des Statuts betr.den Verkehr mit Milch vorzubereiten.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Dr. Stracke.

Die versammlung stimmte dem Antrage mit Ausnahme der eingeklammerten Worte („auf Grundbezw.) zu.

9.) Antrag des Stadtv. Dr. Stracke:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, einen Ausschuß einzusetzen, der die Vorprüfung der Gesuche um Erlaß und Ermäßigung der Gewerbesteuer vornimmt.

Der Antrag ist in der Sitzung des Rechtsausschusses zurückgezogen.

10.) Antrag des Stadtv. Marth:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, die

Ver-

Verordnung Nr. 25 vom 19. 2. 25 über Mietzinsbildung abzuändern und zu ergänzen.

- 1) daß eine Erläuterung zu Artikel 2 Absatz 3 gegeben wird, wenn die Nebenabgaben neben der Miete zu zahlen sind.
- 2) Artikel 3 dahin zu ändern, daß beschlagnahmte Räume, welche zusammenhängend mit Kochstellen als Wohnungen für Familien dienen, von der Zahlung des 50 %igen Zuschlages zu der Miete befreit werden, da bei Festsetzung des Mietpreises die Mehrabnutzung schon in Rechnung gestellt ist.

Zurückgestellt.

11.) Antrag des Stadtv. Rzepka:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, für Erneuerung des Fußweges am neuen Petritore Sorge zu tragen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Simon

Fol-

Folgendem Antrage des Bauausschusses wurde zugestimmt:

- Den Rat zu ersuchen, mit den in Frage kommenden staatlichen Behörden zu verhandeln, um
- 1.) den Fussweg am neuen Petritore in einen ordnungsmäßigen Zustand zu setzen und mit einem neuzeitlichen Plattenbelag zu befestigen,
 - 2.) der Straßenbahn zu erlauben, ein zweites Gleis am neuen Petritore zwecks einer besseren Durchführung des Straßenbahnverkehrs zu ermöglichen

12.) Antrag des Stadtv. Granel:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß auch der Teil der Salzdahlumerstraße, der südlich der Bahn gelegen ist, endlich wieder des Abends und des Nachts beleuchtet wird.

Für den Haushaltsauschuß berichtete Stadt-

ver-

verordneter Gruß.

Dem Antrage wurde zugestimmt, die Beleuchtung soll mit elektrischem Licht vorgenommen werden.

- 13) Änderung der Satzung Nr. 50 vom 26. November 1914 betr. Besetzung der Stellen der leitenden Beamten der städtischen Bauämter.

(1. Lesung)

Nach Begründung und allgemeiner Aussprache wurde die Vorlage dem Rechtsausschusse zur Vorberatung überwiesen.

- 14) Übernahme der selbstschuldnerischen Bürgschaft gegenüber der Staatsbank zugunsten des Sportvereins Eintracht.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 2. Juni 1925 Nr. 1785 der Übernahme der Bürgschaft für ein aufzunehmendes Darlehn durch den Sportverein Eintracht bei der Staatsbank hier bis zu einem Betrage von fünfzigtausend Reichsmark zuzustimmen.

Für

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv.
Stegmann.

Die Versammlung stimmte der Vorlage zu.

15) Einrichtung von Fahrradständen im Kellergeschoß
des Rathauses und Bewilligung der erforderlichen
Mittel.

Der Rat ersucht in seiner k.Hd. Vorlage vom
6. Juni 1925 Nr. 9898 zur Einrichtung von Fahr-
radständen im Kellergeschoß des Rathauses den
Betrag von 2 000 RM. zur Verfügung zu stellen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv.
Dr. Langebartels.

Der Ratsvorlage wurde grundsätzlich zuge-
stimmt, was die Ausführung selbst betrifft, so
wurde der Rat ersucht, die Aufbewahrungsmöglich-
keiten für Fahrräder in der Handgepäck-Aufbewah-
rung des hiesigen Hauptbahnhofes, in den Werk-
stätten des Bahnhofes und in der Eisenbahn Bade-
anstalt zu besichtigen.

- 16) Gewährung eines Zuschusses an das Arbeiter-Sportkartell zwecks Teilnahme von Mitgliedern an dem I. internationalen ^{Arbeiter} Olympia in Frankfurt am Main.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 5. Juni 1925 Nr. 1892 für den gedachten Zweck den Betrag ^(von) 1000 Reichsmark zu bewilligen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Gruß.

1 500 RM.

-Eintausendfünfhundert-
wurden bewilligt.

- 17) Einrichtung eines Verkehrs- und Pressebüros sowie Bewilligung der erforderlichen Mittel.

Der Rat ersucht in seiner Vorlage vom 9. Juni 1925 Nr. 2357 sich mit der Einrichtung eines Presse- und Verkehrsbüros grundsätzlich einverstanden zu erklären und die Mittel zur Besoldung des Büroleiters zunächst nach Klasse 10 zu

be-

bewilligen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete
Stadtv. Dr. Schulze.

Der Einrichtung eines Verkehrs und Presse-
amtes wurde grundsätzlich zugestimmt, dem Rat
wurden zur Einrichtung desselben (Annahme von
Angestellten) für das Rechnungsjahr 1925/26
7500 RM. zur Verfügung gestellt.

(19 Stimmen dafür.)

18) Antrag der Automobilwerke Büssing wegen des
Überbaues an der Salzdahlumerstraße.

Der Rat ersucht in seiner K.H. Vorlage
vom 12. Juni 1925 Nr. 1856 zu der Eingabe der
Firma Büssing Stellung zu nehmen.

Der Rat empfiehlt der Firma insofern ent-
gegen zu kommen, als der Widerruf nur dann aus-
gesprochen werden soll, wenn nach Ansicht der
Aufsichtsbehörde der Stadt wichtige städtische
Belänge dies erforderlich machen.

Für

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Ahrendt

Dem Ratsantrage wegen des Widerrufs wurde zugestimmt, die Anerkennungsgebühr in Abänderung des Beschlusses vom 30. April 1925 auf jährlich 3000 RM. festgesetzt.

- 19) Genehmigung des Entwurfs für den Winkelmannsaal.
Zurückgestellt.

- 20) Bewilligung von Mitteln für die Teilnahme von Lehrkräften der städtischen höheren Lehranstalten der Handwerker- und Kunstgewerbeschule und der Berufsschule an Berufsversammlungen, Fachtagungen usw.

Der Antrag ist vom Rat der Stadt zurückgezogen.

- 21) Gewährung einer Beihilfe an die Vereinigung der Rheinländer.

Bürgermeister Meyer gibt namens des Rats der Stadt anheim, der Vereinigung einen Zuschuß von

1000 RM.

1000 RM. zu bewilligen.

Da die Angelegenheit im Haushaltsausschuß nicht vorberaten war, wurde die Beschlußfassung ausgesetzt, die Vorlage wurde dem Haushaltsausschuß überwiesen.

22) Antrag des Stadtv. Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen in Bezug auf die Eingabe der Mietervertreter der städtischen Wohnungen auf der Korfstraße einen Ausschuß von 5 Mitgliedern aus den Reihen der Stadtverordneten zu bilden, welcher die Aufgabe hat, die Angelegenheit Lorenz erneut nachzuprüfen und später der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten.

Dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen.

23) Antrag des Stadtv. Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die auf der Korfstraße und Flug-

platz

platz befindlichen unbewohnbaren Baracken schnellstens geräumt werden.

23) Dem Bauausschuß zur Vorberatung.

24) Antrag des Stadtverordneten Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß in den heißen Tagen, die Straßen der Stadt mehr wie bisher besprengt werden.

Ganz besonders ist dafür zu sorgen, daß die Wege zwischen den Baracken auf der Korfstraße und dem Flugplatze besprengt werden.

Der Antrag wurde dem Bauausschuß zur Vorberatung überwiesen.

25. Antrag des Stadtv. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt um Aufstellung einer Liste zu ersuchen, in welcher alle nach dem 31. Dezember 1917 zugezogenen Ausländer, mit Angabe der Wohnung, des Berufes, Geburtstages, Monat und Jahr, Staats- und Konfessionszugehörigkeit

keit eingetragen sind.

Der Antrag wurde zur Vorberatung dem Rechtsausschuß überwiesen.

26) Anfrage des Stadtv. Müller:

Zeitungsnachrichten zufolge hat die Br. Staatsbank 3 300 000 RM. Wohnungsbaugelder zur Verfügung gestellt. Der Stadt Braunschweig sind nach dem Berichte des Rates der Stadt nur 500 000 RM. angeboten worden. Bei der Größe der Stadt Braunschweig (1/3 des Landes, hätte die doppelte Summe, also 1 000 000 RM. auf die Stadt entfallen müssen. Was hat der Rat der Stadt getan zur Erreichung dieses Anteiles?

Die Anfrage wurde vom Bürgermeister Meyer beantwortet.

27) Anfrage des Stadtv. Müller:

In den Stadtverordnetensitzungen am 17 und 30. April habe ich auf die schlechte Verfassung der Kinderspielplätze hingewiesen.

Trotz

Trotz Annahme meines Antrages auf Schaffung weiterer Spielplätze in der letzten Sitzung sind die vorhandenen Plätze an der Kaiser- und Juliusstraße nach wie vor in einem trostlosen Zustande.

Der Platz an der Kaiserstraße ist sogar noch geschlossen.

Was hat der Rat der Stadt auf grund des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung vom 30. 4. und meiner Ausführungen am 17. und 30. 4. veranlaßt?

Beantwortet vom Stadtbaurat Gebensleben.

28) Anfrage des Stadtv. Dr. Dürkop:

Ist dem Rat der Stadt bekannt daß durch Einzäunung des Geländes bei der Ausstellungshalle der Landwirtschaftskammer das mittlere Stück des Verbindungsganges zwischen Wörth- und Schillstraße für den öffentlichen Verkehr in Fortfall gekommen ist?

Die Anfrage wurde vor der Begründung vom

Frage-

Fragesteller zurückgezogen.

Der Vorsitzende teilte dann namens des Ausschusses für die Oberbürgermeisterwahl der Versammlung mit, daß 4 Bewerber zur engeren Wahl ständen und zwar:

Dr. Jasper, Braunschweig.

Oberbürgermeister Dr. Trautmann, Frankfurt Oder

" Dr. Goerlitz, Oldenburg

" Dr. Schmidt, Neumünster.

Es sei in Aussicht genommen, daß sich diese vier Herren am Donnerstag, den 25. ds. Mts. in vertraulicher Sitzung der Versammlung vorstellten und eine kürzere Ansprache hielten. Am nächstfolgenden Donnerstag, den 2. Juli 1925 ebenfalls in vertraulicher Sitzung sollte alsdann die Wahl des Oberbürgermeisters stattfinden.

Die Versammlung erklärte sich damit einverstanden. Auf Antrag des Stadtv. Dr. Schultze wurde beschlossen, den zur engeren Wahl stehenden

Be-

- 21 -

Bewerbern die Reisekosten, Übernachtungsgebühren
pp. zu erstatten.

Der Vorsitzende schloß 7²⁵ Uhr die öffentli-
che Sitzung.

gez. Th. Erich Meyer.

Vorsitzender.

gez. C. Wehrmann.

Schriftführer.

Niederschrift

Nr.7

Über

die öffentlichen Verhandlungen der Stadtverordneten zu Braunschweig in deren Sitzung am Donnerstag den 2. Juli 1925, 4⁰⁰ Uhr nachmittags.

Gegenwärtig

die Stadtverordneten,
Stadtv. Dr. Stracke erschien
später.

Der Vorsitzende Stadtv. Th. Erich Meyer eröffnete 4³⁰ Uhr die Sitzung und leitete die Verhandlungen.

Folgende Eingaben wurden der Versammlung bekannt gegeben und den betr. Ausschüssen zur Vorberatung überwiesen.

- 1) Gesuch der Wirtschaftlichen Vereinigung der Invaliden und Witwen Braunschweig, anstelle des Invaliden Emil Könnemann einen anderen Vertreter in den Fürsorgeausschuß zu wählen.
(Rechtsausschuß)

2) Gesuch des Vereins ehem. Ostasiaten und Afrikaner hier wegen Gewährung eines Zuschusses zu den Kosten der Errichtung eines Kolonialdenkmals im Stadtpark.

(Haushaltsausschuß)

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß seitens der Firma F.A. Loeschigk eine Anzahl Broschüren zur Verteilung an die Stadtverordneten eingegangen wären.

(Die Broschüren sind verteilt.)

Nachdem der Vorsitzende sodann die gestellten Anfragen und Anträge bekannt gegeben hatte, wurde in die Tagesordnung eingetreten.

Tagesordnung

- 1) Besetzung von Stellen in der Stadtverwaltung.

(Die Vorlage ist vervielfältigt desgl. der Stellenplan und der Beschluß des Haushaltsausschusses)

Für

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv.
Burgdorff.

Den Beschlüssen des Haushaltsausschusses
unter Nr. 1 - 9 (Der Anlage) wurde zugestimmt
und zwar den Beschlüssen zu Nr. 1 und 2 mit Aus-
nahme der Stimmen der Stadtv. Siemann und Theissen

Den Beschlüssen zu 3 - 9 einstimmig.

Der nachfolgende Dringlichkeitsantrag des
Stadtv. Müller zu Punkt 1 wurde abgelehnt
(13 : 12 Stimmen):

Leitende Stellen der Stadtverwaltung sind
vom Rat der Stadt erst zu besetzen, wenn der noch
zu wählende Oberbürgermeister seine Amtsgeschäf-
te übernommen hat, um so ihm Gelegenheit zu ge-
ben, einflußreich auf die Gestaltung seines Ver-
waltungskörpers einwirken zu können. Auch die
Besetzung der Vorsteherstelle des Verkehrs- und
Presseamtes ist solange hinauszuschieben. Soll-
ten jedoch unaufschiebbare Arbeiten die Besetzung

der

der Stellen dringend erfordern, wäre durch begründete Vorlage die Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung zur Besetzung einzuholen.

2) Antrag des Stadtverordneten Dr. Dürkop

wegen Aussetzung der Rückzahlung zuviel erhaltenen Gehaltes seitens städt. Beamten und Lehrer bis zu dem Zeitpunkte, wofür die Aufwertung des zu wenig erhaltenen Gehaltes geregelt ist.

Berichterstatter des Rechtsausschusses war Stadtv. Marth.

Auf Antrag des Stadtv. Dr. Dürkop wurde die Beschlußfassung bis zur Erledigung des Punktes 4 zurückgestellt.

4) Gutachtliche Äußerung zu dem Antrage wegen Aufwertung der den städt. Beamten und Lehrern für die Zeit vom 1. April 1920 bis 30. September 1923 zustehenden Differenzbeträge.

Nach dem Beschlusse der Versammlung vom 28. Mai 1925 sollte auf Antrag des Haushaltsausschusses die Beratung in vertraulicher Sitzung

Vor-

vorgenommen werden.

Stadtv. Marth als Berichterstatter des Rechtsausschusses widersprach dem. Es wurde beschlossen, am Schluß der Tagesordnung hierzu Stellung zu nehmen.

3) Antrag des Stadtv. Marth.

Die Stadtverordneten wollen beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, bei der Landesregierung vorstellig zu werden, die Verordnungen Nr. 25 vom 19.2. 25 über Mietzinsbildung abzuändern und zu ergänzen.

1) daß eine Erläuterung zu Artikel 2 Absatz 3 gegeben wird, wann die Nebenabgaben neben der Miete zu zahlen sind.

2) Artikel 3 dahin zu ändern, daß beschlagnahmte Räume, welche zusammenhängend mit Kochstelle als Wohnungen für Familien dienen, von der Zahlung des 50%igen Zuschlages zu der Miete befreit werden, da bei Festsetzung des Mietpreises die Mehrabnutzung schon in Rechnung gestellt ist.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv.
Schwandt.

Der

Der Antrag-wurde gegen die Stimme des Stadtv. Burgdorff- angenommen.

(Der vom Stadtv. Müller zu diesem Punkte gestellte Antrag befindet sich am Schluß dieser Niederschrift.)

- 5) Änderung des Statuts Nr. 50 vom 26. November 1914 betr. Besetzung der Stellen der leitenden Beamten der städtischen Bauämter. (2. Lesung).

(Die vervielfältigte Vorlage liegt der Niederschrift an.)

Für den Rechtsausschuß erstattete Stadtv. Dr. Jasper den Bericht.

Der Ratsvorlage sowie dem Antrage des Rechtsausschusses - der Niederschrift als Anlage beigefügt- wurde zugestimmt.

- 6) Genehmigung des Entwurfes für den Winkelmannsaal

Der Rat ersucht in seiner k. H. Vorlage vom 12. Juni 1925 Nr. 1505 dem neuen Entwurfe zuzustimmen.

Für den Bauausschuß erstattete Stadtv. Bolte

den

den Bericht

Die Versammlung stimmte dem neuen Entwurfe zu.

- 7) Stellungnahme zu einem Antrage wegen Rückerstattung von Kosten für Verlegung von Wasserrohr.

Der Rat der Stadt teilt in seinem k.H. Schreiben vom 13. Juni 1925 Nr. 2068 mit, daß der Konservenfabrikant Malinski in Lehndorf abermals gebeten hat, ihm einen Teil der Kosten für Verlegung von Wasserrohr nach seiner Konservenfabrik in Lehndorf zu erstatten.

Der Rat der Stadt bemerkt dabei, daß die Stadtverordneten in der Sitzung vom 18. Dezember 1924 grundsätzlich den Antrag abgelehnt haben.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Stegmann.

Der Haushaltsausschuß beantragt, dem p. Malinski 5 000 RM. zurückzuerstatten;

Stadtv. Stegmann beantragt nur 2000 RM.

Der

Der Antrag des Haushaltsausschusses wurde mit 17 : 14 Stimmen abgelehnt.

Über den Antrag des Stadtv. Stegmann wurde nicht abgestimmt, da er nicht schriftlich eingereicht ist.

Stadtv. Burgdorff erhob Protest gegen die Art der Behandlung dieser Angelegenheit - Beschwerde gegen die Geschäftsführung-.

Der Protest wurde dem Ältestenrat überwiesen.

8) Antrag des Stadtv. Schmidt:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt um Aufstellung einer Liste zu ersuchen, in welcher alle nach dem 31. Dezember 1917 zugezogenen Ausländer, mit Angabe der Wohnung, des Berufes, Geburtstages, - Monat und Jahr, Staats- und Religionszugehörigkeit eingetragen sind.

Für

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv.
Graul.

Der Antrag wurde, nach Streichung der Worte „ und Religions=,“ angenommen.

9) Antrag des Stadtv. Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, den Rat der Stadt zu ersuchen, dafür zu sorgen, daß in den heißen Tagen die Straßen der Stadt mehr wie bisher besprengt werden.

Ganz besonders ist dafür zu sorgen, daß die Wege zwischen den Baracken auf der Korfesstraße und dem Flugplatze besprengt werden.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv.
Schmerbach.

Die Versammlung stimmte dem Antrage zu.

10) Antrag des Stadtv. Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen, daß die auf der Korfesstraße und Flugplatz befindlichen unbewohnbaren Baracken

schnell-

schnellstens geräumt werden.

Den Bericht erstattete für den Bauausschuß der Stadtv. Rzepka.

Dem Antrage wurde zugestimmt.

11) Antrag des Stadtv. Ahrends:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen in Bezug auf die Eingabe der Mietervertreter der städtischen Wohnungen auf der Korfesstraße einen Ausschuß von 5 Mitgliedern aus den Reihen der Stadtverordneten zu bilden, welcher die Aufgabe hat, die Angelegenheit Lorenz erneut nachzuprüfen und später der Stadtverordnetenversammlung Bericht zu erstatten.

Für den Rechtsausschuß berichtete Stadtv. Papenberg.

Der Antrag wurde angenommen, in den Ausschuß wurden gewählt:

Stadtv.	Dr. Stracke,
"	Rzepka
"	Schmidt
"	Ahrends
"	Dr. Jasper.

- 12) Gewährung einer Beihilfe an die Vereinigung der Rheinländer.

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlage vom 18. Juni 1925 Nr. 2381 der Vereinigung der Rheinländer zur Tausendjahrfeier des Rheinlandes einen Zuschuß von 1 000 RM. zu bewilligen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Gruß

Eintausend Reichsmark wurden bewilligt.

(Der Vorsitzende ersuchte den Stadtv. Siemann, die Verhandlungen nicht durch seine wiederholten Zwischenrufe zu unterbrechen.)

- 13) Gewährung von Zuschüssen zu den Ferienausflügen.

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlagen vom 22. bzw. 23. Juni 1925 Nr. 1636 und 2756 den nachstehend aufgeführten Vereinen Zuschüsse zu den Ferienausflügen der Schulkinder zu gewähren und zwar:

dem Ausschuß für Waldspiele 2 500 RM.

dem Gewerkschaftskartell 2 500 "

dem Elternausschuß der kath. Schulen 300 "

Stadt-

Stadtv. Steinert berichtete für den Haushaltsausschuß.

Die Beihilfen (im ganzen fünftausenddreihundert Reichsmark) wurden bewilligt.

- 4) Ausführung des projektierten Kanals auf dem Ridagshäuserwege zwischen Goethe- und Herzogin Elisabethstraße.

Der Rat ersucht in seiner k.H. Vorlage vom 20. Juni 1925 Nr. 2354 die Ausführung des projektierten Kanals unter Aufwendung von 47 000 RM. zu Lasten des Extraordinariums der Kanalbaukasse genehmigen zu wollen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Ahrends

Der Ratsvorlage wurde zugestimmt.

- 15) Genehmigung eines Vertrages wegen des Verkaufes von Flächen auf dem Ärkeröderfelde.

Der Rat ersucht in seiner k. H. Vorlage vom 24. Juni 1925 Nr. 2630 den am 6. Juni 1925 vor dem Notar Grote zwischen der Stadtgemeinde und

der

der Hausgenossenschaft hier abgeschlossenen Verträge wegen Verkaufs einer 2622 qm grossen Fläche des Ärkeröderfeldes an die Hausgenossenschaft zustimmen zu wollen.

Für den Bauausschuß berichtete Stadtv. Pilz.

Die Versammlung stimmte dem Verträge zu.

16.) Gewährung einer Beihilfe an den Bürgerverein Braunschweig zu den Unkosten des „Braunschw. Heimatfestes.“

Der Rat ersucht in seiner k. H. Vorlage vom 25. Juni 1925 Nr. 2528 dem Bürgerverein zu den Kosten des Braunschw. Heimatfestes einen Zuschuß von 4000 RM. zu bewilligen.

Für den Haushaltsausschuß berichtete Stadtv. Schultze.

Der Zuschuß - 4000 RM.- -viertausend- wurde bewilligt.

(Stimmverhältnis 18 : 14)

17.) Wahl des Oberbürgermeisters.

Zur Wahl stehen 4 Bewerber:

Dr. Goerlitz, Oldenburg

Dr. Jasper, Braunschweig.

Dr. Schmidt, Neumünster

Dr. Trautmann, Frankfurt (Oder)

Stadtv. Warnecke stellte zur Geschäftsordnung den Antrag, vor der eigentlichen Wahl eine Aussprache stattfinden zu lassen.

Stadtv. Ahrends stellte den Antrag, über den Antrag Warnecke namentlich abstimmen zu lassen.

Als Zähler wurde bestimmt Stadtv. Gruß und Stegmann

Die namentliche Abstimmung hatte folgendes

Ergebnis:

ohne Aussprache	18 Stimmen
-----------------	------------

mit	"	15	"
-----	---	----	---

Stimmenenthaltung	<u>2</u>	"
-------------------	----------	---

	35	"
--	----	---

Eine Aussprache fand nicht statt.

Ein

Ein Antrag des Stadtv. Marth, von einem Mitgliede des Ausschusses für die Oberbürgermeisterwahl einen Bericht erstatten zu lassen, wurde mit 17 : 15 Stimmen abgelehnt.

Das Ergebnis der Wahl war folgendes:

Dr. Trautmann 20 Stimmen

Dr. Jasper 15 "

Oberbürgermeister Dr. Trautmann aus Frankfurt (Oder) ist damit zum ^{Ober}Bürgermeister der Stadt Braunschweig gewählt.

18.) Dringlichkeitsantrag des Stadtv. Stiefel:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, die Rente für Sozial- und Kleinrentner und Arme-geldempfänger- welche für Monat Juni 55 M betrug- auch für Juli und August (um je 3 M zu erhöhen) bewilligen zu wollen, mit dem Ersuchen an den Rat der Stadt, diese Summe zur Auszahlung bereit zu stellen.

Die Dringlichkeit wurde anerkannt,

der

der Antrag wurde angenommen mit der Maßgabe, den Kleinrentnern, Sozialrentnern und Armengeldempfängern für die Monate Juli und August d.Js. die gleichen Bezüge zu zahlen, wie sie im Monat Juni gezahlt sind.

Stadtv. Dr. Jasper stellte den Antrag, wegen vorgerückter Stunde - es war 9³⁵ Uhr- die Sitzung zu schließen.

Widerspruch wurde nicht erhoben.

Die nachfolgenden Anfragen und Anträge konnten infolgedessen nicht mehr begründet werden.

Anfrage des Stadtv. Müller:

Ist der Rat der Stadt bereit, die vorhandenen Kinderspielplätze ihren Zwecken durch besondere Regelung und Überwachung zuzuführen, um gleichzeitig die vom Rat der Stadt als berechtigt hingestellten Klagen der Anwohner über Belästigungen usw. für die Folge zu vermeiden?

Antrag des Stadtv. Pilz:

Die Stadtverordneten wollen beschließen,

die

die im städtischen Besitze befindliche Baggermaschinen mit einem Benzinmotor auszustatten.

Antrag des Stadtv. Siemann:

Die Stadtverordneten ersuchen die Regierung, ihre Verordnung vom Februar 1925 aufzuheben und der Stadt das Beschlagnahmerecht über überflüssigen Wohnraum wieder einzuräumen, um der dringenden Wohnungsnot sofort abhelfen zu können.

Antrag der Stadtv. Frau Fuchs:

Die Stadtverordneten wollen beschließen, daß geeignete Räume innerhalb der Stadt als Obdachlosenasyll eingerichtet werden.

Dieses Asyl ist mit menschenwürdigen Schlafgelegenheiten auszustatten, außerdem soll ein Aufenthaltsraum für den Tag angegliedert werden.

Badegelegenheit und Desinfektions-Apparate zur Vernichtung von Ungeziefer müssen vorhanden sein.

Solange das Asyl auf dem Flugplatze noch

be-

bestehen bleibt, sollen vorstehende Forderungen dort Anwendung finden.

Anfrage des Stadtv. Stegmann:

Kann der Rat Auskunft geben, ob Aussicht besteht, daß die Stadt das der Ausstellung „Heim und Scholle“ gewährte Darlehn zurückerhalten wird?

Antrag des Stadtv. Müller:

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

Der Rat der Stadt wolle darauf hinwirken, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Notlage besonders in den Reihen der besitzlosen Bevölkerung einerseits als auch im Interesse der Volkswirtschaft andererseits von einer weiteren Steigerung der eigentlichen Mieten zunächst abgesehen wird, um so mehr Mittel für den Wohnungsbau -
tunlichst Verwendung der gesamten Hauszinssteuer

hier-

hierfür zu erlangen.

Auch sind alsbald Vorschläge der Stadtverordnetenversammlung zu unterbreiten, in welcher Weise die Härten der Zwangsräumung für solche Mieter gemildert werden können, die ohne eigenes Verschulden mittellos geworden, dadurch nicht in der Lage sind, zwei Monate lang die Miete zu zahlen und u. U. im Wege der Räumungsklage auf die Straße gesetzt werden.

Der Antrag wurde dem Rechtsausschuß zur Vorberatung überwiesen, nachdem derselbe bei Punkt 3 der heutigen Tagesordnung vom Antragsteller begründet war.

Der Vorsitzende teilte dann mit, daß jetzt die Ferien beginnen, die nächste Sitzung wird voraussichtlich Mitte August stattfinden.

Er wünschte den Mitgliedern gute Erholung.

Schluß der öffentlichen Sitzung 9⁴⁰ Uhr.

gez. Th. Erich Meyer.

C. Wehrmann

Vorsitzender.

Schriftführer.